Frank Omland

Nationalsozialistische Volksabstimmungen und Reichstagswahlen in Kiel 1933-1938

Hamburg, August 2001

Inhaltsverzeichnis

0.	Vorwort	S. 5
1.	Quellenlage und methodische Probleme	S. 6
2.	Einführung	S. 10
3.	Reichstagswahl und Volksabstimmung vom 12. November 1933	S. 19
4.	Die Volksabstimmung vom 19. August 1934	S. 39
5.	Die Abschaffung der Volksabstimmungen nach 1934	S. 54
6.	Die Reichstagswahl vom 29. März 1933	S. 55
7.	Die Volksabstimmung und Wahl zum Großdeutschen Reichstag vom 10. April 1938	S. 70
8.	Die Ergänzungswahl zum Reichstag	S. 88
9.	Schlußbetrachtung	S. 90
	10 Thesen	S. 96
	Literatur- und Quellenverzeichnis	S. 101
	Anhänge	S. 105

Verwendete Abkürzungen:

DDP	Deutsche Demokratische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DStP	Deutsche Staatspartei
GestapA	Geheimes Staatspolizei-Amt
Gestapo	Geheime Staatspolizei
KiZ	Kieler Zeitung
KNN	Kieler Neueste Nachrichten
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LAS	Landesarchiv Schleswig-Holstein
NR	Nordische Rundschau
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Reg. Sl	Regierungspräsident, Schleswig
RGBl	Reichsgesetzblatt
RT	Reichstagswahl
SA	Sturmabteilung
Sb(e)	Stimmbezirk(e)
SHVZ	Schleswig-Holsteinische Volkszeitung
SHTZ	Schleswig-Holsteinische Tageszeitung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StAKi	Stadtarchiv Kiel
StDR	Statistik des deutschen Reichs
VA	Volksabstimmung
VB	Völkischer Beobachter
Z	Zentrumspartei

Vorbemerkungen des Verfassers für die PDF-Version

1. Die zahlreichen Abbildungen in der Veröffentlichung wurden für diese Version nicht übernommen, da sie nicht vollständig als Scans vorlagen. Die Seitennummerierung ist davon aber nicht betroffen, da im Original die Abbildungen auf nicht nummerierten Extraseiten zu finden sind. (Weshalb die Karten zwar an der richtigen Position aber mit der Seitenzahl der darauf folgenden Seite versehen wurden). Außerdem wurden die Tabellen zu den Ergebnissen für die Wahllokale nicht abgebildet (Anhänge) und die Karten zu Kiel nicht überarbeitet. Bei Interesse kann das Original in der Landesbibliothek Schleswig-Holstein ausgeliehen werden.

2. Seit Veröffentlichung dieser Studie hat sich die Forschungslage deutlich geändert. Zum einen konnte durch die Ausdehnung des Untersuchungsgebietes einiges an neuen Erkenntnissen gewonnen werden, womit sich die Bewertungen für die Kieler Ereignisse zum Teil relativeren bzw. anders darstellen als noch vor vier Jahren. Zum anderen konnte für die schleswig-holsteinische Studie ein statistisches Modell verwendet werden, welches Schätzungen zu Wählerwanderungen und zu den Wählerherkünften bei den Abstimmungen ermöglichte. Durch das Verwenden des Logit-Modells des Dänen Sören R. Thomsen konnte in einem zentralen Punkt die Kieler Studie in Frage gestellt werden: in Schleswig-Holstein bildeten noch vor (!) den ehemaligen sozialdemokratischen Wählerschaften diejenigen aus der KPD das größte Widerstandspotential bei den nationalsozialistischen Abstimmungen. Diese Ergebnisse haben sich auch für die Wahlen in Neumünster bestätigt, so dass davon auszugehen ist, dass es auch für andere Städte ähnliche Tendenzen gab. (Gerade die Verwendung des einfachen statistischen Verfahrens nach Bravais-Pearson hat sich damit als eher hinderlich für die qualitative Analyse erwiesen).

3. Die Kernthesen der Kieler Untersuchung – bis auf die oben genannte Verschiebung im Widerstandsverhalten – haben aber auch nach der Ausdehnung des Untersuchungsgebietes Bestand.

4. Unabhängig von einzelnen sprachlichen und inhaltlichen Schwächen der vorliegenden Studie soll sie aufgrund ihrer Relevanz für die Regionalgeschichtsforschung als PDF zur Verfügung gestellt werden.

5. Der Verfasser hat 2006 eine Studie zu Schleswig-Holstein abgeschlossen und unter dem Titel ***„Du wählst mi nich Hitler!“ Reichstagswahlen und Volksabstimmungen in Schleswig-Holstein 1933-1938*** veröffentlicht. Seitdem hat es eine Reihe weiterer Aufsätze und Vertiefungen zum Thema gegeben, die in der Literaturliste der **Wahlstatistischen Datenbank Schleswig-Holstein 1919-1938** auf www.akens.org zu finden sind.

Frank Omland
(Mail: omland@freenet.de)
Hamburg, Oktober 2010

O. Vorwort

Die folgende Studie wurde im Januar 2001 abgeschlossen, die Interpretation des statistischen Teils allerdings im Sommer nochmals überarbeitet und eine überarbeitete und verkürzte Version für Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte verfaßt. Zudem hat der Autor aufbauend auf das 3. Kapitel einen Aufsatz in den Informationen zur schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte veröffentlicht (*„Unser aller ‚Ja' dem Führer!" - Zur Geschichte der ersten nationalsozialistischen Reichstagswahl und Volksabstimmung vom 12. November 1933 in Schleswig-Holstein*), indem insbesondere die Quellen aus dem Landesarchiv hervorgehoben sowie zusätzlich verschiedene regionale Zeitungen und Archive ausgewertet wurden. Für die Zukunft plant der Autor seine Forschungen auf andere Städte des heutigen bzw. damaligen Schleswig-Holstein auszudehnen, um damit Vergleiche zu Kiel ziehen zu können (insb. Altona, Lübeck, Neumünster, Flensburg und Wandsbek bieten sich dazu an) und Aufschluß darüber zu bekommen, welche parteipolitschen und sozialen Milieus die Gegenstimmung bei den nationalsozialistischen Abstimmungen beförderten.

Ziel der Untersuchung war es, herauszufinden, welche Wahlberechtigten in welchen Stadtteilen Kiels jeweils den Mut aufgebracht haben bei den fünf Abstimmungen gegen die NSDAP und Hitler zu stimmen und ob sich weitere Informationen zu deren sozialer Zusammensetzung finden lassen könnten. Dafür wurde nicht nur eine erste statistische Auswertung der vorläufigen Ergebnisse aller 157 bis 172 Wahllokale Kiels versucht, sondern auch durch eine Beschreibung des Wahlkampfes und der Wahlpropaganda sämtliche fünf Abstimmungen in der Diktatur (1933, 1933, 1934, 1936, 1938) rekonstruiert und Hypothesen dazu formuliert, wer von den Wahlberechtigten wieso jeweils für bzw. gegen die NSDAP und Hitler gestimmt hat.

Im Laufe der Untersuchung zeigte sich, dass sowohl der Ablauf wie auch die Ergebnisse der Abstimmungen eine Reihe von Fragen aufwerfen, deren Beantwortung nicht nur Aufschlüsse über die Gegnerschaft im Nationalsozialismus, sondern auch zur Werdung und Konstituierung der NS-Volksgemeinschaft geben könnten. Meines Erachtens sind damit die nationalsozialistischen Volksabstimmungen und Reichstagswahlen als (lokalgeschichtliche) Quelle nicht zu unterschätzen und deren Auswertung von größerer Bedeutung als bisher angenommen. [1]

Der Aufbau des Arbeit folgt folgendem Schema: Zuerst wird bei jedem Urnengang auf die Vorbedingungen seines Zustandekommens eingegangen, es folgt die Rekonstruktion des Wahlkampfes und der Wahlpropaganda, und schließt mit einer Analyse der erhobenen Daten und einer bewertenden Zusammenfassung des jeweiligen Urnengangs ab. Dabei wurde darauf geachtet, dass jedes Kapitel über eine Abstimmung jeweils für sich gelesen werden kann. Am Ende erfolgt eine Schlußbetrachtung, die auf Vermutungen, Thesen und offene Fragestellungen eingehen wird.

Danksagung

Abschließend möchte ich mich bei allen bedanken, die mich mit Lob, Kritik und Anregungen unterstützt haben, insb. Thomas Pusch sowie die MitarbeiterInnen des Stadtarchivs Kiel und der Landesbibliothek Schleswig-Holstein möchte ich an dieser Stelle besonders hervorheben.

---

[1] Vgl. Geschichte der Stadt Kiel. Herausgegeben von Jürgen Jensen und Peter Wulf. Kiel 1991. Darin: Peter Wulf: Die Stadt in der nationalsozialistischen Zeit (1933-1945), S.366f. Wulf verweist auf den städtischen Verwaltungsbericht von 1933-1938, der aber u.a. die unterschiedliche Wahlbeteiligung bei der Doppelabstimmung im November 1933 verschweigt.

Vgl. überregional: Otmar Jung: Plebiszit und Diktatur: die Volksabstimmungen der Nationalsozialisten. Die Fälle „Austritt aus dem Völkerbund" (1933), „Staatsoberhaupt" (1934) und „Anschluß Österreichs" (1938). Tübingen 1995. Passagenweise ebenfalls: Peter Hubert: Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933-1945. Düsseldorf 1992 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 97).

1. Quellenlage und methodische Probleme

Die Aktenüberlieferung zum Thema „Wahlen“ ist sehr dürftig. Während im Stadtarchiv Kiel gerade mal vier Akten lagern, die sich zudem fast ausschließlich mit der Volksabstimmung/ Reichstagswahl 1938 beschäftigen, ist die Überlieferung im Landesarchiv Schleswig-Holstein nur scheinbar besser. Hier befinden sich zumindest acht Akten, die sich mit der Zeit ab 1933 und weitere 14 Akten, die sich mit den Urnengängen in der Weimarer Republik befassen. Kieler Ergebnisse auf Stimmbezirksebene sind in diesen Akten nur in einem einzigen Fall nachzuweisen und zwar für das Plebiszit über den „Anschluß“ Österreichs 1938.[2]

Laut Auskunft des Bundesarchivs befinden sich dort keine Einzelergebnisse Kiels, dafür aber Unterlagen des Wahlprüfungsgerichts, die eine Bewertung der größten gemeldeten Verstöße gegen das Wahlrecht erlauben. Zwar sind für Schleswig-Holstein die Unterlagen für die Reichstagswahl vom 5. März 1933 vorhanden[3], doch für den Untersuchungszeitraum bis 1938 soll es leider dazu keine Quellen geben.[4]

Daneben finden sich auch in den Akten des schleswig-holsteinischen Sondergerichts immer wieder Hinweise darauf, was ein Teil der Bevölkerung von den in der Diktatur stattfindenden Plebisziten hielt: man ging - zumindest in der politischen Arbeiterschaft - von Wahlfälschung und - manipulation aus.[5]

Einen ähnlichen Blick auf die Ereignisse ermöglichen die durch die Exil-SPD veröffentlichten Deutschland-Berichte, die allerdings weder zu Kiel noch zu Schleswig-Holstein viele Aussagen enthalten und aufgrund der Bearbeitung durch die Exilanten nicht unbedingt unkritisch übernommen werden können.[6]

Da für Kiel bis heute eine einschlägige Arbeit zur Geschichte des Widerstands fehlt, hat der Autor Unterlagen einer nichtabgeschlossenen Doktorarbeit im Stadtarchiv ausgewertet, von denen er sich entsprechende Hinweise erhoffte und konnte auf die Ergebnisse des Promotionsvorhabens von Thomas Pusch zum „Exil in Skandinavien“ zurückgreifen.[7]

Wichtigste Quelle für die Ereignisgeschichte waren die drei Kieler Zeitungen: die beiden aus einem Verlagshaus stammenden Kieler Zeitung (KiZ) und Kieler Neueste Nachrichten (KNN) sowie die Parteizeitung der NSDAP, Nordische Rundschau (NR).

Während die Kieler Zeitung als kleines Morgenblatt sich von einer liberalen zu einer - noch vor 1933 - nationalsozialistischen Zeitung wandelte, blieb das größte Blatt vor Ort, die Kieler Neuesten Nachrichten erstmal rechtskonservativ-reaktionär auf DNVP-Kurs ausgerichtet. Ihre „Nazifizierung“ schritt aber bis Mitte 1934 voran, wobei sie in der Regel Meldung und Kommentar trennte und pseudo-objektiver und zurückhaltender im Ton der Berichterstattung blieb. Abgesehen von Zeitzeugenaussagen bleiben alle drei Zeitungen deshalb für vieles die einzige,

---

[2] StAKi 40680, vgl.dazu die Auflistung am Ende der Arbeit.

[3] Bundesarchiv Berlin (BAB), R 1501 / 125 194 (Reichsministerium des Innern), Blätter 180 – 183.

[4] Schreiben des Bundesarchiv Berlin vom 12.7.2000 an den Autor.

[5] In mindestens zwölf Fällen ermittelte das Sondergericht auch wegen „heimtückischer“ Äußerungen bezogen auf die Abstimmungen: LAS Abt. 358 Nr. 7928, 7946, 7950, 7961, 7867, 7870, 7947, 8182, 8164, 8211, 8158 und 4305.

[6] Deutschland-Berichte der Sopade. Frankfurt a.M. 1980 (Jahrgänge 1934 bis 1938). Im folgenden: Sopade.

[7] Horst Peters hat ebenfalls versucht die Straßen zuzuordnen und konnte dazu auf eine anscheinend in der Nachkriegszeit erstellte Übersicht der Stadt Kiel (ohne Datum und Behörde) zurückgreifen. Bedauerlicherweise klärt auch diese Zuordnung nicht die aufgetauchten Probleme, da bspw. der „Knooper Weg“ zwar verschiedenen Stadtteilen zugeordnet wird, aber leider ohne dies auf bestimmte Stimmbezirke anwendbar zu machen. Vgl. StAKi 48686. Vgl. auch: „Verzeichnis der Abstimmungsräume im Stadtgebiet Kiel“, StAKi 40680. Ausgewertet wurden zudem: StAKi 48681,48684, 48687. Der Bestand umfaßt eine Reihe weiterer Akten, die aber für das Thema nicht relevant waren.

Thomas Pusch forscht zum Exil von Schleswig-HolsteinerInnen in Skandinavien und hat quasi nebenbei vieles zur SPD/KPD-Geschichte in Kiel, Lübeck und anderen Städten Schleswig-Holsteins herausgefunden.

wichtigste und kritisch auszuwertende Quelle zum Wahlkampf, der Wahlpropaganda und den organisatorischen Abläufen vor Ort.[8]

Die wichtigste Quelle zur staatllichen Presseпropaganda und damit zur Kritik an der Steuerung von Zeitungsmeldungen sind die nationalsozialistischen Presseanweisungen, die zentral von Berlin aus auf einer Pressekonferenz an die Journalisten erteilt wurden. Mit ihrer Hilfe läßt sich heute gut die zentrale Lenkung des Wahlkampfes in der Presse beurteilen und damit kritisch auf die Berichterstattung auch in den KNN, der KiZ und der NR eingehen.[9]

Für die Wahlstatistik besitzen wir mit der Statistik des deutschen Reichs zumindest für den Vergleich zwischen dem Deutschen Reich, Schleswig-Holstein und Kiel eine sehr gute Quelle. Im Gegensatz zu Abdrucken in den Zeitungen, die nur vorläufige Endergebnisse darstellen, können wir so das amtliche Endergebnis nennen.[10]

Die wichtigste Quelle für die Ergebnisse in den knapp 160-170 Stimmbezirken - den Wahllokalen mit ca. 1.000 Stimmberechtigten - bleiben hingegen die Veröffentlichung in den Zeitungen, da es keine Überlieferungen zu den amtlichen Endergebnissen auf dieser kleinsten Ebene gibt. Weder in den Akten des Landesarchivs noch in den „Statistischen Monatsberichten“ der Stadt Kiel finden sich dazu Angaben, wir sind also auf die Zeitungen als Quelle angewiesen.[11] Ebenso fehlen statistisches Material und Akten, die Angaben zu den Wahlberechtigten und der Wahlbeteiligung auf der Ebene der Kieler Stadtteile und der Stimmbezirke wiedergeben, lediglich für 1938 sind diese aus Zeitungen herauszulesen.[12]

Die vorläufigen Endergebnissen der Stimmbezirke bleiben aber trotzdem die wichtigste Quelle dieser Studie, da sich erst dadurch Rückschlüsse auf die örtliche Verbreitung der Parteien in den Stadtteilen und Straßenzügen ziehen lassen und damit zu bestimmen ist, wo die Hochburgen der NSDAP waren bzw. wie ihre Gegnerinnen und Gegner abstimmten. Methodisch ergeben sich hieraus aber noch eine Reihe von Problemen, von denen eines genannt sein soll: Da die Stadt Kiel zu der damaligen Zeit die Stimmbezirke nicht den einzelnen Statistischen Bezirken - den Stadtteilen - zugeordnet hatte, sind Ergebnisse für die Stadtteile nur

---

[8] Zur Quellenkritik an der KNN bzw. der Geschichte der drei Zeitungen bis 1934 siehe Mario Göhring: Von Zeitungsverboten, Gleichschaltung und dem „Kampf um die Leserschaft“. Methoden der `Nazifizierung`der Presse zwischen 1930 und 1934 am Beispiel ausgewählter Zeitungen aus Kiel, Lübeck und Flensburg. Magisterarbeit, Kiel 1994. (Göhrings Ergebnisse decken sich mit meinen eigenen nach der Zeitungslektüre.) Laut Göhring hatte die KNN Anfang 1934 eine Druckauflage von 67.629 Exemplaren und war mit knapp 40.000 Abonementen Kiels wichtigste Zeitung geblieben. KiZ kamen auf gerade mal 5.240, die NR auf 14.700 Druckexemplare. Laut Sopade hatte die KNN 1935 noch eine Auflage von ca. 60.000 Exemplaren (Sopade 1936, S. 806. Als Quelle wurde dort die „Zeitungsstatistik des deutschen Werberats“ genannt.

[9] Vgl. Nationalsozialistische Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation. Herausgegeben von Hans Bohrmann und Gabriele Toepser-Ziegert. Institut für Zeitungsforschung Stadt Dortmund. München 1984, 1985, 1993 und 1998. (Editierte Jahrgänge: 1933 – 1937) Für überregionale Ereignisse ist es meines Erachtens unerläßlich für die quellenkritische Einordnung von Presseartikel, diese auf Anweisungen aus Berlin zu prüfen.

[10] Statistik des Deutschen Reiches, herausgegeben vom Statistischen Reichsamt, Berlin, mehrere Jahrgänge. Anm.: Bezeichnenderweise wird fast in der gesamten Forschung trotzdem immer wieder nur mit den Zeitungsergebnissen oder den z.T. falschen des Kieler Verwaltungsberichts hausieren gegangen.

[11] Am 18. Februar ersuchte die Regierung in Schleswig die Oberbürgermeister und Landräte um Übersendung der Abgrenzungen der Stimmbezirke in den Städten und Gemeinden, leider sind diese nicht überliefert. Vgl. LAS 309/23082, Regierungspräsident Schleswig, Kreiswahlleiter, 18.2.33.
Für die Abstimmung am 10. April 1938 ist hingegen in einer Akte des Stadtarchivs das amtliche Endergebnis zu finden. (StaKi 40679) Dies belegt, dass nur die schlechte Überlieferung der Akten dazu geführt hat, dass wir heute auf die Zeitungen als Quellen angewiesen sind.

[12] Vgl. Verwaltungsberichte der Stadt Kiel, 1. Januar 1933 bis 31. März 1938. Redaktionell bearbeitet vom städtischen Informationsdienst, Kiel 1938. Vgl. die Stat. Monatsberichte 1933-1935. Für die RV 1938 siehe NR vom 11.4.38 (Ein Maßstab über die mögliche Anzahl der Wahlberechtigten wäre die generelle Umrechnung von Wahlberechtigten zur Bevölkerung in Kiel (= ca. 70 %). Für die einzelnen Stadtteile ergäbe sich so zumindest eine ungefähre Bezugsgröße, aufgrund dessen über das Wahlverhalten spekuliert werden könnte.)

noch aus heutiger Sicht zu rekonstruieren. Die Zuordnung, der anfangs knapp 160 später 170 Stimmbezirke zu den jeweiligen Stadtteilen, fällt aber im Einzelfall nicht leicht: Jedem Stimmbezirk waren ein oder mehrere Straßenzüge zugeordnet, wobei diese manchmal durch mehrere Stadtteile führten (bspw. die „Düppelstraße“) oder genau auf der statistischen Grenze verschiedener Stadtteile verliefen (bspw. der „Knooper Weg“). Mit Hilfe der knappen Hinweise aus den „Statistischen Monatsberichten“ wurde deshalb eine Zuordnung aller Stimmbezirke vorgenommen – ohne das diese historisch abzusichern ist.[13] Jede heutige Zuordnung der Stimmbezirke zu den Stadtteilen ist in diesem Sinne also künstlich, im gewissen Sinne willkürlich und dient ausschließlich der Anschaulichkeit des damaligen Wahlverhaltens. Um aber eine möglichst genaue Einteilung sicherzustellen, wurde die Zuordnung zwei Mitarbeitern aus dem Wahlamt bzw. dem Amt für Statistik Kiels vorgelegt, die sowohl die strittigen Fälle als auch die Plausibilität der Zuordnung bestätigen konnten. Im Anhang wird die getroffene Einteilung offengelegt und begründet.[14]

Die vorläufigen Endergebnisse finden sich - wie schon gesagt - in den Zeitungen wider. Dabei gibt es aber eine wichtige Lücke in der Quellenüberlieferung: Für die letzte plualistische Reichstagswahl - 5. März 1933 - fehlen in allen Zeitungen die Ergebnisse der Stimmbezirke, so daß hierzu nur Daten für den Stadtkreis Kiel vorliegen.[15] Da dieses Ergebnis aber als Vergleich für die Zeit im Nationalsozialismus von großer Bedeutung ist, hat der Autor umfangreiche Recherchen nach den Ergebnissen der Stimmbezirke angestellt und kommt zu folgenden unbefriedigenden Sachstand: Für die Märzwahlen 1933 wurde das vorläufige Endergebnis der Stimmbezirke in einer Wahlsonderausgabe der Kieler Neuesten Nachrichten abgedruckt, die wahrscheinlich mit dem Datum vom Montag, den 6. März 1933 erschienen ist. Dies ist dadurch erklärbar, dass die Kieler Neuesten Nachrichten als Abendzeitung sonntags erschienen und montags pausierten. Nach Wahlen brachten sie ein Extrablatt heraus, so dass in der Dienstagsausgabe keine detailierten Ergebnisse mehr zu finden waren. In der im selben Verlag herausgebrachten Kieler Zeitung, einer Morgenzeitung, wurden dementsprechend auch keine Detailergebnisse mehr abgedruckt. Das NSDAP-Blatt - damals „Der Volkskampf“ - erschien wöchentlich und die sozialdemokratische Schleswig-Holsteinische Volkszeitung war schon verboten worden. Da bedauerlicherweise die Extraausgabe der KNN nicht überliefert worden ist, kann diese wichtige Forschungslücke nicht geschlossen werden.[16]

Glücklicherweise liegen für alle Wahlen und Volksabstimmungen im Nationalsozialismus Daten vor: sie wurden durch Abdruck in der NSDAP-Tageszeitung, der Nordischen

---

[13] Die Zuordnung der – durch Bevölkerungswachstum ansteigenden Anzahl der - Stimmbezirke findet sich im Anhang wieder. Die Zuordnung der Straßenzüge und Wahllokale zu den Stimmbezirken ist abgedruckt in: SHVZ 9.9.1930 („Die Wahl zum Reichstage“) bzw. StaKi 40679 für das Jahr 1938. Die Einteilung der statistischen Bezirke findet sich in: Statistische Monatsberichte Nr. 1, XVIII Jg., Kiel 1927, S. 9 und S. 12.

[14] Dem Autoren liegen zwar die Detailergebnisse von Schulz/Schneider vor, doch leider nicht deren tatsächliche Zuordnung zu den Stadtteilen. Dies findet sich auch nicht in ihrer Veröffentlichung wieder. U.a. deshalb habe ich mich entschlossen auf eigene Berechnungen zurück zu greifen.
Herr Fink vom „Bürgeramt – Allgemeine Angelegenheiten, Wahlen und Abstimmungen“ sowie Herr Scholz von den Statistikern haben dankeswerterweise meine Einteilung überprüft und „abgesegnet“.

[15] Vgl. Stat. Monatsberichte März 1933 und November 1933, Verwaltungsbericht 1933-1938. Recherche in den Kieler Neuesten Nachrichten, der Kieler Zeitung und des nat. soz. Volkskampf ergaben keine Angaben. Die SHVZ war im März 1933 schon verboten. Die Zeitung der Kommunisten ist nicht archiviert und war im März natürlich auch schon verboten.

[16] Laut dem KN-Archivar Torsten Gerhardt sind die Archivausgaben des KNN-Archivs in Kiel identisch mit den Mikrofilmen der Landesbibliothek in Kiel und dem Stadtarchiv Kiel. E-Mail-Mitteilung vom 6.1.00.
Die Recherche des Autoren hat in folgenden Institutionen zu negativen Ergebnissen geführt: Institut für Zeitungswesen/Stadt Dortmund. Deutsche Bibliothek Leipzig. Universtität Leipzig. Institut für Kommunikationswissenschaften der Universtität Münster. Bundesarchiv Berlin. Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (AHF).

Rundschau, überliefert und im Falle des letzten Plebiszits (1938) durch einen Aktenfund bestätigt.[17]

Die Geschichte der Wahlen in Kiel ist bisher nur lückenhaft erforscht worden, doch besitzen wir mit der Arbeit von Torsten Schneider und Wolfram Schulz Informationen zum Kieler Wahlverhalten am Ende der Weimarer Republik. Die beiden Autoren haben sowohl die Reichstagswahlen von 1928 bis November 1932, als auch die Reichspräsidentschaftswahlen 1925 und 1932 analysiert und Schlußfolgerungen zu Wählerwanderungen und Wählerschaft der NSDAP und Hitler angestellt.[18] Leider sind die Autoren dabei nur indirekt auf die anderen Parteien, deren Hochburgen und Wählerschaften in Kiel eingegangen, so dass ich meinerseits ein weiteres Wahlereignis – die preußische Landtagswahl vom April 1932 – einbezogen und eigene Berechnungen zu den Reichtagswahlen im Juli und November 1932 angestellt habe.
Dadurch wurde es möglich die Ergebnisse für die anderen Parteien (insb. DNVP, SPD und KPD) einzubeziehen und Thesen dazu aufzustellen, wer im Nationalsozialismus für und gegen die Nationalsozialisten gestimmt hat, denn die jeweiligen Hochburgen der linken und rechten Parteien bis 1932 sollen den Hintergrund für die Analyse der Wahlentscheidungen von 1933 bis 1938 bilden.[19] Die liberalen Parteien und das Zentrum habe ich wegen ihrer relativen Bedeutungslosigkeit am Ende der Weimarer Republik in Kiel nicht einbezogen, bin auf sie aber in der Schlußbetrachtung nochmal eingegangen.

Vor dem Hintergrund des nicht überlieferten Ergebnisses für die Reichstagswahlen vom März 1933 erhalten natürlich die Ergebnisse vom Juli 1932 und November 1932 - größter Erfolg / relative Niederlage der NSDAP auf Reichsebene - sowie der preußischen Landtagswahl vom April 1932, bei der die NSDAP in Kiel ihr bestes Ergebnis (ausschließlich der Märzwahlen) einfuhr, größere Bedeutung.[20] Aus pragmatischen Gründen und wegen des sonst immer grösser werdenden zeitlichen Abstandes wurde in der Regel das Ergebnis der Novemberwahlen von 1932 als Maßstab für den statistischen Vergleich herangezogen.
Das statistische Datenmaterial ist so zwar lückenhaft, erlaubt aber meines Erachtens Vergleiche zwischen dem Wahlverhalten in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus anzustellen. Die selbsterstellten Daten zum Wahlverhalten in den Stadtteilen und einzelnen Straßenzügen ermöglichen es zudem, die jeweiligen Hochburgen von GegnerInnen des Nationalsozialismus bzw. deren Anhängerschaft genauer zu lokalisieren und Thesen dazu aufzustellen, wer und warum für/gegen das diktatorische Regime gestimmt hat.[21]

---

[17] Vgl. die entspr. Ausgaben der NR und z.T. der KNN; StAKi 40679.

[18] Wolfram Schulz / Torsten Schneider: „Die Wählerschaft der NSDAP in Kiel", in: Demokratische Geschichte, Jahrbuch zur Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein, Band II, Kiel 1987, S. 231-261.

[19] Mein Dank gilt Wolfram Schulz, der mir das Material im Sommer 1995 zur Verfügung stellte, auch wenn ich es aufgrund von methodischen Überlegungen dann vorgezogen habe die Daten für Juli u. Nov. 1932 bzw. April 1932 nochmals selbst zu erheben.

[20] Die NSDAP erhielt im April 1932 laut dem in den Zeitungen abgedruckten vorläufigen Endergebnis insgesamt 67.558 Stimmen, was sie nur bei der Doppelabstimmung am 5. März 1933 noch überholen sollte (preußische Landtagswahl: 67.810 Stimmen, Reichstagswahl: 69.225 Stimmen). Es fragt sich, ob das Ergebnis von April nicht wichtige Rückschlüsse auf das für die NSDAP ähnliche, aber nicht überlieferte Wahlergebnis auf Stimmbezirksebene vom März 1933 geben könnte. Vgl. Statistische Monatsberichte der Stadt Kiel, März 1933.

[21] Die Wahlergebnisse wurden lediglich auf der Ebene der Stimmbezirke, d.h. den Wahllokalen mit bis zu 1.500 Wahlberechtigten in der Presse abgedruckt. Eine Zuordnung zu Stadtteilen gab es damals noch nicht, so dass diese anhand von Quellenmaterial von mir selbst vorgenommen wurde und im Anhang 1 dokumentiert wird.

2. Einführung

Soziale Schichtung der Bevölkerung, Stadtgeographie

Um die Wahlergebnisse in den 21 Kieler Stadtteilen besser einordnen zu können, werden im folgenden die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung Kiels allgemein dargestellt und die Wohnviertel mit ihrer Bewohnerschaft vorgestellt. Da es hierzu zum Teil keine detaillierten sozialen Statistiken gibt, muß dies manchmal eher verallgemeinernd als vertiefend geschehen.[22]

In Kiel lebten im Januar 1933 knapp 220.000 EinwohnerInnen, wovon 158.000 wahlberechtigt waren. Die Stadt litt sehr unter der Weltwirtschaftskrise und verzeichnete 28.500 Erwerbslose von denen die große Mehrheit Beschäftigte (zumeist Arbeiter) aus „Industrie- und Handwerk“ waren, während Angestellte insbesondere im Bereich „Handel und Verkehr“ betroffen waren. Während für den Januar keine konkreten Prozentzahlen vorliegen, können zumindest für den Sommer 1933 folgende Angaben gemacht werden: es waren immer noch 27.618 Menschen (5.385 Frauen) arbeitslos, was einer Quote von 28,5% entsprach und wovon die Mehrheit als Wohlfahrtserwerbslose lediglich geringe Unterstützungsleistungen von der Stadt Kiel erhielten. Die Kieler Erwerbsbevölkerung setzte sich aus 11,2% Selbständigen, lediglich 2,5% mithelfenden Familienangehörigen, 12,9% Beamten, 20,0% Angestellten, 46,7% Arbeitern und 6,8% Hausangestellten zusammen. Die größte Wirtschaftsabteilung war „Industrie und Handwerk“ (39.499 Beschäftigte; 13,8% Frauen), was insbesondere die fast ausschließlich männerdominierten Maschinen- und Fahrzeugbaubranchen (15.342 Beschäftigte / 567 Frauen) einschloß. Es folgte „Handel und Verkehr“ (26.562 Beschäftigte / 32 % Frauen), d.h. insbesondere das Handelsgewerbe (14.995 Beschäftigte / 6.212 Frauen) und die öffentlichen und privaten Dienste (21.651 Beschäftigte / 21,9% Frauen), was sich auf Stellungen in der Verwaltung, der Wehrmacht, den Kirchen und im Erziehungswesen bezog (16.328 Beschäftigte / 2.094 Frauen).[23] 1933 war Kiel damit eine durch Marine, die Werften, deren Zuliefererindustrien und die große Verwaltung geprägte Stadt, deren Bevölkerung mehrheitlich im inneren Stadtgebiet bzw. auf dem Ostufer lebte, während die Stadtrandgebiete wie die Wik, Gaarden-Süd, Hasseldieksdamm, Hassee und die Region nördlich des Kanals nur dünner besiedelt waren.[24]

Die soziale Struktur der einzelnen Stadtviertel sah wie folgt aus: Die Altstadt (4.659 EinwohnerInnen) prägten die vielen öffentlichen Gebäuden sowie kleineren und größeren Geschäften um den alten Markt herum, so dass hier nur wenige Arbeiterfamilien, aber viele Selbständige - etwa Ladenbesitzer, Kaufleute und Handwerksmeister - mit ihren Familien lebten. In der Vorstadt (7.277 Einw.) gab es zwar noch einen größeren Anteil von – eher kommunistisch orientierten – Industriearbeitern (insbesondere im Gängeviertel, heute: Ostseehalle), aber ähnlich wie am Exerzierplatz (13.785 Einw.) und dem Damperhof (8.964

[22] Vgl. AKAP (Hrsg.): Kiel im Nationalsozialismus. Materialien und Dokumente, Kiel 1994, S. 13ff. (Der Text stammt vom Autoren und ist für diese Arbeit überarbeitet worden.) Zur Stadtgeographie vgl. Elli Hädicke: Kiel – eine stadtgeographische Untersuchung. Kiel 1931, in: MKStG, Bd. 36, Kiel 1931. Vgl. auch Schulz/Schneider, S.240-242. Zur Wirtschaft vgl. Sabine Stahmer-Wusterbarth: Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Kiel während der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Maßnahmen der Kieler Stadtverwaltung. Unv. Diss., Kiel 1996.

[23] Aufgrund des z.T. fehlenden statistischen Materials für den Januar 1933 wurde auch auf die Zahlen der Volkszählung vom Juni 1933 zurückgegriffen. Vgl. Statistische Monatsberichte der Stadt Kiel, Januar 1933, S. 4, S. 14 und S. 18. StDR Band 455, Heft 13, S.38f. Zur Entwicklung der Erwerbslosigkeit im Nationalsozialismus vgl. AKAP (Hrsg.): Antifaschistische Stadtführungen. Kiel 1933-1945. Stationen zur Geschichte des Nationalsozialismus in Kiel. Kiel 1998, S.11f.

[24] Die Bevölkerungszahlen für diese Stadtteile betrugen zwischen knapp 1.000 in Hasseldieksdamm über 1.700 in Friedrichsort und zwischen 3.300 und 3.800 in Pries und Holtenau bis hin zu 9.000 in der Wik, wobei dieser Stadtteil die größte Fläche aller 21 Viertel aufwies. Vgl. Statistische Monatsberichte der Stadt Kiel, Januar 1933, S.4. Die weiteren genannten Zahlen basieren auf dieser Quelle.

Einw.) waren dies eher bürgerliche Viertel. Wer betuchter war, wohnte in großen Etagenwohnungen um den Schreventeich (16.531 Einw.) oder im Villenviertel Düsternbrook (4.671 Einw.), wo die Oberschicht Kiels - hohe Beamte der Marine, Universitätsprofessoren, Ärzte, Juristen und reiche Kaufleute - mit ihren Angehörigen wohnte. Weiter ´gen Westen schlossen sich Wohnungen für die Marine, mittlere Beamte, Angestellte und mittelständische Gewerbetreibende um den Blücherplatz (12.724 Einw.) und den Ravensberg (15.931 Einw.) an. Die großen Arbeiterviertel in Gaarden-Ost (27.442 Einw.) und Ellerbek (8.493 Einw.) wurden von Mietskasernen bestimmt, in denen viele ungelernte Arbeiter sowie Facharbeiter und deren Familien wohnten. Ähnlich wie die Arbeiterfamilien in den Mietshäusern um den Südfriedhof (27.350 Einw.) war der größte Teil der Menschen von den Werften und ihren Zulieferern abhängig.

Zusammenfassend ließe sich sagen, dass die bürgerliche Mittelschicht und die Oberschicht mehrheitlich nördlich des Hasseldieksdammer Wegs bis zum Kanal lebte, während die Industrie- und (Fach-) Arbeiterschaft im Süden und auf dem Ostufer wohnte, wobei Wellingdorf eher (klein-) bürgerlich geprägt war.

Die Wählerschaft der NSDAP in der Weimarer Republik

Eine Analyse der Abstimmungsergebnisse in der NS-Diktatur ist nur vor dem Hintergrund der Ergebnisse in der Weimarer Republik möglich. Deshalb sollen an dieser Stelle die Untersuchungsergebnisse von Wolfram Schulz und Torsten Schneider für die Wahlen bis 1932 kurz vorgestellt werden. Die beiden Autoren haben mit Hilfe einer Methode der wissenschaftlichen Schätzung folgende Thesen zu Wählerschaft und Wählerwanderungen in Kiel aufgestellt: Ihrer Meinung nach vollzog sich der Aufstieg der NSDAP 1930 vor dem Hintergrund der Zersplitterung des bürgerlichen Lagers. Die Partei profitierte dabei von dem sich auflösenden kleinen mittelständischen Interessenparteien sowie von Wechselwählerinnen und – wählern der Deutschnationale Volkspartei (DNVP) und denen der Deutschen Volkspartei (DVP) bzw. Deutschen Demokratischen Partei (DDP, ab 1930: Deutsche Staatspartei, DStP). Dieser Trend soll sich im Juli 1932 fortgesetzt haben, wobei sowohl DNVP , als auch DVP und DStP-Wählerinnen und Wähler verstärkt zur NSDAP übergegangen sein sollen und auch die KPD und SPD 1/4 ihrer Wählerschaft an die Partei verloren hätten. Von den Verlusten der NSDAP im November 1932 habe insbesondere die DNVP profitieren können, wohingegen DVP und DStP zugunsten der NSDAP verschwanden. Während das SPD-Wählerpotential sehr stabil zur Sozialdemokratie hielt, hätte es von der KPD Ende 1932 ebenfalls Wählerwanderungen zur NSDAP gegeben. Die NSDAP hatte also die Wahlen insbesondere im bürgerlich-konservativen Lager für sich gewinnen können.[25]

Anhand von elf ausgewählten Kieler Stimmbezirken stellten die Autoren folgenden Zusammenhänge zwischen Berufszugehörigkeit und Wahlverhalten her: Danach wäre die NSDAP insbesondere von den Selbständigen gewählt worden, während die Angestellten zuerst für die liberal-bürgerlichen Parteien und in zweiter Linie für die NSDAP gestimmt hätten. Die Arbeiter standen hingegen eindeutig bei Wahlen auf Seiten der SPD und KPD. Während aber alle bürgerlichen und linken Parteien letztendlich Interessenparteien blieben, hätte es am ehesten noch die NSDAP geschafft alle sozialen Schichten anzusprechen, sei also in diesem Sinne eine negative „Volks-Partei“ gewesen.[26]

[25] Vgl. Schulz/Schneider, S.254-257. Vgl. dazu Jürgen W. Falter: Hitlers Wähler, München 1991.

[26] Schulz/Schneider, S.251f. Da Selbständige in Kiel absolut unterrepräsentiert waren (1933: Kiel: 11,2%; Reich: 16,4%), erklärt ein überdurchschnittliches Wahlverhalten dieser sozialen Gruppe maximal 1/7 des Wahlerfolges der NSDAP in Kiel.

Ein Quellenfund für Kiel bestätigt einige der obigen Ergebnisse. Das Kieler Statistische Amt war 1932/33 vom preußischen Landeswahlleiter aufgefordert worden, eine Auswahl von 30 Stimmbezirken so vorzunehmen, „daß die mir zugesandten Listen etwa 30.000 Wähler enthalten, wobei Arbeiterwohnbezirke, Villenbezirke, Geschäftsgegenden usw. in einem Verhältnis vertreten sein sollen, das dem Verhältnis Ihrer Stadt entspricht."[27] Das Amt stellte daraufhin eine repräsentative Auswahl zusammen, die dreizehn Stimmbezirke mit vorwiegender Arbeiterbevölkerung, acht mit überdurchschnittlich vielen Beamten und Angestellten, sechs mit hohem Selbständigen-Anteil und drei aus Villengegenden umfaßte.[28] Eine Auswertung dieser repräsentativen Stimmbezirke Kiels für die drei wichtigsten Wahlen vor 1933 ergibt folgendes Bild (Tabelle1):

Tabelle 1

	Preuß. Landtagswahl 24. April 1932	**Reichstagswahl 31. Juli 1932**	**Reichstagswahl 6. November 1932**
Villengegend (Düsternbrook)	NSDAP: 54,2% DNVP: 18,9%	NSDAP: 49,5% DNVP: 24,1%	NSDAP: 38,9% DNVP: 34,8%
Geschäfte (Selbständige)	NSDAP: 62,5% DNVP: 5,3%	NSDAP: 58,9% DNVP: 6,9%	NSDAP: 52,9% DNVP: 12,5%
Beamte und Angestellte	NSDAP: 58,5% DNVP: 5,5%	NSDAP: 55,9% DNVP: 7,4%	NSDAP: 50,6% DNVP: 12,8%
Arbeiter	NSDAP: 41,6% DNVP: 2,7%	NSDAP: 38,6% DNVP: 2,9%	NSDAP: 35,9% DNVP: 5,9%
Kiel, repräsentativ	NSDAP: 51,4% DNVP: 5,4%	NSDAP: 48,2% DNVP: 6,7%	NSDAP: 43,5% DNVP: 11,8%
Kiel, amtliches Endergebnis	NSDAP: 49,1% DNVP: 4,4%	NSDAP: 46,1% DNVP: 5,3%	NSDAP: 42,0% DNVP: 9,7%

Kiel, repräsentativ (Nach einer Zusammenstellung vom Januar 1933)

Die größte Affinität hatten danach die Selbständigen zur NSDAP (52-62%), gefolgt von den Beamten und Angestellten (50-58%) und erst dann die Angehörigen der oberen Mittelschicht/Oberschicht Kiels (39-54%). Die hiesige Arbeiterschaft hatte hingegen unterdurchschnittlich für die NSDAP gestimmt (36-41%) wobei selbst diese insgesamt 1/3, alle anderen sozialen Gruppen 2/3 aller Wählerstimmen für die NSDAP vor 1933 erklären.[29] Dies bestätigt im Kern die Aussagen von Schulz/Schneider.[30]

Für die Stadtteile ergeben sich folgende Schwerpunkte bei der regionalen Verteilung der NSDAP-Wählerschaft bzw. der Anhängerschaft der linken Arbeiterparteien: die NSDAP hatte im November 1932 ihre Hochburgen absoluter Mehrheiten „Am Blücherplatz" sowie der „Altstadt" und dem „Exerzierplatz". Zusammen mit ihrem reaktionären Koalitionspartner DNVP brachte sie es zudem noch in allen Stadtvierteln nördlich des Hasseldieksdammer

[27] StAKi 40683, Brief des Landeswahlleiters in Berlin vom 5. Januar 1933, Antwort des Stat. – und Wahlamtes am 14. Januar 1933.

[28] Es handelte sich um folgende Stimmbezirke (Sb): Villen (Sb 107, 108, 109; also das Stadtviertel Düsternbrook); Geschäfte (Sb 1, 2, 3, 4, 5, 7; also im Kern Altstadt und Teile der Vorstadt); Beamte/Angestellte (Sb 53, 76, 90, 91, 104, 41, 45, 46; insb. also Blücherplatz und Schreventeich); Arbeiter (Sb 66, 82, 61, 72, 25, 28, 32, 110, 116, 117, 139, 141, 143; insb. also Südfriedhof und die beiden Gaarden).

[29] Das Stimmenverhältnis betrug 4.800 zu 4.700/2.800/1.300 und damit knapp 1:2.

[30] Vgl. Schulz/Schneider S. 251f. Leider fehlen sowohl bei Schulz/Schneider als auch bei der zeitgenössischen Zusammenstellung eine Differenzierung nach Beamten und Angestellten. Falter konstatiert nämlich, eine höhere Anfälligkeit von (städtischen) Beamten für die NSDAP und - entgegen landläufiger Meinungen - eine geringere von (insbesondere evangelischen) Angestellten. Falter, Hitlers Wähler, S.241f und S.246ff. Manche der unten für 1933-1938 genannten Einzelergebnisse für Kiel bestätigen diese Zusammenhänge.

Wegs bis zum Kanal auf große Mehrheiten der Wahlberechtigten und konnte auf dem Ostufer in Wellingdorf eine knappe rechnerische Mehrheit verbuchen.

Die Arbeiterparteien konnten hingegen im November 1932 nur noch in sieben Stadtteilen einen rechnerische Mehrheit für sich verbuchen, wobei ihnen das bevölkerungsarme Pries eine 2/3 Mehrheit bescherte und der bevölkerungsstärkste Stadtteil Gaarden-Ost sowie Ellerbek und Neumühlen-Dietrichsdorf folgten, während „Am Südfriedhof“ zwischen beiden Lagern hart umkämpft blieb. Die Region nördlich des Kanals sowie der Kieler Süden und fast das gesamte Ostufer – mithin also die Stadtteile, die von den Werften lebten – wurde durch die beiden Arbeiterparteien dominiert.[31]

Verkürzt gesagt hatte die NSDAP ihren Aufstieg in Kiel dem (selbständigen) Bürgertum in den innenstädtischen Vierteln zu verdanken und mußte in den anderen Stadtteilen aufgrund der dortigen Stärke von SPD und KPD mit der grössten Gegenwehr rechnen. **(vgl. Karte 1)**

Die letzen pluralistischen Reichstagswahlen am 5. März 1933

Am 1. Februar 1933 löste Reichspräsident Hindenburg den Reichstag auf und legte den 5. März als Wahltermin fest.[32] Am 2. Februar änderte die neue Regierung das Reichswahlgesetz und ermöglichte Deutschen mit Wohnsitz im Ausland im Inland wählen zu gehen, während sie bisher dafür ihren Wohnsitz hätten dorthin verlegen müssen.[33] Die Reichsregierung hoffte auf Stimmen der eher konservativen Auslandsdeutschen und rechnete mit einem regen Reiseverkehr zu den Grenzbahnhöfen Deutschlands.[34] Ähnliches – wenn auch nicht in der Größenordnung – sollte eine weitere Veränderung bringen: deutsche Seeleute ohne festen Wohnsitz durften nun per Stimmschein in extra für sie eingerichteten Wahllokalen – in Kiel z.B. auf der Holtenauer Schleuse – wählen gehen und bekamen dafür vom 23. Februar bis zum 10. März 1933 Zeit.[35] Tatsächlich führten beide Wahlrechtsänderungen gerade mal zu ca. 60. – 70.000 Stimmen, was einem Reichstagsmandat entsprach.[36] Für Kiel läßt sich über die gesamte Grössenordnung der erhöhten Wahlbeteiligung nur spekulieren, wobei aber auf den Schleusen eine Verdoppelung der abgegebenen Stimmen nachweisbar ist.[37]

Der Erhöhung der Wahlberechtigten zuwiderlaufend gab es seitens der NSDAP Versuche, zwei Gruppen von den Wahlen auszuschließen: die politischen Schutzhäftlinge und die jüdische Bevölkerung. In beiden Fällen konnte sie sich aber lange nicht gegen den Reichsinnenminister Frick (NSDAP) durchsetzen. Dieser hielt am Wahlrecht der politischen Schutz

---

[31] Eigene Berechnungen nach den vorläufigen amtlichen Endergebnis in KNN 7.11.1932.

[32] Reichsgesetzblatt (RGBl), Teil 1, Jg. 1933, Berlin 1933, S. 45: 1. Februar 1933, Verordnung über die Auflösung des Reichstags. Verordnung über die Neuwahl des Reichstags.

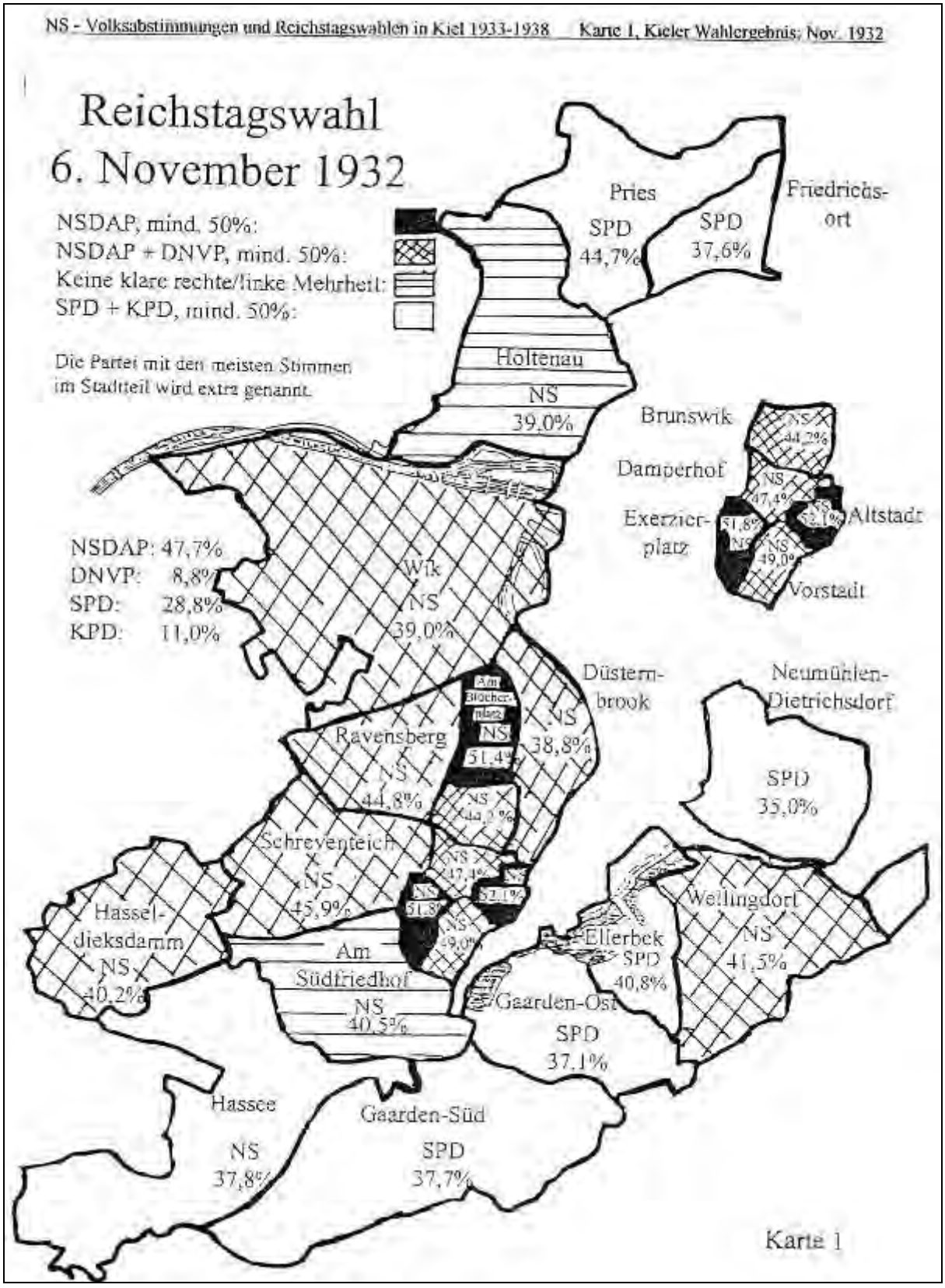
[33] RGBl., Teil 1, Jg. 1933, Berlin 1933, S. 46: 2. Februar 1933, Verordnung des Reichspräsidenten über die Änderung des Reichswahlgesetzes. § 12, Abs. II, Satz 4 legte fest, daß Auslandsdeutsche nun mit Stimmschein wählen durften, wenn sie sich zum Wahltag ins Inland begaben. Satz 5 verfügte, daß Seeleute ohne festen Wohnsitz ebenfalls (in den Häfen, in Kiel auf der Schleuse) wählen durften. Vgl. dazu S. 46ff: Verordnung zur Durchführung des Reichswahlgesetzes vom 3. Februar 1933.

[34] LAS 309/23082, Preuß. Innenminister in einem Schnellbrief an den Kreiswahlleiter, Reg. Schleswig, 21.2.33.

[35] Diese Genehmigung erteilte das Reichsinnenministerium aus Berlin schon am 11.2.33 dem Kieler Magistrat, was der Kreiswahlleiter in Schleswig ebenfalls bestätigte. LAS 309/23082.

[36] Vgl. Hubert, Uniformierter Reichstag, S.51.

[37] Für November 1932 lassen sich 1.160 Seeleute nachweisen, für November 1933 wurden hingegen bis zum Wahltag 2.792 Stimmberechtigte genannt – wobei noch weitere fünf Tage Wahlzeit verblieben. Selbst unter Berücksichtigung der um ca. 6% erhöhten Wahlbeteiligung im November 1933 fällt dieser hohe Anstieg auf. Vgl. Anhang 2 und Kapitel 2 dieser Arbeit.


NS - Volksabstimmungen und Reichstagswahlen in Kiel 1933-1938 Karte 1, Kieler Wahlergebnis; Nov. 1932
Reichstagswahl
6. November 1932
NSDAP, mind. 50%:
NSDAP + DNVP, mind. 50%:
Keine klare rechte/linke Mehrheit:
SPD + KPD, mind. 50%:
Die Partei mit den meisten Stimmen im Stadtteil wird extra genannt.
NSDAP: 47,7%
DNVP: 8,8%
SPD: 28,8%
KPD: 11,0%
Pries
SPD
44,7%
Friedrichs-
ort
SPD
37,6%
Holtenau
NS
39,0%
Brunswik
Damperhof
Exerzier-
platz
Altstadt
Vorstadt
Wik
NS
39,0%
Düstern-
brook
NS
38,8%
Neumühlen-
Dietrichsdorf
SPD
35,0%
Ravensberg
NS
44,8%
Schreventeich
NS
45,9%
Hassel-
dieksdamm
NS
40,2%
Am
Südfriedhof
NS
40,5%
Ellerbek
SPD
40,8%
Wellingdorf
NS
41,5%
Gaarden-Ost
SPD
37,1%
Hassee
NS
37,8%
Gaarden-Süd
SPD
37,7%
Karte 1

häftlinge und der jüdischen Bevölkerung fest, um eine hohe Wahlbeteiligung zu erreichen und Deutschland vor dem Ausland, formal in ein positives Licht zu rücken.[38]

Die Wahlen selbst standen ganz im Zeichen der neuen Regierung: die KPD war nach dem Reichstagsbrand kriminalisiert worden, die SPD stark in ihrer Arbeit behindert, Funktionäre der Arbeiterbewegung kamen in Schutzhaft und eine „freie" Wahl war nicht mehr möglich, denn die freie Meinungsäußerung und auch die freie Wahlwerbung war ihnen nur noch eingeschränkt erlaubt. So wurde die für Kiel und die ganze Provinz wichtige sozialdemokratische Schleswig-Holsteinische Volkszeitung im Januar und Februar mehrmals für Tage und Wochen verboten und erschien das letzte Mal am 27. Februar.[39] Einschüchterung und Terror bis zum politischen Mord bestimmten die Atmosphäre der Reichstagswahl am 5. März 1933 in ganz Deutschland und trotzdem finden sich Hinweise auf widerständiges und mutiges Verhalten. So hielt der SAJler Alfred Jung (Jg. 1907) im Wahllokal ein Plakat mit folgender KPD-Parole hoch: „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg", um gegen die NSDAP Stellung zu beziehen.[40]

Das amtliche Endergebnis dieser Wahl spiegelt die Umstände ihres Zustandekommens wieder und lautete im Vergleich von Kiel, Schleswig-Holstein und dem Deutschen Reich folgendermaßen (Tabelle 2):

Tabelle 2

Reichstagswahl vom 5. März 1933									
	Wahlbeteiligung	**KPD**	**SPD**	**Zentrum**	**DStP**	**DVP**	**DNVP**	**NSDAP**	**Sonstige**
Kiel	92,1%	11,0%	28,8%	1,5%	0,7%	1,0%	8,8%	47,7%	0,5%
Schleswig-Holstein	89,5%	10,8%	22,0%	1,0%	0,8%	1,3%	10,1%	53,3%	0,8%
Deutsches Reich	88,8%	12,3%	18,3%	13,9%	0,9%	1,1%	8,0%	43,9%	1,6%

Erstellt nach Statistik des Deutschen Reiches, Band 434, S.188ff.[41]

Im Vergleich mit den 21 Land – und Stadtkreisen des Regierungsbezirk Schleswig-Holstein war das Kieler Ergebnis zwar das fünftschlechteste für die NSDAP, doch lagen nur die Stadtkreise Wandsbek (39,5%) und Altona (42,5%) unter dem Reichsdurchschnitt der Partei,

[38] Vgl. dazu LAS 309 / 22574. Im zweiten Kapitel dieser Arbeit wird darauf nochmal eingegangen.

[39] Vgl. dazu die Darstellung in: Mario Göhring: Von Zeitungsverboten, Gleichschaltung und dem `Kampf um die Leserschaft`. Methoden der `Nazifizierung` der Presse zwischen 1930 und 1934 am Beispiel ausgewählter Zeitungen aus Kiel, Lübeck und Flensburg. Unv. Magisterarbeit, Kiel 1994, S.19ff. Vgl. ebenso: Ute Haese/ Torsten Prawitt: „Dem Leser ein Halt in schwerer Zeit" Schleswig-Holsteinische Pressegeschichte 1945-1955. Hamburg 1994, S.175.

[40] Horst Peters hat diesen Fall belegt. Vgl. StaKi 48681, Bl. 351. Ob dies im Wahllokal wirklich möglich war, bezweifelt der Autor. Meiner Meinung nach konnte sowas nur vor dem Wahllokal passieren, wo Wahlwerbung der Parteien typisch war.

[41] StDR, Band 434, S.188ff. Vgl. dazu LAS 309/23082. Hier findet sich der Zählbogen der Regierung in Schleswig, der folgendes Endergebnis aufwies: Stimmberechtigte 153.874; Stimmscheine 5185; ungültig 1.139; Gültig: 145.122; NSDAP: 69.225; SPD: 41.719; KPD: 16.013; Zentrum: 2.183; DNVP: 12.833; DVP: 1.495; DStP: 951; alle anderen: 703 Stimmen. Die Abweichungen zur StDR sind also gering. Vgl. BAB, R 1501 Reichsministerium des Innern, Blätter 180 -183. (Reichswahlleiter an den Reichsbeauftragten für das Wahlprüfungsverfahren, , 28. Juni 1933). Hier findet sich das Ergebnis nach dem Wahlprüfungsverfahren, was in der StDR Bd. 434 nicht berücksichtigt worden war. Danach ergab sich für Schleswig-Holstein ein Zuwachs von 160 abgegebenen Stimmen auf 1004581, wobei dies die prozentuale Verteilung für die Parteien nicht veränderte. Inhaltlich wurde die Überprüfung der ungültigen Stimmen in Altona und sachliche Unstimmigkeiten im Stimmbezirk 2 in Neumünster erwähnt, wo dies sowohl für die NSDAP als die KPD positive Auswirkungen hatte.

während Kiel mit 47,7% fast vier Prozent darüber gelegen hatte.[42] Die NSDAP hatte in Kiel mit 69.225 Stimmen ihr bis dahin bestes Ergebnis und konnte zusammen mit ihrem Koalitionspartner DNVP insgesamt 82.058 Stimmen, eine Mehrheit von 56,5%, auf sich vereinigen. Damit waren 82.000 Stimmen von knapp 159.000 Wahlberechtigten - bei einer Wahlbeteiligung von 146.000 - also das höchste Ergebnis, was durch Terror und Verfolgung bei pluralistischen Wahlen für die „nationale“ Regierung zu erreichen war und demgegenüber standen im Lager der beiden Arbeiterparteien nur noch ca. 58.000 Wählerinnen und Wähler.[43] Für das Regime galt es also in der Folgezeit die zumeist aus der politischen Arbeiterschaft stammenden Gegnerinnen und Gegner durch Terror, Druck, soziale Kontrolle und tatsächliche Einvernahme mittels (vermeintlicher) politischer und wirtschaftlicher Erfolge zur Stimmabgabe für die NSDAP zu bewegen.

Das Wahlrecht im Nationalsozialismus

Die Nationalsozialisten schufen kein neues Wahlrecht, sondern übernahmen die Wahlgesetzgebung der Weimarer Republik. [44] Damit blieben sowohl die Reichsstimmordnung als auch das Reichswahlgesetz in Kraft, das offiziell nach §1 Reichswahlgesetz und §2 Absatz 1 Reichsstimmordnung freie und geheime Wahlen vorschrieb, die durch Wahlurnen, Stimmzettel- und umschläge sowie Wahlkabinen umzusetzen waren und durch einen Wahlvorstand beim Urnengang überwacht werden mußten. Aktives Wahlrecht hatten alle Reichsbürgerinnen und Reichsbürger, die mindestens 20 Jahre alt waren. Wählbar war jede und jeder ab 25 Jahren.

Alle Gemeinden und Städte wurden organisatorisch in Stimmbezirke eingeteilt (in Kiel etwa die „Adolfstraße“ und „Langer Seegen“ zum Stimmbezirk 80 zusammengefaßt), d.h. pro 1.000 bis maximal 2.500 Wahlberechtigte ein Wahllokal gebildet und auch sonst glichen die Abläufe den altbekannten. Die Reichsregierung gab durch den Reichsinnenminister den Wahltag bekannt und die örtlichen Behörden mußten jedem Wähler und jeder Wählerin eine Wahlbenachrichtigungkarte zustellen und Stimmlisten mit allen verzeichneten Wahlberechtigten auslegen. Wer nicht genannt wurde, konnte dies bei den Behörden monieren, um dann bei positiven Entscheid, doch noch wählen gehen zu können. Wer am Wahltag nicht in der Stadt war, konnte mit Stimmschein wählen: Dieser berechtigte zur Stimmabgabe in jedem Ort Deutschlands und war damit der Vorläufer unserer heutigen Briefwahl.

Volksabstimmungen statt Volksentscheide

Die Weimarer Verfassung kannte mit Volksbegehren und Volksentscheid zwei Möglichkeiten des plebiszitären Einflusses auf den Reichstag. In der Praxis wurde dieses Instrument nur durch die jeweilige Regierungsopposition genutzt, um zu versuchen den eigenen politischen Willen gegen die Regierungsmehrheit durchzusetzen. Ein erfolgreiches Volksbegehren ermöglichte dabei einen die Regierung bindenden Volksentscheid. Wenn es zum Volksentscheid kam, konnten dessen GegnerInnen nicht nur zum „Nein“ in der Abstimmung greifen, sondern einfach nicht zur Wahl gehen. Die Verfassung sah ein Mindestbeteiligungsquorum vor dessen Unterschreitung dazu führte, dass der Volksentscheid als abgelehnt galt. Die Ab-

[42] Vgl. StDR, Band 434, S.188ff sowie den Anhang.

[43] StDR, Band 434, S.188.

[44] Vgl. dazu RGBl, Teil 1, Jg. 1924, Berlin 1924, S. 159ff, Bekanntmachung der neuen Fassung des Reichswahlgesetzes und des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten. S.173ff, Drittes Gesetz zur Änderung des Reichswahlgesetzes. Darin: Reichsstimmordnung. Zum Volksbegehren/Volksentscheid: Jung, Plebiszit und Diktatur, S.23ff.

stimmungsgegner konnten deshalb einfach zu Hause bleiben, statt an die Urnen zu gehen, während die Befürworter durch ihre Parteien mobilisiert und politisiert wurden.[45]

Die Nationalsozialisten hatten kein Interesse an einem solchen Verfahren und verabschiedeten deshalb am 14. Juli 1933 ein „Gesetz über Volksabstimmung“. [46] Dies ermöglichte ihnen, die Wahlberechtigten nicht nur über Gesetze, sondern auch über Regierungsmaßnahmen abstimmen zu lassen, wobei eine einfache Mehrheit der gültigen Stimmen zur Annahme bzw. Ablehnung ausreichen sollte. Ursprünglich war das Volksabstimmungsgesetz sogar als Mittel gedacht, um verfassungsändernde Beschlüsse zu fällen, die nicht durch das Ermächtigungsgesetz abgedeckt waren. Doch die nationalsozialistischen Verfassungsexperten widersprachen dieser Möglichkeit, so dass das Gesetz in der Praxis nicht die ursprünglich geplante Wichtigkeit erhielt. Faktisch wurde es als Mittel eingesetzt, um die scheinbare und tatsächliche Einheit zwischen NS-Führung und der propagierten Volksgemeinschaft zu demonstrieren.[47]

[45] Vgl. dazu die Berichterstattung zum Volksentscheid über den Young-Plan. SHVZ 23.12.29: „Hugenbergs schwarzer Sonntag in Kiel.“ Vgl. für Schleswig-Holstein LAS 309/22660.
[46] RGBl, Teil 1, S. 479: „Gesetz über Volksabstimmung“ vom 14. Juli 1933.
[47] Vgl. dazu Jung: Plebiszit und Diktatur, S.20ff.

3. Reichstagswahl und Volksabstimmung vom 12. November 1933

Der Anlaß: Abrüstungsgespräche und der Austritt aus dem Völkerbund

Das deutsche Reich hatte bis zum Herbst 1933 aus taktischen Gründen einen vorsichtigen Kurs in Fragen von Abrüstung und militärischer Gleichberechtigung gegenüber Groß Britannien und Frankreich vertreten. Um aber die geheime deutsche Aufrüstungspolitik nicht zu gefährden - es gab eine britischen Vorschlag zur Abrüstungskontrolle - verließ das Deutsche Reich am 14. Oktober 1933 die Genfer Abrüstungskonferenz und trat zudem aus dem Völkerbund aus.[48] Gleichzeitig löste Reichspräsident Hindenburg den Reichstag auf und legte für den 12. November Neuwahlen fest[49], „um dem deutschen Volk Gelegenheit zu geben, selbst zu den gegenwärtigen Schicksalsfragen der Nation Stellung zu nehmen und seiner Verbundenheit mit der Reichsregierung Ausdruck zu geben.“[50] Neben der wichtigeren Reichstagswahl, die nur Stimmen für die NSDAP ermöglichte, wurde eine Volksabstimmung angesetzt.[51] Diese sollte den schon erfolgten Völkerbundaustritt gutheißen und den „riskanten Akt durch ein innenpolitisches Vertrauensvotum absichern“ helfen. [52] Am 16. Oktober wurde der Regierungspräsident in Schleswig informiert, zwei Tage später Regierungsdirektor Fleck als Kreiswahlleiter und Regierungsrat Blindow als sein Stellvertreter für die Abstimmungen ernannt[53] und am 29. Oktober tagte der Kreiswahlausschuß: „Nach Feststellung des Kreiswahlleiters ist nur von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung) ein Kreiswahlvorschlag eingereicht worden. Dieser wurde [...] für gültig erklärt [...]“[54]

Wiederum durften Auslandsdeutsche im reichsdeutschen Inland an den Abstimmungen teilnehmen; für Seeleute galt ebenfalls ein gesonderte Wahlverfahren.[55]

Versuche der NSDAP sowohl deutsche Juden als auch inhaftierte Schutzhäftlinge von den Urnengängen auszuschließen, scheiterten am Widerstand des Reichsinnenministeriums und taktischen Überlegungen bzgl. einer gewollten hohen Wahlbeteiligung.[56]

Propaganda zum Völkerbundaustritt

Propagandistisch wurde auf die nationalistische Karte gesetzt: In Kiel sammelten sich am Montag, dem 16. Oktober, sowohl SA, SS, NSBO und die Hitler-Jugend wie auch der „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“, der „Freiwillige Arbeitsdienst“, die Schutzpolizei und die Reichsmarine auf verschiedenen zentralen Plätzen, um zur „Treuekundgebung“ auf dem

---

[48] Vgl. dazu Ludolf Herbst: Das nationalsozialistische Deutschland 1933 – 1945. Frankfurt a.M. 1996, S.104ff, S. 110. KiZ 15.10.33: „Deutsche Schicksalsstunden“ (Hierin Abdruck des Hitlerschen Wortlautes).

[49] RGBl, Teil 1, Jg. 1933, Berlin 1933, S. 729: Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags. Verordnung über die Neuwahl des Reichstags.

[50] KiZ 15.10.33: „Die Auflösung des Reichstags“.

[51] RGBl., Teil 1, 1933, Berlin 1933, S. 730ff: 14.10.33 Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk. Verordnung zur Durchführung der Volksabstimmung über den Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk. Erste Verordnung zur Reichstagswahl und Volksabstimmung.
Vgl. KiZ 15.10.33: „Die Frage an das Volk“.

[52] Broszat, Der Staat Hitlers, S. 127.

[53] LAS 309/22574. Schreiben des Reichsinnenministeriums an den Regierungspräsidenten in Schleswig, 16.10.33. LAS 309/22574. Regierungspräsident an Innenministerium in Oldenburg i. H., 18.10.33.

[54] SHTZ 1.11.33: „Der Kreiswahlvorschlag“.

[55] LAS 309/22574. Preuß. Innenministerium an Regierungspräsidenten in Schleswig, 28.10.33. Für Auslandsdeutsche galten verbilligte Reichsbahntarife am Wahltag: s. KNN 9.11.33, „Vorbereitungen für den Wahlsonntag“. Für Seeleute wurde der Abstimmungszeitraum diesmal auf 14 Tage festgelegt (3.-17. Nov.): Regierungspräsident in Schleswig an preuß. Innenministerium, 30.10.33. vgl. zu Details die KNN vom 26.10.33: „Die Wahl für Seeleute am 12. November“.

[56] Da pro Reichstagsmandat 60.000 Stimmen benötigt wurden, sollte es keinen Ausschluß von Bevölkerungsgruppen geben. Vgl. Peter Hubert: Uniformierter Reichstag. S. 241 u. S. 248f

„Adolf-Hitler-Platz“ vor dem Rathaus zu marschieren.[57] 50.000 Menschen, darunter „12.000 Kämpfer des NSBO“ sollen am Abend die Rede des Chefs der Marinestation der Ostsee Vizeadmiral Albrecht gehört haben: „Deutsche Männer, Kameraden! [...] Im neuen Deutschland bilden der Soldat, der Arbeiter, der Bürger und Bauer eine Schicksalsgemeinschaft auf Leben und Tod. Wir alle wollen nicht den Krieg, sondern den Friede, als ein Volk von Ehre wollen wir aber auch unser Recht. Wir alle bekennen, daß wir nichts höher achten als die Würde und Freiheit unseres Volkes. Wir alle wissen, daß man die Ehre nur einmal verlieren kann und sind gewillt bis zum letzten Blutstropfen für sie einzutreten.“

Abschließend wandte sich der NSDAP-Kreisleiter und Oberbürgermeister Walter Behrens rhetorisch geschickter an die Versammelten und stellte Deutschland als Nation dar, die schutzlos und abgerüstet von schwerbewaffneten Feinden umgeben wäre. Er führte u.a. aus: „Deutschland hat von allen europäischen Völkern am meisten gelitten, und es braucht den Frieden und will nichts anderes als Frieden, um die Wunden zu heilen, die ihm der Krieg geschlagen, und die Schäden gut zu machen, die ein verantwortungsloses System dem deutschen Volke brachte.“[58]

Behrens Rhetorik von Deutschland als eigentlichem Opfer des Weltkriegs und der Nachkriegsordnung fand sich auch auf Seiten der Reichsregierung, so titelte die Kieler Zeitung einen Tag zuvor: „Reichsaußenminister v. Neurath vor der Auslandspresse: Das Versagen des Völkerbundes. Willen zur grundsätzlichen Diskriminierung Deutschlands.“[59]

Wahlvorbereitungen und beginnender Wahlkampf

Der Urnengang überraschte die Kieler Behörden, und das zuständige Statistische und Wahlamt mußte kurzfristig seine Arbeit umstellen: Die Wählerlisten mußten bereinigt und eine Woche lang ausgelegt, neue Wahlbenachrichtigungskarten gedruckt und per Hilfsboten verteilt werden, was sich wohl bei Studenten und Hausangestellten als besonders schwierig erwies, weil diese häufiger umzogen als andere.[60] Wer keine Wahlbenachrichtigung bekommen hatte, konnte bei den Behörden Beschwerde einlegen und dann nachträglich eine Karte erhalten.[61]

Am 21. Oktober wurde der Stimmzettel zur Volksabstimmung in den Zeitungen veröffentlicht, etwas später erfolgte der zur Reichstagswahl.[62]

Für die Wahlpropaganda sollte die örtliche Presse instruiert werden und die NSDAP wurde zum „Burgfrieden“ mit ihren nationalistisch-bürgerlichen Gegnern gemahnt.[63] Der Wahlkampf selbst sollte ganz durch die NSDAP und ihre Redner bestimmt werden, anderen - auch nationalen Verbänden - war faktisch der Auftritt verboten worden bzw. sie bedurften der aus-

---

[57] Vgl. die Anzeige in der KiZ vom 16.10.33 und die Berichterstattung am 17.10.33: „Kiels Treue-Bekenntnis zur Regierung“. Solche Veranstaltungen fanden überall in Schleswig-Holstein statt. Vgl. SHTZ 19.10.33: „Neumünster. Gewaltige Treuekundgebung“.

[58] KiZ 17.10.33: „Kiels Treue-Bekenntnis zur Regierung ... 50000 rund ums Rathaus“.

[59] KiZ 16.10.33, obige Titelseite.

[60] KNN 26.10.33: „Kieler Vorbereitungen für die Reichstagswahl“; KiZ 25.10.33: „Hochbetrieb im Städtischen Wahlamt ...“; NR 25.10.33: „Der Wähler muß wissen ...!“

[61] KNN 1.11.33: “Die Wählerlisten einsehen!“, KNN 26.10.33: „Kieler Vorbereitungen zur Reichstagswahl“, NR 25.10.33: „Der Wähler muß wissen...!“

[62] KNN 21.10.33, Abb.; KiZ 2.11.33, Abb. zur RT-Wahl. Für den Abdruck ergingen Pressenanweisungen: Zsg 101/2/15 Nr. 25 vom 31.10.33 und Zsg 101/2/34 Nr. 50 vom 9.11.33 In: Nationalsozialistische Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation. Herausgegeben von Hans Bohrmann, Gabriele Toepser-Ziegert u.a. Institut für Zeitungsforschung Stadt Dortmund. München 1984, 1985, 1993 und 1998. (Editierte Jahrgänge: 1933 – 1937), Band 1, 1933, S.194 u. S. 212. (Im folgenden: NSP). Vgl. Mario Göhring, S.108f

[63] Das Reichspropagandaministerium erließ entsprechende Presseanweisungen: NSP 1933, S. 188 (Zsg 101/1/138 vom 28.10.33) und NSP 1933, S.169 (Zsg 101/1/132-132a vom 20.10.33).

drücklichen Genehmigung durch den Gauleiter Lohse.[64] So hielt nur der „Stahlhelm - Bund der Frontsoldaten“ eigenständige Veranstaltungen ab, die aber rhetorisch denen der NSDAP in nichts nachstanden: „[...] wir wollen Kiel den Makel nehmen, der ihm aus der Revolte von 1918 anhaftete [...] Wer am 12. November der Wahlurne fernbleibt, macht sich zum Verräter an Volk und Vaterland und ist nicht wert, daß er sich Deutscher nennt.“[65]

Die schleswig-holsteinische NSDAP wurde am 22. Oktober von Gauleiter Lohse instruiert. Dieser nutzte die Gautagung in Kiel dazu, die 6.000 Amtswalter durch eine Rede mit dem Titel „Die außenpolitische Lage und die Volksabstimmung und Reichstagswahl am 12. November 1933“ auf den Wahlkampf einzustimmen.[66] Dementsprechend nutzte die Partei die kommenden schon länger anberaumten Versammlungen dazu, auf diesen u.a. durch Gauleiter Lohse oder auch Kreisleiter Behrens Wahlreden halten zu lassen. So sprach Lohse bspw. auf der Gautagung der NS-Frauenschaft Ende Oktober in Kiel: „Am 12. November sollen wir wählen! Wir können nicht alle hinausgehen und Reden halten, erkennen sie ihre Aufgabe – helfen sie mit an der Aufklärung der Volksgenossen, die immer noch nicht begriffen haben und nicht glauben wollen.“[67]

Auf Reichsebene machten Hitler und die Reichsregierung im gesamten Staatsgebiet Wahlpropaganda, die Reden des Reichskanzlers wurden im Radio wiederholt und in den Kieler Zeitungen nachgedruckt. Die Presse begleitete jeden Auftritt des Reichkanzlers mit Schlagzeilen auf den Titelseiten, bejubelte ihn euphorisch[68] und huldigte dem „Führer“, der am 24. Oktober eine erste reichsweit im Radio übertragene Rede im Berliner Sportpalast hielt.[69] Für dieses Ereignis mußten andere Wahlveranstaltungen ausfallen, „um allen Volksgenossen Gelegenheit zu geben, den Führer zu hören“, so die Begründung.[70] Der Wahlkampf des Regimes war also gemessen an den noch kommenden weniger durchorgansiert und wurde mit geringerem Propagandaaufwand betrieben als zu späteren Zeitpunkten.

Der Wahlkampfauftritt Hermann Görings in der Nordostseehalle

Der Auftritt des preußischen Ministerpräsidenten Göring in Kiel leitete am 27. Oktober den Wahlkampf in Schleswig-Holstein ein.[71] Hermann Göring, der damals zweitmächtigste Mann des NS-Regimes, war zum zweiten Mal in der Fördestadt[72] und inszenierte sich selbst mit Hilfe der Presse sehr geschickt als volksnaher Politiker. Schon die Landung des auf den Namen „Manfred von Richthofen“ getauften Flugzeugs auf dem Kieler Flughafen las sich

---

64 NR 25.10.33: „Das tägliche Geschehen. Bekanntmachung“.

65 So der Abschnittsführer Kiel, Bertelsmann laut KiZ 4.11.33: „Stahlhelm-Appell im ´Schloßhof´“. Die Kieler Zeitung versuchte auch die nationalistische Stimmung zu Geld zu machen und bot einen Nachdruck des „Versailer Vertrages“ zum Kauf an: vgl. die Anzeige in KiZ 25.10.33.

66 SHTZ 20.10.33: „Sonntag: Gautagung“, ebd., 23.10.33: „Der Führer-Appell in der Nordostseehalle“.

67 NR 23.10.33: „Der Gau-Appell der NS-Frauenschaften in Kiel“; hier sprach auch Kreisleiter Behrens, ebenso wie auf einer Gautagung der Beamtenschaft Mitte Oktober, auf der er die Treue der Beamten zu Hitler hervorhob. Vgl. KiZ 18.10.33: „Machtvolle Kundgebung der Beamten“.

68 KiZ 26.10.33: „Der Führer auf der großen Wahlreise“; ebd.: „Die große Rede des Führers noch einmal im Rundfunk“; ebd.: „Des Kanzlers außenpolitisches Bekenntnis für das ganze deutsche Volk“; KiZ 27.10.33: „Des Führers große Wahlreise: Von Hannover nach Köln“.

69 KiZ 25.10.33, „Reichs- und Volkskanzler Adolf Hitler im Wahlkampf“, KNN 26.10.33: „Ganz Deutschland im Banne der Hitler-Rede“, NR 25.10.33: „Hitler an die Welt [...]“. Die Zeitungen befolgten damit die Presseanweisungen: Zsg 101/2/3 Nr. 3 vom 24.10.33 und Zsg 101/2/5 Nr. 7 vom 25.10.33, in: NSP, Band 1, 1933, S.179 u. S.181.

70 KiZ 25.10.33: „Abgesagte Wahlversammlung“; ebenso KNN 26.10.33. Vgl. Anzeige in: SHTZ: 26.10.33, S.6.

71 SHTZ: 27.10.33: „Göring in Schleswig-Holstein“, KiZ 25.10.33: „Am Freitagabend: Ministerpräsident Göring spricht in Kiel“.

72 In der KiZ vom 25.10.33 („Am Freitagabend: Ministerpräsident Göring in Kiel“) findet sich eine entsprechende Behauptung. Ebenso: NR 25.10.33: „Ministerpräsident Göring spricht in Kiel“

dementsprechend so in der Kieler Zeitung: „In der Pilotenkabine sitzt ein Mann im dicken gefütterten Mantel und Wildlederkappe: Luftfahrtminister Hermann Göring auf der Wahlkampfreise in die Nordmark. Er steuert eigenhändig den gewaltigen Luftriesen [...]“ Göring wurde in der Kieler Zeitung als ein „Mann des Volkes“ und jovialer, populärer Ministerpräsident dargestellt.[73]

Göring hielt in der ausverkauften und von Menschenmassen umlagerten Nordostseehalle eine Rede vor 25.000 Menschen, in der er viele Themen streifte und nicht auf Kieler Verhältnisse einging. Er wetterte gegen das „Novembersystem“, den Marxismus, den Kommunismus und „Klassenkampf“ ebenso wie gegen das Politikverständnis des nationalistischen Bürgertums. Die Inflation lastete er den Juden, die Arbeitslosigkeit den Sozialisten an, verteidigte die Ausdehnung der Todesstrafe und kündigte eine härtere Verbrechensbekämpfung an.[74]

Außenpolitisch sprach er sich gegen den „Versailler Vertrag“ aus und behauptete: „Dort hat ein sogenannter Deutscher die deutsche Ehre preisgegeben. Es war kein Soldat, es war ein Parlamentarier, der die deutsche Ehre verkauft hat“, um anschließend laut Presse zu den folgenden Sätzen größere Zustimmung zu erhalten: „Hitler hat es fertig gebracht, in den äußeren Rahmen wieder die Geschlossenheit eines Volkes hineinzustellen (Langanhaltender Beifall) [...] Nicht um Kanonen kämpfen wir [...] Es geht um unsere Ehre, Gleichberechtigung, um unseren Frieden (Beifall)“, so die Kieler Zeitung.[75]

Göring übernachtete in Kiel und flog am folgenden Tag nach Berlin zurück.[76]
Die NSDAP mußte sich noch ein ¼ Jahr später mit ihrer Rolle als Veranstalterin der Wahlversammlung befassen: zwei Teilnehmer meldeten Schadensersatzansprüche an, weil sie sich auf der Massenversammlung verletzt hatten. Wie dieser Streit ausging, ist nicht überliefert.[77]

Danach kehrte Wahlkampfalltag in Kiel ein: Man gab die „Einheitsliste für die Reichstagswahl“ bekannt[78], zitierte öffentlichkeitswirksam den Reichswehrminister („Die Reichswehr sagt Ja!“)[79] und berichtete über die „Wahlkundgebung der Deutschen Arbeitsfront“, zu der deren Mitglieder und die NSBO zwangsweise am 2. November in die Nordostseehalle anzutreten hatten; wie immer eine „imposante“ und „machtvolle“ Veranstaltung, so die Presseberichterstattung.[80]

---

[73] KiZ 28.10.33: „Ministerpräsident Göring in Kiel“; Im Artikel finden sich dazu viele Belege, bspw. Sätze wie diese „... springt dann jugendlich-elastisch die wenigen Stufen herab“, „Ein kräftiger Händedruck, ein freundliches Nicken hier und da noch ein kameradschaftliches Wort“; und Autogramme für „vier kleine Mädchen mit Blumensträußen“.

[74] KiZ 28.10.33: „Ministerpräsident Göring: I. Vom November-Chaos zum nationalsozialistischen Staat“ (Der einzige zitierte antisemitische Satz lautet: „Wenn man sagt, die Inflation sei ein Naturgesetz, so sage ich: Nein, sie war ein Gaunertrick. Hier hat sich der Jude als Drahtzieher gezeigt.“). Vgl. auch die NR 28./29.10.33: „Ein machtvolles Bekenntnis Kiels!“; KNN 28.10.33: „Ministerpräsident Göring. Kiels freudig begrüßter Gast“; KNN 29.10.33: „ `Es geht um das Schicksal des Volkes´“.

[75] KiZ 28.10.33, obiger Artikel: „II. Von der Knechtschaft zur Freiheit“.

[76] KNN 29.10.33: „Ein großer Tag für Kiel: Der Besuch Görings“.

[77] StAKi 33127, Schreiben des Kreisgeschäftsführer an den Oberbürgermeister (OB), 23.1.1934.

[78] NR 28./29.10.33: „Die Einheitsliste...“. Solche Vorabveröffentlichungen sah das Reichspropagandaministerium nicht gerne, da die Liste erst nach der offiziellen Verlautbarung bekannt gemacht werden sollte. Vgl. Zsg 101/2/14 Nr. 23 vom 31.10.33, in: NSP, Band 1, 1933, S.193. Laut Hubert gab es organisatorische und rechtliche Probleme bei der Kandidatenaufstellung und Konflikte deswegen zwischen Reichsinnenministerium und der NSDAP, was die Listenerstellung erschwerte. Hubert, S.236.

[79] NR 2.11.33, obige Titelschlagzeile.

[80] KNN 4.11.33: „Imposante Wahlkundgebung der deutschen Arbeitsfront und der NSBO“, KiZ „Ein Volk, ein Reich, ein Führer. 25000 in der Nordostseehalle“, NR 3.11.33: „Kiels Arbeiterschaft einig im Willen“.

Der Höhepunkt des Wahlkampfes: Adolf Hitlers Rede in Kiel

Auf den eigentliche Höhepunkt des schleswig-holsteinischen Wahlkampfes stimmte die Presse ihre Leserschaft nur wenige Tage davor ein: „Am kommenden Montag, dem 6. November, spricht Adolf Hitler in Kiel“, so die Kieler Zeitung.[81]

Während die NSDAP noch in Anzeigen für den Auftritt des „Führers“ warb,[82] brachten die beiden bürgerlichen Zeitungen Gedichte auf den „Führer“ und überschlug sich die Kieler Zeitung schon in Ergebenheitsadressen an den Reichskanzler: „Unsere Provinz ist schon lange vor der Machtergreifung die Hochburg des Nationalsozialismus im Norden gewesen. Sie wird auch in diesem Wahlkampf diesem Ruf und ihrer totalen Ergebenheit zum Führer Ehre machen und bereits am 6. November vor den Augen des Führers ein überwältigendes Zeugnis ablegen, daß sie nur einen Führer des Deutschen Reiches und in die deutsche Zukunft kennt, ihn, den Volkskanzler!“[83] Zudem versuchte man sich darin, die Arbeiterschaft für Hitler einzunehmen und dessen Nähe zu dieser hervorzuheben. [84]

Natürlich sprach Hitler ebenfalls in der Nordostseehalle, wofür die Volksgenossen doppelt soviel Eintritt zahlen mußten, wie bei Göring. Mit zehn Sonderzügen der Reichsbahn und zu 60% billigeren Tarifen fuhren die norddeutschen Hitleranhänger nach Kiel, wo schon nach zwei Tagen alle Karten für die Veranstaltung ausverkauft waren. Vorsorglich hatte die Kreisleitung der NSDAP sieben weitere Veranstaltungsräume gemietet, in denen die Rede Hitlers übertragen werden sollte, u.a. das „Haus der Arbeit“ und die „Waldwiese“. Parallel dazu übertrug der Nordmarksender die Veranstaltung aus Kiel in den gesamten Norden.[85]

In der Stadt wurden hektisch und schnell die Vorbereitungen auf den Besuch des „Führers“ getroffen: Die Nordostseehalle hatte sich bei der Göring-Rede als verbesserungsbedürfig herausgestellt, so dass noch große Veränderungen vorgenommen wurden: Die Halle wurde mit weißen Leinenstoff neudekoriert, die Beleuchtung modernisiert und die Akustik verbessert. Die Nordische Rundschau schrieb in einem Vorbericht: „An der hinteren Front des Westflügels grüßt ein riesiges Hoheitszeichen, grüßen zwei Hakenkreuze auf rotem Grunde. Das Rednerpult ist an diesem Ende der Halle aufgebaut [...] Der Führer wird die Halle durch den Haupteingang am Ostflügel betreten und dann durch den Mittelgang quer durch die Halle dem Rednerpult zuschreiten, mitten durch sein Volk, das ihm auch an diesem Abend zujubeln und jauchzen wird.“[86]

Für die öffentlichen Gebäude wurde Flaggenschmuck angeordnet, dasselbe für nichtöffentliche Bauten erwartet. Geschäfte, Läden und auch Arztpraxen schlossen früher, um ihren Kunden und Patienten die Teilnahme am Ereignis zu ermöglichen.[87]

„Die Stadt prangt im Festschmuck und gleicht einem Wald von Fahnen. Fast von jedem Haus wehen die Zeichen des neuen Deutschland neben der ruhmreichen Kriegsfahne und

---

[81] KiZ 2.11.33, obige Titelseite; vgl. auch KNN 3.11.33: „Reichkanzler Adolf Hitler am kommenden Montag in Kiel“, ebenso NR 2.11.33: „Adolf Hitler spricht Montag in Kiel!“

[82] Anzeige in der KiZ vom 2.11.33: „Adolf Hitler spricht“; ebenso in den KNN vom 3.11.33.

[83] KiZ 2.11.33: „Am kommenden Montag ... “, KiZ 6.11.33: „In Erwartung des Führers“, KNN 7.11.33: „Dem Führer!“

[84], KiZ 6.11.33: „Ganz Schleswig-Holstein huldigt dem Kanzler“.

[85] Die Eintrittspreise lagen bei 1 RM/ 50 Pfg sowie 3 RM für numerierte Plätze (vgl. die Anzeigen der NSDAP). KiZ 4.11.33: „Zur Hitler-Kundgebung: 10 Sonderzüge-7 Paralellversammlungen“, SHTZ 3.11.33: „Neun Sonderzüge fahren nach Kiel“, KNN 5.11.33: „Kiel in Erwartung des Volkskanzlers“; KiZ „Die ganze Stadt: In Erwartung des Führers“; Zu den Sonderzügen s.a. die ganzseitige Übersicht in der NR vom 3.11.33: „Der Führer spricht am 6. November in Kiel“. KNN 7.11.33: „Himmler und Heines bereits in Kiel“.

[86] NR4.11.33: „Unser Führer kommt!“, vgl. KiZ 6.11.33: „In der Nordostseehalle“.

[87] Vgl. dazu NR 4.11.33: „Dem Führer zum Gruß – Flaggen heraus“ sowie die Anzeigen von Geschäften und Praxen in derselben Ausgabe.

unseren Heimatfahnen. Die Straßenbahn hat Flaggenschmuck, festliche Stimmung überall!“, so tönte die Kieler Zeitung.[88]

Ein Massenansturm aus der gesamten Provinz Schleswig-Holstein setzte ein: Zehntausende kamen per Bahn, Auto und Motorrädern nach Kiel, die Zufahrtsstraßen waren überfüllt und der Vorplatz der Nordostseehalle übervölkert. Hier hielt Oberbürgermeister Behrens mittags noch vor allen Schülerinnen und Schüler Kiels eine Ansprache, in der er auf die Bedeutung des Tages einging.[89]

Hitler, der schon mehrfach in Kiel gewesen und seit Juli Ehrenbürger war,[90] reiste für den Wahlkampf durch ganz Deutschland und sollte von Marienburg in die Kriegsmarinestadt fliegen. Dort machte man sich zum großen Empfang in Holtenau bereit, doch das Flugzeug mußte wegen des herbstlichen Sturmwetters in Lübeck-Travemünde landen. Die Weiterreise schilderte ein Mitreisender so: „ [...] und die Fahrt durch die abendlichen Dörfer und Städte nach Kiel wird wieder ein Triumphzug, trotzdem es regnet, was vom Himmel herunterwill. Dann taucht das Lichtermeer von Kiel aus der Dunkelheit auf und eine ganze Stadt hat sich von neuem erwartungsfroh an den Straßenrändern mit Fahnen, Musik und Blumen aufgestellt.“[91] Die Fahrt endete zunächst beim Oberpräsidenten und Gauleiter Hinrich Lohse in Düsternbrook, von wo aus dann zur in Kerzenlicht gehüllten Nordostseehalle gefahren wurde. Hier hatten sich alle wichtigen Repräsentanten - vom Gauleiter Lohse über den Kieler Oberbürgermeister Behrens bishin zum Polizeipräsidenten zu Rantzau und dem Vizeadmiral Albrecht - versammelt, um der Rede des Reichskanzlers zuzuhören.

Die Stimmung in der Halle beschrieb die NS-Zeitung folgendermaßen: „Der Führer kommt! Arme recken sich, Heilrufe brausen auf, verebben, schwellen an. Es ist die uns so vertraute Melodie eines Meeres, das Liebe und Begeisterung dem Führer zuträgt.“[92]

Hitlers Rede ist nur in Form des offiziell von der Presse nachgedruckten stark gekürzten Textes erhalten und setzte fast völlig auf die nationalistische Karte: Deutschland wurde als Opfer des Versailler Vertrages, der Nachkriegsordnung in Europa und als nicht gleichberechtigte Nation in der Welt beschrieben: „Für alle Zeiten ein Volk als zweitklassig und minderberechtigt hinzustellen, das wird auf die Dauer kein Volk erdulden und kein Volk ertragen! (Stürmischer anhaltender Beifall).“[93]

Im weiterem stellte Hitler die Reichstagswahl und Volksabstimmung als Zeichen „wahrhafte(r) Demokratie“ dar, denn das Regime - so die suggerierte These - stelle sich schon nach 7 Monaten statt 4 Jahren (wie in parlamentarischen Demokratien üblich) dem Urteil des Volkes. An die Zuhörerinnen und Zuhörer gewandt, betonte er abschließend: „`Du mußt aufstehen vor der ganzen Welt, damit sie einsieht, daß ein neues deutsches Volk entstanden ist und die Welt wird erkennen, daß die Schmach des 11. November 1918 am 12. November 1933 vom Volks getilgt wurde.` (Nicht endenwollender Beifall)“, so die amtlich genehmigte Fassung der Wahlrede.[94]

---

[88] KiZ 6.11.33: „In Erwartung des Führers“.

[89] KiZ 6.11.33: „In Erwartung des Führers“.

[90] Laut Presseberichten war Hitler mindestens zu den Wahlkämpfen 1930, im April und Juni 1932 sowie zweimal 1933 in Kiel gewesen. Vgl. NR 6.11.33: „Kiel grüßt den Führer!“, KNN 8.11.33: „Der Führer ruft die Nordmark“; Zum Ehrenbürgerbrief s. KiZ 21.7.33: „Der Führer Kieler Ehrenbürger“.

[91] NR 7.11.33: „´Die Welt muß sich mit der Volkswerdung der deutschen Nation abfinden!`“

[92] NR 7.11.33: „´Die Welt (...)`“.

[93] NR 7.11.33: „´Die Welt (...)`“.

[94] Der Text ist in allen Zeitungen gleich (KNN 8.11.33, KiZ 7.11.33, NR 7.11.33). Der Grund war die Anwesenheit des Reichspressechefs Dr. Dietrich. Diese redigierte die mitstenografierte Version der Rede, „weil nicht wohlwollende Elemente mutwillig entstellte Wiedergaben der Reden“ verbreiten würden, so die NR vom 7.11.33: „Gefechtsstand am Abend – die Nordische Rundschau“.

Nach der Rede Hitlers und seiner Abreise konnte es keine Steigerung der Propaganda mehr geben, doch galt es den Wahlkampfalltag zu füllen und die Tage bis zu den Abstimmungen zu überbrücken, wobei die Kieler Zeitung zwangsweise pausieren mußte: sie wurde für zwei Tage verboten, weil sie Hitler - unbeabsichtigt - in einem schiefen Licht dargestellt haben soll.[95]

Letzte Propaganda vor dem Urnengang

Bis zum Wahlsonntag versuchte die Presse, die Leserschaft mit Kolumnen, Kommentaren, Gedichten und Parolen für den Urnengang einzunehmen: So wurden bspw. kleine Geschichten erfunden, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen: In so einem „Stück aus dem Leben“ hieß es etwa über die Planung eines sonntäglichen Besuchs: „‘Ja, so wollen wir´s machen. Und auch wir gehen erst ins Wahllokal und dann nach dem Bahnhof, um unseren Besuch abzuholen. Denn diesmal darf ja keine Stimme fehlen.‘“[96]

Hinzu kamen bewußte Preissenkungen bei Lebensmitteln und der wiederholte Abdruck von Parolen für den Urnengang: „Wer aus Faulheit nicht wählt, ist ein Saboteur!“, meinte die NR am 9. November und die KNN standen in nichts nach und schrieben am 11. November: „Deutsche Wähler zeigt der Welt, daß hinter Adolf Hitler und seiner Regierung die deutsche Nation steht!“[97]

Die letzten Tage vor dem Urnengang waren propagandistisch geprägt von der Berichterstattung über die - auch in Kiel stattfindenden - Feierlichkeiten zum Jahrestag des Hitler-Putsches[98] und die Abschlußrede Hitlers vor der Siemensbelegschaft in Berlin.[99]

Letztere wurde per Rundfunk ins gesamte deutsche Reich übertragen, sollte den Höhepunkt im Wahlkampf darstellen und wurde zur Pflichtveranstaltung aller „Volksgenossen“ erhoben.

In Kiel stellten die städtischen Behörden dafür für eine Stunde die Arbeit ein und versammelten ihre Bediensteten zur Radioübertragung im Stadttheater. In Schulen mußte die Schülerschaft und in Betrieben die Belegschaften Hitler anhören; Läden und Geschäfte machten zu, die Hausarbeit sollte ruhen und in Gaststätten die Übertragung der Rede zur Pflicht gemacht werden. Damit sich auch wirklich niemand entziehen konnte, kam es zu Aufrufen wie den folgenden: „Rundfunkbesitzer! Stellt darum Eure Geräte an die geöffneten Fenster und stellt sie auf [unleserlich, F.O.] Lautstärke ein, damit auch die Volksgenossen, die sonst keine Gelegenheit haben, die Rede des Führers zu hören, diese letzte Mahnung Adolf Hitlers an die

---

[95] KiZ 8.11.33: „Kieler Zeitung auf zwei Tage verboten“. Die Zeitung hatte berichtet, dass in der Wagenkolonne Hitlers zwei Fahrzeuge dasselbe Kennzeichen trugen (natürlich aus Sicherheitsgründen wegen befürchteter Anschläge). Das Verbot galt, weil der Eindruck erweckt wurde, der Reichskanzler verstoße gegen Recht und Gesetz! Vgl. Göhring, S.85f.

[96] KNN 9.11.33: „Der Sonntagsbesuch“; KNN 10.11.33: „Die beste Stadt“; KNN 11.11.33: „Fünf Minuten“, NR 7.11.33: „Das tägliche Geschehen. Sonntag ist was los!“, KiZ 12.11.33: „Frau Bolle wird politisch“, KiZ 12.11.33: „Mahnruf zum heutigen 12. November 1933“ (Gedicht von Georg Oheim, Kiel).

[97] NR und KNN wie oben angegeben. Ähnliches fand sich fast täglich in der Presse. KNN 11.11.33: „Neue bedeutsame Maßnahme der Regierung zugunsten der Bevölkerung“, SHTZ 10.11.33: „Margarine billiger“. Das Regime senkte ganz bewußt die Margarinepreise vor dem Abstimmungstag, was in der Presse bekanntzumachen war. Vgl. Zsg 101/2/35 Nr. 51 vom 9.11.33, in: NSP, Band 1, 1933, S. 213.

[98] NR 9.11.33: „Opfergang. Der 9. November 1923 war die Geburtsstunde des neuen Staates“, NR 10.11.33: „Und wieder vor der Feldherrhalle...“. über die Kieler Veranstaltung siehe: KNN 11.11.33: „Den Gefallenen vom 9. November 1923“.

[99] NR 11./12.11.33: „Ein Arbeitsvolk – ein Führer!“. (Die KiZ und die SHTZ titelten wortwörtlich dasselbe.) Der Abdruck der Rede erfolgte in der amtlich freigegebenen Version. Vgl. Zsg 101/2/37 vom 10.11.33, in: NSP 1933, S.214.

Nation in sich aufnehmen können."[100] Und natürlich war ganz „Kiel im Banne der Führer-Rede" gewesen...[101]

Einen Tag später - am Samstag vor der Wahl - appellierte Reichspräsident Hindenburg als Staatsoberhaupt an die Wahlberechtigten: „Zeigt geschlossen eure nationale Einheit und eure Verbundenheit mit der Reichsregierung."[102] Mit dieser letzten Ansprache wurde der reichsweite Wahlkampf beendet, während sich in Kiel zum Schluß nochmal die evangelische Landeskirche zu Wort meldete: „Gott will, daß Friede auf Erden sei. Darum ist der Kampf für den echten Frieden, zu dem der Kanzler uns aufruft, unsere Glaubenspflicht. [...] Darum kann die Losung der Kirche für den 12. November nur lauten: Seid getreu und seid getrost!"[103]

Der Schlußappell blieb aber dem Kreisleiter der NSDAP, Oberbürgermeister Behrens, vorbehalten: „Deutsche Männer und Frauen Kiels! [...] Laßt die Stadt Kiel, die noch jüngst dem Führer in überwältigender Einmütigkeit das Bekenntnis der Treue ablegte, am morgigen Sonntag dieses Bekenntnis durch die Tat bekräftigen, daß alle Welt sähe, wie wir in Ehren zu unserem Worte stehen. Mit Hitler für Deutschland!"[104]

Angst vor kommunistischen Aktionen: die Verfolgung des möglichen Widerstands

Knapp 14 Tage vor der Wahl begann das Geheime Staatspolizei-Amt (GestapA) in Berlin die Behörden mit Warnungen vor „kommunistischen Störaktionen" zu versorgen. Es wurde vor Wahlpropaganda, Schmierereien an Hauswänden und Bürgersteigen gewarnt. Zudem behauptete das GestapA, dass in der Leitung der KPD die Parole ausgegeben worden sei, leere Stimmzettel abzugeben, um ein Bild über die Anhängerschaft der KPD zu erhalten.[105] Weitere Warnungen am achten und neunten November folgten: „KPD beabsichtigt anlässlich Reichstagswahl rege Agitation durch Flugblätterverteilung, Mal- und Klebekolonnen und Abänderung der Wahlplakate zur Irreführung der Wähler". „Kommunisten planen Freitag in Betrieben vor Reichskanzlerrede Handzettel zu verteilen."[106]

Unmißverständlich war die Forderung zum Vorgehen gegen die illegale KPD: „Ich ersuche, der kommunistischen Mund- und Zettelpropaganda zur Wahlenthaltung gesteigerte Aufmerksamkeit zuzuwenden" und ordne „verschärften Gebrauch der Schusswaffe gegenüber kommunistischen Zettelverteilern" an, so das GestapA an die Gestapo in Altona, die für Schleswig-Holstein zuständig war.[107]

Zudem befahl die Behörde die Kontrolle verdächtiger Postsendungen und fragte nach, ob und wo vermehrt Stimmscheine ausgegeben wurden, da dies als Indiz für mögliche Opposition galt: Mit Stimmscheinen konnte schließlich jeder und jede überall wählen oder eben (unkontrolliert) nicht wählen gehen. [108]

---

[100] NR 9.11.33: „Das tägliche Geschehen".

[101] KiZ 11.11.33, obige Schlagzeile, vgl. auch KiZ 11.11.33: „Die Feierstunde im ganzen Reich. Ein Arbeitsvolk – ein Führer", KNN 12.11.33: „Die Feierstunde der Nation". Vgl. StaKi 33126: Schreiben des Oberpräsidenten Lohse an die Stadt Kiel, 8.11.33 und Antwort Hauptamt Kiel, 9.11.33.

[102] KiZ 12.11.33: „Volk entscheide!" Die Vorankündigung der Rede sollte am 11. November „an hervorragender Stelle", am besten auf den Titelseiten gemeldet werden, woran sich KiZ und KNN hielten, die NR dagegen nicht! Anordnung s. Zsg 101/2/38 Nr. 53 und Zsg 101/2/39 vom 10.11.33, in: NSP, 1933, S.215.

[103] KNN 10.11.33: „Kundgebung der Landeskirche zum 12. November".

[104] NR 11./12.11.33: „Deutsche Männer und Frauen Kiels!"

[105] LAS 309/22574. GestapA Berlin an Gestapo Altona, 31.10.33.

[106] LAS 309/22574. GestapA Berlin an Regierungspräsdenten in Schleswig, 8.11.33 (Geheim! Verschlüsselt) ebd., 9.11.33.

[107] LAS 309/22574. GestapA Berlin an Gestapo Altona, 31.10.33.

[108] LAS 309/22574. GestapA Berlin an Regierungspräsidenten in Schleswig, 10.11.33 bzw. 8.11.33. Den Stimmscheinbesitzern wurde zudem unverhohlen gedroht. Vgl. KNN 12.11.33: Wenn man auf Stimmschein wählt" Vgl. dazu Hubert, S.260.

Am Wahltag selbst wurde die Landespolizei in Alarmbereitschaft versetzt und die Gestapo in Altona warnte für Schleswig-Holstein eindrücklich davor, daß Kommunisten falsche Abstimmungszettel in Wahllokalen auslegen würden.[109] Trotz dieser polizeilichen Maßnahmen war das Regime stark darauf bedacht, einen guten Eindruck im Ausland zu vermitteln und „freie" Wahlen vorzutäuschen: „Jede Belästigung von Stimmberechtigten, namentlich auch vor den Wahllokalen, ist mit allen polizeilichen Mitteln zu verhindern. [...] Das Ergebnis der Abstimmung darf nicht dadurch beeinträchtigt werden, daß Fälle von „Wahlterror" vorkommen, die der deutschfeindlichen Propaganda Nahrung zu liefern geeignet wären", so der Reichsinnenminister Frick.[110] In dieses Bild paßt auch, dass für eine einzelne Gruppe besondere Regelungen zur Wahl getroffen wurden: „Schutzhäftlinge sind abstimmungsberechtigt. In Konzentrationslagern sind besondere Abstimmungsräume einzurichten. Bekanntmachung hierüber hat zu unterbleiben. Über Abstimmungsberechtigung darf Mitteilung an die Öffentlichkeit nicht erfolgen", lautete die Anweisung aus Berlin.[111] An die Adresse der NSDAP gewandt, versuchte der Reichsinnenminister - jetzt in seiner Funktion als Reichswahlleiter der Partei - auf diese einzuwirken: „Ich verbiete daher den Dienststellen der NSDAP mit aller Bestimmtheit jede Einwirkung auf das Wahlgeschäft, die als Beeinträchtigung [...] vorkommen."[112]

Zu größeren Zwischenfällen bei der Wahl kam es laut den überlieferten Quellen in Kiel nicht.[113] Nur vereinzelt wurde der für Schleswig-Holstein zuständigen Staatspolizei in Altona etwas bekannt: Ein Sozialdemokrat aus Altona rief durch das Flugblatt „Merkblatt zur Wahl am 12.11.33" dazu auf mit „Nein" zu stimmen und wurde dafür vom Sondergericht verurteilt.[114] Andere ehemalige SPD-Mitglieder in Altona sollten durch Eintragung in eine Liste davon überzeugt werden, nicht mehr zur Wahl gehen zu brauchen. In Flensburg wurde ein störungsfreier Ablauf der Wahl konstatiert, auch wenn nach „schwachen Gegenaktionen" der KPD drei Verteiler von Flugschriften verhaftet wurden. Ärgerlicher reagierten die Behörden hingegen auf die große Stimmenthaltung der dänischen Minderheit.[115] Die Stapostelle Altona konstatierte für ihren Zuständigkeitsbereich: „Nach dem Wahlergebnis in Schleswig-Holstein muß angenommen werden, daß die kommunistische und marxistische Wahlpropaganda in den größeren Städten trotz aller Maßnahmen nicht völlig verhindert worden ist und teilweise recht hohen Ziffern der Nein-Stimmen bewirkt hat."[116]

---

[109] LAS 309/22574, Landespolizei-Inspektion Nord, Kiel 7. Nov. 1933: „hat die ihr unterstellten Polizeitruppen angewiesen, sich zur Sicherung der Reichstagswahl auf Anforderung der örtlichen Polizeiverwalter am 12.11.1933 bereitzuhalten." LAS 309/22574, Stapo Altona, 10.11.33 (Störungen der Wahlhandlung, des Wahltages).

[110] LAS 309/22574, Erlaß der Reichsregierung vom 3.11.33 zur „Sicherung der Wahl und Abstimmung am 12.11.33".

[111] LAS 309/22574. Reichsinnenministerium an alle Regierungspräsidenten, 30.10.33 Vgl. dazu Hubert, S. 248f (Das Wahlrecht leitete sich aus dem immer noch gültigen Reichswahlgesetz von 1924 ab.)

[112] Zitiert nach Hubert, S.253 (Dort auch Details zum Konflikt zwischen Frick und der NSDAP).

[113] Vgl. den Bericht der Staatspolizeistelle Altona „Situationsmitteilungen der KPD", 14.5.1934: „In Kiel haben sich seit dem Herbst 1933 irgendwelche Erscheinungen kommunistischer Organisationen nicht feststellen lassen." Abgedruckt in: Gerhard Paul: Staatlicher Terror und gesellschaftliche Verrohung. Die Gestapo in Schleswig-Holstein. Hamburg 1996, S. 427, Dok. 54.

[114] LAS 358/7867: Dem 49jährige Angeklagte Karl Friedrich A. wurde zur Last gelegt, ein Flugblatt in den Briefkasten einer Wohnung in der Schumacherstraße in Altona gesteckt zu haben. Weiteres Material wurde in seiner Wohnung sichergestellt. Der Angeklagte wurde nach § 3 Heimtücke-Verordnung zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

[115] LAS 358/7867, Schriftwechsel zu Anti-Wahlaktionen in Altona. ebd., Meldung des Polizeipräsidenten in Flensburg an den Regierungspräsidenten in Schleswig, 13.11.33. Hier findet sich auch ein Originalflugblatt aus dem Widerstand. Die dänische Minderheit in Flensburg war in der Folgezeit immer wieder wegen ihres Wahlverhaltens im Visir der Behörden (vgl. dazu LAS 309/22674 für das Jahr 1938.)

[116] Bericht der Staatspolizeistelle Altona betr. „Stand der kommunistischen Bewegung", 2.12.33. Abgedruckt in: Gerhard Paul: Staatlicher Terror und gesellschaftliche Verrohung. Die Gestapo in Schleswig-Holstein. Hamburg 1996, S. 425, Dok. 53.

Wenn man den wenigen Überlieferungen aus den Quellen Glauben schenkt, gab es während der Reichstagswahl 1933 also keine größeren Störaktionen seitens der illegalen Arbeiterbewegung, weder auf dem Land noch in den Großstädten wie etwa Kiel.

Wie zynisch das Regime aber zu denjenigen stand, die sich verweigerten, spiegelt sich in einem besonderen Schriftstück wieder: Der Direktor der Landesarbeitsanstalt Glückstadt schrieb an den Regierungspräsidenten in Schleswig: „Nachstehend teile ich den Wahlausgang im Wahlbezirk Konzentrationslager Glückstadt mit: [Reichstagswahl] 46 NSDAP 24 Ungültig [Volksabstimmung] 44 Ja 18 Nein 8 Ungültig.“ „Das Ergebnis zeigt, daß rund ein Drittel aller Schutzhäftlinge immer noch nicht begriffen hat oder begreifen will, um was es heute geht. Leider sind die Namen der Unbelehrbaren nicht festzustellen.“[117]

In diesem Kontext verwundert es auch nicht, dass Menschen denunziert wurden, die sich öffentlich gegen die Abstimmungen gewandt hatten: Frisörmeister D. schilderte bei der Polizei ein Erlebnis mit einem unbekannten Kunden in seinem Laden am Sophienblatt so: „Es mag am 17. oder 18. Oktober 33 gewesen sein, als ein Herr meinen Laden betrat und sich von mir die Haare schneiden liess. [...] Wir kamen ins Gespräch. [...] Er meinte, dass die Aussichten Hitlers schlecht stünden. [...] Sollte, so meinte er weiter, Hitler nicht mit der Wahl durchdringen, bedeute das für ihn ein Mißtrauensvotum, und müssten dann etliche Männer an der Spitze verschwinden. Seines Erachtens käme dann nur eine Militärdiktatur in Frage [...]“. Der Frisörmeister schilderte die Ereignisse einem anderen Kunden, Studienrat Dr. H. Dieser drängte Herrn D. dazu, das Ganze der Kreisleitung zu melden. Als dieser dies nicht tat, meldete Dr. H. alles den Behörden und die Polizei befragte den Frisörmeister nach dem unbekannten Kunden. Ob die Denunziation weitere Konsequenzen hatte, lassen die Quellen offen.[118]

Über einen anderen Fall gibt eine Anklageschrift des Sondergerichts Auskunft: In Kiel-Wellingdorf war es zu folgendem Zwischenfall gekommen: „Bei einer Unterhaltung, die am 30. Mai 1934 im Lokal ‚Hotel Stadt Kiel‘ zwischen dem SA-Mann W. und dem Beschuldigten stattfand, äusserte der Beschuldigte ohne ersichtlichen Grund, ‚die ganze Regierung und die SA wären Banditen und Halunken und Hitler sei der grösste‘. Er erklärte weiter, die Wahlergebnisse seien gefälscht.“ Zwar bestritt der 62jährige Karl M. - Stahlhelm-Mitglied aus Kiel - später die Äußerungen, doch denunzierte ihn der SA-Mann bei der NSDAP, was zu einem Schreiben des Kreispropagandaleiters an die Stapo führte: „In der Anlage erhalten Sie einen Bericht des S.A. Mannes Willi W., Kiel-Neumühlen.

Wir bemerken dazu, dass in letzter Zeit wieder mehrere Fälle bekannt geworden sind, in denen sogenannte nationale Kreise ihre staatsfeindliche Gesinnung äussern.

Wir nehmen an, dass es möglich ist, dass der beschuldigte M. ins Konzentrationslager überführt werden kann. Heil Hitler!“ Es kam zu einem Sondergerichtsverfahren, dass für den Angeklagten aufgrund seines nationalen Leumunds am 18. August 1934 eingestellt wurde.[119]

---

[117] LAS 309/22574. Brief an das Reg.präs. am 13.11.33; Das Rendsburger Tageblatt sprach am 14. November hingegen davon, dass das Ergebnis im KZ Glückstadt beweise, dass auch Schutzhäftlinge für das Regime seien. (ebd.). Solche Veröffentlichungen sah das Regime allerdings nicht gerne: „Die Zeitungen werden gebeten, keine Berichte über Wahlergebnisse mehr aus Konzentrationslagern zu bringen.“ Vgl. Zsg 101/2/41 Nr.56 vom 14. od. 15.11.33, in: NSP 1933, S.217.

[118] StaKi 33127, Abschrift für den OB, Kiel 25.10.33; Vorladungs- und Protokollschrift des Polizei-Revier, Kriminal-Kommissariat Kiel, 30.10.33.

[119] LAS 358 / 7928. „Das Verfahren ist durch Beschluss des Sondergerichtes vom 18. August 1934 gemäß §§ 2,3 Ziff. 2 und 33 des Gesetzes vom 7. August 1934 eingestellt worden.“ Vgl. dazu auch ein Verfahren gegen einen 29 jährigen Landarbeiter aus Rixdorf/PLön, der sowohl zugab mit „Nein“ gestimmt zu haben als auch gegen das Regime Stellung bezog. In: LAS 358 / 7870.

Der Wahltag: „die Wahl beherrscht das Stadtbild“

„In fast allen Straßen sind riesige Transparente mit Kernsprüchen angebracht, die auf die Bedeutung des 12. November hinweisen. Große, schlagkräftige Wahlplakate fordern zur morgigen Wahl auf, zum ‚Ja‘ für die Politik der Reichsregierung. In den Fenstern unzähliger Parterre-Wohnungen sind kleine Flugblätter angebracht, die Schaufenster der Kieler Geschäftswelt enthalten fast zum größten Teil Aufrufe zur Wahl, kurz: die Wahl beherrscht das Stadtbild.“ so die Kieler Zeitung am Vortag der Abstimmung. [120],

Am Wahltag waren die Wahlokale von 9-18 Uhr geöffnet, die Regierung hatte ihre Sicherung angeordnet und man sah sich genötigt vorher darauf hinzuweisen, dass die Abstimmung geheim war, um auch vor dem Ausland nicht in ein schlechtes Licht gerückt werden zu können. Menschen in Krankenhäuser ermöglichte man die Stimmabgabe vor Ort, und Schwerkranke sowie Körperbehinderte wurden durch das DRK zum Wahllokal transportiert und begleitet.[121]

In den Wahllokalen saßen neben NSDAP-Mitgliedern auch „nationale Persönlichkeiten“, denn laut Runderlaß des preußischen Innenministers war es „unerwünscht, wenn die Kreiswahlausschüsse ausschließlich aus Angehörigen der NSDAP bestehen. [...] Dieselben Grundsätze gelten für die Berufung der Abstimmungsvorstände.“[122]

Da beide Stimmzettel in einen Wahlumschlag gesteckt werden mußten, gab es eine Änderung zu vorhergehenden Doppelwahlterminen: die Nichtabgabe eines Stimmzettels sollte nun als Stimmenthaltung und nicht mehr als ungültige Stimme gelten. Zwar wurde diese Veränderung in Zeitungen veröffentlicht, ob aber wirklich alle Wählerinnen und Wähler davon wußten, muß offen bleiben.[123]

Die Berichterstattung in der bürgerlichen Presse gibt die Stimmung und Propaganda dieses Tages so wieder: „Kaum waren um neun Uhr die Türen der Abstimmungslokale geöffnet, als auch schon der Zustrom der Wähler einsetzte und den ganzen Vormittag über so stark anhielt, daß an vielen Stellen zur Mittagsstunde bereits über 70 v. H. der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben hatten.“ Der Andrang war so groß gewesen, „daß man ‚Schlange‘ stehen musste, bevor man sein ‚Ja‘ dem Wahlvorsteher überreichen konnte.“ Über die Atmosphäre hieß es: „Ruhig und sachlich ging es in den Wahllokalen zu, von keiner Seite wurde irgendwie ein Druck ausgeübt, jeder konnte so wählen, wie er wollte [...]“ Und die Wahl selbst wurde als rechtsstaatlich beschrieben: „Mit peinlicher Genauigkeit bemühten sich die Wahlvorstände, alle Vorschriften strikt innezuhalten, so daß keinerlei Zwischenfälle eintreten konnten und der streng geheime Charakter der Wahl und der Abstimmung unbedingt gewahrt blieb.“ Wer gewählt hatte, bekam dies bestätigt und übte so soziale Kontrolle gegenüber den Nichtwählenden aus: „Und immer weniger wurde die Zahl derer, die noch kein Wahlabzeichen trugen. Mit Stolz hefteten sich Männer und Frauen das schlichte Symbol des ‚Ja‘ zu der Politik des Führers an.“[124] Zudem durfte die NSDAP Einsicht in die Stimmlisten nehmen und konnte anschließend „säumige“ Wahlberechtigte aufsuchen und sie an ihre faktische Wahlpflicht erin-

---

[120] KiZ 11.11.33: „Kiel im Banne der Führer-Rede“.

[121] KiZ 31.10.33: „Erleichterung der Stimmabgabe am 12. November“, KiZ 3.11.33: „Wahl und Abstimmung in Zucht und Ordnung“, Nordfriesische Rundschau 27.10.33: „Die Abstimmung ist geheim“,KNN 9.11.33: „Vorbereitungen für den Wahlsonntag“.

[122] NR 27.10.33: „Die Abstimmungszeiten am 12. November“, ebenso: Nordfriesische Rundschau 27.10.33: „Neue Wahlvorschriften für Preußen“. Dies lag ganz im Sinne von Reichsinnenminister Frick, der den NS-Staat durch das Verfahren nach außen legitimieren wollte. Vgl. dazu Hubert, S.238 u. S.241.

[123] Vgl. NR 27.10.33: „Die Abstimmungszeiten...“, ebenso Nordfriesische Rundschau 27.10.33: „Einheitliche Richtlinien für die Feststellung des Wahlergebnisses“. SHTZ 26.10.33: „Wie wird gewählt?“. Inwieweit doch WählerInnen bewußt i.S.v. „ungültig“ keinen Stimmzettel in den Umschlag taten, soll noch behandelt werden.

[124] Alle Zitate zusammengestellt aus: KNN 14.11.33, „Begeisterte Wahlstimmung in Kiel“ und KiZ 13.11.33, „Kiels Bekenntnis zu Adolf Hitler und seiner Bewegung. Kiel sagt ‚Ja‘!“. Die Wahlplakette ist abgebildet in: NR 9.11.33, KNN und KiZ 10.11.33.

nern.[125] Die Wahlbeteiligung war dementsprechend hoch und lag bei 94,5%.für die Reichstagswahl und 96,4 % für die Volksabstimmung.[126]

Für die durchreisenden Seeleute war ein Wahllokal auf der Schleuse eingerichtet worden. Sie konnten vom 2. November bis 17. November wählen gehen und benötigten dafür ihr Seefahrtsbuch und einen Stimmschein.[127] Ihrem Wahlverhalten galt immer ein besonderes Augenmerk der Zeitungen und letztere legten ihnen bei Wahlen gerne Sätze wie den folgenden in den Mund: „'Am 5. März zum ersten Male Hitler, aber ganz sicher war ich da noch nicht!' Heute grüßt er ‚Heil Hitler!' und wir wissen: auch er hat ‚Ja' gesagt."[128]

Vorläufige Ergebnisse: die Stimmenauszählung

Die Stimmenauszählung verzögerte sich wegen der doppelten Abstimmung und erst gegen 23 Uhr lag das vorläufige Ergebnis vor: 139.504 Ja-, 13.139 Nein- und 3685 ungültige Stimmen bei der Volksabstimmung sowie 137.710 Ja und 15.042 Gegenstimmen bei der Reichstagswahl. Die Kieler Neuesten Nachrichten brachten dazu eine - leider nicht überlieferte - Extraausgabe und behaupteten am 14. November: „Mit Jubel wurde das Ergebnis am Sonntagabend aufgenommen [...]" Die Zeitung selbst war zwar mit der hohen Zustimmung in manchen Wahllokalen zufrieden, kommentierte die hohen ‚Nein'-Stimmen in einigen Stimmbezirken aber so: „diese hätten sich als noch stark marxistisch durchsetzte Gebiete erwiesen." Doch dies „bedeutet nichts gegenüber der imposanten Ziffer 140.000, mit der die Kieler Bevölkerung dem Volkskanzler ihre unbedingte Gefolgschaft bekundet hat."[129] Und das Konkurrenzblatt aus dem eigenen Verlagshaus schloß etwas später kurz und knapp: „Am 5. März wurde der Marxismus gebrochen: der 12. November lieferte den Beweis, daß er vernichtet ist."[130]

Am Tag nach der Wahl bewertete die Kieler Presse dementsprechend das Ergebnis sehr positiv: die Kieler Zeitung titelte mit „Das Wunder des 12. November: Ganz Deutschland nationalsozialistisch" und die Konkurrenz von der NS-Parteizeitung meinte: „Die Geburt der deutschen Nation" sei nun erfolgt.[131]

Die Reichsregierung ließ „Flaggenschmuck in ganz Deutschland zur Feier des Abstimmungsergebnisses" anordnen, die evangelische Landeskirche hielt „Dankgeläut aller schleswig-holsteinischen Kirchen" ab und die Kinder hatten „schulfrei".[132]

Für das Regime war die erste Abstimmung in der Diktatur ein innen- und außenpolitischer Erfolg gewesen und trotz Skepsis über die Höhe des Ergebnisses bestand kein Zweifel daran,

---

125 LAS 309/22574, Schreiben des pr. Innenministers, 28.10.33.

126 Statistik des deutschen Reichs, Bd. 449, Berlin 1935, S. 8f und S.45.

127 KNN 26.10.33: „Die Wahl der Seeleute am 12. November", NR 26.10.33: „Seeleute und Reichstagswahl".

128 KiZ 13.11.33: „Seeleute wählten ... ". Laut einem Bericht in der KiZ sollen die Stimmen der Seeleute bis einschl. 12. November zum Stimmbezirk 95 hinzuaddiert worden sein, immerhin 2.792 Stimmen. Das in den Zeitungen abgedruckte Ergebnis muß aber ohne die Seeleute gewesen sein, da im Sb 95 nur knapp 1.000 Stimmen angegeben wurden. (KiZ 13.11.33: „Hochbetrieb im städtischen Wahlamt", KNN 14.11.33: „Begeisterte Wahlstimmung...", NR 13.11.33: „Abstimmungsergebnisse aus den Kieler Bezirken")

129 KNN 14.11.33: „Ganz Deutschland eing im Bekenntnis zu Hitler", ebd.: „Begeisterte Wahlstimmung in Kiel". Namentlich die Stimmbezirke 144, 62 und 41 wurden kritisiert. Das amtliche Endergebnis wich davon nur unmerklich ab (s.u.).

130 KiZ 15.11.33: „Interessante Zahlen zur Reichstagswahl".

131 KiZ und NR, obige Titelschlagzeilen. Die KNN titelte am 14.11.33: „Ganz Deutschland einig im Bekenntnis zur Hitler" (Das Extrablatt ist nicht überliefert, die KNN erschien Sa. und So., Mo. nicht). Das vorläufige Ergebnis ist in allen drei Zeitungen gleich angegeben. Die Anzahl der Wahlberechtigten entstammt den KNN.

132 KNN 14.11.33, obige Titelzeile.

dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung hinter den außenpolitischen Entscheidungen des Regimes stand.

Nach der Wahl: das Regime ist zufrieden

Nach der Wahl verfaßte das Regierungspräsidium in Schleswig für das GestapA in Berlin einen Bericht, der leider nicht für ganz Schleswig-Holstein die Lage wiedergibt, sondern sich exemplarisch Fehmarn vornahm: Die Autoren sahen hier einen Zusammenhang zwischen alten kommunistischen Hochburgen und hoher Nein-Stimmenquote. Zudem glaubte man einen Zusammenhang zwischen der Unzufriedenheit der Landbevölkerung über das Erbhofgesetz und einer großen Nein-Stimmung zu erkennen.[133]

Die Nachberichterstattung in der Presse war eher knapp: Neben der Bekanntmachung der Reichstagsabgeordneten, darunter für Kiel Gauleiter Lohse, der als „Mechaniker" bezeichnete SS-Führer Jakob Sporrenberg und der Sparkassenmitarbeiter Hermann Hansen,[134] titelte die Nordische Rundschau am 15. November nochmal mit „Spontane Ehrung des Führers durch die Reichsregierung". Damit endet die Berichterstattung um die beiden Urnengänge im November 1933.[135]

Die Stimmung nach diesem Ereignis wurde vom Exil-Vorstand der SPD klar als eine „Depressionswelle nach dem 12. November" bezeichnet und man meinte rückblickend: „Nach dem 12. November 1933 waren viele Gegner des Regimes niedergeschlagen. Auch wenn sie vorher mit einer fast 100%igen Mehrheit für Hitler gerechnet hatten, wirkte die Bestätigung dieser Erwartung noch sehr entmutigend."[136]

Das vorläufige Endergebnis in Kiel

Das vorläufige Ergebnis aus der Presse wurde unter Hinzuzählung der noch eine Woche länger wählenden Seeleute amtlich korrigiert und lautete dann wie folgt (vgl. Tabelle 3):[137]

---

133 LAS 309/22574. GestapA Berlin, 16.11.33 (Anforderung eines Berichts), Antwort Reg.präs. am 18.11.33

134 Sporrenberg war als SS-Führer Leiter des SS-Abschnitts Schleswig-Holstein! Doch offiziell gab er als Beruf „Mechaniker" an. Dies war Absicht, da die Nationalsozialisten im November 1933 den Anteil von „Arbeitern" unter den Reichstagsabgeordneten vor der Öffentlichkeit erhöhen wollten und deshalb hauptamtliche Funktionäre ihre alten Berufe angaben... Vgl. dazu Hubert: Uniformierter Reichstag, S.344.

135 NR 14.11.33: „Die schleswig-holsteinischen Abgeordneten", „Das tägliche Geschehen. Deutschland ein Volk geworden!", NR 15.11.33: „Spontane Ehrung ..." Vgl. u.a. auch KiZ 14.11.33: „Der Dank des Reichspräsidenten an den Kanzler", „Die ersten Auswirkungen des 12. November! Die deutsche Volkswahl vor dem englischen Unterhaus'"", ebd. Die Statistik des Deutschen Reichs (Band 449, S.12, S.14) benennt lediglich Lohse und Sporrenberg als Reichstagsabgeordnete.

136 Sopade, 1. Jg. Nr. 4, Juli/August 1934, Prag am 30 August 1934, S. 356 und 355.

137 Die Schwierigkeiten genaue Zahlen anzugeben, spiegelt die folgende Quellenaufzählung wider: Zum vorläufigen Endergebnis s. KNN 14.11.33, Titelseite; Amtl. Endergebnis: SDR, Bd. 449, 1935, S. 8f und S.45; davon für die RT-Wahl im Detail abweichend: Stat. Monatsberichte der Stadt Kiel, Jg. XXV., No. 11, November 1933. Zu den Wahlberechtigten: LAS 309/22753, Magistrat der Stadt Kiel an Regierungspräsidium Schleswig (Reg. SL), 28.11.33: 155.235 Stimmberechtigte, 7.761 Stimmscheine an Wahlberechtigte von außerhalb. Und die KNN vom 12.11.33 meldeten im Artikel „Die Zahl der Wahlberechtigten in Kiel" – 4.437 Stimmscheine ausgegeben, urspr. 160.890 Stimmberechtigte, weitere 1.263 Abgänge wg. Tod, Ortswechsel etc., 155.250 Wahlberechtigte plus Stimmscheine, Krankenhäuser und Seeleute.

	Wahl-berechtigte	Volksabstimmung Nov. 1933				Reichstagswahl Nov. 1933		
		Abg. Stimmen	ungültige Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Abg. Stimmen	Ja-Stimmen	Ungültig/ Nein-Stimmen
Kiel, vorläufig.	162.230	156.126 (96,2%)	3.685 (2,4%)	139.504 (89,4%)	13.139 (8,4%)	152.752 (94,2%)	137.710 (90,2%)	15.042 (9,9%)
Kiel, amtlich	162.996	157.196 (96,4%)	3.789 (2,4%)	140.200 (89,2%)	13.207 (8,4%)	154.094 (94,5%)	138.455 (89,9%)	15.639 (10,2%)
Schleswig-Holstein	1.122.411	1.067.501 (95,1%)	25.541 (= 2,39%)	953.432 (89,3%)	88.528 (8,3%)	1.053.187 (98,7)	944.610 (89,7%)	108.577 (10,3%)
Deutsches Reich	45.178.701	43.492.735 (96,3%)	757.676 (= 1,74%)	40.633.852 (93,4%)	2.101.207 (4,8%)	43.053.473 (95,3%)	39.655.224 (92,1%)	3.398.249 (7,89%)

Tabelle 3, erstellt nach der Statistik des Deutschen Reiches, Band 449.

Auffällig ist, dass in Kiel - und auch in Schleswig-Holstein - prozentual deutlich mehr Wahlberechtigte gegen das NS-Regime gestimmt hatten, als auf Reichsebene und zudem mehr Ja-Stimmen für die NSDAP als für den Austritt aus dem Völkerbund abgegeben wurden. Kiel gehörte aber mit 10,15% / 8,4% Nein-Stimmen trotzdem nicht zu den „antifaschistischen" Hochburgen wie etwa Lübeck (21,3% / 20,9%)[138] oder Hamburg (16,4% / 12, 5%) und schnitt auch im Vergleich zu den vier anderen schleswig-holsteinischen Stadtkreisen nicht so gut ab: Wandsbek (16,6% / 15,7%), Neumünster (15,4% / 13,4%) und auch Altona (15,6% / 13,5%) hatten deutlich mehr Protest zu verzeichnen und lediglich Flensburg (9,8% / 7,7%) fiel hinter der Gauhauptstadt zurück, wobei letzteres an der 4% niedrigeren Wahlbeteiligung lag.[139]

In Kiel hatte die NSDAP ihren Stimmenanteil von 69.000 auf 138.000 steigern können, wobei sie von der gestiegenen Wahlbeteiligung und den 7.700 Stimmscheininhabern von außerhalb profitiert haben könnte. Auf Seiten der NS-GegnerInnen befanden sich dagegen mindestens 13. - 17.000 WählerInnen und eine unbekannte Anzahl weiterer Wahlberechtigter: Knapp 6. - 9.000 Menschen machten von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch und 4.400 hatten sich einen Stimmschein besorgt und konnten damit auswärts wählen gehen. Selbst wenn man diese drei Gruppen zusammenzählte - was ein unrealistisches Bild ergebe - käme man auf maximal 23.-29.000 NS-GegnerInnen, während es 1933 noch mindestens 58.000 gewesen waren. Sowohl die Höhe der Gewinne der NSDAP als auch die großen Verluste im Lager ihrer GegnerInnen sind erklärungsbedürftig und sollen durch die Analyse auf der Ebene der Stimmbezirke, also der Wahllokale mit ca. 1.000 Wahlberechtigten, untersucht werden.

NS-Hochburgen und (antifaschistische) Gegnerschaften

Um einen Vergleich mit den Reichstagswahlen vom November 1932 zu ermöglichen, sollen erstmal die Ergebnisse der Abstimmungen vom November 1933 in den Stadtteilen dargestellt werden **(vgl. Karte 2)**: [140]

[138] Elke Imberger hat für einzelne ehemals von der SPD dominierte Stimmbezirke Ergebnisse zwischen 29,1% und 51,5% (!) Nein-Stimmen errechnet und für ehemals von der KPD dominierte Ergebnisse von 23,9% bis 36,5%. Vgl. Elke Imberger: Widerstand von „unten". Neumünster 1991, S.208f.

[139] Eigene Berechnungen aufgrund der SDR, Bd. 449, S. 45ff, S.103 u. S.105. Die geringe Wahlbeteiligung in Flensburg ist wahrscheinlich auf die Wahlenthaltung der dänischen Minderheit zurückzuführen. Jungs These, dass nur in großstädtischen Zusammenhängen hohe Gegenstimmen möglich waren (S.51) wird durch die Ergebnisse der Gemeinden in Schleswig-Holstein widerlegt. Vgl. Jung, Plebiszit und Diktatur, S. 51 u. 53.

[140] Alle Berechnungen beruhen auf: NR 13.11.33, „Abstimmungsergebnisse aus den Kieler Bezirken". Dies ist das vorläufige Endergebnis, dass deshalb von der Statistik des deutschen Reichs abweicht. Die KNN und die KiZ fallen wegen ihrer nicht überlieferten Wahlsonderausgabe als Quelle aus.

NS - Volksabstimmungen und Reichstagswahlen in Kiel 1933-1938 Karte 2, Kieler Wahlergebnis: Nov. 1933
Volksabstimmung und Reichstagswahl 12. November 1933
Beide Abstimmungen über dem Durchschnitt:
unter dem Durchschnitt:
eine über, eine unter dem Durchschnitt:
Stadtteilergebnisse (Volksabstimmung/ Reichstagswahl)
Kieler Durchschnitt*
Volksabstimmung: 89,2%
Reichstagswahlen: 90,2%
* Kieler Durchschnitt bezogen auf das vorläufige Endergebnis.
Pries
85,6
86,7
94,1/91,9
Friedrichs-ort
Holtenau
93,3/93,7
Brunswik
90,6/91,4
Damperhof
90,3/90,4
Exerzier-platz
92,4
92,2
91,7
Altstadt
/ 90,3
89,1/
90,4
Vorstadt
Wik
92,4/92,9
Düstern-brook
96,0/
93,0
Am Blücher-platz
95,2/
94,0
Ravensberg
88,6/90,4
90,6/91,4
Neumühlen-Dietrichsdorf
88,2/89,4
Schreventeich
89,6/90,2
90,3 /
90,8
91,7 /
90,2
92,4
92,2
89,1 /
90,4
Wellingdorf
90,8/90,0
Ellerbek
88,3 /
89,4
Hassel-dieksdamm
89,1/89,1
Am Südfriedhof
86,6/87,7
Gaarden-Ost
86,4/88,3
Hassee
86,1/87,4
Gaarden-Süd
83,6/86,7
Karte 2

Die Tendenzen ähneln denen aus den freien Wahlen vor 1933: es sind die traditionellen NS-Hochburgen nördlich des Hasseldieksdammer Wegs die auch im November 1933 überdurchschnittlich oft für die NSDAP bzw. den Austritt aus dem Völkerbund stimmten. Das beste Ergebnis lieferte der Blücherplatz (VA: 95,2% / RT: 94%), wo in acht der elf Stimmbezirke sogar zwischen 94,8% und 97,4% der WählerInnen mit „Ja“ stimmten. Als nächstes folgt die traditionelle ehemalige DNVP-Hochburg Düsternbrook (96% / 93%), wo die Zustimmung bei der Volksabstimmung besonders hoch war.[141] In den Stadtteilen Holtenau (VA: 93,3% / RT: 93,7%), Friedrichsort (94,1% / 91,9%) sowie der Wik (92,4% / 92,9%) gab es die nächstgrösste Zustimmung, während es in Wellingdorf (90,8% / 90%), der Vorstadt (89,1% / 90,4%) sowie dem Ravensberg (88,6 % / 90,4 %) zu einem Wechsel zwischen über- bzw. unterdurchschnittlichen Mehrheiten kam.

Im Kieler Süden und (fast dem gesamten) Osten stimmten die Wählerinnen und Wähler hingegen am häufigsten gegen die Nationalsozialisten ohne dass aber auch nur der Hauch einer Mehrheit dieser Position zustande kam:[142] Das schlechteste Ergebnis mußte das Regime in Gaarden-Süd hinnehmen (VA 83,6 % / RT 86,7%), gefolgt von Pries (85,6% / 86,7%), Hassee (86,1% / 87,4%), „Am Südfriedhof“ (86,6 %/ 87,7%) und Gaarden-Ost (86,4%/88,3%).[143] Alles Stadtviertel, die vor 1933 der politischen Arbeiterschaft und ihren Parteien verbunden gewesen waren, in denen aber trotzdem lediglich 20-30% Gegenstimmen in einzelnen Stimmbezirken verzeichneten.[144]

Um mögliche Zusammenhänge zwischen den Abstimmungsergebnissen und bestimmten Wählergruppen herzustellen, standen zwei Methoden zur Verfügung: zum einen wurden die jeweils besten/schlechtesten Ergebnisse in den Stimmbezirken zusammengefaßt und die dort im November 1932 durchschnittlich abgegeben Stimmen für die damaligen Parteien ermittelt. Im Umkehrschluß wurden auch jeweils die Hochburgen der Parteien ermittelt und mit den Ergebnissen bei den Abstimmungen im November 1933 in Beziehung gesetzt. Zum zweiten sind für diese Stimmbezirke jeweils die statistischen Zusammenhänge zwischen hohen/niedrigen Ergebnissen im November 1933 und den Wahlergebnissen der Weimarer Republik berechnet worden. Der so errechnete Korrelationskoeffizient gibt dabei mit Zahlen zwischen +1 und –1 jeweils positive und negative Zusammenhänge zwischen diesen beiden unabhängigen Variablen an, wobei erst Werte über +/- 0,2 Interpretationen zulassen.[145]

---

[141] Sie betrug zwischen 95,3% und 96,9% und lag bei der Reichstagswahl bei 92,3% bis 93,7%.

[142] In keinem Wahllokal hatten die GegnerInnen eine Mehrheit und dementsprechend auch in keinem Stadtviertel. Deshalb kann es in der Analyse und Beschreibung dementsprechend nur noch um die Abweichungen von der großen Mehrheitsnorm gehen, weshalb der Fokus auf den unter- bzw. überdurchschnittlichen Ergebnissen liegt.

[143] So stimmten am Südfriedhof 15 von 21 Stimmbezirken überdurchschnittlich oft gegen das NS-Regime, in Gaarden-Ost 15 von 20 Sben; in Gaarden-Süd sogar 5 von 6, in Hassee 3 von 4, ganz Hasseldieksdamm (1 von 1), halb Ellerbek (3 von 6) und in Wellingdorf (4 von 5) und auch in Pries (2 von 3).

[144] Bei der VA gab es in lediglich sieben Stimmbezirken mind. 20% Gegenstimmen und zwar in Sb 61 (Nein: 17% / ungültig: 5,7%) und 62 (22,7% / 4,7%) am Ravensberg; dem Sb 41 am Schreventeich (17,8% / 3,1%); den Sbe 125 und 127 in Gaarden-Ost (18,3% / 2,6%; 16,2% / 5,6%) und den Sbe 140 und 140 a in Gaarden-Süd (20% / 4,7%; 22,1% / 3,7%). Auf grund der Stimmrückgänge waren es bei der Reichstagswahl sogar nur noch drei Stimmbezirke: am Ravensberg, (Sb 62: 20,9%), in Gaarden-Süd (Sb 140a: 23%) und in Ellerbek (Sb 130: 20,7%). Sämtliche dieser Stimmbezirke waren Hochburgen von SPD und KPD vor 1933 gewesen und NSDAP und DNVP waren in der absoluten Minderheitsposition (max. 30%).

[145] Zur Methode und dem Korrelationskoeffizient nach Bravais-Pearson siehe zur Einführung: Peter Atteslander: Methoden empirischer Sozialforschung. Berlin, New York 1991, S. 304ff.

Exkurs: Statistisches Verfahren

Das einfachste Verfahren zur Gewinnung von statistischen Zusammenhängen zweier unabhängiger Variablen ist die Berechnung von Korrelationskoeffizienten. Letztere geben Auskunft darüber, wie hoch der positive bzw. negative Zusammenhang zwischen zwei unabhängigen Variablen (etwa Berufsgruppe Selbständige und NSDAP-Ergebnis) ist. Die Berechnung ergibt dabei eine Zahl von +1 bis –1, wobei ersteres auf einen positiven, letzteres einen negativen Zusammenhang hinweist. Das statistische Problem, was sich bei solchen bivariaten Berechnungen ergibt ist, dass der Einfluß bestimmter Faktoren auf das Wahlergebnis jeweils einzelnd gemessen wird statt im Zusammenspiel verschiedener Faktoren (bspw. Erwerbslosigkeit und Gemeindegröße und soziale Schichtung). Daraus können sich Scheinkorrelationen ergeben, die der Autor durch eine Vielzahl von Berechnungen aufgrund unterschiedlicher Datenbasis zu vermeiden gesucht hat. So wurden bspw. bei der statistischen Auswertung sowohl die Ergebnisse für die ehemaligen Partei-Hochburgen, den Ja- bzw. Nein-Stimmenhochburgen als auch auf der Ebene der Stimmbezirke mit über/unterdurchschnittlichen Ergebnissen berechnet.

Bei der Auswertung auf Stimmbezirksebene – also den einzelnen Wahllokalen – ist es meines Erachtens legitim, das einfache statistische Verfahren anzuwenden, weil hier keine weiteren Daten auf dieser Ebene vorliegen und außer den Wahlergebnissen der Parteien keine Informationen über soziale Zusammensetzung, Konfession, Arbeitslosigkeit u.ä. vorhanden sind. Es gilt allerdings zu beachten, dass bei der Berechnung der Zusammenhänge auf Ebene dieser Aggregatdaten keine direkten Rückschlüsse auf die Individualebene möglich sind! So lassen bspw. hohe positive Korrelationen zwischen bestimmten Berufsgruppen und bestimmten Wahlergebnissen von Parteien keine direkten Rückschlüsse auf das Wahlverhalten der Angehörigen der Berufsgruppe zu. Es läßt sich lediglich sagen, dass die Berufsgruppe in den Stimmbezirken die Wahl der Partei beförderte. Ob wirklich die jeweiligen Wahlberechtigten die Partei gewählt haben, kann nur vermutet werden und müßte anhand weiterer Quellen untermauert werden. Aussagekräftiger ist es hingegen eine Auswahl nach bestimmten Kriterien vorzunehmen, um Zusammenhänge hervorzuheben (Je mehr der ausgewählten Berufsgruppe, desto höher/niedriger das Ergebnis der Partei). Das Problem des Rückschlusses bleibt aber nichtsdestotrotz erhalten.[146]

Die Auswertung des bivariaten Verfahrens mit einfachen Korrelationskoeffizientenberechnungen kann Fehler nicht ausschliessen. Das Grundproblem – die mangelnde Ausdifferenzierung des Einflußes verschiedener Faktoren auf das Wahlergebnis – soll deshalb nicht verschwiegen werden und bleibt bis zur Anwendung multivariabler wahlstatistischer Methoden erhalten.[147]

[146] Selbst das Wahlforschungsprojekt von Jürgen Falter zur NSDAP in der Weimarer Republik ist trotz seines statistischen Verfahrens lediglich eine – sehr gut untermauerte – Vemutung über die Wählerschaft der Partei.

[147] Vgl. zu diesen Problemen: Falter: Hitlers Wähler, S. 55-66. Falter benennt die „naive Disaggregation“, die „willkürliche Selektion“ und die „unvollständige Modellspezifikation“, d.h. die mangelnde Einbeziehung mehrerer Faktoren auf eine Untersuchung als mögliche Fehlerquellen. (Vgl. Falter, S. 59).

Für die Abstimmung im November 1933 ergibt sich folgendes Bild (vgl. Tabelle 4):

Tabelle 4

Abstimmungen Nov. 33 / Parteien im Nov. 1932	**VA 1933 JA**	**VA 1933 NEIN**	**VA 1933 Ungültige Stimmen.**	**VA 1933 NEIN / ung. St.**	**RT 1933 JA**	**RT 1933 NEIN / Ung. St.**	**Stimm-rückgänge RT zu VA**
KPD/SPD: abs. Mehrheit 67 Stimmbezirke von 157, ⊙ 60%	⊙ 85,3% - 0,6637	⊙ 11,6% + 0,6875	⊙ 3,1% + 0,3328	⊙ 14,7% + 0,6637	⊙ 87,4% - 0,3766	⊙ 12,6% + 0,3766	⊙ - 3,1 % + 0,1901
SPD-Hochburgen, 31 Stimmbezirke (mind. 40,4%; ⊙ 46,7%)	⊙ 83,8% - 0,7034	⊙ 13,0% + 0,6820	⊙ 3,2% + 0,4813	⊙ 16,2% + 0,7034	⊙ 86,9% -0,5753	⊙ 13,1 % + 0,5753	⊙ - 4,1% + 0,1102
KPD-Hochburgen, 18 Stimmbezirke (mind. 23,3%; ⊙ 27,4%)	⊙ 84,6% - 0,0534	⊙ 12,3% + 0,0316	⊙ 3,1% - 0,0648	⊙ 15,4% + 0,0534	⊙ 87,8% - 0,0050	⊙ 12,2% + 0,0050	⊙ - 2,6% - 0,0284
NS/DNVP: abs. Mehrheit 80 Stimmbez., ⊙ 64,1%	⊙ 92,7% + 0,7722	⊙ 5,6% - 0,7609	⊙ 1,7% - 0,3546	⊙ 7,3% - 0,7722	⊙ 92,3% + 0,5337	⊙ 7,7% - 0,5337	⊙ - 1,6% + 0,0498
NSDAP: abs. Mehrheit, 46 Stimmbez., ⊙ 54,9%	⊙ 93,6% + 0,3560	⊙ 4,9% - 0,3921	⊙ 1,5% - 0,0295	⊙ 6,4% - 0,3560	⊙ 93,3% + 0,2647	⊙ 6,7% - 0,2647	⊙ - 1,85% - 0,0525
DNVP-Hochburgen, 9 Stimmbezirke (mind. 19,6%; ⊙ 28,7%)	⊙ 96,0% + 0,1351	⊙ 2,7% - 0,2451	⊙ 1,3% + 0,1761	⊙ 4,0% - 0,1351	⊙ 93,5% - 0,4391	⊙ 6,5% + 0,4391	⊙ - 0,09% - 0,2478

Hochburgen der Parteien sind alle Stimmbezirke, in denen sie mind. 5% höher als im Kieler Durchschnitt lagen. *Lesebeispiel: Dort wo im Nov. 1932 die KPD und SPD zusammen eine absolute Mehrheit der Stimmen hatten (67 Stimmbezirke von 157 mit zusammen durchschnittlich 60%) wurden im November 1933 bei der Volksabstimmung 11,6% Nein-Stimmen gezählt. Der hohe positive Korrelationskoeffizient weist dabei auf einen sehr positiven Zusammenhang zwischen beiden Ergebnissen hin.*

Die Ergebnisse der Tabelle lassen sich so zusammenfassen: die größte Gegenstimmung sowie die Wahlenthaltung wurde durch das Milieu der ehemaligen SPD-WählerInnen befördert. Die hohen Nein-Stimmen in den ehemaligen KPD-Hochburgen sind ebenfalls eher auf das dortige SPD-Milieu denn auf das der KPD zurückzuführen.[148] Auf Seiten der Zustimmenden überrascht es nicht, dass sowohl prozentual als auch aufgrund des Korrelationskoeffizienten davon auszugehen ist, dass hier die NSDAP-Stammwählerschaft zum Wahlsieg beigetragen hat. In den DNVP-Hochburgen gab es zwar prozentual die größten Erfolge für das NS-Regime, doch gibt es zwei interessante Abweichungen: es scheint einen kleinen statistischen Zusammenhang zwischen dem DNVP-Milieu und den ungültigen Stimmen bei der Volksabstimmung zu geben und ebenso - aber sehr viel deutlicher - bei der Ablehnung der Reichstagswahl-Einheitsliste der NSDAP. Dies könnte als Hinweis darauf gedeutet werden, dass im konservativen Milieu einerseits die Zustimmung für den außenpolitischen Kurs des Regimes befördert wurde, andererseits aber der NSDAP bei der Reichstagswahl öfters ihre Stimme verwehrt wurde.[149] Da aber die Korrelationskoeffizienten keine Rückschlüsse auf individuelles Wahlverhalten ermöglichen, bleibt dies eine - wenn auch plausible - Vermutung.

Die Tabellen 5 und 6 sollen Aufschlüsse über weitere Zusammenhänge ermöglichen, wobei folgendes zur Interpretation vorweggeschickt werden muß: Da das NS-Regime in Kiel überall eine Mehrheit für seine Position verzeichnen konnte, lautet die Frage: wo gab es eine

[148] Die Korrelationskoeffizienten in den 18 KPD-Hochburgen lauten (VA 33: Nein / RT 33: Nein/ung.): SPD: +0,2969/+0,0718; DNVP: -0,2995/+0,070; NSDAP: -0,3941/-0,1828. Für die VA gilt also ein anzunehmender Zusammenhang zum SPD-Milieu. Für die Reichstagswahl kann kein Zusammenhang hergestellt werden.

[149] Dies bestätigt auch die Einbeziehung der anderen Parteien bei der Berechnung der DNVP-Hochburgen (VA 33: Ung. Stimmen / RT 33: JA): SPD: +0,5984/+0,075; KPD:+0,7825/-0,0736; NSDAP: - 0,4978, + 0,4096.

überdurchschnittliche und wo eine *unterdurchschnittliche* Abweichung von dieser Mehrheit und was läßt sich daraus schließen?

In Tabelle 5 sind alle Stimmbezirke, die überdurchschnittliche Ergebnisse bei den Abstimmungen aufwiesen in Beziehung zu den Wahlergebnissen der Parteien im November 1932 gesetzt worden:

Tabelle 5

Stimmbezirke mit überdurchschnittlichen Ergebnissen:	**NSDAP**	**DNVP**	**SPD**	**KPD**
RT 1933: JA – Stimmen	⊙ 48,0% - 0,0954	⊙ 12,9% - 0,0219	⊙ 24,0% + 0,1111	⊙ 9,5% - 0,0265
VA 1933: JA-Stimmen	⊙ 48,5% + 0,3814	⊙ 12,8% + 0,6168	⊙ 23,5% - 0,5686	⊙ 9,6% - 0,6563
RT 1933: NEIN-Stimmen	⊙ 35,9% - 0,5895	⊙ 6,5% - 0,5285	⊙ 36,6% + 0,6282	⊙ 17,4% + 0,2194
VA 1933: NEIN-Stimmen	⊙ 33,9% - 0,5786	⊙ 5,7% -0,5527	⊙ 38,8% + 0,6310	⊙ 18,3% + 0,1529
VA 1933: Ungültige Stimmen	⊙ 35,9% - 0,4599	⊙ 6,6% - 0,4534	⊙ 36,8% + 0,4487	⊙ 17,1% + 0,0910
VA zu RT: Stimmrückgänge	⊙ 40,4% + 0,0155	⊙ 4,0% +0,0678	⊙ 38,8% + 0,1738	⊙ 13,5% - 0,3239

Lesebeispiel: Dort wo es bei der Volksabstimmung im November 1933 zu einer überdurchschnittlichen Mehrheit bei den Ja-Stimmen gekommen ist, war die NSDAP im November 1932 mit durchschnittlich 48,5% der Stimmen vertreten, die DNVP holte 12,8% und die Arbeiterparteien lagen zusammen bei 33,1%. Die Korrelationskoeffizienten weisen für die ehemaligen DNVP-WählerInnen den höchsten positiven Wert aus, was auf eine besonders hohen Zusammenhang zum dortigen Milieu schließen läßt.

Die NSDAP holte in 82 bzw. 86 der 157 Stimmbezirke eine überdurchschnittliche Mehrheit und profitierte dabei von den Stimmbezirken, die von ihrer eigenen Stammwählerschaft majorisiert wurden.[150] Deshalb überrascht es nicht, dass die rechten Parteien jeweils prozentual bei der Zustimmung am stärksten vertreten sind und im umgekehrten Fall, die linken Parteien im November 1932 dort stark waren, wo es 1933 große Ablehnung gab. Die Korrelationskoeffizienten scheinen aber wiederum eher das ehemalige SPD-Milieu als das der KPD für die Gegenstimmen verantwortlich zu machen. Zudem gibt es für die Zustimmung bei der Reichstagswahl keinen klaren Zusammenhang zwischen den jeweiligen Wählerschaften der Parteien und dem Ergebnis. Dies ändert sich auch nicht, wenn man - wie in der nachfolgenden Tabelle 6 - nur diejenigen Stimmbezirke berücksichtigt, die die jeweils besten Ergebnisse aufwiesen. Alleine bei der Volksabstimmung lassen sich klarere Zusammenhänge aufzeigen, die auf eine Unterstützung der Ablehnung im ehemaligen SPD- und deutlich schwächer dem KPD-Milieu schließen lassen. Die Stimmrückgänge bei der Reichstagswahl haben meines Erachtens das Bild dort entscheidend verfälscht, was sich ein wenig durch den Korrelationskoeffizienten der SPD zu bestätigen scheint und auch in Tabelle 6 untermauert wird:

[150] Bei der Reichstagswahl erhielt sie in 19 Stimmbezirken mind. 95,2% und bei der Volksabstimmung sogar in 28 Stimmbezirken mind. 94,2%, was jeweils 5% über dem Kieler Durchschnitt lag.

Tabelle 6

	Parteien im November 1932			
Auswahl der besten Stimmbezirke 1933	**NSDAP**	**DNVP**	**SPD**	**KPD**
RT 1933: JA (18 Sbe ⊙ 98,2%)	⊙ 45,0% - 0,0882	⊙ 10,3% - 0,0319	⊙ 28,5% + 0,0299	⊙ 11,1% - 0,0750
VA 1933: JA (19 Sbe, ⊙ 96,2%)	⊙ 50,4% + 0,3367	⊙ 18,9% + 0,3530	⊙ 18,6% - 0,5788	⊙ 4,5% - 0,4694
RT 33: NEIN/Ung. (18 Sbe, ⊙ 9,0%)	⊙ 47,3% - 0,1344	⊙ 9,4% - 0,0234	⊙ 25,9% - 0,007	⊙ 12,9% + 0,1207
VA 1933: NEIN (19 Sbe, ⊙ 16,2%)	⊙ 27,7% - 0,5542	⊙ 4,5% -0,4634	⊙ 45,6% + 0,7296	⊙ 19,5% + 0,1834
VA 1933: Ungültig (19 Sbe, ⊙ 4,5%)	⊙ 30,1% - 0,5544	⊙ 4,8% - 0,1703	⊙ 42,3% + 0,4319	⊙ 19,8% + 0,0363
Stimmrückgänge (18 Sbe, ⊙ 10,4%)	⊙ 41,9% - 0,1685	⊙ 4,6% - 0,1518	⊙ 39,5% + 0,2527	⊙ 10,4% - 0,0666

Tabelle 6 bestätigt die obigen Schlußfolgerungen und kann ergänzt werden durch Ergebnisse zur sozialen Schichtung der Wählerschaft: die größte Zustimmung konnte das NS-Regime 1933 bei der oberen Mittelschicht und Oberschicht Kiels (RT: 93% / VA: 96,%) erreichen, es folgten die Beamten und Angestellten (95,3% / 92,2%) sowie die Selbständigen (91,3% / 91,9%). Einzig unter den - wahrscheinlich: sozialdemokratischen - Arbeitern (86,9% / 84,8%) konnten die Nationalsozialisten noch auf Widerstand stoßen.[151]

Wahlmanipulation zugunsten der NSDAP-Einheitsliste: Umdefinition der ehemals ungültigen Stimmen zu Stimmenthaltungen

Bisher wurde noch nicht erklärt, warum bei der Reichstagswahl weder besonders positive noch besonders negative Zusammenhänge zu den ehemaligen Wählerschaften der Parteien gegeben hat. Meines Erachtens beruht das auf einer Wahlmanipulation des NS-Regimes, die nur schwer nachweisbar ist und deshalb näher erläutert werden muß. Im November 1933 hatte die Anzahl der Kieler Wahlberechtigten 162.996 betragen, wovon 94,5 % an der Reichstagswahl und 96,4 % an der Volksabstimmung teilnahmen. Die Frage nach dem Austritt aus dem Völkerbund mobilisierte in Kiel die Wählerinnen und Wähler also mehr als die Reichstagswahl.[152] Da bei der Abstimmung aber jede Wählerin und jeder Wähler zwei Stimmzettel und nur einen Wahlumschlag erhielt, ist folgendes Verhalten zu vermuten: einige übten bei der Volksabstimmung ihr Wahlrecht bewußt aus, während sie ebenso bewußt die Reichstagswahlen boykottierten und diesen Stimmzettel nicht in den Wahlumschlag legten.[153] Nach „altem" Wahlmodus stimmten sie damit „ungültig", was die Nationalsozialisten verhindern wollten und vor dem Urnengang bestimmten, dass die Nichtabgabe eines Stimmzettels als Stimmenthaltung zu werten sei. Obwohl dies in der Presse bekannt gemacht wurde, kann man nicht generell von einem allgemeinen Wissen darum ausgehen. Meines Erachtens könnten ähnliche Doppelabstimmungen in der Weimarer Republik einen Gewohnheitseffekt bei den WählerInnen hervorgerufen haben, i.S.e. „Wir wissen, was zu tun ist." Der eigentliche Zweck der Stimmenthaltung - öffentliches ungültig stimmen gegen die NSDAP - wäre so also zunichte

[151] Die Zahlen beruhen auf Berechnungen zur repräsentativen Auswahl von 30 Stimmbezirken Kiels, wie ich sie im 2. Kapitel dieser Arbeit angewandt habe.

[152] Damit sank in Kiel die Wahlbeteiligung um 1,9 %, im Reich hingegen nur um 1 % ab.

[153] Ein überliefertes Beispiel dafür ist der Berliner Schriftsteller Jochen Klepper, der in seinem Tagebuch für den 12. November 1933 notierte: „Bei der Wahl haben wir außenpolitisch für die Regierung, innenpolitisch (da es nur um die Mandatezahl dieser einen Partei ging) nicht gestimmt." In: Jochen Klepper: Unter dem Schatten Deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932 – 1942. Stuttgart 1956, S.123.

gemacht worden, und das Kalkül der Nationalsozialisten, weniger ungültige Stimmen zu erhalten, wäre damit aufgegangen.[154] Die Stimmrückgänge würden dann in der Regel auf nicht gezählte, aber bewußt ungültige Stimmen bei der Reichstagswahl hindeuten.[155]

Verschiedene Belege können für diese These herangezogen werden: Zum ersten ist der „Stimmungsumschwung“ am Ravensberg zu nennen: hier kam es zu einem Wechsel von unterdurchschnittlicher Zustimmung bei der Volksabstimmung (88,6%) zu einer überdurchschnittlichen Zustimmung bei der Reichstagswahl (90,4%), was auf einem starken Rückgang der Stimmen beruhte, ähnlich wie die deutlich höhere Zustimmung am Schreventeich für die Reichstagswahl (VA 89,6% / RT 92 %).[156] Solche Wechsel in der Höhe der Zustimmung sind natürlich auch auf Stimmbezirksebene festzustellen, wo es in ehemaligen Hochburgen der Arbeiterparteien einerseits Ergebnisse von 79,1% bis 88% bei der Volksabstimmung gab, andererseits die NSDAP bei der Reichstagswahl zwischen 91,5% und 98,2% der Stimmen erhielt.[157] Zum zweiten profitierte die NSDAP bei der Reichstagswahl in 15 von ihren 19 besten Stimmbezirken sehr deutlich von den Stimmenthaltungen,[158] wobei gleichzeitig die Gegenstimmen gegenüber der Volksabstimmung - z.T. deutlich - absanken. Zum dritten gibt die Spanne der Stimmrückgänge zu denken: sie lag in den Stimmbezirken zwischen 2,5% und 18,7%,[159] während es in Kiel durchschnittlich nur 2,0 - 2,5% waren.[160] Zudem unterstützen die Ergebnisse der statistischen Zusammenhänge solche Vermutungen. Insbesondere in den ehemaligen durch die SPD dominierten Stimmbezirken haben sich WählerInnen nicht an der Reichstagswahl beteiligt, was eindeutig politische Gegnerschaft zum NS-Regime ausdrücken dürfte.

Meines Erachtens sind dies Belege dafür, dass NS-GegnerInnen mit der Nichtabgabe des Stimmscheins bewußt die Reichstagswahlen boykottierten bzw. bewußt gegen die NSDAP stimmen wollten und dies durch die Umbewertung der nichtabgegebenen Stimmzettel verhindert wurde: statt „ungültig“ galt dies nun als Stimmenthaltung.

Ein Zahlenspiel soll verdeutlichen, welche Auswirkungen dies auf das veröffentlichte Wahlergebnis gehabt hätte: reichsweit gab es einen offiziellen Rückgang von 439.262 Stimmen, was einen Anstieg der Nein- bzw. ungültigen Stimmen bei der Reichstagswahl auf 3.837.511 bedeutet hätte, also 8,8% Gegenstimmen statt der propagierten 7,9%. Für Kiel hieße das laut amtlichen Endergebnis ein Stimmrückgang von 3.818, also maximal 18.478 Gegenstimmen und damit 11,9% statt der veröffentlichten 10,2%.[161]

---

[154] Unterstellte man, dass diese Umwertung sich in einer maximalen Anzahl von Wahlberechtigten gezeigt hat, dann wäre die gesunkene Wahlbeteiligung voll als ungültige Stimmen bei der Reichstagswahl zu werten. Dies ergäbe weitere 3.102 Stimmen.

[155] Dies gilt natürlich nur mit der Hilfsannahme, dass die Anzahl der WählerInnen, die bei der Volksabstimmung ihre Stimme abgaben, gleichzeitig die maximale Anzahl der abstimmenden Wahlberechtigten wiedergibt und niemand, der an der Reichstagswahl teilnahm gleichzeitig die Volksabstimmung boykottierte. Letzteres erscheint für NS-AnhängerInnen sehr unwahrscheinlich und für GegnerInnen ebenfalls nicht plausibel.

[156] Der Stimmrückgang betrug am Ravensberg 3,23% und am Schreventeich sogar 4,85%, was die höchsten Quoten in ganz Kiel waren und in beiden Stadtteilen sehr wahrscheinlich durch nicht abgegebene Stimmen der GegnerInnen der Nationalsozialisten zustande kam.

[157] Es handelt sich um die Stimmbezirke 67 (Brunswik), 41 und 48 (Schreventeich), 25 (Südfriedhof), 129 (Gaarden-Ost) und 141 (Gaarden-Süd). Im Sb 41 enthielten sich 281 Wahlberechtigte der Stimme (18,7%).

[158] Die Mehrheitsverhältnisse in diesen Stimmbezirken waren 1932 so gewesen: NSDAP: Sb 54, 76, 90, 104, 96, 97, 49, 92, 93. DNVP/NSDAP- Mehrheiten: Sb 70, 48 und 145. SPD/KPD-Mehrheiten: Sb 67, 25, 120, 129, 132, 134. In Sb 15 gab es keine Mehrheit für eines der beiden Lager.

[159] 2,54 % waren es im Sb 35 (Kiel-Südfriedhof); 18,73 % in Sb 41 (Schreventeich).

[160] Laut Berechnungen basierend auf der NR vom 13.11.33 waren es 2,5%. Andere Quellen weichen davon ab, können aber aufgrund fehlender Ergebnisse auf Stimmbezirksebene nicht zum Vergleich herangezogen werden. So sind es laut StDR 2,0% (Vgl. StDR, Band 434, S.188) und laut KNN vom 14.11.33 wiederum 2,3%.

[161] Otmar Jung geht auf das Problem der Wahlauszählungsveränderung nicht ein. Bzgl. der ungültigen Stimmen geht er aber davon aus, dass Gegner der VA dies durch ein „Nein“ hätten deutlich machen können, was ihnen auf

Zusammenfassung für die Abstimmungen vom November 1933

Sowohl die Volksabstimmung als auch die Reichstagswahlen vom November 1933 waren ein großer Erfolg für die Nationalsozialisten, da sie fast 90% der Stimmen für ihren Kurs erhielten. Dabei gelang es dem NS-Regime die von der eigenen Anhängerschaft dominierten Stadtviertel fast völlig auf ihre Seite zu ziehen und große Einbrüche in ehemaligen „roten" Hochburgen zu erzielen. Gerade dies ist erklärungsbedürftig, wobei ein Vergleich Kiels mit anderen Städten und Gemeinden in Schleswig-Holstein zeigt, dass es sowohl im ländlichen Raum wie in den Städten noch möglich war mit „Nein" zu stimmen und es gleichzeitig selbst in den durch die politische Arbeiterschaft geprägten Milieus und Stadtvierteln anscheinend schwerer geworden war, dies auch zu tun.[162] Ein „harter" Kern in diesem Milieu hat aber im November 1933 noch mit „Nein" gestimmt, und es spricht einiges dafür, dass dies insbesondere dort möglich war, wo die einstige SPD-Wählerschaft in Kiel gelebt hatte. Für das KPD-Milieu konnten dagegen weniger Belege für ein Befördern der Gegenstimmen gefunden werden. Als Gründe könnten auf der einen Seite die Integration der Arbeiterschaft in ein sozialdemokratisch-majorisiertes Milieu herhalten, welches auch noch im November 1933 einen gewissen Schutz bot und ein mutigeres Verhalten bei den Abstimmungen beförderte.[163] Die radikalere ehemals kommunistische Wählerschaft bestand dagegen aus weniger StammwählerInnen, stand unter größerem Verfolgungsdruck seitens des NS-Regimes und hatte sich durch die propagierte Sozialfaschismus-These in scharfe Gegnerschaft zur Sozialdemokratie gestellt. Das alles bedeutete im Nationalsozialismus eine doppelte Isolation: einerseits zur Mehrheitsgesellschaft, andererseits zum - zumindestens in der Ablehnung - gleichgesinnten Milieu der Arbeiterschaft. Aufgrund dessen könnten Gegenstimmen besonders erschwert worden sein.

Den Wahlberechtigten war es nicht möglich, sich eine freie Meinung zu bilden, sie waren der ständigen - auf nationalistische Parolen und die Person Hitlers setzenden - Propaganda zugunsten der Abstimmungen sowie der sozialen Kontrolle vor und in den Wahllokalen ausgesetzt und standen unter dem Risiko als „(Vaterlands-) Verräter" stigmatisiert zu werden. Das alles dürfte dazu beigetragen haben, dass auch NS-GegnerInnen - sei es aus Angst, sei es dadurch überzeugt - dazu gebracht wurden, zugunsten des NS-Regimes abzustimmen.

Zudem konnten die Nationalsozialisten durch die Veränderung der Stimmenauszählung eine unbekannte Anzahl von WählerInnen täuschen und deren Stimmen als Stimmenthaltung aus dem Endergebnis herausfallen lassen. Direkte Wahlfälschungen sind aus den Quellen für Kiel nicht belegbar und auch reichsweit wenig nachgewiesen.[164] Mangels Quellen muß es Spekulation bleiben, wieviele Wahlberechtigte mit Stimmschein sich der Wahl entzogen, woanders mit „Nein" stimmten oder einfach durch Fernbleiben die Wahl boykottierten. Die wichtige Frage, ob die Wahlberechtigten in ihren Wahllokalen jeweils so abstimmen konnten, wie sie es wirklich wollten, kann weder befriedigend noch abschließend beantwortet werden. Auch die zum Teil sehr großen Umschwünge von Ablehnung der NSDAP im November 1932 und

---

dem RT-Wahlzettel nicht möglich sein sollte. Meines Erachtens vergißt er dabei aber, dass Gegner beider Urnengänge nur durch ein Ungültigmachen, die Ablehnung von solchen Abstimmungen in der Diktatur öffentlich (!) machen konnten. Vgl. Jung, Plebiszit und Diktatur, S. 48f.

[162] Vgl. dazu: Frank Omland: „Unser aller ‚Ja' dem Führer!" – Zur Geschichte der ersten nationalsozialistischen Reichstagswahl und Volksabstimmung vom 12. November 1933 in Schleswig-Holstein. In: Informationen zur schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte, Heft 39, Kiel 2001.

Die drei schlechtesten Ergebnisse in Schleswig-Holstein gab es im Hamburger Randgebiet: Sasel (21,8%), Lohbrügge (20,7%) und Langelohe (20,7%). Vgl. SDR 449, S.45ff.

[163] Zu diesem Milieu vgl. Thomas Klaffke: Die Kieler Sozialdemokratie in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Organisation, Ideologie und Politik. Kiel 1973. Unv. Abschlußarbeit. Ludwig Eiber: Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Hansestadt Hamburg in den Jahren 1929 bis 1939. Werftarbeiter, Hafenarbeiter und Seeleute: Konformität, Opposition, Widerstand. Frankfurt am Main 2000, S.37ff und S.130ff.

[164] Hubert geht – aufgrund der Ergebnisse des Wahlprüfungsgerichts - von nur wenigen Fälschungen aus: „Man wird deshalb wohl davon ausgehen können, daß 1933/4 die Ergebnisse durch solche Praktiken nicht wesentlich entstellt wurden." Hubert, Uniformierter Reichstag, S.273 u. S.275. Jung hingegen bewertet das kritischer: Jung, Plebiszit und Diktatur, S.45f.

Befürwortung der NSDAP 1933 bleiben erklärungsbedürftig.[165] Die Frage danach, warum nicht mehr ehemals „linke“ WählerInnen gegen das NS-Regime gestimmt haben, ist dabei vielleicht einem folgenschweren Mißverständnis geschuldet: warum sollen Wahlberechtigte, die in einer Diktatur lebten, von der sie annehmen konnten, dass diese ihre GegnerInnen verfolgen würde, so mutig sein und bei Abstimmungen gegen das Regime stimmen? Da niemand wirklich wissen konnte, wie die NSDAP bzw. die Behörden mit den Wahlzetteln umgingen, kann schon diese Unsicherheit alleine zu entsprechenden Verhalten geführt haben. Die Angst vor der Reidentifizierung der Stimmzettel, die Atmosphäre in den Wahllokalen, der Wahlschleppdienst und die soziale Kontrolle durch die Wahlabzeichen sowie Gespräche auf der Arbeit und im Freundes- und Bekanntenkreis dürften eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Entscheidung der Wahlberechtigten gewesen sein.[166] Deshalb sollten bei den beiden Abstimmungen nicht von einem *zu wenig* an Gegenstimmen gesprochen werden, sondern diese im Gegenteil als ein Beleg dafür gelten, wieviele Wahlberechtigte den Mut hatten, sich in der Diktatur öffentlich gegen diese zu stellen. Dementsprechend setzten sich die Wahlberechtigten, die mit „Nein“ stimmten nicht nur einem großen persönlichen Risiko aus; sie handelten auch politisch, öffentlich und gegen das NS-Regime gerichtet, was als defensiver politischer Widerstand zu werten ist.[167] Demgegenüber stellen die Ja-Stimmen nicht unbedingt die Gesamtheit aller NS-AnhängerInnen dar, sondern setzten sich vielmehr aus ganz verschiedenen Gruppen zusammen: den NSDAP-WählerInnen, den OpportunistInnen, denjenigen, die sich vom Regime hatten überzeugen lassen und den Wahlberechtigten, die aus Angst vor negativen Konsequenzen mit „Ja“ stimmten.

Der Rückgang der Gegenstimmen für die NSDAP innerhalb eines guten halben Jahres beruhte meines Erachtens auf einer Mischung von verstärkter sozialer Kontrolle, Angst vor Verfolgung/Denunziation, geglückter Wahlpropaganda, der beginnenden Zufriedenheit über den sich abzeichnenden aufrüstungsbedingten Wirtschaftsaufschwung und der hohen Integrationskraft der NS-Volksgemeinschaft.

Die Doppelabstimmung im November 1933 zeigt also zum Ersten die große - zum Teil erpresste - Zustimmung zum Kurs des NS-Regimes, zum Zweiten das - verringerte - Potential an politischer Opposition seitens (antifaschistischer) Wahlberechtigter und zum Dritten den Willen des Regimes mit formal-juristisch legalen Mitteln das Wahlergebnis zu seinen Gunsten zu verändern.

---

[165] In einzelnen Stimmbezirken hatten KPD und SPD zusammen 80% der Stimmen erhalten, um ein Jahr später mit ebenfalls 80% für die NSDAP zu stimmen.

[166] Victor Klemperer beschrieb eindrücklich die Stimmung bei der Abstimmung: „ [...] alle Welt rechnete mit dem Bruch des Wahlgeheimnisses [...] Ich glaube nicht, daß man wirklich das Geheimnis verletzt hat. [...] genügt es, daß jedermann an den Bruch des Geheimnisses *glaubte* und also Angst hatte“, in: Victor Klemperer: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1941. Herausgegeben von Walter Nowojski unter Mitarbeit von Hadwig Klemperer. Berlin 1995, S.68. Eintrag vom 14.11.1933.

[167] Öffentlich war die Handlung nicht wegen einer erzwungenen öffentlichen Stimmabgabe, sondern weil das Ergebnis der Handlung in der Presse veröffentlicht wurde und damit die Ablehnung öffentlich machte.
Zum Begriff defensiver Widerstand vgl. Imberger, Widerstand von ‚unten‘, S. 26f.

4. Die Volksabstimmung vom 19. August 1934

Der Tod Hindenburgs und die Konzentration der Macht auf den „Führer und Reichskanzler“

Die nationalsozialistische Herrschaft hatte ein Jahr nach der Machtübertragung noch Legitimationsschwierigkeiten nach innen, was sich u.a. seit März 1934 im sich zuspitzenden Konflikt zwischen der SA-Führung um Ernst Röhm und der Reichswehr wegen der Frage Milizheer oder Berufsarmee zeigte. In diesem Machtkampf entschied sich Hitler zugunsten der alten Eliten und einer zu errichtenden modernen Armee und ließ seine innerparteilichen Gegner um SA-Chef Röhm sowie andere unliebsame Konservative am 30. Juni 1934 ermorden. Hitler hatte damit nicht nur die Generalität auf seine Seite gebracht und sich gegen die eigene Bewegung durchgesetzt sondern auch noch dafür den Beifall in der Bevölkerung erhalten. Die Festigung seiner persönlichen Macht und die hohe Popularität des „Führers“ bei den Volksgenossen kam für Hitler gerade noch rechtzeitig, denn es war absehbar, dass der greise Reichspräsident Hindenburg nicht mehr lange leben würde; und niemand außer Hitler sollte die Befugnisse des Reichspräsidenten übernehmen. Zudem sollte der Rückhalt in der konservativen Generalität und die positive Zustimmung zur Ermordung Röhms für den Übergang der Macht auf Hitler ausgenutzt werden.[168]

Am 1. August 1934 erließ die Reichsregierung das „Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reichs“, ein Gesetz, das schon in den Schubläden lagerte und in dessen § 1 es kurz hieß: „Das Amt des Reichspräsidenten wird mit dem des Reichskanzlers vereinigt“, wenn der amtierende von Hindenburg stürbe.[169] Einen Tag später - Hindenburg war tot - wurde einerseits das Gesetz vollzogen und Hitler damit zum Reichspräsidenten. Gleichzeitig „bat“ dieser aber den Reichsinnenminister darum, über das schon vollzogene und verkündete Gesetz eine Volksabstimmung durchzuführen.[170] Die Regierung folgte ihrem „Führer“, informierte alle zuständigen Stellen und legte den Termin auf den 19. August 1934 fest.[171]

Als Kreiswahlleiter für Schleswig-Holstein fungierte wiederum Regierungsdirektor Fleck und als Stellvertreter Regierungsrat Kalmus.[172]

Inszenierung der Staatstrauer

Den Tod Hindenburgs nutzten die Nationalsozialisten, um Hitler in die Traditionslinie des Verstorbenen zu stellen, und das Ansehen des toten Reichspräsidenten in national-konservativen Kreisen für den „Führer“ auszunutzen. Auch in Kiel kam es deshalb zu Gedenkgottes-

---

168 Herbst: Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945, S.111ff, S.116.

169 RGBl., Teil 1, Jg. 1934, Berlin 1934. S. 747, 1.8.1934, Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reichs. Vgl. dazu die Ausführungen bei Otmar Jung, S.61ff.

170 Ebd., S. 751, 2.8.34, Erlaß des Reichskanzlers zum Vollzug des Gesetzes über das Staatsoberhaupt des deutschen Reichs vom 1. August 1934. Faktisch war dies damit keine Volksabstimmung nach dem VA-Gesetz mehr: Vgl. dazu Jung, S.64ff, ebenso Hubert, S.90. RGBl., S.745. 2.8.34, Nachricht vom Ableben des Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg. Vgl. dazu u.a. NR 2.8.34: „Hindenburg gestorben“, KNN 3.8.34: „Reichspräsident Hindenburg gestorben“. Vgl. dazu die ausufernde Berichterstattung nach Hindenburgs Tod bis zu seiner Bestattung im Tannenberg-Mahnmal durch die KNN und die NR (dort u.v.a. 4./5.8.34: „Ein Gang durchs Sterbehaus“, 8.8.34: „Ein Volk nimmt Abschied“.) KNN 3.8.34: „Beschlüße der Reichsregierung“, KNN: 5.8.34: „Die Volksabstimmung am 19. August“, gleichlautend: NR 6.8.34. NR 3.8.34: „Hitler wendet sich ans Volk“, „Volksabstimmung am 19. August“.

171 Ebd., S. 752ff, 2.8.34, Beschluß der Reichsregierung zur Herbeiführung einer Volksabstimmung. Kundgebung der Reichsregierung an das deutsche Volk. Ebd., S. 757f , 3.8.34, Verordnung zur Durchführung der Volksabstimmung über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reichs. Erste Verordnung zur Volksabstimmung über das Staatsoberhaupt des deutschen Volkes. LAS 309/22738, Reichsinnenmin. an den Reg. SL, 2.8.34.

172 LAS 309/22738. Reg. SL, 3.8.34, KNN 7.8.34: „Die Vorbereitung der Volksabstimmung am 19. August“.

diensten, Trauerfeiern in Schulen und HJ-Ehrenwachen an Kriegerdenkmälern, und natürlich sandte die Stadtverwaltung ein Beileidsschreiben an die Hinterbliebenen.[173] Neben einer Trauerparade der NSDAP auf dem Adolf-Hitler-Platz[174] und Gedenkveranstaltungen der NS-Formationen sowie der Marine,[175] war der Gedenkgottesdienst der evangelischen Landeskirche in der Nikolai-Kirche durch den Landesbischof Paulsen das zentrale Ereignis in Kiel.[176] Neben wirklicher Anteilnahme wird für die Nationalsozialisten die erwartete propagandistische Wirkung auf die national-konservative Wählerschaft entscheidend für die Inszenierung der Staatstrauer gewesen sein. Die Bindung dieser Wählergruppe an den verstorbenen Reichspräsidenten sollte durch die Volksabstimmung auf Hitler übergehen.

Der Sinn der Volksabstimmung

In den Kommentaren der gleichgeschalteten bürgerlichen KNN spiegeln sich die Ziele wieder, die das Regime mit der Volksabstimmung verband. So betonte die Zeitung Anfang August, dass Hitler „[...]dem Leitsatz unserer Verfassung ‚Die Staatsgewalt geht vom Volks aus' seine wesentliche Bedeutung zurück[gäbe]", indem über vollzogene Regierungsbeschlüsse abgestimmt werde. Und um Mißverständnissen vorzubeugen, machte der Kommentator klar: „Adolf Hitler wird nicht zum Führer und Reichskanzler gewählt."

Über den Sinn der Volksabstimmung äußerte er sich so: „Immer aufs neue wird die unlösliche und unerschütterliche Einheit von Führer und Gefolgschaft kundgetan und einem bösmeinenden Ausland ein Anschauungsunterricht erteilt, was Demokratie bei uns und was sie bei den andern bedeutet. [...] Durch den Mund des Führers äußert sich der Wille des Volkes".

Neben der außenpolitischen Bedeutung der Abstimmung wurde also immer wieder die Einheit zwischen „Führer" und Gefolgschaft behauptet, um „auch den letzten unfreundlichen Kritiker und Besserwisser draußen [...] zum Verstummen" zu bringen, wie es ein weiterer Kommentar in den KNN ausdrückte.[177] Augenscheinlich war sich das Regime seiner „Volksgemeinschaft" nicht so sicher, sondern setzte auf große Propaganda und Stimmungsmache.[178]

Inwieweit der Kommentator dabei in seinen Inhalten auf Material und Anweisungen „von oben" zurückgriff, muß offen bleiben. Klar ist aber, dass auch die Kieler Neuesten Nachrichten die Presseanweisungen des Reichspropagandaminsteriums kannten, diese zum Teil umsetzten,[179] und es auch in der Provinz Anweisungen für die Zeitungen gab. In Kiel erfolgte bspw. eine Woche vor der Abstimmung eine Einladung zu einer Pflichtveranstaltung für die schleswig-holsteinische Presse ins Rathaus.[180] Auf Einladung der Gaupropagandaleitung sprach dabei der Gauleiter vor den Schriftleitern der Zeitungen und soll dabei u.a. die Erfolge

---

[173] KNN 5.8.34, diverse Artikel im Inneteil (Kieler Chronik).

[174] NR 7.8.34: „Trauerparade in Kiel", KNN 8.8.34: „Kiel gedenkt des Reichspräsidenten".

[175] u.a. KNN 4.8.34: „Der Feldgottesdienst des Standortes Kiel", KNN 8.8.34: „Volksbund für das Deutschtum im Ausland trauert".

[176] KNN 5.8.34: „Gedenkgottesdienste für Hindenburg", KNN 7.8.34 (Kieler Chronik).

[177] Kommentare in den KNN vom 10.8.34: „Vor der Volksabstimmung" (Hier wird noch von alljährlichen Volksabstimmungen gesprochen.) und den KNN vom 14.8.34: „Führer und Volk".

[178] Zwei „Tagebuch-Stimmen" spiegeln wider, wie Recht der NS-Staat mit dieser Haltung hatte: Jochen Klepper schrieb am 2. August 1934: „Hindenburg ist heute früh gestorben [...] Hitler hat sich bereits [...] zum Oberhaupt des Staates [...] erklärt; [...] Die nachfolgende Volksabstimmung wird ihn bestätigen." Victor Klemperer stellt hingegen am 4. August die Frage: „Und wie wird der 19. August ablaufen? Es ist nicht mehr die Stimmung vom November vorhanden". Klepper, S.200 und Klemperer, S.133.

[179] Für die VA 1934 gab es nur wenige direkte Anweisungen; diejenigen die die KNN und NR umsetzten werden jeweils gesondert in den Fußnoten vermerkt werden. Vgl. NS-Presseanweisungen, Band 2, 1934. München 1985. Vgl. Göhring, „Von Zeitungsverboten...", Unv. Magisterarbeit, Kiel 1994.

[180] Diese Veranstaltung trug Züge dessen, was sich das Regime schon im Wahlkampf 1933 für Pressekonferenzen ausbedungen hatte: „die örtliche Presse zusammenzufassen und planmäßig im Wahlkampf einzusetzen", Zsg 101/1/138 vom 28.10.33 in: NSP, Band 1, 1933, S. 188. München 1984.

des Regimes, die Ereignisse um den Röhm-Mord und die Einheit von „Führer“ und Volk thematisiert haben. Die KNN gaben seine abschließenden Worte an die Schriftleiter so wieder. „Jede klischeeartige Beurteilung der Persönlichkeit des Führers sei fehl am Platz. Vielmehr habe die Presse Gelegenheit, in größter Freizügigkeit ihre Aufgaben zu erfüllen und sich in den Dienst eines Mannes zu stellen, der von dem ganzen deutschen Volke verehrt wird.“[181]

Welche Züge der durch Gauleiter Lohse geforderte Umgang mit dem zu Verehrenden haben sollte, zeigt die Titelseite der NSDAP-Zeitung vom selben Wochenende. Die Schlagzeile lautete: „Hitler – Demokrat oder Diktator ?“ und das Blatt behauptete: „Die Demokratie hat keinen guten Ruf in Deutschland“, um dann einen Gegensatz zwischen den „schlechten“ französischen Demokratievorstellungen, die es als liberal und jüdisch abqualifizierte und den „guten“ deutschen Demokratievorstellungen zu konstruieren. Mit einem Hinweis auf Mussolinis diktatorische Herrschaft in Italien sollten die „demokratischen“ Handlungen Hitlers belegt werden: „Daß wir in Deutschland keine Diktatur haben, danken wir allein dem Führer Adolf Hitler. Er hätte sie errichten können. [...] Kein Zweifel, daß das bequemer für ihn gewesen wäre. [...] Als völkischen Deutschen ging es ihm [...] um die Herstellung einer Ordnung in Deutschland, die dem Wesen unseres Volkes entspricht [...] die Schaffung der Volksgemeinschaft durch Zerschlagung aller Gruppen und Mächte, die aus Eigennutz diesem Ziel widerstrebte(n).“ Die Urnengänge vom November 1933 und die Volksabstimmung 1934 waren in diesem Sinne Belege für einen „Demokraten“ Hitler, denn „[...] wiederum zeigt sich der Führer als Volksmann, der den Staat und seine Führung im Einklang mit der Gesamtheit des Volkes wissen will.“[182]

Hitler war also Demokrat, nicht Diktator – dieses Propagandaargument leitete die Woche vor der Volksabstimmung in Kiel ein; einer Volksabstimmung, mit der das NS-Regime gegenüber dem Ausland, die Einigkeit der Deutschen demonstrieren, die schlechte Reputation nach den Röhm-Morden wiederherstellen und innenpolitisch einen erneuten - diesmal persönlichen - Triumph Hitlers inszenieren wollte.

Vorbereitungen und beginnender Abstimmungswahlkampf

Am 11./12. August wurden die Stimmlisten öffentlich ausgelegt, die Wahlbenachrichtigungskarten versandt und die Stimmscheine ausgegeben.[183] Im Wahlamt herrschte „Hochbetrieb“ und man rechnete wegen der Reisezeit mit der Ausgabe von mindestens 10.000 Stimmscheinen an die Kieler Wahlbevölkerung.[184] Da die Volksabstimmung sehr kurzfristig und noch dazu in der Reise- und Erntezeit stattfand, verlängerte man die Wahlzeit um eine Stunde und erleichterte die Ausgabe von Stimmscheinen.[185]

Zur Abstimmung wurde öffentlich im Radio, mit Werbeplakaten an Litfaßsäulen und durch „Aufrufe an Straßenbahnen, Ladenscheiben, Holzplanken und Häuserwänden“ aufgerufen.[186]

---

[181] KNN 14.8.34: „Gauleiter Lohse über den Sinn der kommenden Wahl“ (Bericht über eine Veranstaltung vom Samstag, den 11.8.34). Bisher gibt es zur Arbeit des schleswig-holsteinischen Gaupropagandaamtes keine Veröffentlichung mit Ausnahme einer kleinen Zusammenfassung in: Arbeitskreis Asche-Prozeß (Hrsg.): Kiel im Nationalsozialismus. Kiel 1994, S. 109ff. (Autor: Peter Meyer-Strüwy).

[182] NR 11./12.8.34, obige Titelzeile.

[183] KNN 10.8.34: „Vorbereitungen für die Volksabstimmung am 19. August“, KNN 11.8.34: „Stimmlisten und Benachrichtigungskarten zur Volksabstimmung“. Vgl. dazu den Bericht aus Sachsen in: Sopade, 1934, S. 276f.

[184] KNN 12.8.34: „Hochbetrieb auf dem Wahlamt der Stadt Kiel“, KNN 14.8.34: „Hochbetrieb im Wahlamt“.

[185] LAS 309 / 22738, preuß. Innenministerium an Reg. SL, 13.8.34, KNN 9.8.34: „Erleichterungen bei der Volksabstimmung am 19. August“, KNN 15.8.34: „Die Abstimmungszeit bis 18 Uhr verlängert“.

[186] KNN 10.8.34: „Drei Minuten Kurz-Parolen zur Volksabstimmung“, KNN 14.8.34: „Die Werbeplakate für die Volksabstimmung“ (entspr. Foto), NR 20.8.34: „Kiels Treue-Bekenntnis!“. Vgl. dazu: Sopade, 1934, S. 275ff. Die Propaganda war regional sehr unterschiedlich in ihrer Stärke und Heftigkeit..

Die Presse wurde angewiesen einen Artikel „Der Lebensweg Deines Führers“ abzudrucken und auch sonst „die Werbung durch kurze Balken und Kästen noch zu verstärken.“[187]

Dementsprechend verwundert es nicht, wenn die NS-Presse für den Urnengang mit folgenden Sätzen warb: „Jeder einzelne deutsche Volksgenosse ist mitverantwortlich, daß der nächste Schritt, die Volksabstimmung am 19. August, ein neuer Beweis dafür wird, daß das deutsche Volk auf Gedeih und Verderb zusammenhält [...]“, in einem Artikel mit der Überschrift: „Der Sinn des 19. August“ auf das Führerprinzip abhob, um auf Hitler bezogen zu enden: „In seiner starken und glücklichen Hand sind Staatsführung, Oberbefehl über die Wehrmacht und Parteiführung vereinigt.“[188]

Schlaglichter des Abstimmungswahlkampfes

Mit der Titelzeile: „Jede fehlende Stimme - ein Verrat am Volk. Rudolf Heß spricht heute abend in der Nordostseehalle“ kündigte die Nordische Rundschau den Stellvertreter des „Führers“ an.[189] Der in den obigen Zeilen anklingende politische Druck auf die abstimmenden Volksgenossen paarte sich dabei mit einem messianischen „Führer“-Glauben: „An Dich glauben wir - Adolf Hitler.“[190]

Rudolf Heß war am Dienstag, den 14. August zum ersten Mal in Kiel und wurde dementsprechend lautstark bei seiner Ankunft gefeiert. Nach einem kurzem Aufenthalt beim Gauleiter fuhr er in die Nordostseehalle, dem größten Versammlungsraum der Stadt. Dort ließ es sich Kreisleiter Behrens nicht nehmen, den Gast einzuführen und die erste Abstimmungskundgebung der NSDAP Kiels zu eröffnen.[191]

Heß, früher Kampfgefährte Hitlers und sein offizieller Stellvertreter innerhalb der NSDAP, feierte Hitler rhetorisch als Messias der Deutschen und stellte ihn als klugen, selbstlosen, aufopferungsvollen und einzig zum „Führer“ Berufenen dar. Doch Heß sollte es nicht nur bei solcher „Führer“-Verehrung belassen. An die NSDAP und insbesondere die zahlreich vertretene SA gewandt, legitimierte er den Röhm-Mord und drohte unmißverständlich: „Der 30. Juni zeigte den Geführten, daß sie die menschliche Güte des Führers, seine vorsichtige und weise Führung nicht mißverstehen dürfen, daß sie daraus nicht das Recht ableiten dürfen, sich über den Willen des Führers hinwegzusetzen oder gar Verrat an ihm und seiner Sache zu üben. Der 30. Juni beugt vor [...] “ Die Angesprochenen werden die Warnung verstanden haben.[192]

Auch die regionale Politspitze griff in den Abstimmungskampf ein: So hielt Gauleiter Lohse über den Hamburger Sender eine kurze Ansprache an die Schleswig-Holsteiner und hob hervor, dass Hitler schon Reichspräsident sei und die Volksabstimmung ihn nur noch bestätigen solle: „Ohne daß es einer solchen Bestätigung bedurft hätte, ruft der Führer das Volk auch in diesem Jahre an die Urnen, um der Welt zu zeigen, daß seine Macht nicht auf Bajonette gestützt ist, sondern von dem Vertrauen des Volkes getragen wird.“ Das Regime machte also keinen Hehl daraus, daß der Urnengang auch außenpolitische Zwecke verfolgte. Sein Verständnis von „freien“ Wahlen offenbarte Lohse am Ende des Appells: „Wahlrecht ist Wahl-

[187] NSP, Band 2, 1934, München 1985: Zsg 101/4/57 Nr. 649 vom 14.8.34 und Zsg 101/4/61 Nr. 660 vom 16.8.34.

[188] NR 14.8.34: „Jede fehlende Stimme – ein Verrat am Volk“; ebd. obige, Titelzeile.

[189] NR 14.8.34, obige Titelzeile. KNN 12.8.34: „Rudolf Heß kommt nach Kiel“

[190] NR 15.8.34, „An Dich glauben wir – Adolf Hitler.“

[191] KNN 16.8.34: „Kiel begrüßt jubelnd den Stellvertreter des Führers“.

[192] NR 15.8.34: „An Dich glauben wir – Adolf Hitler“, vgl. KNN 16.8.34: „Rudolf Heß wirbt für den Führer“ und der Kommentar: „Führertum“. Über die Heßsche Rhetorik heißt es: „... und schlug die Hörer durch die schlichte, aus gläubiger Hingabe geborene Unmittelbarkeit der Darstellung seltsam in Bann.“

pflicht! Es darf sich niemand ausschließen, keiner darf seine staatsbürgerliche Pflicht versäumen [...]“[193]

Am Tag darauf brachte die Nordische Rundschau einen Vorbericht zur Ansprache Hitlers in Hamburg, kündigte die „Schlußkundgebung für die Volksabstimmung“ an und trat gegen Gerüchte an, die WählerInnen von der Urne fernhalten sollten.[194]

In einem großen Artikel versuchte sie die Arbeitslosen und Wohlfahrtsempfänger durch Hervorhebung der Leistungen des Regimes, der neuen sozialen Errungenschaften und Abschieben der Verantwortung für die Erwerbslosigkeit auf das alte „System“ für sich einzunehmen. Antisemitismus paarte der Autor dabei mit antimarxistischer Hetze: „Dem denkenden Arbeiter enthüllt sich eine furchtbare Wahrheit: Mit Marxisten glaubt das jüdische Kapital seine Ausbeutungspolitik gegen deutsche Wertarbeit und deutsche Wirtschaft erfolgreich verwirklichen zu können“, um Hitler abschließend als „einen Mann ihrer Herkunft und ihres Wesens, [...] den Arbeiter und Staatsmann Adolf Hitler“ zu bezeichnen.

Das Hauptziel des Artikels war aber nicht nur sich an die erwerbslose Arbeiterschaft anzubiedern, sondern vielmehr sie überhaupt an die Wahlurne zu bringen: „Was ist daher für Deutschland gewonnen, wenn der 19. August eine Wahlmüdigkeit zeigt? Das bedeutet größere Schwierigkeiten, das bedeutet neues Leid, neue Sorgen nach 1 ½ Jahren tapferen Aufstiegs [...]“ Bezeichnenderweise findet sich auf derselben Seite ein Nachdruck des Abstimmungszettels mit dem großen unmißverständlichen Aufruf: „Der Führer ruft Dich! So tue Deine Pflicht. Ja!“ Auf der Titelseite derselben Ausgabe verlangte Kreisleiter Walter Behrens zudem „Unbedingte Gefolgschaftstreue zum Führer“ und befahl unmißverständlich: „Die gesamte Kieler Bevölkerung wird am 19. August dem Beschluß der Reichsregierung zustimmen.“ [195] Hierin deutet sich meines Erachtens die Unsicherheit an, die über den Abstimmungserfolg herrschte. Einerseits wollte sich Behrens sicherlich mit einem guten Ergebnis positiv hervortun, andererseits war er sich vielleicht nach dem Röhm-Mord seiner eigenen Leute nicht mehr sicher und hatte zudem in Kiel eine ehemals starke nationalreaktionäre Minderheit wohnen, deren Zustimmung zu Hitler als Reichspräsident ebenfalls offen war. Deshalb mußte die Propaganda gerade die nationalkonservativen Hindenburg-AnhängerInnen ansprechen.

Der Abschluß des Abstimmungswahlkampfes: Hitlers Rede in Hamburg

Der öffentliche Auftritt Hitlers in Hamburg am Freitag, den 17. August, war der Abschluß des Wahlkampfes für die Volksabstimmung, wurde im Radio in das gesamte Deutsche Reich übertragen und am Sonnabend vor der Wahl nochmal wiederholt.[196] Im über und über beflaggten Kiel fanden „Gemeinschaftsempfänge der Hitler-Rede“ auf allen wichtigen Plätzen der Stadt statt: Zentral auf dem „Adolf-Hitler-Platz“ vor dem Rathaus und weiter nördlich auf dem „Blücherplatz“, im Westen auf dem „Wilhelmplatz“ und natürlich auch auf dem Ostufer, dem „Vinetaplatz“ in Gaarden.[197] Die Reaktionen der Bevölkerung lassen sich nur indirekt

[193] NR 16.8.34, „Gauleiter Lohse zum 19. August“. In derselben Ausgabe titelte die NR mit „Das Vermächtnis Hindenburgs“, und brachte einen Abdruck des Testaments des verstorbenen Reichspräsidenten. Die Redaktion füllte damit die propagandistische Lücke in der Woche (am Freitag darauf konnte man einen Vorbericht zu Hitlers Rede in Hamburg bringen) und gleichzeitig die nationalkonservativen WählerInnen davon überzeugen, daß auch Hindenburg für Hitler gewesen wäre.

[194] NR 17.8.34, „Ganz Deutschland sieht auf Hamburg. Heute abend spricht der Führer“. Die Exil-SPD bezieht sich für den 20.8.34 als Quelle auf die Schleswig-Holsteinische Tageszeitung in Itzehoe und zititiert: „Einer großen Anzahl von Wählern gingen durch die Post Briefe zu, in denen sie aufgefordert wurden, mit „Nein“ zu stimmen.“ Sopade 1934, Juli/August, 1. Jg. Nr. 4, Prag 30.8.34, S. 281.

[195] NR 17.8.34, „Die Feuerprobe der Arbeiterschaft“.

[196] Die Rede ist vollständig abgedruckt in: Werner Johe: Hitler in Hamburg. Ein besonderes Verhältnis. Hamburg 1996, Dokument 24, S.115-132. Vgl. zum Besuch Hitlers auch die dortigen Dokumente auf S.108ff.

[197] NR 17.8.34, „Heute abend: Gemeinschaftsempfänge der Hitler-Rede in allen Teilen der Stadt Kiel“.

aus der Presseberichtserstattung herauslesen. Diese berichtete von menschenleeren Straßen, andächtigem Schweigen, großem Jubel und davon, daß die Zuhörenden von der Bestimmung Hitlers für Deutschland eingenommen gewesen seien.[198] Ob dies die tatsächliche Stimmung wiedergibt, muß zumindest für einen Teil der Zuhörerschaft bezweifelt werden.

Der Tag vor der Abstimmung

Die Propaganda steigerte sich bis zum Urnengang, und die Wochenendausgaben der bürgerlichen KNN und der nationalsozialistischen NR standen sich in nichts nach. Sie druckten die Hitler-Rede sowie sein Foto auf der Titelseite ab; die KNN mit der Überschrift: „Der Führer an das deutsche Volk“, um am unteren Ende der Seite in großen Lettern zu schreiben: „Deutschland braucht jede Stimme! ‚Ja‘ für den Führer heißt ‚Ja‘ für Deutschland“, und die NR zitierte Hitler mit den Worten: „‘Nur ein Gedanke - Deutschland!‘“, um zwei Seiten weiter eine ganzseitige Fotomontage zu Hitler zu drucken: „Im Volke geboren - zum Führer erkoren. Alle sagen JA!“, was auf eine Presseanweisung aus Berlin zurück zu führen ist.[199]

Am Abend marschierten SA, SS, HJ und andere Formationen und Verbände der Partei, die DAF und der FAD, Marinevereine und die Polizei mit Fackeln im Sternmarsch zum Adolf-Hitler-Platz, auf dem gegen 20.30 Uhr der NSDAP-Kreisleiter Walter Behrens eine letzte Rede für die Volksabstimmung hielt. Darin nahm Behrens das erwartete Ergebnis vorweg: „[...] die Reichsmarinestadt Kiel wird, daß wissen wir, morgen ein überwältigendes Bekenntnis ablegen“ und beendete die Rede mit dem Satz: „Adolf Hitler, Führer und Kanzler des deutschen Volkes, wir glauben an Dich!“[200]

Der Wahlsonntag

Am Wahltag konnten sich Kranke - denen durch die Presse immer wieder Begeisterung für Hitler in den Mund gelegt wurde - durch den Fahrdienst der NSDAP (nicht mehr wie 1933 durch das DRK) transportieren lassen und die Wahlberechtigten wurden dazu gedrängt, frühzeitig zur Wahl zu gehen.[201] Damit sollte sichergestellt werden, daß der Wahlschleppdienst der Partei „säumige“ WählerInnen noch aufsuchen konnte, „damit jeder deutsche

---

Daneben hielten die NSDAP-Ortsgruppen Wik, Holtenau, Friedrichsort und Ostufer noch in Gaststätten Radios für die Übertragung bereit. Ebd., „Alle öffentliche Gebäuden flaggen ebenfalls“. KNN 18.8.34: „Der Staatsbesuch des Führers in Hamburg“, „Jeder hört den Führer!“ (bzgl. der Radioübertragung). Das Radio sendete außerdem „Drei-Minuten Kurz-Parolen zur Volksabstimmung“ so die KNN 10.8.34.
NR 18./19.8.34: „Wiederholung der Führerrede über alle deutschen Sender“.

[198] NR 18.8.34: „Im Banne des Führers“, KNN 19.8.34: „Im Banne der Führer-Rede“ (Während auf der Titelseite der NR immer das Doppeldatum des Wochenendes genannt wurde, bezog man sich im Regionalteil immer auf den Samstag, deshalb die unterschiedlichen Datierungen.) Zur Rede hies es seitens des Propagandaministeriums: „muss im Wortlaut veröffentlicht werden.“, woran sich sowohl die KNN als auch die NR am nächsten Tag hielten. In: NSP, Band 1934, München 1985, S. 318. (Zsg 101/4/62 Nr. 661 vom 17.8.34).
Die Exil-SPD berichtete hingegen aus Hamburg davon, dass Belegschaften gezwungen wurden, an einer Goebbels-Rede auf der Moorteichwiese teilzunehmen. Sopade, 1934, S. 278.

[199] KNN 19.8.34, obige Titelzeile. NR 18./19.8.34, obige Titelzeile; Innenseite, ganzseitige (!) Fotomontage von Hitler mit der Schrift: „Im Volke geboren. Zum Führer erkoren. Alle sagen JA!“ Vgl. dazu auch die Presseanweisung zu einer Goebbels-Rede (Zsg 101/4/54 Nr. 642 vom 11.8.34, in: NSP, Band 2, 1934, München 1985, S.307) Die Exil-SPD meldete unterschiedlich große Propaganda in den Ländern. Vgl. Sopade, 1934, S. 275ff.

[200] KNN 21.8.34: „Die große Treuekundgebung auf dem Adolf-Hitler-Platz“, NR 20.8.34: „Der Marsch der Treue“ (Behrens wird hier ausführlicher wiedergegeben).

[201] KNN 10.8.34: „Vorbereitungen für die Volksabstimmung am 19. August“, vgl. auch die Berichte in den KNN vom 21.8.34 und den NR vom 20.8.34.

Volksgenosse seiner Wahlpflicht nachkommt“, so der Gaupropagandaleiter.[202] An die Hausbesitzer wurde außerdem der folgende Aufruf gerichtet: „Hausbesitzer laßt am Sonntag Eure Haustüren offen für den Schlepperdienst.“[203] Das Ziel war es „ [...] auch den letzten Wähler an die Stimmurne zu bringen“[204], also eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu erreichen. Die Wahlberechtigten selbst konnten durch einen Zettel nachweisen, dass sie gewählt hatten.[205]

Und obwohl das GestapA in Berlin noch mit „Störungen“ rechnete: „Zur Volksabstimmung am 19.8.34 werden Kommunisten und Sozialdemokraten Flugblätter verteilen und demonstrieren. Gegenmaßnahmen sind zu treffen. Besondere Vorfälle sofort berichten.“, findet sich in den Akten kein Hinweis auf solche Aktivitäten. [206]

Ob und in welchen Umfang es zu Wahlfälschungen, Umdeutung von Stimmzetteln und direktem Zwang mit „Ja“ zu stimmen gekommen ist, läßt sich aus den Quellen nur schwer herauslesen;[207] glaubt man den Presseberichten ging es 1934 noch vergleichbar „ehrlich“ bei der Wahl zu: „Der Stimmzettel wird ausgegeben, man verschwindet hinter dem Wahlschirm, der Ausweis wird dann geprüft, man bekommt eine Quittung ‚Hat gewählt‘“.[208] Die Wahlberechtigten konnten sich so gegen den Wahlschleppdienst oder auf der Arbeit als ihrer faktischen Wahlpflicht nahegekommen ausweisen.

Die Zeitungen berichteten von reger und frühzeitiger Wahlbeteiligung, um dann kritisch gegen ein Düsternbrooker Wahllokal zu polemisieren: „Im Stimmbezirk 109, um nur einen herauszugreifen, begann es allerdings erst um 10.30 Uhr lebhaft zu werden und zur Zeit unserer Nachfrage hatten erst 27 Prozent ihrer Wahlpflicht genügt.“[209] Die Wahllokale in den Schulen der Gutenberg- und der Hardenbergstraße sowie das Ostufer erhielten hingegen ein Lob für ihre frühzeitige hohe Wahlbeteiligung, die schon gegen 11 Uhr bei knapp 50 Prozent gelegen haben soll. Besonders begeistert waren die Berichterstatter über die hundertprozentige Wahlbeteiligung der Seeleute auf der Holtenauer Schleuse und die Schnelligkeit mit der einige Wahllokale die Ergebnisse an das Wahlamt sandten. Die Zwischenstände wurden vor den Zeitungsverlagshäusern bekanntgegeben und das vorläufige Endergebnis dann mit einer Sonderausgabe in den frühen Morgenstunden und durch Plakataushänge veröffentlicht: [210] Für Hitler als Reichspräsidenten hatten 38,4 Millionen (= 89,9 %) der Wählerinnen und Wähler

---

[202] LAS 309 / 22738, NSDAP-Gauleitung Schleswig-Holstein an Reg. SL, 8.8.34. Ebd., Reg. SL an alle Polizeipräsidenten, Landräte und Oberbürgermeister, 9.8.34, vgl. KNN 19.8.34: „Rechtzeitig zur Wahl gehen!“

[203] NR 17.8.34, Aufruf wie oben genannt.

[204] LAS 309 / 22738, Preuß. Innenministerium an Reg. SL, 14.8.34.

[205] Vgl. eine Ankündigung in der Kieler Chronik der KNN vom 19.8.34 (Kasten ohne Schlagzeile).

[206] LAS 309 / 22738, GestapA, politischer Polizeikommandeur, Berlin 16.8.34 an Regierungspräsidenten

[207] Für Kiel gibt es dafür keine Belege. Für Rendsburg findet sich aber ein Fall, in dem das Wahlgeheimnis gebrochen wurde, und die Behörden aktiv versuchten herauszufinden, wer mit „Nein“ gestimmt hat. (Vgl. LAS 309 / 22738; Briefwechsel Rechtsanwalt Weber, Rendsburg, am 17.10.34 an Reg. SL über das Markieren von Stimmzetteln durch Knicken im Wahllokal in Luhnstedt, mehrere Zeugen. Der Landrat schreibt daraufhin an den Reg. SL am 25.10.34: „Es sind neulich in Luhnstedt 33 Nein-Stimmen abgegeben worden, deren Herkunft man sich nicht anders erklären kann“ als durch Gegenstimmen Webers und anderer Tannenbergbundler. Diese seien deshalb nicht glaubwürdig. Ein Strafverfahren laufe.) Für das Deutsche Reich gibt es unterschiedliche Meinungen: Jung geht zusammenfassend – zumeist aufgrund der Sopade-Berichte - von vermehrten Terror und Fälschungen aus. Vgl. Jung, Plebiszit und Diktatur, S. 66f. Hubert vertritt – aufgrund der Ergebnisse des Wahlprüfungsgerichts - das Gegenteil: Hubert, Uniformierter Reichstags, S.273.

[208] NR 20.8.34: „Kiels Treue-Bekenntnis!“ In den Berichten der Exil-SPD liest sich dies anders. Es wird von Wahlmanipulationen, (Berichte aus Bayern und der Pfalz), offenen Abstimmungen und schon ausgefüllten Wahlzetteln und Druck durch die anwesende SA berichtet. Sopade, 1934, S. 282ff. Ein Bericht aus Südbayern faßt zusammen: „Das Volk gehorchte dem Drucke, der von den Organisationen der NSDAP ausgeübt wurde. Die Menschen wählten und werden noch oft wählen, wenn das verlangt wird.“ In: Sopade, 1934, S. 288.

[209] NR 20.8.34: „Kiels Treue-Bekenntnis!“

[210] ebd., KNN 21.8.34: „Der Abstimmungssonntag in Kiel“ Der Stimmbezirk 147 in Holtenau meldete zuerst, gefolgt von dem Stimmbezirk 6 aus der Vorstadt. Zudem wird davon berichtet, daß im Bezirk 27 sich die Übersendung deutlich verzögerte und dieser (Von-der-Tann-Straße/Südfriedhof) als letztes das Endergebnis meldete.

gestimmt. Doch mit knapp 870.000 ungültigen und 4,3 Millionen „Nein"-Stimmen hatte der „Führer" eine persönliche Niederlage erlitten, da das Ergebnis deutlich unter dem vom November 1933 geblieben war.[211] In Kiel hatten sogar mindestens 13,9% (20.683) Wahlberechtigte gegen Hitler gestimmt.[212]

Nach der Wahl: das Kaschieren der Niederlage durch die Propaganda

Das Regime feierte „Des deutschen Volkes Ja!"[213], ließ einen Tag nach der Wahl alle öffentlichen Gebäude beflaggen[214] und versuchte seine faktische Niederlage durch vermehrte Propaganda zu verschleiern: So wurde einerseits jeder Vergleich mit den Abstimmungen vom November 1933 zurückgewiesen; andererseits versuchte man arg konstruiert sogar Stimmenzuwächse für Hitler zu belegen, da bei der Reichstagswahl im November 1933 „in der Liste zum deutschen Reichstag 40 nicht der NSDAP zugehörige Männer etwa 2 Millionen Stimmen auf sich vereinigt(en)" hätten. Da diese jetzt nicht zur Wahl ständen, schloß man kurzer Hand: „Der Bewegung sind bei dieser Volksbefragung mindestens 1 Million Stimmen mehr gegeben worden."[215] Obwohl es gemessen an den vorherigen Abstimmungen einen massiven ‚Ja'-Stimmenrückgang gegeben hatte und reichsweit zwischen 1,3 bis 2,2 Millionen Wählerinnen und Wähler zusätzlich gegen Hitler gestimmt hatten, propagierte die Presse etwas gänzlich anderes: „Die Volksgemeinschaft, die sich in unbedingter Gefolgschaftstreue hinter den Führer schart, ist nach Jahrhunderten des Ringens und Irrens Wirklichkeit geworden."[216] Das Plebiszit über Hitler, das dieser zu Recht als persönliche Niederlage erlebte, wurde so zu einem Erfolg umdefiniert.[217]

Hetzpropaganda und die Suche nach den „Schuldigen"

Die Zeitungen machten sich daran die „Schuldigen" auswendig zu machen und öffentlich zu brandmarken. Dabei setzten die bürgerlichen KNN und die NR jeweils andere Schwerpunkte. Von der Parteizeitung wurden als „Nein"-Sager und Gegner des neuen Staates die Hindenburg-treuen Konservativen angegriffen, von denen die Kommentatoren vermuteten, sie ver-

---

[211] Vgl. StDR, Bd. 449, 1935 sowie meine Ausführungen weiter unten.

[212] LAS 309/22738, Regierung in SL, 19.8.34. (147.001 Kieler Stimmberechtigte, dazu 10.784 Stimmschein – WählerInnen von außerhalb. Wahlbeteiligung: 149.494, davon 3.262 ungültig und 20.683 „Nein"-Stimmen. Vgl. NR 18.8.34: „Die Kieler Stimmberechtigten" und den fast wortgleichen Artikel in den KNN, 19.8.34: „Die Kieler Stimmberechtigten". Abgesehen davon, daß der Artikel wohl zentral übers Gaupropagandaamt geschaltet worden ist, wird versucht die sehr hohe Anzahl von Stimmscheinen in der Stadt zu erklären und sich dafür zu verteidigen, da zuviele Stimmscheine als Makel galten und für die Gestapo auf Regimegegner hindeuteten.

[213] Titelzeile der KNN 21.8.34. Interessanterweise gab es für die Nachberichterstattung keine Presseanweisungen aus Berlin. (Vgl. NSP, Band 2, 1934, München 1985).

[214] ebd. Preuß. Innenministerium an Reg. SL, 20.8.34, 7 Uhr. Die Exil-SPD konstatierte dagegen: „Aus allen Landesteilen liegen uns Berichte über die Aktionen vor, die die sozialistischen Gruppen mit unserer Unterstützung zur Volksabstimmung durchgeführt haben." In: Sopade, 1934, S. 280.

[215] NR 20.8.34: „90 v. H. für Adolf Hitler", KNN 21.8.34: „Des Deutschen Volkes Ja!". Die Argumentation stammt vom Hauptschriftleiter des Deutschen Nachrichten-Büros, siehe Hubert, S.284.
Der Abdruck von Vergleichsziffern zum November 1933 wurde jedenfalls untersagt: NSP, Band 2, 1934, München 1985, S.311 (Zsg 101/4/57/ Nr. 649 vom 14.8.34)

[216] KNN 21.8.34: „Des deutschen Volkes Ja!" Vgl. dazu Otmar Jung, S. 74ff. Der Autor konstatiert einen persönlichen Mißerfolg Hitlers und meint: „Im Grunde scheiterte das Regime am Verfahren".

[217] Goebbels notierte für den 22. August 1934: „Wahl zu Ende. Auslandspresse teils teils. Seriös gut. Aber unser Mißerfolg bleibt doch Hauptthema. [...] Mittags beim Führer. Viele da. Gründe für Mißerfolg erörtert. Jeder sucht sie da, wo sie ihn nicht betreffen." Zit. nach Elke Fröhlich (Hrsg.): Die Tagebüchern des Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Teil 1, Aufzeichnungen 1924 – 1941. Band 2, 1.1.1931 – 31.12.1936. München 1987, Band 2, S.475. Der mit „Nein" stimmende Victor Klemperer resignierte: „trotz der moralischen Niederlage: Hitler ist unumschränkter Sieger, und ein Ende ist nicht abzusehen." Klemperer, (21.8.34), S.138.

missten nun die „konservative Gesinnung“ in der Reichsspitze. An sie wandte man sich nicht mit einem Appell, sondern mit der Feststellung, dass sie das NS-Regime und die NS-Bewegung endlich als unabänderlich zu akzeptieren hätten. Interessanterweise nahm die Nordische Rundschau die Erwerbslosen „in Schutz“ und ging davon aus, dass diese ganz durchschnittlich gestimmt hätten und konstatierte für eine andere Gruppe: „Die Schar der Meckerer und Miesmacher, die als solche mit ‚Nein‘ stimmten, wird als Ballast bei jeder Abstimmung in Erscheinung treten“ und wäre damit so oder so für die „Bewegung“ verloren. Ein Eingehen oder Angriffe auf die „Marxisten“ gab es in der NSDAP-Presse nicht. Die bürgerlichen KNN behaupteten die fünf Millionen Gegenstimmen seien „unwesentlich“ und machten die „innerlich widerstrebendsten Elemente(n), teils aus klerikalen Kreisen, teils aus dem Lager der unbelehrbaren Marxisten“ für diese verantwortlich. Das eigene rechtskonservative Abonnenten- und Anzeigenklientel nahm die Zeitung wohl genauso bewußt von der Kritik aus, wie die Nordische Rundschau sich hütete gegen eventuelle Abweichler aus den Reihen der SA zu polemisieren.[218]

Am Dienstag nach der Wahl setzte der Kommentator der NR im Kieler Regionalteil hingegen nochmal etwas andere Akzente: Er meinte die Erwerbslosen, die Konservativen und die „Marxisten“ für die „Nein“-Stimmen verantwortlich machen zu können, wobei er namentlich gegen den Direktor der Germaniawerft wetterte, weil dieser sein Grundstück in Düsternbrook nicht beflaggt hatte und damit ein schlechtes Vorbild für seine Belegschaft geboten hätte. Zudem stellte der Kommentator noch einen anderen Zusammenhang her: In Gebieten mit hohen Gegenstimmen bei der Volksabstimmung würde fast keine Zeitung gelesen werden, die Abozahlen seien gering. Dementsprechend fehle hier die Propaganda.[219]

Skepsis über den propagierten Abstimmungserfolg durfte öffentlich nicht geäußert werden und wer dies trotzdem tat, dem drohte ein Verfahren wegen § 3 der „Heimtücke“-Verordnung vor dem Sondergericht Schleswig-Holstein.[220] Für 1934 sind mindestens ein halbes Dutzend Fälle bekannt, in denen Menschen wegen Zweifel am Wahlergebnis verurteilt wurden.

In Kiel legte das Sondergericht dem 47jährigen Kranführer Julius J. - einem ehemaligen DNVP und NSDAP-Mitglied - folgende Äußerung zur Last: „Die Wahl-Beteiligung habe keine 90 % betragen, das wäre Schwindel, denn wenn die Listen der Wahllokale nach dem Rathaus geschickt würden, machten die Herren doch damit was sie wollten. Er habe selbst mit im Wahllokal gesessen.“ Der Kranführer hatte Glück, er bekam einen Freispruch, da die Belastungszeugen - seine Arbeitskollegen! - als unglaubwürdig eingestuft wurden. Sein Kollege, der 51jährige Maurer Karl St., wohnhaft in Kiel-Ellerbek, wurde hingegen zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er den Aussagen von Julius J. zugestimmt haben soll: „Der Angeklagte hat es unterlassen J. irgendwelche Aufklärungen über die von ihm angeblich beobachtete Wahlfälschung zu verlangen, sondern ist ohne weiteres der allgemeinen Behauptung J.´s mit dem Bewußtsein ihrer handgreiflichen Unwahrheit beigetreten.“[221] Während also Julius J.

---

[218] NR 20.8.34: „90 v. H. für Adolf Hitler“, (u.a. hieß es „Wir können so z.B. feststellen, daß auch in den Bezirken, die der Arbeitslosigkeit noch immer verhältnismäßig stark ausgesetzt sind, die Beteiligung der „Ja“-Stimmen durchaus dem Reichsdurchschnitt entspricht.“) KNN 21.8.34: „Des deutschen Volkes Ja!“

[219] NR 21.8.34: „Einen Augenblick, bitte! Kiels Nein-Stimmer“ Hubert konstatiert eine Ignoranz der NSDAP im Zugeben eigener Fehler, während die staatlichen Stellen differenzierte Analysen bzgl. der „Wahl“-Niederlage ablieferten, s. Hubert, S. 281 u. 283.

[220] Vgl. dazu allgemein: Das schleswig-holsteinische Sondergericht Altona/Kiel, 1932 – 1945. Ein Aktenerschließungsprojekt. IZRG-Heft 3, Kiel 1995 (Autor: Eckhard Colmorgen), sowie Robert Bohn/Uwe Danker: „Standgericht der inneren Front“. Das Sondergericht Altona/Kiel 1932 – 1945. IZRG-Schriftenreihe Band 3, Hamburg 1998.

[221] LAS 358 / 7950. Ein weiterer Angeklagter wurde wie Julius J. freigesprochen, verlor aber durch den Prozeß seine Arbeitsstelle. (Brief von Georg H. an die Oberstaatsanwaltschaft Altona, 16.12.34). Für Schwarzenbek ist ein Fall eines verurteilten Kommunisten bekannt (LAS 358 / 7946), für Altona ein Fall bei der Firma Reentsma

freigesprochen wurde, weil die Belastungszeugen als unglaubwürdig galten, verurteilte das Sondergericht seinen Arbeitskollegen Karl St. in derselben Sache zu 4 Monaten Gefängnis.[222]

Das Kieler Ergebnis

Das Endergebnis lautet im Vergleich wie folgt (Tabelle 7):[223]

Tabelle 7

Volksabstimmung 19. August 1934					
	Wahlberechtigte	**Wahlbeteiligung**	**Ungültige Stimmen**	**Ja-Stimmen**	**Nein-Stimmen**
Kiel, vorläufiges Endergebnis	157.790	149.494 (94,7%)	3.262 (2,2%)	125.549 (84,0%)	20.683 (13,8%)
Kiel, laut Verwaltungsbericht	158.721	150.475 (94,8%)	3.270 (2,2%)	126.421 (84,0%)	20.784 (13,8%)
Kiel, amtliches Endergebnis	155.882	147.632 (94,7%)	3.220 (2,2%)	123.962 (84,0%)	20.450 (13,9%)
Schleswig-Holstein	1.145.928	1.083.831 (94,6%)	24.375 (2,25%)	919.650 (84,85%)	139.806 (12,9%)
Deutsches Reich	45.552.059	43.568.886 (95,7%)	873.668 (2,0%)	38.394.848 (88,1%)	4.300.370 (9,9%)

In Kiel (und auch Schleswig-Holstein) blieb das amtliche Endergebnis prozentual unter dem auf Reichsebene, wobei die Gauhauptstadt mit 84,0 % Ja-Stimmen am schlechtesten im Vergleich mit allen anderen Stadtkreisen abschnitt und wiederum das nahegelegene Lübeck (78,5%) und Hamburg (77,6%) Hochburgen „antifaschistischen“ Widerstandes waren. Nur in ländlicheren Regionen war noch mehr Gegnerschaft zu finden: Langelohe (69,1%) und Uetersen (74,9%) im Kreis Pinneberg sowie Lägerdorf im Kreis Steinburg (73,4%) brachten es auf die meisten Gegenstimmen in Schleswig-Holstein.[224]

In Kiel stimmten 20.500 Menschen direkt gegen Hitler, weitere 3.200 machten den Stimmzettel ungültig und knapp 8.000 gingen nicht zur Wahl, wobei zusätzlich noch 14.000 Wahlberechtigte sich einen Stimmschein besorgt hatten. Da das Regime - ähnlich wie 1933 - damit „drohte“ Stimmscheine nachträglich den Wohnorten ihrer Inhaber zuzuordnen, fragt sich wieviele Wahlberechtigte den Stimmschein als Möglichkeit nutzen wollten, sich der Wahl zu entziehen oder woanders mit „Nein“ zu stimmen.[225]

Damit wäre von mindestens 20.500 und maximal knapp 46.000 potentiellen GegnerInnen auszugehen. Da sich unter den Wahlberechtigten eine unbekannte Anzahl wegen der Hauptreisezeit im August einen Stimmschein besorgt haben wird, halte ich es für realistischer von

(LAS 358 / 7961) und für Elmshorn die Verurteilung der Vorsitzenden des Hausfrauenvereins, die zudem leitend in der NS-Frauenschaft tätig war (LAS 358/7947).

[222] Das Verfahren wird in der Akten zu Julius J. erwähnt und findet sich vollständig in LAS 358 / 7940.

[223] Die Ergebnisse finden sich im einzelnen in:LAS 309/22738, Regierung in SL, 19.8.34. Stat. Monatsberichte Jg. XXVI, Nr. 8, August 1934 (Kiel im Juli 1935). StDR, Bd. 449, 1935, S.45 und S.9.

[224] Vgl. StDR, Band 449, S.45 u. S.103 u. S.105. Die Ergebnisse der Stadtkreise Schleswig-Holsteins lauten nach meinen Berechnungen so: Altona (79,8%), Flensburg (79,3%), Neumünster (81,9%), Wandsbek (76,7%). Vgl. dazu Jung, Plebiszit und Diktatur, S.70 und allg. 67ff.

[225] Vgl. dazu Hubert, S.260f. (Für 1933 u. 1934 ist die Drohung belegt, 1936 hat es nachweislich Huberts keinen Versuch der Reidentifizierung der Stimmscheininhaber gegeben). Vgl. KNN 19.8.34: „Die Kieler Stimmberechtigten“, ebenso: NR 18.8.34 (derselbe Titel).

einer ähnlichen Größenordnung wie im November 1933 auszugehen und ca. 25.-30.000 NS-GegnerInnen zu vermuten.[226]

NS-Hochburgen und (antifaschischistische) Gegnerschaften

Die Verteilung der Zustimmung in den 21 Kieler Stadtteilen veranschaulicht Karte 3.

Für die Volksabstimmung fand sich 1934 in elf Stadtteilen eine überdurchschnittlich hohe Mehrheit, wobei die Stimmbezirke in Friedrichsort (92,9%), Düsternbrook (91,1% - 95,3%) und am Blücherplatz (87,1% - 92,6%) NS-Hochburgen waren, und Hitler lediglich in 15 Stimmbezirken eine Zustimmung von 90% u. mehr erreichte.[227] Das Regime konnte in keinem weiteren Stadtviertel mindestens 5 % über dem Durchschnitt erlangen, und selbst Holtenau (88,3%), die Wik (87,7), die Vorstadt (85,3%) und die Altstadt (84,9%) blieben weit hinter solchen Erwartungen zurück.[228]

Die meisten GegnerInnen fanden sich in Gaarden-Ost (80,3%), Gaarden-Süd (80,4%) und dem Südfriedhof (81,2%), womit aber auch hier maximal 3,6% der WählerInnen unterdurchschnittlich gewählt haben und lediglich in 29 Stimmbezirken (67,9% - 78,6%) die Zustimmung deutlich unter 80% lag.[229] In sieben Stadtteilen waren die Ergebnisse nur denkbar knapp unterdurchschnittlich ausgegangen (bspw. in Hasseldieksdamm mit 83,84% und dem Schreventeich mit 83,75%).[230]

Um Zusammenhänge zwischen ehemaligen Wählerschaften bzw. sozialen Schichten und dem Wahlergebnis zu erschließen, ist nach demselben Schema wie schon für November 1933 vorgegangen worden. Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen (vgl. Tab. 8, 9, 10).

Die Tabelle 8 zeigt, dass es einen sehr positiven Zusammenhang zwischen ehemaligen SPD-WählerInnen und der Ablehnung Hitlers 1934 gibt, während dies auf ehemaligen KPD-WählerInnen so nicht zutrifft: dort, wo die KPD 1932 ihre Hochburgen hatte, ist auch die Ablehnung 1934 am ehesten auf den Einfluß des ehemaligen SPD-Milieus zurückzuführen.[231] Auf Seiten der Hitler-AnhängerInnen bestätigt sich der Zusammenhang zwischen ehemaligen NS-Hochburgen und der großen Zustimmung für ihren „Führer“. Irritierenderweise gibt es aber gerade dort einen hohen Rückgang der Stimmen, was oberflächlich auf einen Protest der SA hinweisen könnte, doch sich in Wirklichkeit wahrscheinlich wieder auf das dortige SPD-

---

[226] Die Kieler Wahlbeteiligung sank um 1,7% auf 94,7% ab (Reich: - 0,6%) und erreichte mit 147.600 – davon 10.000 Stimmscheininhaber von außerhalb ! – nur knapp den Stand von März 1933. Gleichzeitig wurden an Kieler Wahlberechtigte 14.000 Stimmscheine ausgegeben, was noch 4.000 mehr waren, als man erwartet hatte.

[227] Die größte Zustimmung gab es in Düsternbrook (Sb 107, 108 u. 109), dem Blücherplatz (Sb 91, 103, 104, 105), der Wik (Sb 96, 96), dem Ravensberg (Sb 71, 92, 93), der Brunswik (Sb 86) und dem Schreventeich (Sb 50). In weiteren acht Stimmbezirken lag das Ergebnis mind. 5% über dem Kieler Durchschnitt (Sb 7, 14, 53, 83, 90, 101, 102, 51).

[228] In Düsternbrook, am Blücherplatz, der Altstadt, Pries und Friedrichsort wurde in allen Stimmbezirken überdurchschnittlich oft für Hitler gestimmt. Am Exerzierplatz waren es 8 von 11, am Damperhof 6 von 8 und in der Wik 5 von 6 Stimmbezirken, die überdurchschnittliche Ergebnisse aufwiesen.

[229] Am deutlichsten ist die Ablehnung in Stimmbezirk 62 (Christian Kruse-Str., Klotzstr., Maßmannstr.) am Ravensberg mit 67,9% Ja-Stimmen. Die weitere Verteilung dieser Stimmbezirke sieht so aus: Südfriedhof (Sb 25, 28, 29, 30, 32, 33, 34, 35, 37, 38), Gaarden-Ost (Sb 111, 116, 123, 125, 126, 127, 128, 129), Damperhof (Sb 84, 85), Blücherplatz (Sb 67), Ravensberg (Sb 61, 62, 69), Schreventeich (Sb 41, 44), Gaarden-Süd (Sb 140, 140a) und Ellerbek (Sb 130). Der meiste Protest kam regional also aus den beiden Arbeitervierteln Südfriedhof und Gaarden-Ost.

[230] Am Südfriedhof schnitten 15 von 21 Stimmbezirke unterdurchschnittlich ab, es folgen Gaarden-Ost (14 von 20), der Ravensberg (7 von 12), die Brunswik (8 von 13), Gaarden-Süd (4 von 6), Hassee (3 von 4) und Hasseldieksdamm (1 von 1). Der zugrundeliegende Durchschnitt lag bei 83,87%.

[231] Dafür sprechen die Korrelationskoeffizienten, die für die SPD in den KPD-Hochburgen folgendes ergeben: -0,4170 (VA 34 JA); + 0,3761 (VA 34 Nein); + 0,3622 (VA 34 Ungültig) und + 0,3291 (Stimmrückgang).

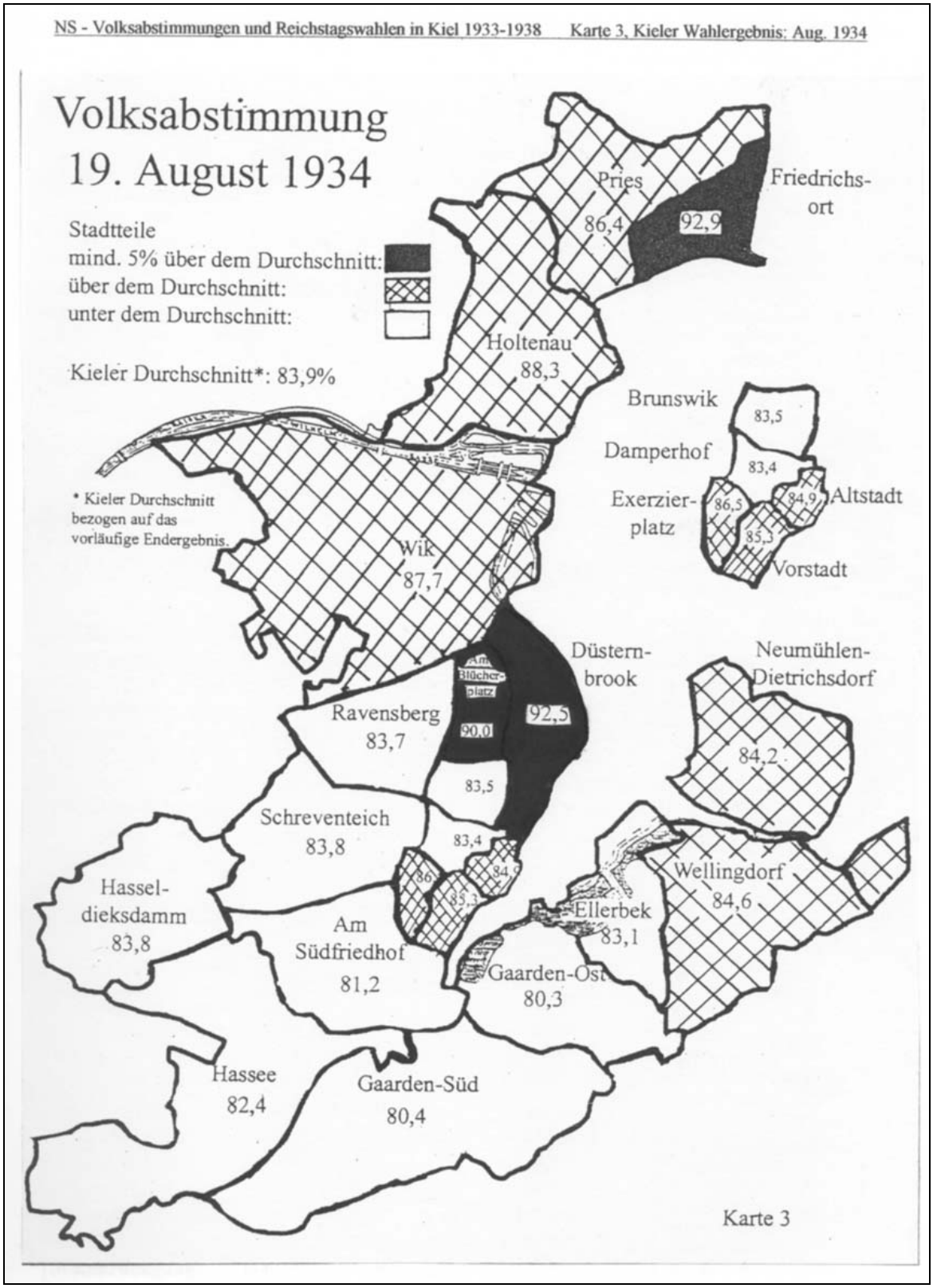

NS - Volksabstimmungen und Reichstagswahlen in Kiel 1933-1938 Karte 3, Kieler Wahlergebnis: Aug. 1934
Volksabstimmung
19. August 1934
Stadtteile
mind. 5% über dem Durchschnitt:
über dem Durchschnitt:
unter dem Durchschnitt:
Kieler Durchschnitt*: 83,9%
* Kieler Durchschnitt bezogen auf das vorläufige Endergebnis.
Pries
86,4
92,9
Friedrichs-ort
Holtenau
88,3
Brunswik
83,5
Damperhof
83,4
Exerzier-platz
86,5
84,9
Altstadt
85,3
Vorstadt
Wik
87,7
Düstern-brook
Am Blücher-platz
90,0
92,5
Neumühlen-Dietrichsdorf
84,2
Ravensberg
83,7
83,5
Schreventeich
83,8
83,4
Wellingdorf
84,6
Hassel-dieksdamm
83,8
Am Südfriedhof
81,2
Ellerbek
83,1
Gaarden-Ost
80,3
Hassee
82,4
Gaarden-Süd
80,4
Karte 3

Tabelle 8

Abstimmung Aug. 1934 / Parteien im Nov. 1932	**VA 1934 JA-Stimmen**	**VA 1934 NEIN-Stimmen**	**VA 1934 Ungültige Stimmen**	**VA 1934 Stimm-rückgänge**
KPD/SPD: abs. Mehrheit 67 Stimmbezirke von 157, ⊙ 60%	⊙ 80,3% - 0,5742	⊙ 17,2% + 0,5718	⊙ 2,5% + 0,2371	⊙ - 1,6% + 0,0411
SPD-Hochburgen, 31 Stimmbezirke (mind. 40,4%; ⊙ 46,7%)	⊙ 78,8% - 0,4828	⊙ 18,4% + 0,4916	⊙ 2,8% + 0,0519	⊙ - 1,3% + 0,0032
KPD-Hochburgen, 18 Stimmbezirke (mind. 23,3%; ⊙ 27,4%)	⊙ 79,0% + 0,1029	⊙ 18,5% - 0,0692	⊙ 2,5% - 0,1407	⊙ - 1,8% - 0,2104
NS/DNVP: abs. Mehrheit 80 Stimmbez., ⊙ 64,1%	⊙ 87,3% + 0,7006	⊙ 10,9% - 0,7016	⊙ 1,8% - 0,3235	⊙ - 7,1% - 0,3824
NSDAP: abs. Mehrheit, 46 Stimmbez., ⊙ 54,9%	⊙ 88,2% + 0,4329	⊙ 10,1% - 0,3951	⊙ 1,7% - 0,3742	⊙ - 7,3% - 0,0797
DNVP-Hochburgen, 9 Stimmbezirke (mind. 19,6%; ⊙ 28,7%)	⊙ 90,9% + 0,2133	⊙ 7,3% - 0,2629	⊙ 1,8% + 0,1543	⊙ - 13,8% + 0,2307

Lesebeispiel:
In den 46 Stimmbezirken, wo die NSDAP im November 1932 durchschnittlich 54,9% der Stimmen erhielt, stimmten im August 1934 durchschnittlich 88,2% für Hitler. Der Korrelationskoeffizient deutet auf einen sehr positiven Zusammenhang hin.

Die Stimmrückgänge beziehen sich auf den Vergleich zur Volksabstimmung 1933.

Tabelle 9

Alle überdurchschnittlichen Stimmbezirke 1934:	**NSDAP**	**DNVP**	**SPD**	**KPD**
VA 1934: Ja-Stimmen	⊙ 47,7% + 0,3398	⊙ 12,6% + 0,5759	⊙ 24,0% - 0,4752	⊙ 10,1% - 0,6053
VA 1934: Nein-Stimmen	⊙ 34,8% - 0,5847	⊙ 6,0% - 0,5978	⊙ 38,1% +0,6483	⊙ 17,7% + 0,2111
VA 1934 Ungültige Stimmen	⊙ 36,3% - 0,3979	⊙ 7,2% - 0,2896	⊙ 36,5% + 0,3460	⊙ 16,2% + 0,3352
VA 1934: Stimmzunahmen	⊙ 36,9% - 0,1720	⊙ 7,7% -0,0709	⊙ 35,4% + 0,0934	⊙ 16,2% + 0,2497
VA 1934: Stimmrückgänge	⊙ 42,8% - 0,4120	⊙ 10,0% - 0,6020	⊙ 29,4% + 0,5521	⊙ 13,0% + 0,4660

Lesebeispiel: In den Stimmbezirken, in denen es 1934 zu überdurchschnittlichen Stimmrückgängen gekommen war, stimmten im November 1932 durchschnittlich 42,8% für die NSDAP. Der Korrelationskoeffizient zeigt einen deutlich negativen Zusammenhang mit den Stimmrückgängen auf, so dass diese

Tabelle 10

	Parteien im November 1932			
Auswahl der besten Stimmbezirke 1934	**NSDAP**	**DNVP**	**SPD**	**KPD**
VA 34: JA (27 Sbe, ⊙ 88,9%)	⊙ 52,2% - 0,2264	⊙ 18,3% + 0,1328	⊙ 17,0% + 0,1050	⊙ 5,0% - 0,0781
VA 34: NEIN (24 Sbe, ⊙ 22,0%)	⊙ 28,1% - 0,3335	⊙ 4,3% - 0,1309	⊙ 44,2% + 0,5724	⊙ 20,5% - 0,3028
VA 34: Ungültig (17 Sbe, ⊙ 3,2%)	⊙ 29,8% - 0,2084	⊙ 5,0% + 0,3491	⊙ 43,2% - 0,2150	⊙ 19,1% + 0,4287
Stimmzunahmen (10 Sbe, ⊙ 10,1%)	⊙ 33,5% - 0,0206	⊙ 7,5% -0,1498	⊙ 38,2% - 0,1077	⊙ 17,3% + 0,3277
Stimmrückgänge (15 Sbe, ⊙ 15,9%)	⊙ 49,3% + 0,0207	⊙ 21,9% + 0,2156	⊙ 15,1% - 0,3249	⊙ 5,2% - 0,4134

Lesebeispiel:
In den 24 Stimmbezirken mit den meisten Nein-Stimmen (⊙ 22,0%) gab es 1932 durchschnittlich 20,5% KPD-Wähler-Innen. Der negative Korrelationkoeffizient weist darauf hin, dass diese 1934 aber nicht für die Nein-Stimmen verantwortlich waren.

und KPD-Milieu beziehen lässt. Es ist zu vermuten, das deren ehemaligen WählerInnen sich der sozialen Kontrolle in den NS-dominierten Stadtteilen und Straßenzügen durch Nichterscheinen bei der Wahl entzogen haben.[232] Interessanterweise ist der Zusammenhang zwischen ehemaligen DNVP-WählerInnen und den Ja-Stimmen für Hitler zwar eher schwächer vorhanden, doch gleichzeitig finden sich Hinweise auf vermehrtes ungültig machen des Stimmzettels und dem sehr großen Stimmrückgang von 13,8% in diesem konservativen Milieu.[233] Die Tabellen 9 und 10 geben dazu weitere Aufschlüsse über mögliche Zusammenhänge:

Auf den ersten Blick sind die Zusammenhänge klar: die Zustimmung bei der Volksabstimmung ist dort am größten, wo vor 1932 die NSDAP bzw. die DNVP stark waren, während die Ablehnung sowie die Stimmrückgänge in den Stimmbezirken zu verzeichnen sind, die von SPD und KPD dominiert waren. Die Zunahme an abgegebenen Stimmen korrespondiert ebenfalls mit dem ehemaligen KPD-Milieu, was sich mit einem verschärften Wahlschleppdienst der NSDAP erklären ließe. Manche dieser Aussagen scheinen den obengemachten zu widersprechen und auch die Tabelle 10 löst manche der Widersprüche nicht auf; im Gegenteil, es tauchen neue Fragen auf: so gibt es keinen klaren statistischen Zusammenhang zwischen bestimmten ehemaligen Wählerschaften und den Stimmbezirken mit den besten Ja-Stimmenergebnissen, was vielleicht als ein Hinweis gelesen werden muß, dass alle Wählerschichten gleichermaßen an diesem Ergebnis beteiligt gewesen sind. Die NSDAP-Wählerschaft korreliert hier sogar bei den Ja- und den Nein-Stimmen negativ, was von Wahlmüdigkeit bis zu bewußtem Wahlboykott durch Röhm-Anhänger, vieles bedeuten kann. Auf die ehemaligen KPD-Wählerschaft bezogen, wird hingegen ein Ergebnis von Tabelle 8 bestätigt: anscheinend gibt es keine positiven Zusammenhänge zwischen ihnen und einer besonders hohen Ablehnung; diese kam vielmehr in den ehemals von der SPD-dominierten Stimmbezirken zustande. Eine ähnliche Bestätigung findet sich für das ehemalige DNVP-Milieu: hier findet sich am ehesten ein Zusammenhang zu den Stimmrückgängen.[234] Ob dies an besseren finanziellen Möglichkeiten lag und dort also vermehrt in den Urlaub gefahren werden konnte oder doch an der Ablehnung Hitlers als Nachfolger von Hindenburgs, bleibt letztendlich Spekulation.

Meines Erachtens weisen die Ergebnisse auf sehr unterschiedliche Verhaltensweisen bei der Abstimmung hin: so könnte es so gewesen sein, dass ehemalige SPD-WählerInnen zur Wahl gingen, um gegen Hitler zu stimmen, während die ehemaligen KPD-WählerInnen eher Stimmzettel ungültig machten. Letzteres ist ein Verhalten, dass die Parteiführung für die Abstimmungen im November 1933 angeordnet hatte, um ihre eigene Anhängerschaft zu quantifizieren.[235] Beide Gruppen könnten zudem in den NS-majorisierten Stimmbezirken dazu geneigt haben, nicht zur Wahl zu gehen. Die größeren Zunahmen an abgegebenen Stimmen in zehn Wahllokalen korrelieren ebenfalls mit dem KPD-Milieu, was möglicherweise auf eine verstärkte soziale Kontrolle dieser Gruppe in ihren angestammten Straßenzügen durch den Wahlschleppdienst der NSDAP hinweist.[236] Für das rechtskonservative DNVP-Milieu deutet

---

[232] Dafür sprechen die Korrelationskoeffizienten von SPD und KPD bei den Stimmrückgängen in den NS-Hochburgen. SPD: + 0,3109; KPD: + 0,3363. Ähnlich sah es auch in den gemeinsamen Hochburgen von DNVP und NSDAP aus: SPD: + 0,3672; KPD: + 0,3633 und DNVP: - 0,4754.

[233] Während der Stimmrückgang ausschließlich ehemaligen DNVP-WählerInnen geschuldet ist – alle anderen Korrelationskoeffizienten der Parteien weisen keine Zusammenhänge auf – gehen die ungültigen Stimmen auch mit auf das Konto von SPD und KPD (+ 0,2348; + 0,2233; NSDAP: - 0,0998). Die Nein-Stimmen kommen hingegen fast ausschließlich von der KPD! (+ 0,5877; SPD: +0,1322; NSDAP: +0,1342).

[234] In Stimmbezirk 109 (Düsternbrook) gab es nicht nur die größte Zustimmung für Hitler in ganz Kiel (95,3%), sondern gleichzeitig mit 22,9% den zweithöchsten Stimmrückgang.

[235] Es sei daran erinnert, dass für die Volksabstimmung 1933 die KPD-Führung ein solches Verhalten angeordnet hatte, um quantiative Belege über ihre eigene Anhängerschaft gewinnen zu können.

[236] Während der größte Teil der Stimmzunahmen von 5 bis 20,8% auf den Bevölkerungsanstieg – insb. in den Stadtvierteln nördlich des Kanals – zurückzuführen ist, trifft dies für Stimmbez. 120 (Kaiserstr. 1-101) in Gaarden-Ost nicht zu. Hier lag die Wahlbeteiligung 1932 bei 831 bzw. 871, sank im Nov. 1933 auf 786 bzw.

einiges darauf hin, dass dort vermehrt Stimmzettel ungültig gemacht wurden und diese Wahlberechtigten auffallend häufiger zur Wahl in Kiel abwesend waren. Dies legt die Vermutung nahe, dass ein Teil dieser Wahlberechtigten aus Protest Hitler nicht als Nachfolger Hindenburgs wählen wollte. Ob Anhänger des ermordeten Ernst Röhm aus Protest gegen die Führung und Hitler im August 1934 weniger häufig mit „Ja“ gestimmt haben, kann anhand dieser Zahlen nicht belegt werden, wird aber durch vereinzelte Ergebnisse in den Stimmbezirken gestützt.[237]

Die soziale Schichtung der WählerInnen gibt für den August 1934 interessante Einblicke: lediglich die obere Mittelschicht und Oberschicht (d.h. viele gutbetuchte Selbständige) haben sehr überdurchschnittlich Hitler ihre Stimme gegeben (92,5%). Weder die selbständigen Geschäftsinhaber (86,1%), noch die Beamten und Angestellten (85,6%) und schon gar nicht die Arbeiter (79,7%) unterstützten Hitler so wie es sich das Regime erhofft hatte.[238] Das Ergebnis für die Beamten und Angestellten wird allerdings durch einen ehemalige SPD-Hochburg im Stimmbezirk 41 (Schreventeich) verfälscht;[239] rechnet man diesen heraus, ergibt sich mit 88,5% Zustimmung ein deutlich anderes Bild. Unter Beamten und Angestellten gab es also neben vielfacher Unterstützung für das NS-Regime auch - wahrscheinlich - sozialdemokratisch orientierte Ablehnung.

Zusammenfassung zur Volksabstimmung 1934

Die als Plebiszit über Hitler angelegte Volksabstimmung im August 1934 führte auch in Kiel zu einer Niederlage des NS-Regimes. Die Wahlbeteiligung sank, die eigenen Anhänger gingen zum Teil nicht zur Wahl und stimmten zudem nicht so deutlich mit „Ja“ wie noch im November 1933. Die größten Mißerfolge spielten sich in den Stadtvierteln ab, die durch ein Milieu der verbotenen Arbeiterparteien geprägt waren, was vermutlich die soziale Kontrolle seitens der NSDAP erschwerte und „Nein“-Stimmen ermöglichte. Zudem gibt es Belege dafür, dass ehemalige Hindenburg-Wählerinnen und Wähler 1934 ganz bewußt nicht an die Urne gingen oder vermehrt die Stimmzettel ungültig machten, da sie die Zusammenlegung von Reichspräsidentenamt und Reichskanzleramt in der Person Hitlers ablehnten. Vereinzelt lassen sich Hinweise dafür finden, dass schon 1934 die soziale Kontrolle durch die nationalsozialistischen Wahlschleppdienste und Druck seitens der NS-Anhänger so zunahm, dass es für die Wahlberechtigten sehr schwierig wurde, nicht zur Wahl zu gehen. Es ist zu vermuten, dass bestimmte Anhänger des NS-Regime - bspw. enttäuschte SA-Männer - 1934 bewußt nicht zur Wahl gingen oder sogar mit „Nein“ stimmten, wofür zwar keine direkten Belege aber einige Indizien sprechen. Ob es direkte Wahlfälschungen gegeben hat, läßt sich aus den ausgewerteten Quellen für Kiel nicht erschließen, ist aber für das Deutsche Reich zum Teil durch die Exil-SPD belegt worden [240] und für Schleswig-Holstein in einem Fall zumindest als

732 ab, um 1934 auf 940 anzusteigen. Dies könnten Indizien für eine „Abstimmung mit den Füßen“ 1933 und einem erfolgreichen Wahlschleppdienst 1934 sein.

[237] So stimmten 1933 in der Brunswik 6 von 7 Stimmbezirken unterdurchschnittlich für das Regime, während es 1934 acht von dreizehn Stimmbezirke waren und sich dieses Verhältnis auch bei den beiden folgenden Abstimmungen nicht veränderte. Auch in den Stimmbezirken 59 (Ravensberg) und 46 (Schreventeich), die beide noch im November 1932 Hochburgen der NSDAP waren, kam es von 1933 zu 1934 zu dem oben beschriebenen Wechsel von über- zu unterdurchschnittlichen Ergebnissen und zudem zu einem Stimmrückgang von 6-7%.

[238] Der Durchschnitt dieser repräsentativen Stimmbezirke lag bei 83,6%, während er in Kiel bei 83,9% lag.

[239] Im Stimmbezirk 41 (Hasseldieksdammer Weg bis Mühlenweg, Hohenstaufenring, Langenbeckstr., Stromeyerstr.) hatte die SPD bei jeder der drei Wahlen im Jahr 1932 immer (mit mind. 45%) die Mehrheit und die NSDAP (39-44%) konnte sie dort nie überholen. Die KPD war mit 1-3% genau wie die DNVP mit 3-7% ziemlich unbedeutend.

[240] Die Exil-SPD spricht von Wahlbetrug und Wahlfälschung und zeigt dafür einige Beispiele auf. Vgl. Sopade, 1934, S.282ff, S.290ff, S.347f und S.384ff.

Brechen des Wahlgeheimnisses (Luhnstedt/Krs. Rendsburg) nachgewiesen.[241] Doch selbst das überlieferte Ergebnis in den Stimmbezirken zeigt ein hohes Maß an Ablehnung gegenüber dem NS-Regime - insb. in der Arbeiterschaft - auf.

Trotz einer Zunahme der sozialen und politischen Kontrolle mußten die Nationalsozialisten - und faktisch Hitler persönlich - 1934 eine Niederlage einstecken: bei einer zum Teil noch freien Abstimmung hatten sie nicht nur Stimmrückgänge statt wie erwartet einen Stimmenanstieg, sondern auch noch deutlich mehr Nein-Stimmen als noch 1933 zu verzeichnen.[242] Der offensichtliche Widerspruch zwischen scheindemokratischen Abstimmungen - mit einem unberechenbar offenen Ergebnis - und dem autoritärem Führerstaat sollte deswegen in Zukunft nicht nochmal so offensichtlich öffentlich werden und eine faktische Abschaffung der Volksabstimmungen war die Folge.[243]

[241] LAS 309/22738, Schreiben des Rechtsanwalts Weber vom 17. Oktober 1934, in dem er das Knicken bestimmter Wahlumschläge durch den Wahlvorsteher beschreibt. Der Rendsburger Landrat weist dies als Gerüchte zurück und behauptet, dass Weber u.a. als Tannenbergbundler ein schlechtes Gewissen hätten, weil sie in Verdacht ständen mit Nein gestimmt zu haben.

[242] Im Wahlbezirk 9 in Elmshorn stimmten 27% mit „Nein“ und 4% ungültig. Im Wahlbezirk 1 (Marwitz) in Itzehoe lag die Ablehnung sogar bei 34,9% und 5,4% ungültige Stimmen! Vgl. SHTZ 20.8.34: „Wie Elmshorn wählte“ und „Das Itzehoer Ergebnis“. Für Flensburg belegt Schartl Gegenstimmen zwischen 24 bis 37% in ehemaligen Hochburgen der Arbeiterbewegung. Matthias Schartl: Rote Fahnen über Flensburg. KPD, linksradikale Milieus und Widerstand im nördlichen Schleswig-Holstein 1919 – 1945. Schriftenreihe der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte e.V., Band 55, Flensburg 1999, S.169. Imbergers für Lübeck angestellte Berechnungen (und entsprechende Zeitzeugenaussagen) zeigen, dass die soziale Kontrolle zunahm. In den ehemaligen Hochburgen der Arbeiterparteien gab es i.d.R. einen Rückgang der Gegenstimmen (die noch 1933 bis über 50% gelegen haben); dies entgegen dem Trend in anderen Städten, der ein Mehr an Gegenstimmen 1934 aufweist. Imberger: Widerstand „von unten“. Neumünster 1991, S.208ff.

[243] Vgl. zur Analyse des reichsweiten Stimmergebnisses: Hubert, Uniformierter Reichstag, S.283 und Jung, Plebiszit und Diktatur, S.71ff.

5. Die Abschaffung der Volksabstimmungen nach 1934

Nach der faktischen Niederlage vom August 1934 mißtrauten sowohl Hitler als auch das Reichsinnenministerium dem Instrument einer „freien“ Abstimmung.

In dieser Einschätzung bestärkt fühlen konnte sich das NS-Regime auch durch die Ergebnisse der Vertrauensrätewahlen von 1934 und 1935. Sie zeigten, dass die NS-Ideologie in der politischen, gewerkschaftlich-orientierten Arbeiterschaft noch nicht verankert war. [244] Für Kiel liegen zwar keine Ergebnisse vor, doch behauptete das Regime 1935 reichsweit 84,5% Zustimmung erhalten zu haben.[245] Wie unsicher man sich über den Ausgang der für März 1936 anvisierten - und dann abgesetzten [246] - nächsten Vertrauensrätewahlen war, zeigt ein Bericht der Gestapo in Kiel vom Februar 1936: „Den kommenden Vertrauensrätewahlen kann keine unbedingt gute Prognose gestellt werden. Im allgemeinen ist die Arbeiterschaft wenig interessiert an den Wahlen. Häufig wird die Behauptung aufgestellt, dass die zur Wahl gestellten Listen der Vertrauensmänner in Wirklichkeit doch nur eine Auslese der den Betriebsführern genehmen Betriebsangehörigen sei, die nicht mit Nachdruck die Interessen der Arbeiterschaft vertreten würden.“[247] Dazu paßte der Bericht vom Vormonat in dem es hieß, dass „ [...] es der illegalen KPD z.Zt. in erster Linie darauf ankommt, die großen Werke, insbesondere die Rüstungsbetriebe, zu zersetzen, und zwar mit Rücksicht auf die bevorstehenden Vertrauensrätewahlen.“ [248] Diese wurden dann nicht mehr abgehalten und die Amtsdauer der Vertrauensräte sowohl 1936 als auch 1937 jeweils um ein Jahr verlängert und weitere Vertrauensräte wahlen 1938 per Gesetz „bis auf weiteres“ ausgesetzt.[249]

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass Hitler von seinem propagierten Plan abwich, jährliche Volksabstimmungen durchzuführen und diese abschaffte.[250] Dies wurde nicht öffentlich propagiert und so fragte die Stadt Kiel noch im Februar 1935 beim Regierungspräsidenten an: „Da alljährlich eine Volksabstimmung durchgeführt werden soll, bitte ich um Nachricht, ob demnächst mit dem Eingang der Stimmzettelumschläge gerechnet werden kann.“ Diese Frage irritierte die Regierungsbehörde so, dass der Sachbearbeiter handschriftlich ein Fragezeichen hinter dem „alljährlich“ einfügte. In Kiel glaubte man anscheinend der eigenen Propaganda und hatte vom Kurswechsel nichts mitbekommen.[251]

Da das Instrument „Volksabstimmung“ als untauglich angesehen wurde, ging man bei der nächsten Gelegenheit anders vor.

---

[244] Vgl. Sopade. 2. Jg., Nr. 4, Prag, April 1935, S. 432ff. Zu Schleswig-Holstein/Hamburg s. S. 446f. Dagegen Zollitsch: „Die Vertrauensratswahlen waren weder eine Manifestation antifaschistischer Gesinnung innerhalb der Arbeiterschaft noch ein Beleg für die These, daß das industrielle Proletaritat sich nun in den Schoß der Volksgemeinschaft gegeben hatte.“ Wolfgang Zollitisch: Die Vertrauensratswahlen von 1934 und 1935. Zum Stellenwert von Abstimmungen im `Dritten Reich` am Beispiel Krupp. In: Gesellschaft und Geschichte 15, 1989, S. 374.

[245] 1934 wurde kein reichsweites Endergebnis verkündet. Vgl. Manfred Overesch u.a.: Das Dritte Reich 1933-1939. Eine Tageschronik der Politik, Wirtschaft, Kultur. Augsburg 1991, S.204f. Vgl. u.a.: NR 9. April 1934: „Bildung der Vertrauensräte“, NR 20.4.35: „In einer Woche: 228 Betriebsversammlungen“.

[246] NSP Band 4/I, 1936, S.265f (Zsg. 101/7/189/Nr. 261 und Zsg. 101/7/207/Nr. 280 vom 17.3.36). Die erste Anweisung verschob die VR-Wahlen wegen den RT-Wahlen, die zweite zog gerade diese Meldung zurück!

[247] Pr. Gestapo, Stapostelle für den Reg.bez. Schleswig, Kiel 5.3.36: Allgemeine Übersicht über die politische lage im Monat Februar 1936 im Bezirk der Staatspolizeistelle Kiel. (Zit. nach StAKi 48687, Bl 212).

[248] Pr. Gestapo, Stapostelle Kiel, Übersicht Januar 1936, 5.2.36 (in: StAKi 48687, Bl 206).

[249] Vgl. Michael Schneider: Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939. Bonn 1999, S.514 und S.505ff (allgemein zu den Vertrauensräten).

[250] Laut Otmar Jung (S.58) hatte Hitler am 24. Februar 1934 öffentlich von jährlichen Abstimmungen gesprochen, (zitiert den VB vom 27.2.34). Vgl. dazu den ähnlich ausfallenden Kommentar in den KNN vom 10.8.34: „Vor der Volksabstimmung“ und die anfängliche Fehleinschätzung der Exil-SPD (Sopade 3. Jg. Nr.3, Prag X, März 1936, S. 400), die dann ihr Urteil rückwirkend revidierte (Sopade, 5 Jg. 1938, Nr. 4/5, S.394). Otmar Jung kommt zu dem schlüssigen Ergebnis von der Abschaffung der Volksabstimmungen und zeigt auch ein entsprechendes Gesetzesvorhaben auf: Jung, S. 82ff, insb. S. 85f, S. 106 u. S. 124.

[251] LAS 309/22573. Schreiben des OB Kiel an Reg. SL, 14.2.35.

6. Die Reichstagswahlen vom 29. März 1936

Ein Anlaß: der Einmarsch ins entmilitarisierte Rheinland

Der nationalsozialistischen Aufrüstungspolitik und geplanten Kriegsführung stand 1936 noch die Entmilitarisierung des Rheinlands entgegen. Im Sinne dieser Politik war es logisch, die letzten Bestimmungen des Versailler Vertrags zu brechen und den Machtbereich des Reiches auf das entmilitarisierte Rheinland auszudehnen. Man benötigte schließlich neben den großen wirtschaftlichen Ressourcen des Gebietes auch die dortigen Männer als neue Wehrpflichtige und wollte Befestigungsanlagen gegen Frankreich errichten.

Am 7. März marschierte die deutsche Wehrmacht ins Rheinland ein,[252] und gleichzeitig bot das Deutsche Reich den Großmächten diplomatisch geschickt „nichts Geringeres als die Errichtung eines neuen, den veränderten Machtverhältnissen angepaßtes System kollektiver Sicherheit in Europa an".[253] Am selben Tag informierte der Reichsinnenminister Frick das Regierungspräsidium in Schleswig über die Auflösung des Reichstags und den Neuwahltermin, den 29. März 1936.[254] Die Reichstagswahlen sollten also als Plebiszit über die nationale Annexionspolitik Hitlers dienen.

Die Westmächte, insbesondere Frankreich, konnten sich nach der Rheinlandbesetzung nur zu einer Reaktion innerhalb des Völkerbundes aufraffen und verurteilten Deutschland lediglich am 19. März für seinen Völkerrechtsbruch. Der Einmarsch ins Rheinland war damit durch die Reaktionen des Auslandes faktisch legitimiert worden, und Hitler konnte nun die positive Stimmung in der deutschen Bevölkerung für sich ausnutzen. Das Risiko einer Reichstagswahl war dabei für das Regime eher gering einzuschätzen: die wichtigsten innenpolitischen Gegner waren ausgeschaltet worden und aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs zeichnete sich ein massenhafter Konsens mit der Regierung ab. Außerdem konnte man bei einer großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung davon ausgehen, dass sie dafür war, dass das Rheinland wieder „ganz" zu Deutschland gehören sollte. Die nachträgliche Legitimierung des Einmarsches durch Reichstagswahlen barg zudem noch weniger Probleme als eine Volksabstimmung: der NSDAP-Einheitsliste konnten die Wahlberechtigten schließlich nur zustimmen oder sie mußten den ganzen Stimmzettel ungültig machen; ein Kreis für ein „Nein" war nämlich - genauso wie 1933 - nicht vorgesehen gewesen.[255]

Schleswig-Holstein wurde diesmal mit Hamburg zum Wahlkreis VII unter dem Hamburger Verbandswahlleiter Senator Ahrens und seinem Stellvertreter Prof. Sköllin zusammengefaßt,[256] so dass die Aufsicht über die Wahl von dort ausgeübt wurde.

Anfang März betonte der Reichsinnenminister nochmal, dass das aktive Wahlrecht von Soldaten ruhe, wohingegen den Auslandsdeutschen wieder in den Grenzbahnhöfen die Stimmabgabe ermöglicht werden sollte und Seeleute in Häfen und auf der Kieler Schleuse wählen gehen konnten.[257]

---

[252] Vgl. dazu Bernd Jürgen Wendt: Deutschland. 1933-1945. Das Dritte Reich. Handbuch zur Geschichte. Hannover 1995, S. 406ff. Vgl. Goebbels-Tagebücher, S.578 (4. März 1936).

[253] Vgl. Ludolf Herbst: Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Frankfurt am Main 1996, S.144.

[254] LAS 309/22737. Polizeifunkdienst, Reichsinnenminister Frick an Reg. SL, 7.3.36. Vgl. dazu Jung, S.83f. RGBl, Teil 1, Jg. 1936, Berlin 1936, S. 133: Verordnung des Führers und Reichskanzlers über die Auflösung und Neuwahl des Reichstags. S. 134: Erste Verordnung zur Reichstagswahl.

[255] Vgl. dazu: Wolfgang Benz: Konsolidierung und Konsens 1934-1939. In: Broszat/Frei, S. 51 sowie S. 234 (Chronikteil); Overesch, S. 265ff, Wendt, S. 407. Der Stimmzettel findet sich in LAS 309/22737 bzw. StDR, Band 497, S.3. (Bei Jung, S. 131 – 136, sind alle Stimmzettel von 1933 bis 1938 abgedruckt.)

[256] LAS 309/22737. Schreiben des Reichsinnenministeriums vom 14.3.36.
In derselben Akte befindet sich auch der Stimmzettel und die schleswig-holsteinische Kandidatenliste.

[257] LAS 309/22737. Schreiben vom 14.3.36 und 16.3.36. Darin enthalten auch ein Vordruck der Abstimmungsniederschrift zur Wahl.Vgl. KNN 31.3.36: „Wie deutsche Seeleute wählen".

Der Ausschluß der ehemaligen Reichsbürger: die jüdische Bevölkerung und die Reichstagswahl

Der Urnengang fand wieder unter großen Zeitdruck statt und brachte für die Kommunen grosse Probleme mit sich: Seit den „Nürnberger Gesetzen“ war die „jüdische“ Bevölkerung zu Bürgern zweiter Klasse geworden und seit Anfang März ihnen das Wahlrecht entzogen worden.[258] In der Praxis erwies sich dieser rassistisch begründete Ausschluß als schwer umsetzbar, da der Nachweis „jüdisch“ und damit kein Reichsbürger mehr zu sein, seitens der Behörden erbracht werden mußte. Für die erwarteten schwierigen Einzelfälle bauten diese deshalb strafrechtlich vor: „Juden“, die zur Wahl gingen, wurden mit Strafe bedroht[259] und für „jüdische Mischlinge“ erlaubten die Reichsbehörden noch am Wahltag diese von der Wahlhandlung auszuschließen und gegebenenfalls strafrechtlich zu verfolgen.[260] Dieser Entzug des Wahlrechts betraf in Kiel noch höchstens 100 bis maximal 200 jüdisch-gläubige Wahlberechtigte sowie ca. 200 - 300 Menschen, die aufgrund der „Nürnberger Gesetze“ als „jüdisch“ definiert wurden.[261]

Mit Angaben über die Wahlberechtigten mußten sich die Behörden diesmal zurückhalten: sowohl der rassistische Ausschluß der als „Juden“ definierten Bevölkerung als auch die Eingliederung des Saarlandes 1935 und des Rheinlandes sowie das Ruhen des aktiven Wahlrechts für Soldaten - die Wehrpflicht war 1935 eingeführt worden - machten es schwer, eine genaue Anzahl der Wahlberechtigten zu ermitteln.[262] Die Presse durfte deshalb entsprechende Zahlen nicht veröffentlichen,[263] und die Behörden erhielten vom Reichsinnenminsterium folgende Anweisung: „Da die Feststellung der Zahl der Wahlberechtigten bei der bevorstehenden Wahl aus bekannten Gründen schwierig ist, mache ich [...] den Landräten und Oberbürgermeistern der kreisfreien Städte zur Pflicht, daß Meldungen an die Presse über die Zahl der Wahlberechtigten unterbleiben.“[264]

Wahlpropaganda: „Die Nordmark wird ihre Pflicht tun!“[265]

Da sich das Regime selbst nicht ganz so sicher zu sein schien, begann eine „Propagandaschlacht“, die die Reichsregierung durch tägliche Pressekonferenzen und entsprechende An-

[258] Laut Hubert, S. 128, beschloß das Reichskabinett am 6. März 1936 eine entsprechende Veränderung des Reichswahlrechts.

[259] Vgl. dazu RGBl, Teil 1, Jg. 1936, Berlin 1936. S. 133, 7.3.36, Gesetz über das Reichstagswahlrecht. (§ 1 regelte, daß nur Reichsbürger nach der Ersten Verordnung vom 14. November 1935 zum Reichsbürgergesetz wahlberechtigt und wählbar waren. § 2 stellte klar: „Wer, ohne wahlberechtigt zu sein, eine Stimme abgibt, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.“

[260] LAS 309/22737. Reichminister Frick an Landesregierungen, Reichsstatthalter, Städte und Gemeinden, 9.3.36 und 13.3.36.

[261] Vgl. dazu die Angaben zur Auswanderung der „jüdischen“ Bevölkerung in Kiel bei Dietrich Hauschildtt: Die Juden in Kiel im Dritten Reich. Kiel 1980, S.89. Kiel 1980. Bettina Goldberg: „... und vieles bleibt ungesagt.“ Die Israelitische Gemeinde in Kiel vor und nach 1933. Versuch einer Annäherung. In: Gerhard Paul/Miriam Gillis-Carlebach (Hrsg.): Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona (1918 – 1998). Neumünster 1998, S.63. (Im Januar 1934 sind 419 Jüdinnen und Juden nachzuweisen, im Mai 1939 noch 227 sowie weitere 305 nach der Definition der „Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ vom 14.11.35.

[262] Vgl. Hubert, S. 121 (bezugnehmend auf RGBl, Teil I, 1935, S.1137). Die Eingliederung des Saarlandes hatte eine Zusammenlegung von Wahlkreisen/verbänden notwendig gemacht.

[263] Presseanweisung Nr. 288 vom 19.3.36 (Zsg 101/7/211, In: NSP, Band 4/I, 1936, München 1993, S. 311).

[264] LAS 309/22737. Reichsinnenministerium an Reg. SL, 25.3.36 Vgl. dazu Zsg 101/7/211/Nr. 288 vom 19.3.36 In: NSP, Band 4/I, 1936, München 1993, S. 311.

[265] KNN 24.3.36, Schlagzeile auf der Titelseite über die Wahlkampfauftritte des Reichsbauernführer Darré in Elmshorn und vom Reichsminister ohne Geschäftsbereich Hans Frank in Neumünster.

weisungen an die Zeitungen bestimmte.[266] Die Bevölkerung sollte über die Presse mit „Berichten über die Verwaltungserfolge der Stadt- und Landkreise der letzten drei Jahre in geeigneter Weise“ informiert werden[267], mit einem Zeppelin wurden Flugblätter abgeworfen[268], und Hitler selbst fuhr über 100 Städte an, um dort Wahlreden zu halten.[269]

Die wichtigste Rede in Norddeutschland hielt Hitler am 20. März in Hamburg, wobei er auf große Begeisterung bei den Hanseaten traf und anschließend nach Berlin weiterreiste.[270] Die Rede, deren Gemeinschaftsempfang für die NSDAP-Ortsgruppen obligatorisch war, wurde über den Hamburger Sender übertragen und lieferte die Schlagzeilen der Zeitungen in Kiel: „Des Führers großer Appell in Hamburg“.[271]

Im Wahlkampf verzichtete die Presse diesmal darauf ‚Ja‘-Appelle abzudrucken. Dies ging auf eine Presseanweisung der Reichsregierung zurück, die es für die Einheitsliste der NSDAP als ein untaugliches Mittel ansah mit „Dein Ja dem Führer“ zu werben, schließlich gab es auf den Stimmzettel nur einen Kreis und eben im Gegensatz zu einer Volksabstimmung keine direkte Wahlmöglichkeit für die Wahlberechtigten.[272] Desweiteren wurde die Presse angewiesen, die wirtschaftlichen Fakten positiv hervorzuheben.[273] Deshalb druckten die KNN immer wieder Abbildungen einer Litfaßsäule, auf der plakativ der Wirtschaftsboom in Deutschland thematisiert wurde [274] und stellte auch in der Berichterstattung über den Wahlkampf den wirtschaftlichen Aufschwung heraus. Auf öffentlichen Plätzen und Straßen warb das Handwerk für die Erfolge des Regimes, neben dem Stadttheater auf dem Adolf-Hitler-Platz wurde vom „Arbeitsdienstlager Voßbrook“ ein Monument aufgestellt, daß ebenfalls zur Wahl aufrief und im Hauptbahnhof befahl ein riesiges Transparent: „Reisende! Tut am 29. März Eure Pflicht!“.[275] Außerdem druckte die gleichgeschaltete bürgerliche KNN immer wieder auf der

---

[266] NSP, Band 4/I, 1936, München 1993, S. 19 (Vorwort). Dies ist auch darin ablesbar, dass 1936 insgesamt 34, 1934 hingegen nur sieben und beim Doppeltermin 1933 insgesamt 17 Presseanweisungen ergingen.
Goebbels notierte am 6. März in sein Tagebuch: „ich arbeite schon den Wahlkampf aus. Er wird kurz aber hart werden. Und Geld kosten. [...] Der Führer ist ganz Feuer für meinen Wahlkampfvorschlag. Ich ziehe die Aktion grandios auf.“ Tagebücher, S.580.

[267] LAS 309/22737. Schreiben des Reichsinnenministeriums an Reg. SL, 25.3.36.

[268] LAS 309/22737, Schreiben am 26.3.36.
NR 28.3.36: „Nächtlicher Besuch: ‚Hindenburg‘ und ‚Graf Zeppelin‘ über Kiel“, ebenso KNN 29.3.36.

[269] Overesch, S. 267. Der Autor spricht von 111 Städten, die er natürlich nicht aufzählt. Der Zeppelin-Flug wurde auf einer Pressekonferenz in Berlin angekündigt: Vgl. Zsg 102/2b/4/40 (6) vom 16.3.36, in: NSP, Band 4/I, 1936, S.295. Die Exil-SPD bewertete all´ dies so: „der *Propagandarummel* [...] alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt.“ In: Sopade, 3. Jg., Nr. 3, Prag X, März 1936, S. 281.

[270] Vgl. dazu Johe, S. 103ff und Dokumente S. 139f; Overesch, S.241. Die Exil-SPD sah das deutlich anders: „Wir haben jedoch das Gefühl, daß bis weit in die Kreise der früheren Nazihänger eine gewisse Gleichgültigkeit um sich gegriffen hat.“ Sopade, 3. Jg., Nr. 3, Prag X, März 1936, S. 289.

[271] KNN 21.3.36: „Heute: Führer-Rede über den Hamburger Sender“, KNN 22.336 (obige Schlagezeile); vgl. dazu: NR 21./22.3.36:“Im Banne der Hamburger Führer –Rede“, ebd.: „Adolf Hitler in Hamburg“.

[272] Vgl. Zsg 102/2b/13/34 (3) vom 20.3.36 sowie Zsg 101/7/217/ Nr. 300 vom 23.3.36, in: NSP, Band 4/I, 1936, München 1993, S.316 u. S. 329.

[273] Vgl. dazu die entsprechend lautenden Presseanweisungen (Zsg 101/7/213/ Nr. 293 vom 21.3.36 sowie Zsg 102/2b/20/50 vom 25.3.36 und Zsg 102/2b/4/40 vom 16.3.36; alle in: NSP, Band 4/I, 1936, München 1993, S. 320f, S. 340 u. S. 295). Goebbels dazu am 10. März 1936: „Fabelhafte Plakate entstehen. Meist auf statitische Darlegung der Erfolge abgestellt.“ Tagebücher, S.583. Ähnlich am 12. März 1936, ebd., S.583.

[274] vgl. die Abb. in KNN vom 22.3, 24.3 und 26.3.36.

[275] KNN 27.3.36: „Kiels Handwerk wirbt für den Führer“ (über eine Richtfestkrone auf dem Dreiecksplatz); KNN 28.3.36: „Das Handwerk weiß, was es dem Führer verdankt“ (über eine überdimensionale Maurerkelle und einen Riesenhobel vor dem Thaulow-Museum bzw. Ecke Holtenauer Str./Knooper Weg). KNN 24.3.36: „Arbeitsdienstlager Voßbrook im Dienste der Wahl“. KNN 26.3.36: „Eindrucksvolle Wahlwerbung im Kieler Hauptbahnhof“.

Titelseite Hitlerfotos, mit Zitaten des „Führers“ und Appellen wie dem folgenden: „Deine Stimme dem Führer!“ ab.[276]

Seitens der NSDAP fanden in jeder Ortsgruppe Kiels Wahlkampfveranstaltungen statt[277], marschierte die SA-Standarte 187 u.a. am Sonntag vor den Wahlen mit Transparenten durch die Stadt, auf denen zu lesen war: „Wer bürgt für den Frieden der Welt – der Führer“[278] und ließ in einem Kino den Hauptfilm unterbrechen, um dann für die Reichstagsliste zu werben.[279]

Auch die Polizei wurde zu Wahlkampfzwecken instrumentalisiert, indem sie nach einem Appell mit dem Polizeipräsidenten, SA-Gruppenführer Meyer-Quade durch die Stadt fuhr.[280]

Der Auftritt von Propagandaminister Goebbels in der Nordostseehalle

„Dr. Goebbels kommt nach Kiel! Das ist das Wort, das in den letzten Tagen eine ganze Stadt bewegt“, so die nationalsozialistische Tageszeitung Nordische Rundschau über den Besuch des Propagandaministers am 13. März in Kiel, der das zentrale Wahlkampfereignis werden sollte. Mit Goebbels besuchte ein sehr bekannter Nationalsozialist und rhetorisch geschulter Redner die Reichsmarinestadt. Im Beisein von Gauleiter Lohse und SA-Gruppenführer Meyer-Quade soll er von 40.000 „Volksgenossen“ in der Nordostseehalle begeistert unter Heilrufen empfangen worden sein. Die Nordische Rundschau verstieg sich sogar zu der Formulierung, dass Goebbels „Liebe und Verehrung“ entgegenschlugen und hob besonders das Überreichen von Blumen durch zwei BDM-Mädchen hervor.[281]

Mit Sätzen wie dem folgenden: „Alle sind sie gekommen, die Jungen, die Alten, der Beamte, der Arbeiter , der Kaufmann und der Handwerker und der Bauer aus der Provinz - ein Volk, eine Gemeinschaft“ beschwor das Blatt die Einigkeit und scheinbare Gleichheit der „Volksgenossen“.

Der Redner selbst beschrieb den Besuch in Kiel so: „Abends Auto nach Kiel. In Neumünster steht die ganze Stadt auf der Straße. Ein unendlicher Jubel. Weiter nach Kiel. Kurzer Besuch bei Lohse. Dann überfüllte Versammlung. Ich bin nicht gut in Form. Immerzu werden Ohnmächtige an mir vorbeigetragen. Es herrscht eine fürchterliche Atmosphäre. Aber ich setze mich doch durch. Nach der Versammlung packt mich plötzlich Unruhe. Ins Flugzeug und zurück nach Berlin.“[282] Von solcher Kritik war natürlich in der Berichterstattung der Zeitungen keine Rede. Danach setzte Goebbels in seiner Wahlkampfrede zuerst weniger auf die Propagierung der Volksgemeinschaft, als vielmehr auf die Hitlerverehrung. Die Betonung einer Gleichheit des „Führerwillens“ mit dem „Volkeswillen“ sollte dabei nicht nur Einigkeit und Geschlossenheit nach innen demonstrieren. Es ging auch darum, jede Tat Hitlers als vom Volk legitimiert darzustellen: „Das deutsche Volk ist identisch mit dem Nationalsozialismus und der Nationalsozialismus ist identisch mit dem deutschen Volk.“, so Goebbels.

Dass er die Rede so oder ähnlich auch in anderen Städten hielt, zeigen Passagen über die Erfolge des Regimes. Unter „stürmischen Beifallskundgebungen“ betonte er die Niederwerfung des Bolschewismus, die Verminderung der Erwerbslosigkeit, die Hebung des Volkseinkommens, die gesteigerte Automobilproduktion und regionalspezifisch: die Landgewinnung als Erfolge des Regimes. Das Ziel der Wahlen kaschierte der Minister überhaupt nicht: „Seit der

[276] vgl. u.a. KNN 22.3.36 und 24.3.36. Es fällt im Unterschied zur NR auch auf, daß die KNN journalistisch häufiger auf Abbildungen und Fotos zur Untermalung ihrer Artikel setzten, die NR hingegen sehr textlastig war.
[277] vgl. die Ankündigung in NR 21.3.36.
[278] KNN 24.3.36: „Der große Propagandamarsch der Standarte 187“, ebd. „Aufmarsch der Marinestandarte 44“
[279] NR 18.3.36: „Sprechchor im Kino“. Sopade, März 1936, S. 290: „In jedem Kino, in jeder Vorstellung: `Wahlpropaganda`“ so ein Bericht aus Kiel.
[280] KNN 28.3.36: „Appell der Polizeibeamten.“
[281] NR 14/15.3.36 „Kundgebung der 40.000“, ebd. ein „Bericht“ der BDM-Mädchen: „Wer wagt, gewinnt“.
[282] Tagebücher, S. 585 (Sonntag, 15. März 1936, rückblickend).

Machtergreifung hat der Führer nunmehr 3 lange Jahre für niemand anders als für sein Volk gearbeitet. Da ist es nicht mehr als recht und billig, daß ein einsichtiges und dankbares Volk sich geschlossen hinter ihn stellt und ihm damit auch seinerseits neue Kraft und neue Zuversicht gibt. Dazu soll der 29. März dienen [...] Jetzt, zum 29. März, wird von dem Volk erwartet, daß es durch bedingungslose Disziplin auch dem Führer Kraft und Mut zur Weiterarbeit gibt."[283] Die Wahl diente laut Goebbels also als Plebiszit und Motivationsgeber für Hitler, was natürlich nicht den Zielen entsprach, die vielmehr einen außenpolitischen Zweck dienen sollten. Interessanterweise mußte Goebbels die Rolle der NSDAP für das Regime extra noch mal hervorheben: enttäuschten Parteimitgliedern sollte so über ihre Machtlosigkeit im neuen Staat hinweg geholfen werden.

Ein Kieler Zeitzeuge, der knapp 21jährige Schlosser Willy O., beurteilte die Versammlung so: „Solche lächerliche Versammlung habe ich noch nicht besucht!"[284]

Appelle und Kundgebungen

Nachdem der Propagandaminister Kiel verlassen hatte, kehrte erstmal Wahlkampf-„Alltag" ein. Die NS-Presse brachte Appelle an die Jungwähler auf jeden Fall zur Wahl zu gehen, druckte den Stimmzettel ab und klärte zuvor detailliert darüber auf, dass „Nicht-Arier" von den Wahlen ausgeschlossen wären: „Wer darf wählen? Keine Juden an der Wahlurne".[285]

Noch vor dem eigentlichen propagandistischen Höhepunkt, dem Sonnabend vor der Wahl, hielten in Kiel Gauleiter Lohse und SA-Gruppenführer Meyer-Quade ihre Abschlußreden auf den Werften. Ähnlich wie zu jeder der anderen Abstimmungen mißtraute die NS-Führung noch immer der einst linken Arbeiterschaft und trat um so vehementer vor den Gefolgschaften auf der Germaniawerft, den Deutschen Werken und dem Marinearsenal auf. Vorausgegangen war ein Propagandamarsch der SA in Gaarden und Kiel-Südfriedhof, der für die regionale NS-Führung den Boden bereiten sollte. [286]

Die Reden von Lohse und Meyer-Quade ähnelten sich und zielten in ihren Appellen auf die einstigen Regimegegner: „Sie dürfen, meine Volksgenossen, überzeugt sein, daß Adolf Hitler den deutschen Arbeiter niemals vergessen wird, und sie können sich darauf verlassen, daß er den Sozialismus, den er in den Jahren des Kampfes gepredigt hat, restlos in die Tat umsetzen wird", so Lohse auf der Germaniawerft. Meyer-Quade hielt parallel dazu eine Rede vor den Angestellten und Arbeitern des Marinearsenals und hob ebenfalls darauf ab: „ [...] sie werden, dessen dürfen wir gewiß sein, der sozialistischen Idee Adolf Hitlers ihre Treue halten".[287]
Neben dem Versuch durch Aufmärsche und Propaganda vor Ort die ehemals sozialdemokratisch oder kommunistisch wählende Industriearbeiterschaft für den Nationalsozialismus und die Einheitsliste der NSDAP zu überzeugen, griff das Regime auch zu durchschaubaren Zeitungsmeldungen. So berichtete die Nordische Rundschau in einem Artikel von einem Gesinnungswechsel „Von der Kommune zu Adolf Hitler". Scheinbar zitierte die Zeitung dabei einen Brief eines ehemaligen Kommunisten, der nun zum Nationalsozialismus bekehrt war.

---

[283] NR 14/15. März 1936: „Kundgebung der 40.000".

[284] LAS 358/8164. (Vgl. dazu die detailierte Schilderung unten).

[285] NR, 24. März 1936, „Junger Wähler, denke daran!", vgl. dazu Zsg 102/2b/15 (5) vom 21.3.36, in: NSP, Band 4/I, 1936, München 1993, S. 321. NR, 14./15. März 1936, „Wer darf wählen?". Abbildung in NR 21/22.3.36 & KNN vom 26.3.36. Vgl. dazu die Presseanweisung Nr. 293 (Zsg 101/7/213) vom 21.3.36, in: NSP, Band 4/I, 1936, München 1993, S.320.

[286] KNN 27.3.36: „Propagandamarsch der SA durch Kiel-Süd und Gaarden", der in der Behauptung gipfelte: „Die geöffneten Fenster [...] waren der beste Beweis dafür, daß dieser eindringliche Appell der Standarte 187 auf dem Ostufer nicht ungehört verhallte."

[287] NR, Mittwoch, 25. März 1936, „Gauleiter Lohse spricht zu den Gefolgschaften Kieler Werften", „Gruppenführer Meyer-Quade sprach auf dem Arsenal". vgl. dazu die Berichte in den KNN am 25. u. 26.3.36: „Kundgebung auf der Germaniawerft", „Wahlkundgebungen in Kieler Betrieben".

Was die Zeitgenossen nur ahnen konnten: der Artikel war aufgrund einer Presseanweisung des Reichspropagandaministeriums ins Blatt gekommen und sollte - ähnlich wie ein fingierter Brief eines Sozialdemokraten - die Stimmung unter der Arbeiterschaft zugunsten Hitlers beeinflussen.[288]

Die letzten Tage vor der Wahl

In den letzten Tagen vor der Wahl zog das Regime propagandistisch noch mal alle Register: Am Freitag, dem 27. März hielt Hitler bei Krupp in Essen eine Ansprache an die deutschen Arbeiter, die im Radio übertragen wurde und in allen Betrieben und Kasernen Pflichtveranstaltung war[289], und bei der Industrie- und Handelskammer dazu aufrief, dass Ladenbesitzer während der Übertragung ihre Geschäfte schlossen.[290]

Der darauffolgende Samstag wurde zum „Deutschen Volkstag für Ehre, Freiheit und Frieden“ erhoben, an dem Hitler einen „Friedensappell“ an das Ausland und das deutsche Volk richten wollte.[291] Dies belegt, dass die Reichstagswahl als Akklamation der Volksgemeinschaft für die „Friedenspolitik“ Hitlers diente und damit nicht nur eine politische Funktion nach innen, sondern insbesondere auch nach außen hatte: die Propagierung einer Einigkeit zwischen Regierung und Regierten nach der Besetzung des Rheinlandes.

In Kiel waren am Sonnabend vor der Wahl überall Fahnen zu sehen, es gab Massenappelle, auf denen die Wahlkampfabschlußrede Hitlers aus Köln übertragen wurde, Fackelmärsche von DAF, SA und SS zum Adolf-Hitler-Platz, dort ebenfalls einen großen Zapfenstreich der Kriegsmarine und Luftwaffe und um Mitternacht eine kurze Ansprache des Kieler Oberbürgermeisters und Kreisleiters Walter Behrens.[292]

Wie diese Wahlpropaganda auf die Regimegegner wirkte, spiegelt der Bericht eines Sozialdemokraten über Kiel wieder: „Die Straßen sind geschmückt mit großen Transparenten mit sehr schönen Sprüchen. [...] An den Neubauten befinden sich große Transparente mit folgender Aufschrift: ‚Daß wir hier bauen, verdanken wir dem Führer.‘ Die SA macht Abend für Abend in der Stadt und auf dem Lande Umzüge mit ihren Sprechchören. In den Betrieben sind nach Feierabend große Versammlungen. [...} Man könnte mitunter glauben, daß der größte Teil der Menschen nicht ganz normal ist. [...] Trotzdem werden wohl 90 % Stimmen für Hitler herauskommen, das hat der Propagandaminister schon im voraus festgesetzt.“[293]

„Wahlsonntag! Tag des Bekenntnisses!
Hitler-Wetter! Leuchtender Himmel, Frühlingstimmung“

so überschlug sich die Nordische Rundschau in ihrer Wahlberichtserstattung.[294] Den Wahlsonntag propagierten die Zeitungen jeweils mit großen Portraits Hitlers auf den Titelseite und entsprechenden Zitaten des „Führers“, die Botschaft an die Leserschaft war offensichtlich.[295]

---

[288] NR 28.3.36: „Von der Kommune zu Adolf Hitler“; vgl. Zsg 102/2b/11/50 vom 17.3.36 und Zsg 102/2b/2/109 (2) vom 14.3.36, in: NSP, Band 4/I, 1936, München 1993, S.301f.

[289] KNN 28.3.36: „Das ganze deutsche Volk hört heute und morgen den Führer.“ Vgl. dazu die Presseanweisung Nr. 312 (Zsg 101/7/233) vom 26.3.36, in: NSP, Band 4/I, 1936, München 1993, S. 345.

[290] KNN 26.3.36: „Die Führerrede am Freitag. Die Läden geschlossen während der Übertragungsstunden“.

[291] vgl. dazu: Overesch, S.272. Zu den Ereignissen in Kiel: NR 24.3.36 „An das deutsche Volk!“

[292] KNN 28.3.36: „Volkstag für Ehre, Freiheit und Frieden“, NR 27.3.36: „Der Volkstag für Ehre, ...“.

[293] Sopade, März 1936, S. 290 (Bericht aus Kiel). Reichspropagandaminister Goebbels hatte das Ergebnis nicht vorher festgelegt, war aber hochzufrieden: „Mit dem Führer vielerlei beraten: Er lobt sehr die Durchführung der Wahlkampagne. Das war mein Meisterstück.“ Tagebücher, S.593 (29.3.36).

[294] NR 30.3.36: „...und Kiel steht zum Führer!“

Die Stadt war in Flaggen gehüllt, es gab ein „großes Wecken“ durch die Spielmannszüge der Parteigliederungen und - verbände, SA, SS und HJ hielten Standkonzerte auf verschiedenen Plätzen ab und Lastwagen sowie Motorradkordons fuhren durch die Straßen, um mit Transparenten und durch Sprechchöre zur Wahl aufzurufen.[296]

In der Darstellung der KNN liefen die Wahlen reibungslos ab, setzte „bereits gleich zu Beginn der Wahl ein überaus reger Andrang der Wahlberechtigten“ auf die Wahllokale ein und hatten „in manchem Stimmbezirk um die Mittagsstunde bereits an die 90 v. H. der Wahlberechtigten ihrer Stimmpflicht genügt [...] Mit Stolz trugen schon bald viele Männer und Frauen nach Abgabe des Stimmzettels die Wahlplaketten auf den Mantelaufschlägen“, so die Zeitung weiter.[297] Die Wahlplaketten mit der Inschrift „Freiheit und Brot. 29. März 1936“[298] dienten somit der sozialen Kontrolle in der Bevölkerung, die (Noch-) NichtwählerInnen sollten im Straßenbild erkennbar sein und damit für den verstärkt am Nachmittag einsetzenden Wahlschleppdienst sichtbar bleiben.[299] Von Wahlmüdigkeit soll nichts zu spüren gewesen sein und letzte Appelle der Zeitung an die Wählerschaft machten noch mal deutlich, dass niemand eine richtige „Wahl“ hatte: „So wird gewählt! [...] In Deinem Wahllokal erhälst Du am Sonntag den Stimmzettel. Neben dem Namen des Führers befindet sich ein Kreis. In diesen Kreis machst Du Dein Kreuz. So gibst Du dem Führer Deine Stimme.“[300]

Das vorläufige Endergebnis: nationalsozialistischer Jubel und antifaschistische Niedergeschlagenheit

Die ersten Auszählungsergebnisse aus dem Reich wurden per Radio bekanntgegeben und vor den Kieler Verlagshäusern standen Menschenmassen, die den Wahlausgang erleben wollten: „Spontan bricht der Jubel los, wenn es wieder einmal heißt, daß da und dort 100 Prozent für den Führer sind [...] Und auch in Kiel können wir mit Stolz und Freude auf das erzielte Ergebnis blicken“, so die Nordische Rundschau.[301] Mit 160.680 Stimmen „für die Liste, damit für den Führer“ und nur 2.938 „gegen die Liste und ungültig“[302] konnte die Kieler Parteiführung hochzufrieden sein. Im Gegensatz zu den Abstimmungen 1933 und 1934, wo sich noch deutlich mehr Ablehnung gezeigt hatte, waren diesmal nicht viele RegimegegnerInnen zu entdek-

---

[295] NR 28.3.36: „`Deutsches Volk, sieh das Große und Ganze´“. Die nur scheinbar unabhängige KNN übertrumpften die Parteizeitung noch und brachten am 29.3.36 nichtmal einen Artikel auf der Titelseite, sondern nur ein Hitlerfoto mit einem sechszeiligen Zitat des Reichskanzlers! Die KNN erschien (wahrscheinlich seit der Einstellung der KiZ) sowohl samstags als auch sonntags, dafür nicht mehr montags. Daraus resultiert die Datierung auf Sonntag. Die NR erschien am Samstag und dann wieder am Montag.

[296] vgl. die Vorankündigung in der NR, 25. März 1936, „Kiel begeht am Sonnabend Volkstag für Ehre, Freiheit und Frieden“; NR 30.3.36: „[...] und Kiel steht beim Führer!“, KNN 31.3.36: „Der Wahlsonntag in Kiel“.

[297] KNN 31.3.36: „Der Wahlsonntag in Kiel“. In einem Artikel vor den Wahlen klang noch die Befürchtung an, daß es eine weit geringere Wahlbeteiligung gäben würde: NR 24.3.36, „`Wir wollen den Frieden`“.

[298] Vgl. die Abbildung in KNN vom 27.3.36.

[299] NR 30.3.36: „ [...] und Kiel steht beim Führer!“; die entsprechende Presseanweisung (Zsg 10272b/20757 (1)) vom 25.3.36, in: NSP, Band 4/I, 1936, München 1993, S.341 lautete: „dass am Sonntag von 4 Uhr an jeder, der in der Liste steht, aber bis dahin noch nicht gewählt hat, aufgesucht und nach dem Grund seiner Wahlenthaltung gefragt wird. [...] Berichtet darf aber über diese Methode nichts.“

[300] KNN am 29.3.36: „So wird gewählt!“; vgl. Hubert, S.259.

[301] NR 30.3.36: „[...] und Kiel steht zum Führer!“. Ähnlich die KNN vom 29.3.36: „Der Wahlsonntag [...]“: „Jubelnde Freude herrschte, als die Plakate kündeten, daß so manche Gemeinde sich hundertprozentig zum Führer bekannt hat!“ Der Tenor im Regime war ähnlich: „Das Volk ist aufgestanden. Der Führer hat die Nation geeinigt. So hatten wir daas in unseren kühnsten Träumen nicht erhofft. Wir sind alle wie benommen...“, so Goebbels am 31.3.36. Tagbücher, S.594.

[302] NR 31.3.36: „Hitler ist Deutschland“. Bezeichnenderweise erlaubte das Regime erst nachdem die Höhe des Sieges bekannt war, die Veröffentlichung von Vergleichen zu den vorherigen Wahlen und Abstimmungen! Vgl. Zsg 102/2b/21750 (4) vom 26.3.36 und dies aufhebend Zsg 102/2b/25/57 (4) vom 30.3.36, in: NSP, Band 4/I, 1936, München 1993, S.347 und S. 362. Vgl. die Abbildung in KNN 1.4.36: „Volk und Führer eins!“

ken: sie erschienen nun als eine zu vernachlässigende Minderheit. Die Warnungen der Gestapo vor kommunistischen Agitationen[303] hatten sich für Kiel als unbegründet erwiesen; vielleicht auch, weil erst im Januar 1936 wieder 30 Personen von der Gestapo verhaftet worden waren.[304] Ähnlich ruhig sah es in Schleswig-Holstein aus, obwohl es seitens der dänischen Minderheit in Flensburg und Umgebung zu Wahlenthaltungen kam und auch im Kreis Pinneberg ähnliches gemeldet wurde. Dies waren aber nur Ausnahmen in der massenhaften Bestätigung des Regimes durch die Wahlberechtigten.[305]

Entsprechend dem nationalsozialistischen Weltbild titelte die Nordische Rundschau: „Hitler ist Deutschland", und die bürgerlichen KNN schlossen sich an: „Ganz Deutschland geschlossen hinter seinem Führer".[306] In den Berichten des Exilvorstandes der SPD klang dementsprechend Resignation durch: „Ich habe die bestimmte Überzeugung, daß mit ein bißchen mehr Mut die Dinge sich in Deutschland bald ändern würden. Aber die Arbeiterschaft ist mut- und ehrlos. Nicht der Bauer, nicht der Bürger, nein der Arbeiter ist heute die Stütze des Systems." Ähnlich sah es ein anderer Genosse: „Die Grundtendenz bei den meisten ehemals politisch aktiven Genossen ist heute Passivität. [...] Der Wahlausgang wird von vielen der Besten geradezu als eine neue Niederlage bezeichnet."[307]

Bezeichnenderweise gab es kein großes Interesse an den gewählten Abgeordneten, der Reichstag hatte schließlich seine Funktion schon lange eingebüßt, diente nur noch als Akklamationsorgan für Hitler und. als Versorgungseinrichtung für Parteifunktionäre bzw. hohe Funktionsträger des Regimes.[308] Letzteres spiegelt sich auch in den Stellungen der sechs Kieler Reichstagsabgeordneten wider: Hinrich Lohse (Oberpräsident und Gauleiter), Emil Brix (Gauwalter der DAF), Joachim Meyer-Quade (SA-Gruppenführer in Schleswig-Holstein, Polizeipräsident Kiels), Wilhelm Sieh (Stellv. Gauleiter), Jakob Sporrenberg (SS-Oberführer) und Otto Triebel (Oberstarbeitsführer). Knapp gescheitert - es galt ja immer noch die 60.000 Stimmen, ein Reichstagsmandat Regelung - war hingegen der Obersturmbannführer und Kaufmann Conrad Wölk.[309]

Wahlmanipulation durch Umdeutung der ungültigen Stimmen

Das überwältigende Ergebnis war nicht nur auf den Massenkonsens, die nationale Begeisterung über den Einmarsch ins Rheinland, den Druck der Wahlvorstände und die in den Wahl-

---

303 LAS 309/22737. Preuß. Gestapo an den Reg. SL, 27.3.36 Im Gestapobericht für Februar 1936 hieß es „Auch im Monat Februar 1936 wurde die Staatspolizeistelle Kiel im starken Maße durch die weitergeführte Aktion gegen den illegalen Apparat der KPD in Kiel und Umgebung in Anspruch genommen." Pr. Gestapo, Stapostelle Kiel, 5.3.36 (in: StAKi 48687, Bl 212).

304 Pr. Gestapo, Staatspolizeistelle f. d. Reg.bez. Schleswig, in einem Schreiben vom 29.3.36 an das pr. GestapA in Berlin (in: StAKi 48687, Bl 2ff.)

305 LAS 309/22737. Polizeipräsident Flensburg an Reg. SL, 3.4.36. Der Landrat von Eidelstedt stellte am 4.4.36 fest, dass die Familie des Vereinsvorsitzenden des Schleswigschen Vereins nicht gewählt hätte und (was auf einen Bruch des Wahlgeheimnisses hinweist) dass der Bauer Daniel P. in Gut Westerstedt eine ungültige Stimme abgegeben hätte. Der Landrat Pinneberg meldete an Reg. SL am 2.4.36: „Nein-Stimmen sind in größerer Anzahl abgegeben worden in den Vorortgemeinden der benachbarten Großstädte, dann aber auch in Wedel und Elmshorn und den unmittelbar anstoßenden Landgemeinden mit starker Industriearbeiter-Bevölkerung." Dies stellte der Bericht in Zusammenhang mit den Festnahmen und Hochverratsprozeßen gegenüber 200 (kommunistischen) Personen aus der Region.

306 NR 30.3.36, „Hitler ist Deutschland". KNN 31.3.36, „Ganz Deutschland geschlossen hinter seinem Führer".

307 Sopade, März 1936, S. 457 und 455 (Berichte aus Berlin). Der nationalistische Schriftsteller Jochen Klepper (Berlin) schrieb dagegen am 30.3.36 in sein Tagebuch: „Und der quälende Gedanke ist, dass die halbe Million Neinsager wohl keineswegs die besten Deutschen sind." Klepper, S.344.

308 Vgl. dazu Hubert, Uniformierter Reichstag, S. 365ff.

309 StDR, Band 497, Berlin 1937, S.8, S.10, S.17, S.22, S.23 und S.27.

lokalen anwesende SA zurückzuführen, sondern auch auf eine (unveröffentlichte) Veränderung in der Bewertung von ungültigen Stimmen, die faktisch auf staatlich verordnete Wahlfälschung hinauslief: „Ein Stimmzettel ist nicht deshalb ungültig, [...] weil der Stimmzettel keine Eintragung aufweist. [...] Nachdem in der Zwischenzeit das Volk mit nationalsozialistischem Ideengut soweit erfüllt ist, daß die Ersetzung der Parteienvielfalt durch eine einzige Partei ihn eine Selbstverständlichkeit geworden ist, kann die Anbringung eines besonderen Kennzeichens am Stimmzettel nicht mehr Voraussetzung für seine Gültigkeit sein.“, so das Reichsinnenministerium. Wer kein Kreuz machte, dessen Stimme sollte nicht als Nein/ungültig gewertet werden, sondern als ‚Ja‘. Doch öffentlich durfte dies nicht werden: „Von einer öffentlichen Bekanntmachung ist abzusehen, damit nicht Unsicherheit über die Art der Stimmabgabe in die Wählerschaft getragen wird.“[310] Wie hoch in der Praxis diese Wahlmanipulation ausfiel, kann für Kiel nur vermutet werden, da hierfür keine Belege zu finden sind. Im Landkreis Oldenburg lagen aber diese Wahlfälschungen bei knapp 3%, während es im Kreis Pinneberg sogar dazu kam, dass die Wahlvorsteher trotz Anweisung leere Stimmzettel als Gegenstimmen werteten.[311]

Nach der Wahl: Propaganda und „Führer“-Verehrung

Die Nachberichterstattung zu den Reichstagswahlen betonte den Massenkonsens zwischen „Führer“ und Geführten, behauptete eine Mehrheitsentscheidung der Deutschen für die NSDAP - Einheitsliste und ließ in der Presse verlauten: „Volk und Hitler eins!“[312]

Auf der zentralen Wahlfeier in Kiel - einem Massenappell auf dem Adolf-Hitler-Platz - wurde der Sieg jedenfalls Hitler persönlich zugeschrieben und SA-Gruppenführer Meyer-Quade, der in Vertretung des erkrankten Gauleiters sprach, hielt eine Rede, die nur so vor Lobhudelei und Ehrerbietung für den „Führer“ strotzte und die Einheit zwischen „Führer“ und Gefolgschaft in der Volksgemeinschaft betonte: „Mit dem heutigen Abend findet einer der ungeheuerlichsten Appelle, die je an unser Volk gerichtet worden sind, seinen freudigen, ergreifenden Abschluß für unseren Gau Schleswig-Holstein und für die Kriegsmarinestadt Kiel. [...] Wir wollen eine verschworene Gemeinschaft werden, wir wollen immer zusammenstehen und mit aller Kraft versuchen, unserem Führer Adolf Hitler seine Arbeit etwas leichter zu machen [...]“[313] Und die KNN zitieren Meyer-Quade so: „Unser Volk hat die Einheit gefun-

---

[310] LAS 309/22737. Reichsinnenministerium an Reg. SL, 27.3.36, vgl. dazu Hubert, S. 270 (Der Autor belegt, dass diese „Uminterpretation“ eindeutig gegen die damals gültigen Rechtsgrundlagen verstieß.) Diese Wahlfälschung durch Umbewertung der Stimmzettel zeigt: das Regime wollte unbedingt ein besseres Ergebnis als bei der RT-Wahl vom November 1933 erreichen, die „Schlappe“ von 1934 durfte sich nicht wiederholen.

[311] LAS 309/22674, Schreiben des Landrats Oldenburg i.H. an Reg. Sl, 11.4.38. Der Landrat wollte sein relativ schlechtes Ergebnis bei der Abstimmung am 10. April 1938 kaschieren und rechnete deshalb vor, um wievieles niedriger das Ergebnis 1936 wirklich gewesen war, womit der Beweis für den Anstieg 1938 erbracht wurde. LAS 309/22737. Landrat Pinneberg an Reg. SL, 2.4.36. Victor Klemperer (Dresden) konnte sich hingegen Wahlfälschung nicht vorstellen: „Es wird ein ungeheuerer Triumph der Regierung. Sie erhält Abermillionen von Stimmen für ‚die Freiheit und den Frieden‘. Sie braucht keine Stimme zu fälschen. Die Innenpolitik ist vergessen.“ Klemperer, S. 251 (23.3.36).

[312] KNN 1.4.36. Überschrift zu einer Grafik, die in einem Kuchenmodell die Stimmzunahme für NSDAP/Hitler von 1928 bis 1936 darstellt. Das Bild in den Berichten der Exil-SPD ist sehr uneinheitlich. Es finden sich Beispiele von Resignation, Niedergeschlagenheit bishin zur Hoffnung auf den baldigen Zusammenbruch des Regimes. Ein Hamburger Genosse berichtete: „ Nach der Wahl: Man sah in Hamburg viel lachende Gesichter: vor Verblüffung oder aus Ironie [...] Der Wahlschwindel ist so plump, so greifbar, so offensichtlich [...]“. Sopade, März 1936, S. 281ff u. S.319. Solche Reaktionen hatte wohl Reichsinnenminister Frick befürchtet und wollte noch am Wahlabend die 98,8% Zustimmung als „gültige und ungültige“ Stimmen verkünden lassen – denen dann die 1,2% „wirklichen“ Nein-Stimmen gegenüber ständen. (Hubert, S.271). Dagegen sprach sich u.a. Goebbels aus und notierte am 31.3.36 in sein Tagebuch: „Ich korrigiere einen dummen Juristenquatsch von Frick: ´gültige und ungültige Stimmen` so ein Unfug.“, Tagebücher, S.594.

[313] NR 31.3.36: „Nach dem Sieg – Noch fester zusammenstehen!“

den, die der Traum von vielen Generationen war. Über die wenigen, die zurückgeblieben sind auf diesem Marsche unseres Volkes ist nicht ein Wort zu verlieren. Daß Schicksal hat sie mit Blindheit geschlagen, und die Strafe ist in der Tat selbst groß genug."[314]

Dass dies dem Regime nicht als Strafe allein reichen sollte, zeigte sich in den Tagen nach der Wahl.[315] Ein Sozialdemokrat schrieb dazu: „Am Tage nach der Wahl hat man aus den verschiedenen Großbetrieben eine Anzahl Leute verhaftet, die sich über das Wahlresultat lustig gemacht hatten." Sowohl auf der „Germaniawerft", den „Deutschen Werken", bei „Bohn und Kähler" und bei „Neufeld und Kuhnke" sollen Arbeiter verhaftet und zur Gestapo in die Düppelstraße gebracht worden sein. Zudem habe es bei „Neufeld und Kuhnke" politisch motivierte Entlassungen gegeben, weil dort während einer Wahlversammlung die Betriebsangehörigen sich zu keiner positiven Äußerung hatten bringen lassen. [316] Einer der Entlassenen, der 22jährige Erich G., ein ehemaliger Sozialdemokrat, hatte dort als Mechaniker gearbeitet, war im Betrieb „als staatsfeindlich bekannt" und verweigerte den „Deutschen Gruß". Erich G. wurde von Arbeitskollegen denunziert, weil er gesagt haben sollte: „Die Wahlen in Schleswig-Holstein sind mit Schiebungen vorgenommen worden; in Schleswig-Holstein sind gar nicht so viele Stimmberechtigte." Dafür wurde er vom Sondergericht zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt und von seinem Arbeitgeber entlassen.[317] Der auf der Germaniawerft arbeitende 21jährige Schlosser Willy O. - ein ehemaliges Jungbanner-Mitglied - war ebenfalls „staatsfeindlich" eingestellt gewesen und hatte sich auf dem Betriebsappell bei der Übertragung der Hitler-Rede am 27. März durch höhnisches provozierendes Grinsen und dem Nichtmitsingen des Horst-Wessel-Liedes als NS-Gegner gezeigt. Gegenüber einem Arbeitskollegen soll er geäußert haben: „[...] der gestrige Wahlgang war eine fürchterliche Schiebung", was ihm eine Denunziation des Betriebszellenobmanns bei der Gestapo und ein Sondergerichtsverfahren einbrockte. Die Anklageschrift zitiert ihn mit den Worten: „Er sei nämlich am Sonntag, den 29. März 1936, in dem Wahllokal Gausstrasse gewesen. Dort habe er sich vor Schliessung der Tür in das Zimmer hineingeschmuggelt. Dann habe er gesehen, wie 2 Wahlzettel, bei denen in dem einen in dem Kreuz ein Tintenfleck gewesen sei und bei dem anderen der Kreis gar kein Zeichen enthielt, mit zu den Zetteln gelegt worden sei, wo die Ja-Stimmen gelegen hätten." Der Angeklagte wurde wegen heimtückischer Äußerungen zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt und der Staatsanwalt behauptete in der Anklageschrift: „Es besteht kein Zweifel daran, dass die allgemeine Behauptung, die ganze Wahl sei eine fürchterliche Schiebung gewesen, unwahr ist."[318]

Der oben schon erwähnte über die Lage in Kiel berichtende Sozialdemokrat nahm das Wahlergebnis dann auch nicht für voll: „In weiten Kreisen lacht man über das Wahlresultat und der Gedanke, daß diese Wahl nicht nur aus außenpolitischen, sondern besonders aus innenpolitischen Gründen gemacht wurde, ist weit verbreitet."[319]

Doch unabhängig von solchen Einschätzungen war es in den Augen des Regimes zu einem überwältigenden Wahlsieg gekommen, und man sah sich offiziell nur mehr einer verschwin-

---

[314] KNN 1.4.36: „Machtvolle Kundgebung vor dem Kieler Rathaus".

[315] In den Sondergerichtsakten findet sich ein Fall aus Segeberg: ein Tannenberg-Bundler hatte bei der Wahl mit „ungültig" gestimmt, in dem er den Wahlzettel mit „Ludendorf" überschrieb. Er wurde wegen Verstoß gegen die Heimtücke-Verordnung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt (LAS 358 / 8211).

[316] Sopade, März 1936, S.449.

[317] LAS 358/8182. Erich G. bestritt vor Gericht aus offensichtlichen Gründen diese Aussagen.

[318] LAS 358 / 8164. Das Sondergericht verurteilte wegen ähnlicher Äußerungen auch einen 25jährigen Maurer aus Schöneberg in Lauenburg (LAS 358/8158), einen ehemaligen Polizeibeamten und Ludendorffer aus Henstedter-Wohld/Krs. Segeberg (LAS 358/8211) und im 2. Weltkrieg eine in Hamburg arbeitende gebürtige Kielerin (LAS 358/4305). Alle Angeklagten waren noch relativ jung und zwischen 21-33 Jahre alt.

[319] Sopade, März 1936, S.449. Laut Hubert, S. 271, war die Wahlfälschung vor der Bevölkerung nicht geheim zu halten und offensichtlich öffentlich bekannt. (Deswegen hatte sich Reichsinnenminister Frick gegen diese Stimmzettel-Umdeutung gewandt ohne sich aber durchsetzen zu können.)

dend kleinen Minderheit von Widerspenstigen gegenüber: Selbst in der Großstadt Hamburg, wo es noch 1934 zu großer Ablehnung gekommen war, erreichte die Zustimmung 95,9%, was reichsweit für die Länder das schlechteste Ergebnis darstellte.[320]

„Die ersten Stimmen für den Führer!“,

titelte die Nordische Rundschau am 24. März als die ersten Seeleute zur Wahl gingen,[321] und das spätere Ergebnis von 99,7% Ja-Stimmen auf der Schleuse entsprach der Idealvorstellung des Regimes.[322] Das amtliche Endergebnis lag davon aber noch etwas entfernt:[323]

Tabelle 11

Reichstagswahl am 29. März 1936				
	Wahlberechtigte	**Wahlbeteiligung**	**Ja-Stimmen**	**Gegenstimmen**
Kiel, vorläufiges	166.782	163.618 (98,1%)	160.680 (98,2%)	2.938 (1,8%)
Kiel, amtliches	168.118	164.524 (97,9%)	161.567 (98,2%)	2.957 (1,8%)
Schleswig-Holstein	1.132.833	1.106.445 (97,7%)	1.084.002 (98,0%)	22.443 (2,0%)
Deutsches Reich	45.455.217	45.002.702 (99,0%)	44.462.458 (98,8%)	540.244 (1,2%)

In Kiel sollen 161.500 Wählerinnen und Wähler für die NSDAP gestimmt haben und nur noch 3.000 gegen die Staatspartei. Das wäre gegenüber 1934 ein Rückgang von fast 21.000 Stimmen, was trotz der wirtschaftlichen und politischen Lage 1936 nicht ohne die obengenannte Wahlfälschung erklärbar ist. Zwar schneiden sowohl Kiel als auch Schleswig-Holstein schlechter ab als im Reichsdurchschnitt, doch sind die Ergebnisse von 98,2% / 98,0% Zustimmung statt der 98,8% im Reich keine großen Abweichungen. Auch die knapp unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung - man könnte maximal 3.500 Wahlberechtigten eine bewußte Entscheidung nicht zur Wahl zu gehen, unterstellen - sowie die 6.900 ausgegebenen Stimmscheine an Kielerinnen und Kieler erhöhten die theoretisch höchstens anzunehmende Anzahl der belegbaren NS-Gegnerschaft auf lediglich knapp 13.400 Menschen.[324] Ob - und wenn ja,

[320] StDR, Band 497, S.7 und S.51 Laut Hubert, S. 275, hatte das Wahlprüfungsgericht die Reichstagswahl 1936 noch überprüft. Dies ist aber meines Erachtens schwerlich als ein Beleg für rechtskonforme Wahlen zu werten.

[321] NR 24.3.36, Schlagzeile im Innenteil über das Wahllokal auf der Schleuse, wo vom 23.3 bis 3.4.36 die Seeleute wählen konnten. Vgl. dazu auch KNN 20.3.36: „Die Wahl der Seeleute“.

[322] KNN 31.3.36: „Die Wahlergebnisse in den Kieler Stimmbezirken.“

[323] Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 497: Die Wahlen zum Reichstag am 29. März 1936, Berlin 1937, S. 7 und S. 37. (Die Anzahl der Stimmscheine wird mit 10.201 angegeben; SH: 50.801, Deutsches Reich: 1.809.271). Wie schwer es ist genaue Zahlen zu nennen, zeigen folgende Quellen: LAS 309/22737, vorläufiges Stimmergebnis Stadt Kiel: Stimmberechtigte: 157.342; Stimmscheine: 9440; Gesamt: 166.782; Abgegebene Stimmen: 163.618; Ung/Nein: 2.938; Gültig: 160.680. StAKi 40680, 11.538 auswärtige Stimmscheininhaber. Schreiben des OB Kiel an den Reg. SL vom 27.4.36: Stimmberechtigte: 157.917, Stimmscheine: 6.943, Stimmscheine wegen Einsprüchen: 1.393, Stimmscheine für RAD (171), für die Schleuse/Seeleute (2.416) und für Auslandsdeutsche (74). Das sind 575 Stimmberechtigte mehr und 557 Stimmscheine mehr als im vorläufigen Endergebnis. LAS 309/22573, Schreiben des OB an Reg. SL vom 19.11.36: 169.260 Wahlberechtigte. Vgl. dazu StaKi 40680, Schreiben vom 23. Oktober 1936 an Reg. SL.

[324] Für 1936 ist es nicht so abwegig sowohl unter denjenigen, die nicht zur Wahl gingen, als auch denjenigen, die sich einen Stimmschein ausstellen ließen, eine Reihe von NS-GegnerInnen zu vermuten. So wurden reichsweit im Juli 1932 (1,9 Mio), Nov. 1932 (0,88 Mio), März 1933 (1,08 Mio), Nov. 1933 (1,22 Mio), VA Aug. 1934 (3,23 Mio) und März 1936 (1,76 Mio) Stimmscheine ausgegeben. Ohne die VA 1934 waren es im März 1936 also die meisten ausgegebenen Stimmscheine reichsweit.

wieviele - leere Stimmzettel aufgrund der reichsweiten Anordnung in Kiel wirklich den Ja-Stimmen zugeordnet wurden, muß aufgrund mangelnder Quellen offen bleiben.

Im Vergleich mit den anderen kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins bildete Kiel das Schlußlicht: Wandsbek (5,0%), Neumünster (4,5%), Altona (2,5%) und selbst Flensburg (2,0%) hatten mehr Nein-Stimmen gezählt als die Reichsmarinestadt. Zudem lag die Wahlbeteiligung in Altona (94,8%) und Flensburg (95,7%) am niedrigsten in ganz Schleswig-Holstein.[325] Eine „antifaschistische“ Hochburg blieb Hamburg mit einer Ablehnung von 4,4%, während Lübeck nur noch 1,7% Gegenstimmen verzeichnen konnte.[326]

NS-Hochburgen und antifaschistische Gegnerschaften

Die Einheitsliste der NSDAP brachte es in den Stimmbezirken in Friedrichsort (100%), Düsternbrook (98,9 – 99,9%), Wellingdorf (99,3 – 99,7%), Holtenau (99,0 – 99,4 %), am Blücherplatz (98,5 – 99,6%) und der Wik (98,5 – 99,2%) zu ihren besten Ergebnissen.

In den 163 Stimmbezirken waren 101mal überdurchschnittlich viele Ja-Stimmen abgegeben worden, wovon in 36 Stimmbezirken mindestens mit 99,2% und in fünf sogar mit 100% für die NSDAP-Einheitsliste gestimmt wurde.[327]

Die schlechtesten Ergebnisse für die NSDAP gab es in den Wahllokalen am Südfriedhof (95,4 - 99,8%), in Gaarden-Ost (94,1 - 100%), dem Schreventeich (89,4 - 99,8%) und am Ravensberg (94,5 - 100%).[328] Die größten Abweichungen verzeichneten der neuentstandene Stimmbezirk 41a (Schreventeich: Hohenstaufenring, Langenbeckstr., Nietzschestr.), wo 83 Wahlberechtigte und damit 10,6% gegen die NSDAP votierten. Es folgten zwei Gaardener Wahllokale (5,9% bzw. 5,1%) sowie eines am Ravensberg (5,5%) und in Gaarden-Süd (5,2%)[329] (Vgl. Karte 4).

Die genaue Analyse des Wahlergebnisses in den Stadtteilen und Straßenzügen wird durch den Umstand erschwert, dass das letzte zur Verfügung stehende Ergebnis freier Wahlen in Kiel vom November 1932 stammt, also 3 ½ Jahre zurücklag. In dieser Zeit hat es einerseits stadtinterne Wohnungswechsel und andererseits eine große Zuwanderung gegeben, so dass statistische Vergleiche fehlerbehafteter sind, als noch zu den anderen beiden nationalsozialistischen Abstimmungsterminen: Im Dezember 1935 hatte Kiel 233.497 EinwohnerInnen verzeichnet,

---

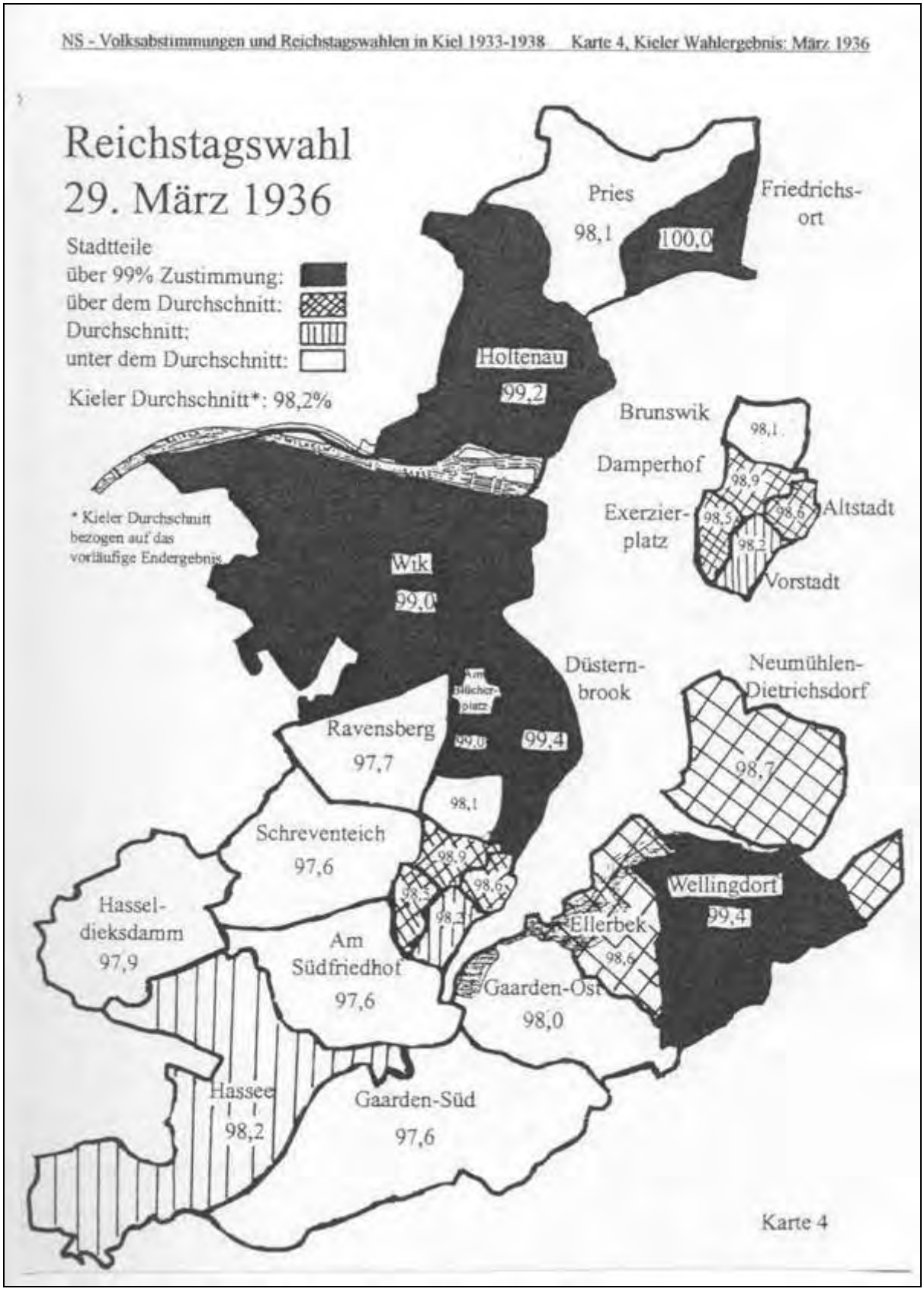
[325] Eigene Berechungungen nach StDR, Band 497, S.37f. Schartl belegt für Flensburgs „rote“ Hochburgen bis zu 7,9% Ablehnung. Schartl, Rote Fahnen, S.169. Imberger kann für Lübeck nur noch höchstens 5,1% nachweisen. Imberger, Widerstand von unten, S.208f.

[326] Eigene Berechnungen nach StDR, Band 497, S.51. Imberger belegt für 1936 nur noch bis zu 5,1% Ablehnung in den Wahllokalen ehem. SPD/KPD-Hochburgen. Imberger, `Widerstand von unten`, S. 208f.

[327] Der Kieler Durchschnitt betrug 98,2%. Die Stimmbezirke mit 100% Ja-Stimmen waren Sb 71 (Ravensberg), Sb 39 (Südfriedhof), Sb 117 und 122 (Gaarden-Ost) und Friedrichsort (Sb 151). Die anderen Stimmbezirke waren Sb 7 (Vorstadt), Sb 16 u. 53 (Exerzierplatz), Sb 77, 78, 84 (Damperhof), Sb 87 (Brunswik), Sb 107 u. 108 (Düsternbrook), Sb 89, 91, 94, 104, 105, 106 (Blücherplatz), Sb 99 (Wik), Sb 72, 92 (Ravensberg), Sb 47 u. 50 (Schreventeich), Sb 21 u. 27 (Südfriedhof), Sb 112, 113 (Gaarden-Ost), Sb 134 u. 135 (Ellerbek), Sb 136, 137, 138 (Wellingdorf), Sb 145 u. 146 (Holtenau). Vgl. Tabelle im Anhang.

[328] Die Brunswik und Pries (⊙ 98,1%) sowie Gaarden-Ost (⊙ 98,0%) waren nur knapp unterdurchschnittlich geblieben. Die Vorstadt und Hassee hingegen lagen genau im Durchschnitt von 98,2%. Am häufigsten unterdurchschnittliche Ergebnisse fanden sich in den Wahllokalen am Ravensberg (7 von 12), am Südfriedhof (12 von 21), der Brunswik (6 von 13) sowie in Gaarden-Ost (9 von 20) und Gaarden-Süd (3 von 7).

[329] Sb 125 (Gaußstr., Gazellenstr., Germaniaring, Hartzstr.) 57 Gegenstimmen; Sb 123 (Bothwell- und Jachmannstr.) 49 Gegenstimmen; Sb 63 (Alsenstr., Hansastr 29 bis Ende, Hansastr. 18-82) 57 Gegenstimmen und Sb 140 (Aschebergerstr., Bielenbergstr., Diedrichstr., Eutiner Str., Heintzestr., Heischstr., Joachimplatz, Lansahner Str., Nach Schwarzland, Oldenburger Str., Segeberger Str., Selenter Str., Sieversdiek) mit 61 Gegenstimmen.


NS - Volksabstimmungen und Reichstagswahlen in Kiel 1933-1938 Karte 4, Kieler Wahlergebnis: März 1936
Reichstagswahl
29. März 1936
Stadtteile
über 99% Zustimmung:
über dem Durchschnitt:
Durchschnitt:
unter dem Durchschnitt:
Kieler Durchschnitt*: 98,2%
* Kieler Durchschnitt bezogen auf das vorläufige Endergebnis
Pries
98,1
Friedrichs-
ort
100,0
Holtenau
99,2
Brunswik
98,1
Damperhof
98,9
Exerzier-
platz
98,5
98,6
Altstadt
98,2
Vorstadt
Wik
99,0
Düstern-
brook
Am
Blücher-
platz
99,8
99,4
Neumühlen-
Dietrichsdorf
98,7
Ravensberg
97,7
98,1
Schreventeich
97,6
98,9
98,6
98,5
98,3
Wellingdorf
99,4
Hassel-
dieksdamm
97,9
Am
Südfriedhof
97,6
Ellerbek
98,6
Gaarden-Ost
98,0
Hassee
98,2
Gaarden-Süd
97,6
Karte 4

was knapp 14.000 (6,2%) mehr waren als noch im März 1933.[330] Dementsprechend entstanden durch Teilung der alten insgesamt sechs neue Stimmbezirke, wobei vom Bevölkerungsanstieg quantitativ insbesondere die Stadtteile „Am Blücherplatz", „Schreventeich" und „Wik" profitierten.[331] Nichtsdestotrotz soll im folgenden versucht werden mit einem Vergleich der Wählerschaft von November 1932, Aussagen über die NS-GegnerInnen zu gewinnen.

Tabelle 12

Alle überdurchschnittlichen Stimmbezirke 1936:	**Parteien im November 1932**			
	NSDAP	**DNVP**	**SPD**	**KPD**
RT 1936: Ja-Stimmen alle 157 Sbe	⊙ 41,9% + 0,3679	⊙ 9,6% + 0,3733	⊙ 30,4% - 0,4204	⊙ 13,5% - 0,3173
RT 1936: Ja-Stimmen 99 Sbe, ⊙ 99,0%	⊙ 44,9% + 0,0797	⊙ 11,3% + 0,2164	⊙ 27,2% - 0,1196	⊙ 11,4% - 0,2086
RT 1936: Nein/ungültige St. 61 Sbe, ⊙ 2,9%	⊙ 37,1 % - 0,2175	⊙ 6,9% - 0,2299	⊙ 35,5% + 0,3633	⊙ 16,8% - 0,0123
Auswahl der besten / schlechtesten Sbe:	**NSDAP**	**DNVP**	**SPD**	**KPD**
RT 1936: Ja-Stimmen 25 Sbe, ⊙ 99,7%	⊙ 45,8% - 0,0841	⊙ 12,6% - 0,0678	⊙ 25,8% + 0,1447	⊙ 10,2% - 0,0084
RT 1936: Nein/ungültige St. 28 Sbe, ⊙ 3,8%	⊙ 35,1% - 0,2295	⊙ 6,4% - 0,4188	⊙ 38,6% + 0,3306	⊙ 16,4% + 0,1340

Lesebeispiel: In den 99 Stimmbezirken, wo es zu mind. 99% Zustimmung kam, hat 1932 die NSDAP 44,9% der Stimmen erhalten. Das Milieu der Partei beförderte dabei eine Stimmabgabe für die Einheitsliste.

Für die Reichstagswahl 1936 ergeben sich ähnliche Zusammenhänge wie bei den vorrangegangenen Abstimmungen, was sich auch in den Ergebnissen der Tabelle 13 bestätigt:

Tabelle 13

	RT-Wahl am 29. März 1936	
Parteien im Nov. 1932	**RT 1936 Ja-Stimmen**	**RT 1936 Nein/ung.-St.**
NSDAP: abs. Mehrheit 46 Sbe, ⊙ 54,9%	⊙ 98,7% + 0,3632	⊙ 1,3% - 0,3632
DNVP - Hochburgen: 9 Sbe, ⊙ 28,7%	⊙ 99,2% - 0,0499	⊙ 0,8% + 0,0499
SPD-Hochburgen 31 Sbe, ⊙ 46,7%	⊙ 97,4% - 0,3545	⊙ 2,6% + 0,3545
KPD-Hochburgen 18 Sbe, ⊙ 27,4%	⊙ 97,7% + 0,2601	⊙ 2,3% - 0,2601

Lesebeispiel: Dort, wo die KPD 1932 ihre Hochburgen, d.h. mind. 5% über dem Kieler Durchschnitt, hatte, stimmten die Wahlberechtigten 1936 mit 97,7% für die NSDAP Einheitsliste und diese Zustimmung korreliert mit den ehemaligen KPD-WählerInnen.

Zum einen beförderte das Milieu der NSDAP-WählerInnen die Stimmabgabe für ihre Partei, zum anderen stammten die Gegenstimmen am ehesten aus den Stimmbezirken, wo einst die SPD das Geschehen dominiert hatte, was sich auch bei den Nein-Stimmen in den ehemaligen

[330] Statistische Monatsberichte der Stadt Kiel, Jg. XXVII, Nr. 12, Dez. 1935, S.4 und Jg. XXV, Nr.3, März 1933, S.4. (Alleine das Militär war von 4.806 auf 8.943 vergrößert worden).

[331] Die Stimmbezirke waren 8a (Gaarden-Süd), 9a und 142a (Hassee), 41a (Schreventeich), 133a (Ellerbek) und 156a (Neumühlen-Dietrichsdorf). Prozentual wuchsen die kleineren Stadtteile am meisten (Holtenau z.B. um 18,1% auf 3.912 Einw.), doch in absoluten Zahlen waren es die innenstädtischen Viertel (Am Blücherplatz um knapp 1.400 Einw., Schreventeich um knapp 1.000 und die Wik um knapp 900).

KPD-Hochburgen bestätigt.[332] Die Stammwählerschaft der DNVP trug hingegen nicht direkt zum grossen NSDAP-Wahlsieg 1936 bei. Vielmehr schafften Konservative und Nationalsozialisten in diesen Stimmbezirken ein Klima, dass es selbst ehemaligen SPD- und KPD-WählerInnen nicht mehr ermöglichte mit „Nein“ zu stimmen,[333] wobei nicht gesagt werden kann, ob dies auf vermehrte Wahlfälschungen zurückzuführen ist. Indirekte Belege auf diese Wahlfälschungen gibt es nur wenige. So könnten die Ergebnisse in den Stimmbezirken 84 (Damperhof) und in vier Stimmbezirken von Gaarden-Ost (Sb 112, 113, 117, 122) auf solche Manipulationen hinweisen: diese waren mehrheitlich von der Sozialdemokratie und den Kommunisten bestimmte Stimmbezirke gewesen und hatten noch 1933 und 1934 jeweils immer nur unterdurchschnittlich für das NS-Regime gestimmt, in vier der Stimmbezirke sollte dies sogar bei der Abstimmung 1938 wieder der Fall sein. Die Ausnahme der Reichstagswahl 1936 ist augenfällig. Es fragt sich deshalb, ob sich in diesen Wahllokalen die Wahlfälschung - d.h. die Umdeutung der leeren Stimmzettel zu Ja-Stimmen - bemerkbar gemacht hat.[334]

Die soziale Schichtung der Wählerschaft liegt im Trend dessen, was schon bei vorherigen Abstimmungen - insb. der Volksabstimmung 1934 - gesagt werden konnte: die zumeist selbständige Oberschicht stimmte mit 99,4% am stärksten der NSDAP-Einheitsliste zu. Es folgten die - weniger gut betuchten - Selbständigen aus den Geschäftsvierteln Kiels (98,7%) und nur scheinbar auf Seiten der unterdurchschnittlich zustimmenden die Beamten und Angestellten (97,9%). Ähnlich wie schon 1934 lag dieses Ergebnis alleine an der großen Gegenstimmung (10,6% Nein-Stimmen) im - wahrscheinlich sozialdemokratisch dominierten - Stimmbezirk 41a (Schreventeich). Rechnet man diese Ablehnung heraus, zeigt sich dieselbe grosse Zustimmung (98,7%) bei Beamten und Angestellten zur NSDAP-Einheitsliste wie bei den Selbständigen. Lediglich für die Arbeiter (97,4%) läßt sich noch eine nennenswerte Gegenstimmung konstatieren.

Zusammenfassung für die Reichstagswahlen 1936

Bei den Reichstagswahlen im März 1936 war der gesamte Wahlkampf innenpolitisch auf die Person Hitlers zugeschnitten gewesen und diente zum ersten als eine Art Plebiszit über die Politik des Diktators und seine Person; zum zweiten als Signal für das Ausland, um es diesem zu erschweren, gegen die deutsche Außenpolitik Stellung zu beziehen; zum dritten als Abstimmung über die Wirtschaftslage in Deutschland. Dabei dienten die Senkung der Arbeitslosigkeit und der durch AB-Maßnahmen und Rüstungsproduktion verursachte Wirtschaftsaufschwung im Wahlkampf als eines der Hauptargumente an die WählerInnen. Dementsprechend wandte sich das Regime auch immer wieder an die Arbeiterschaft, behauptete die Nähe Hitlers zu ihr, und versuchte diese für ihn einzunehmen.[335] Interessanterweise spielten antisemitische Töne im Wahlkampf, trotz der erst ein Jahr zuvor verabschiedeten Rassengesetze, keine - veröffentlichte - Rolle. Die wirtschaftlichen Erfolge, die Identifizierung mit dem „Führer“ und die Person Hitlers waren die eigentlichen Zugpferde im Wahlkampf 1936, und das amtliche Endergebnis schien dem Regime recht in seiner Taktik zu geben.

Die Reichstagswahl war für die NSDAP auch in Kiel zu einem Erfolg geworden: nicht nur ihre Stammwählerschaft schien für die Einheitsliste eingenommen zu sein, auch in den ehe-

---

[332] Der Korrelationskoeffizient der SPD (37%, 1932) beträgt bei den Nein-Stimmen +0,3026.

[333] Die weiteren Korrelationskoeffizienten lauten: NS (46,2%): -0,34; SPD (37,6%): +0,33; KPD (3,7%): +0,38.

[334] Im Sb 84 fiel das Ergebnis 1933 knapp 7%, 1934 knapp 10% und 1938 knapp 2% unter dem Durchschnitt aus. Für die Sbe 112 (knapp 2%, 2%, 1%), 113 (knapp 3%, 3%, 1%), 117 (knapp 2%, 3%, 1938 überdurchschnittlich), 122 (knapp 1%, 2,5%, 1938 überdurchschnittlich) war die Tendenz ähnlich.

[335] Dazu sind oben schon verschiedene Fundstellen aufgezeigt worden. Bezeichnend ist auch ein Zitat aus der NR vom 24.3.36: „Der Arbeiter ist der treueste Gefolgsmann des Führers“ (Schlagzeile: „`Wir wollen den Frieden` Wahlkundgebung in Gaarden“. – Meines Erachtens zeigt sich hier, daß Selbstsuggestion die eigene Unsicherheit darüber verdecken sollte, ob das Gesagte wirklich mit der Realität übereinstimmte.

maligen Vierteln der verbotenen Arbeiterparteien konnten sich die RegimegegnerInnen nicht mehr so massiv gegen den NS-Staat äußern, wie sie es noch 1934 getan hatten. Die Auswertung aller Stimmbezirke macht deutlich, dass in Kiel nur noch in den Bezirken überdurchschnittlich gegen die NSDAP-Einheitsliste gestimmt wurde, die vormals Hochburgen der SPD und KPD gewesen waren. Hier scheinen sich immer noch die Milieus der beiden illegalen Arbeiterparteien ausgewirkt zu haben: das „Klima" in den Straßen begünstigte es, sich selbst noch 1936 der sozialen Kontrolle und dem Druck der NSDAP und ihrer Verbände zu entziehen, und im Wahllokal mutig gegen die Einheitsliste zu stimmen, wobei dies in der Regel nur noch auf die ehemaligen sozialdemokratischen WählerInnen zutrifft. In den anderen Wahllokalen wird die soziale Kontrolle und der tatsächlich ausgeübte Druck so groß gewesen sein, dass RegimegegnerInnen sich diesem nicht entziehen wollten oder konnten. [336] Nicht zu unterschätzen ist auch die Integrationskraft der nationalistischen - und in den Augen der Mehrheit - erfolgreichen Außenpolitik über die 1936 faktisch mitabgestimmt wurde und die Tatsache, dass 1936 in Kiel mit nur noch 2.500 Erwerbslosen fast Vollbeschäftigung herrschte.[337] Die NSDAP hatte 1936 in Kiel also einen großen Wahlsieg errungen und selbst die ehemals „roten" Stadtviertel schienen laut Endergebnis nur noch gering gegen die Staatspartei eingestellt zu sein. Der Sieg war zwar durch soziale Kontrolle, massive Wahlpropaganda und - schwer bezifferbare - Wahlfälschungen erkauft worden, [338] doch spielte das offiziell keine Rolle. Ob man 1936 von einem Massenkonsens seitens der ehemals linken Arbeiterschaft mit dem Regime sprechen kann, ist fragwürdig. Meines Erachtens hätte die NSDAP zwar auch bei „freieren" Wahlen eine Mehrheit für sich gewonnen, doch inwieweit die Bevölkerung wirklich zu 99 % hinter dem NS-Staat stand, muß bezweifelt werden, denn selbst unter Parteianhängern der NSDAP war das Ergebnis in dieser Höhe nicht mehr glaubwürdig zu vermitteln. Die verfolgten Sozialdemokraten schrieben dazu: „Die Nazis schämen sich selber dieses Wahlergebnisses. Die anderen sind niedergeschlagen, daß soviel Betrug möglich ist und daß niemand etwas dagegen machen kann." Und weiter: „Bei uns sind die denkenden Nazis mehr betreten, als vor der Wahl, von einer Hochstimmung ist schon gar keine Rede."[339] Meines Erachtens trifft deshalb die Bewertung von Wolfgang Benz zu: „Die Plebiszite von 1936 und 1938 mit 99 Prozent Ja-Stimmen entsprachen zwar nicht der wahren Volksstimmung, zeigen aber doch, daß das Regime sich auf dem Höhepunkt seiner Integrationskraft und Beliebtheit befand"[340], wobei hinzu zu fügen ist: das Regime befand sich auch auf dem Höhepunkt seiner direkten Wahlfälschungsaktionen.

---

[336] Laut Schneider sahen auch die kommunistischen Lageberichterstatter die Ergebnisse von 1936 als einen Erfolg der nationalsozialistischen Agitation und Propaganda. Vgl. Schneider, Unterm Hakenkreuz, S.731.

[337] Verwaltungsbericht Stadt Kiel 1933-1938, S.104. Die gemeldeten Arbeitssuchenden lauteten: April 1933: 28.268, April 1934: 16.515, April 1935: 5.966, April 1936: 2.484, April 1937: 1.474 und April 1938: 733. Gesamtanzahl derjenigen, die 1936 von staatlicher Unterstützung lebten: 8.640 Menschen (Wohlfahrt, Kleinrenten, Krisenunterstützung, Arbeitslosenunterstützung u.ä.) Verwaltungsbericht, ebd.

[338] Im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß benannten die Ankläger u.a. folgende Sachverhalte: Bruch des Wahlgeheimnisses; Auflistungen von Personen, die wahrscheinlich mit „Nein" stimmen würden; Drohung von Kindesentzug bei Wahlenthaltung (Bibelforscher!); Reidentifizierung der Wählervoten. Zudem ging man allgemein von „unehrlichen" Abstimmungen aus. Vgl. Die Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 14 November 1945 – 1. Oktober 1946. Veröffentlicht in Nürnberg, Deutschland, 1948. Nachdruck in 23 Bänden. München/Zürich 1984. (Im folgenden: IMT), Band 2, S.126 (21. Nov. 1945); Band 19, S.492 (26. Juli 1946); Band 20, S.88f (31. Juli 1946). Die Verteidiger und Angeklagten hoben hingegen auf die hohe Zustimmung zum Regime ab, die sich in den Wahlergebnissen widerspiegele. Vgl. u.a. Band 11, S.110 (9. April 1946, Angeklagter Lammers); Band 20, S.291 (2. August 1946, Angeklagter Schlegelberger); Band 22, S.123 (28. August 1946, Verteidiger von von Papen).

[339] Sopade, März 1936, S. 441 (Bericht aus Würtemberg) und S. 426 (Bericht aus Süddeutschland).

[340] Wolfgang Benz: Konsolidierung und Konsens 1934 – 1939. In: Das Dritte Reich im Überblick. Chronik. Ereignisse. Zusammenhänge. Herausgegeben von Martin Broszat/ Norbert, München 1989, S.51.

7. Die Volksabstimmung und Wahl zum Großdeutschen Reichstag vom 10. April 1938

Die Annexion Österreichs

Im Februar 1938 erzwang die deutsche Regierung eine Regierungsumbildung in Österreich zugunsten der Nationalsozialisten und damit eine stärkere Orientierung auf die reichsdeutsche Politik. Der österreichische Bundeskanzler v. Schuschnigg versuchte diesem Druck auf einen allmählichen Anschluß an das Deutsche Reich durch eine suggestive "Volksbefragung" zu entgehen. Aufgrund der darauffolgenden repressiven und aggressiven Politik Deutschlands wurde die "Volksbefragung" abgesetzt, v. Schuschnigg trat zurück und der nazitreue Seyß-Inquart wurde am 11. März österreichischer Bundeskanzler.[341] Einen Tag später marschierten deutsche Truppen - darunter auch motorisierte Kieler Schutzpolizei - unter großem Jubel in Österreich ein.[342] Der Einmarsch wurde in der Kieler Presse begeistert aufgenommen, und in der Stadt fand noch am Samstagabend auf dem Adolf-Hitler-Platz vor dem Rathaus eine Großkundgebung mit Gauleiter Lohse statt, auf der „Österreichs nationale Erhebung“ durch den Aufmarsch von Partei, SA, SS und Kriegsmarine sowie Luftwaffe gefeiert wurde. Die Kinder erhielten schulfrei, überall wurde geflaggt und vor dem „Hilfsbund der Österreicher“, Ortsgruppe Kiel, hielt der österreichische Dichter Josef Hieß eine Rede.[343]

Aufgrund der positiven Resonanz auf den „Anschluß“ entschloß sich Hitler zu einem Plebiszit.[344] Obwohl es im folgenden einerseits um die Wahl zum Großdeutschen Reichstag, andererseits um eine Volksabstimmung über die "Wiedervereinigung" von Österreich und Deutschland ging, konnten die Wählerinnen und Wähler nur auf eine Frage antworten: „Bist Du mit der am 13. März 1938 vollzogenen Wiedervereinigung Österreichs mit dem deutschen Reich einverstanden und stimmst Du für die Liste unseres Führers Adolf Hitler?“[345] Dazu standen ihnen mit ‚Ja‘, ‚Nein‘ und dem ungültig machen des Stimmzettels drei Wahlmöglichkeiten offen, doch konnte niemand einen Teil der Frage befürworten und den anderen verneinen. Eine Ausdifferenzierung des „Volkswillens“ wollte das NS-Regime nicht riskieren.[346]

Vorbereitungen zum Plebiszit in den Kommunen: Hektik und Zeitdruck

Am 18.März 1938 löste Hitler den Reichstag auf und beraumte für den 10. April Neuwahlen zusammen mit der Volksabstimmung an.[347] Für den Wahlkreis 13, Schleswig-Holstein, wur

---

[341] Jung, S.109ff.

[342] KNN 18.3.38: „Sie können wohl lachen [...] wer denn wohl?“ Darunter zwei Fotos der motorisierten Kieler Schutzpolizei.

[343] NR 12/13.3.38: „Schuschniggs Verrat: Der Führer rettet Deutsch-Österreich vor einem neuen Bürgerkrieg“, ebd. „Ganz Kiel feiert heute abend Österreichs nationale Erhebung“, ebd. auch die kleineren anderen Artikel.

[344] RGBl, Teil 1, 1938, Berlin 1938, S. 237ff: 13.3.38: „Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich.“ S. 249ff, 16.3.38: „Verordnung zum Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich.“ Sowohl die österreichische als auch die deutsche Regierung hatten per Gesetz den „Anschluß“ legitimiert, womit die Abstimmung nur noch als eine nachträgliche Legitimierung des Faktischen gedacht gewesen war. Vgl. dazu Jung: S. 109ff. Zum Zeitverlauf vgl. Overesch, S.428ff. Vgl. dazu auch NR vom 14.3.38: „Durch Gesetz der Anschluß Österreichs an das deutsche Reich verkündet“.

[345] vgl. StAKi 40678, Stimmzettel; ebenso LAS 309/22674. Hubert nennt auch Texte von Entwürfen für den Stimmzettel (Hubert, S.147, FN 14).

[346] Der Berliner Schriftsteller Jochen Klepper beschrieb das Dilemma am 9.4.38 in seinem Tagebuch so: „Da der Nationalsozialismus immer wieder eine Frage, die man vor der Welt bejahen muß, bei seinen Abstimmungen zusammenkoppelt mit einer Frage, die man vor Volk, Welt, Kirche, Gott verneinen muß, bleibt mir nun nichts übrig, als einen leeren Schein abzugeben. [...] Ein glattes Nein ist mir nicht möglich.“ In: Klepper, S. 576.

[347] RGBl, Teil 1, 1938, Berlin 1938, S. 257: 18.3.38, Verordnung des Führers und Reichskanzlers über eine Volksabstimmung sowie über die Auflösung und Neuwahl des Reichstags. S. 258: 18.3.38, Zweites Gesetz über

den der Regierungsdirektor Schwemann als Kreiswahlleiter und Regierungsvizepräsident a. D. von Braumüller zu seinem Stellvertreter ernannt.[348]

Der kurze Zeitraum bis zum Plebiszit war bewußt gewählt worden und diente wahrscheinlich dazu, die positive Stimmung unter den neuen und alten Reichsdeutschen für die Wahl auszunutzen.[349] Für die Städte und Gemeinden bedeutete es aber, die Abstimmung in knapp drei Wochen organisieren zu müssen; hektische Betriebsamkeit war die Folge. Das zuständige Kieler Statistische und Wahlamt vermerkte deshalb, daß eine (angedachte) Anpassung zwischen den Grenzen der statistischen Bezirke und denen der Ortsgruppen der NSDAP aufgrund des Zeitdrucks nicht mehr möglich wäre und auf die Zeit nach der Volkszählung 1939 verschoben werden müßte. Die alten Stimmbezirke blieben erhalten und neun wurden wegen des Bevölkerungszuwachses neu aufgeteilt: der Bau neuer Wohnhäuser und Siedlungen (etwa Kronsburg) machte dies notwendig.[350]

Offiziell erfuhren die Behörden den durch die Presse schon verkündeten Wahltermin durch einen Funkspruch des Regierungspräsidenten in Schleswig am 21. März: "Termin für die Reichstagswahl ist auf Sonntag, den 10. April 1938 festgesetzt. Stimmlisten und Stimmkarteien sind am 2. und 3. April auszulegen. Sofort alle Vorbereitungen treffen und Verwaltungs- und Gemeindebehörden auf schnellstem Wege mit Weisungen versehen."[351] Noch am selben Tag brachten die bürgerlichen Kieler Neuesten Nachrichten eine Ankündigung über die „Auslegung der Stimmlisten“, und die nationalsozialistische Nordische Rundschau beschäftigte sich kurz darauf mit dem „Hochbetrieb im Statistischen und Wahlamt der Stadt Kiel“, um der Behörde dann im letzten Satz in den Mund zu legen, worum es der NSDAP eigentlich ging: „das Wahlamt ist sich darüber im klaren, daß das Wahlrecht erstes Staatsbürgerrecht ist und daß deshalb jeder Volksgenosse sein Wahlrecht ausüben muß.“[352] Das theoretische Wahlrecht war zur faktischen Wahlpflicht geworden.[353]

Am 25. März erstatteten die Kieler Behörden dem Regierungspräsidenten Bericht über die vermutete Anzahl der Wahlberechtigten (ca. 176.000), ließen großformatige, rote Plakate mit dem Wahlaufruf kleben und durch die Presse bekanntmachen und für 100 Beamte und Angestellte entstand Zusatzarbeit für die Abstimmung.[354] Einen Tag später schrieb die Behörde an den NSDAP-Kreisleiter Otto Ziegenbein, daß die Partei für die 172 Stimmbezirke dementsprechend viele Wahlhelfer benennen solle: „Als Wahlvorsteher und Wahlvorsteherstellvertreter sollen, wie bereits zwischen uns vereinbart worden ist, nur Mitglieder der NSDAP berufen werden. Ich bitte, mir für die Ernennung der Wahlvorsteher und Stellvertreter Vorschläge aus den Reihen der Parteigenossen zu machen.[355] Die Partei reagierte prompt und schrieb am 30. März zurück: "Die Wahlbeisitzer und Schriftführer werden inzwischen von den zu-

---

das Reichstagswahlgesetz. Vgl. Jung, S. 113f. Vgl. Hubert, S.145. Das Reichsinnenminsterium informierte am 19.3.38 das Regierungspräsidium in Schleswig von diesen Entscheidungen (vgl. LAS 309/22674).

[348] LAS 309/22674, Regierungspräsident Schleswig an die Landräte und Oberbürgermeister, 22.3.38. Abdruck in der Presse am 29.3.38: KNN, „Auslegung der Wählerlisten am 2. und 3. April“.

[349] Der Kommentar auf der Titelseite der KNN vom 19./20.3.38 spricht hier Bände: „An dieser einzigartigen deutschen Schicksalswende richtet sich erneut aller aufrichtiges Treuegelöbnis auf unsern Führer Adolf Hitler.“ vgl. NR 19./20.3.38: „Reichstag aufgelöst – Die Parole des 10. April: Das ganze Deutschland an die Wahlurne“.

[350] vgl. StAKi 40680, Vermerk vom 14. März 1938. Es handelte sich um die Stimmbezirke 46, 94, 95, 96, 98, 138, 141, 144, 155. Sie wurden geteilt und die neuen Sb mit einem "a" versehen (also 46, 46a, 94, 94a usw). Laut LAS 309/22573 soll Kiel 181.161 Wahlberechtigte gehabt haben. (Schreiben des Oberbürgermeisters an den Reg. SL, 23. Juni 1938).

[351] StAKi 40680. Funkspruch Kommando der Schutzpolizei/Berlin, 11.17 Uhr am 21. März 1938 an Reg. SL.

[352] KNN 21.3.38; NR 25.3.38: "Signal 1 heißt: wahlberechtigt".

[353] Auch 1938 gab es noch immer keine gesetzliche Wahlpflicht, und es galt immer noch das Reichswahlgesetz von 1924 und die darin enthaltende Reichsstimmordnung.

[354] StAKi 40680, darin eine (angerissene) Bekanntmachung in Übergröße für Litfaßsäulen. Vgl. dazu auch LAS 309/22674, Schreiben des Regierungspräsidenten vom 26.3.38 an Gaupresseamt Kiel.

[355] StAKi 40680; Schreiben vom 26.3.1938, Der Oberbürgermeister. Statistisches und Wahlamt. Dasselbe Verfahren galt für Beisitzer/Schriftführer sowie die Ersatzmänner.

ständigen Ortsgruppenleitern auch bestellt und ausgesucht."[356] Während die Presse die Bevölkerung mit Artikeln auf die Abstimmung einstimmte[357] und die Reichspressekammer für die kirchliche Presse in einem Erlaß anordnete: „jede Auseinandersetzung mit anderen Gruppen innerhalb der deutschen Volksgemeinschaft jeden Streit über andere Fragen ruhen“ zu lassen,[358] plagten sich die Behörden mit organisatorischen Problemen herum: Die Wahlbenachrichtigungskarten mußten verschickt, Stimmzettel und Widerspruchsvordrucke bestellt, neun neue Wahlurnen und Wahlzellen angeschafft, und einige gesonderte Stimmbezirke eingerichtet werden: so waren Schutzhäftlinge in den Polizei- bzw. den Gerichtsgefängnissen zuerst zur Wahl zugelassen, dann ihnen aber ohne Rechtsgrundlage das Wahlrecht verwehrt worden[359]. Auf der Schleuse wurde ein Wahllokal für Seeleute eingerichtet und ebenso für die Patienten in den Krankenhäusern, wobei das Personal jeweils den Wahlvorstand bildete.[360] Für diejenigen, die nicht im Krankenhaus lagen, aber körperlich nicht in der Lage waren, eigenständig zum Wahllokal zu kommen, richtete die Kreisleitung der NSDAP einen Fahrdienst ein.[361] Damit auch noch der letzte Volksgenosse seiner faktischen Wahlpflicht nachkommen konnte, kam es sogar auf Schiffen zu Wahlhandlungen.[362]

Letzte organisatorische Fragen

Um weitere organisatorische und inhaltliche Fragen sollte es auf einer Besprechung zwischen dem Oberbürgermeister Behrens und den Wahlvorständen der Partei am 8. April im Rathaus gehen. So wurde festgestellt, daß „Mitglieder des Abstimmungsvorstandes auch Uniform tragen“ können, was die soziale Kontrolle während der Wahlhandlung erhöht haben dürfte. Auch der Ausschluß von der Wahlhandlung für „aktive Soldaten“ und „Personen, die wegen Geisteskrankheit in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht sind, Straf- und Untersuchungsgefangene“ war Thema der Besprechung. Ebenso wurde vermerkt: „Juden - auch Geltungs-Juden, sind zur Wahl nicht zuzulassen. Die etwaige Eintragung ist mit Vermerk zu versehen. Falls sie glauben, stimmberechtigt zu sein, sind sie an das Wahlamt zu verweisen.“ Schwieriger gestaltete sich 1938 noch eine andere „Rassenfrage“: „Die Frage der rassischen Zugehörigkeit der Zigeuner ist immer noch nicht eindeutig geklärt. Die Zigeuner sind gegebenenfalls auf die rassischen Voraussetzungen hinzuweisen. Es ist aber zu bedenken, daß auch unter den Zigeunern Alte Kämpfer sind.“[363]

---

[356]StAKi 40678, NSDAP-Kreisleiter an OB Walter Behrens, 30.3.1938. (Hierin: Liste der Wahlvorsteher)

[357]vgl. u.a. KNN 2./3. April 1938: "Haben Sie ihre Wahlbenachrichtigungskarte?", KNN 7. April 1938, Titelseite unter den Artikeln: "Deutscher! Dein Ja dem Führer am 10. April".

[358] LAS 309/22674, Gestapo-Stapostelle Kiel am 28.3.38 an untergeordnete Dienststellen, Oberbürgermeister und Landräte über eine Erlaß der Reichspressekammer. Die Gestapo bat um Rücksendung von Informationen, ob die Kirchenpresse sich an diesen Erlaß hielte.

[359]StaKi 40679; Reg. SL an OB vom 4.4.38; (Ein Schreiben vom 3.4.38 benennt 155 Gefangene, zumeist Arbeiter). Die Gestapo wies am 31.3.38 auf das Wahlrecht von Schutzhäftlinge hin (LAS 309/22674), revidierte dies aber in einem Schreiben vom 8.4.38 (Kreisarchiv Stormarn Akte 2020, Die Reichstagswahlen 1936-1938).

[360] KNN 1.4.38: „Wie deutsche Seemänner wählen: 100 prozentige Stimmabgabe zum 10. April“
vgl. diverse Schreiben im März und April 1938 an die Behörden seitens der Krankenhäuser mit Bitte um Errichtung eigener Wahllokale, StaKi 40680).

[361]KNN 6.4.38: "Der Wahldienst am 10. April. Kranke und Schwache werden gefahren!"

[362]vgl. StaKi 40680; Schriftwechsel zwischen dem Amt für Seefahrt der NSDAP-Auslandsorganisation, der Behörde und der Reederei Karl Grammershof, u.a. 21. April 1938. (Der Reeder hatte um Übersendung von Abstimmungsunterlagen gebeten, die Behörde diese übersandt, die NSDAP wollte das Ergebnis wissen, worauf die Stadt antwortete: "Eine Bordabstimmung hat nur an Bord des Dampfers "Cläre Grammershof" stattgefunden. Insgesamt haben 11 Stimmberechtigte ihre Stimme abgegeben und alle mit "Ja" gestimmt.")
Vordrucke für die Bordabstimmung finden sich in LAS 309/22674. Hier findet sich auch eine Anweisung des RFSS und Chefs der deutschen Polizei, Heinrich Himmler, wieder in der am 29.3.38 verfügt wird, daß „Vom 1. bis 10.April nur Betrieb von Lautsprecherwagen zum Zwecke der Wahlpropaganda zulässig.“ sei.

[363]StaKi 40679, "Waschzettel" für den OB, 8.4.38.

Während behördlicherseits und seitens der NSDAP die Organisation der Abstimmung auf Hochtouren lief, meldete sich eine Reichsbehörde bei der Stadt: die Gestapo, Stapostelle Kiel, bat um die Übersendung des Wahlergebnisses, wobei ihr insbesondere die Einzelergebnisse aus den Stimmbezirken am Herzen lagen.[364] Es ist zu vermuten, daß die Gestapo sich genau darüber informieren wollte, in welchen Straßenzügen und Stadtteilen die letzten mutigen GegnerInnen des Regimes zu finden waren. Ein ähnliches Interesse verband damit auch die NSDAP, die ebenfalls einen Durchschlag des detaillierten Ergebnisses bekommen sollte.[365]

„Jeder mache sich zum Anwalt dieser Wahl: bei seinen Angehörigen, seinen Nachbarn, am Arbeitsplatz ...“[366]

Nach dem „Anschluß“ Österreichs begann eine Propaganda für die Abstimmung, wie sie vorher bei anderen Anlässen nicht erreicht worden war:[367] Die SA-Gruppe Nordmark und das NSKK führten Propagandafahrten in Schleswig-Holstein durch,[368] die SS machte sich für den Wahlkampf bereit[369], die HJ Kiels reiste nach Österreich zur Unterstützung des dortigen Wahlkampfes[370], an die ehemaligen Soldaten wurde appelliert für die Wahl zu werben,[371] an der Holtenauer Straße/Gneisenaustraße wurde durch die SA ein großes Wahlplakat aufgestellt, ebenso warben an vielen Häusern „Transparente für die Wahl“[372], alle NSDAP-Ortsgruppen hielten Wahlveranstaltungen ab,[373] die evangelische Landeskirche rief positiv zur

---

Bzgl. der Soldaten gab es diverse Schreiben, des Wehrkreiskommandos X, u.a. vom 4.4.38, in denen betont wurde, daß für Soldaten das Wahlrecht ruhe. LAS 309/22674.

[364] StaKi 40679; Geheime Staatspolizei, Stapostelle Kiel, 6.April 1938, an das Stat. Amt - Wahlamt; Rückantwort am 20.April 1938 durch den OB. In StaKi 40680 findet sich auch ein undatierter Brief eines Zeugen Jehovas, der aus religiösen Gründen die Wahl ablehnt. Vermerke weiterer Art sind nicht zu finden.

[365] StaKi 40679; OB. Arbeitsgebiet Statistik, 16. Mai 1938. Vermerk über die Weiterleitung der Ergebnisse an die Kreisleitung, Kiel, Fährstr., "Haus der Arbeit". Unklar ist, ob dies auch die Wählerlisten und damit den Rückschluß auf die NichtwählerInnen einschloß. Für Schleswig-Holstein sind solche Nachforschungen ebenfalls bekannt: In einem Schreiben des Landrats des Kreis Lauenburg/Ratzeburg an den Regierungspräsidenten vom 13.4.38 erbittet dieser Listen über die NichtwählerInnen anlegen zu dürfen, um herauszufinden, warum diese nicht gewählt haben. Von einer Befragung der NichtwählerInnen wollte er aber absehen. Im gleichen Schreiben wird erwähnt, daß auch die NSDAP Nichtwählerlisten anfordern will. (LAS 309/22674).

[366] KNN 2./3.4.38: „Ein Appell an die ehemaligen Soldaten“ Den Reichsdeutschen mußten der Sinn der Abstimmung im Reich erstmal klargemacht werden, da nicht wenige der Meinung waren: „Es hätte genügt, wenn in Österreich abgestimmt worden wäre.“ Zudem wurde die Geldverschwendung bei dieser Wahl kritisiert: „Alles fragte sich: „Wozu dieser Aufwand?“ Selbst stramme Nationalsozialisten hielten sich darüber auf, wie dafür das Geld verschleudert wurde.“ Aus: Sopade, 5 Jg., Nr. 4/5, 1938, S. 409 u. S. 411.

[367] Für die Sprachregelung zum „Anschluß“ Österreichs bzw. zur Abstimmung sind eine Unmenge von NS-Presseanweisungen an die Zeitungen gegangen. Interessanterweise findet sich aber in den Tagebücher von Goebbels kein einziger Hinweis auf die RV 1938. Vgl. Tagebücher, Band 3, S.442.

[368] LAS 309/22674, SA der NSDAP. Der Führer der Gruppe Nordmark. 28.3.38 an den Regierungspräsidenten in Schleswig. Die SA Gruppe Nordmark fährt vom 3. – 9.4. auf Wahlpropangandafahrt durch Schleswig-Holstein. Vgl. dazu die Aktion in den Straßen Kiels und auf dem Exerzierplatz: KNN 4. April 1938: „Kiels SA rief wuchtig zur Wahl“; KNN 2./3.4.38: „Propagandafahrt des NSKK“.

[369] NR 19./20.3.38: „Ab sofort stehen die Schleswig-Holsteinischen Schutzstaffeln zum Einsatz für den Wahlkampf bereit.“, so der SS-Standartenführer Abschnitt XX.; vgl. zu Kiel KNN 4.4.38: „SS auf Propagandafahrt“

[370] KNN 31.3.38: „Die Bannfahne der Kieler HJ in Braunau und Linz“.

[371] KNN 2./3.4.38: „Ein Appell an die ehemaligen Soldaten“.

[372] KNN 29.3.38: „Ein Mahnmal für den 10. April“, KNN 31.3.38, Titel wie oben angegeben.

[373] Es finden sich täglich Hinweise in der Presse auf Wahlversammlungen. Exemplarisch möchte ich zwei nennen: KNN 1.4.38: „Wahlkundgebungen am Ostufer“ über eine Rede des Kreisleiters Otto Ziegenbein KNN 6.4.38: „`Wir zeichnen uns ein ins Buch der Geschichte!`“ über eine Rede des Oberbürgermeisters Walter Behrens. (Beide verwenden die Standard“argumente“ für die Wahl.)

Wahl auf,[374] und natürlich wurde die Rede Hitlers bei seinem einzigem Auftritt im Norden, in Hamburg, öffentlich im Radio übertragen.[375]

Reichsminister Hans Frank in der Nordostseehalle

Die beiden ersten Höhepunkte im Kieler Wahlkampf folgten am 30. März und 1. April. Zuerst trat mit Reichsminister Dr. Hans Frank *der* NS-Jurist in der Nordostseehalle auf.[376] Seine Rede war natürlich „ein flammendes Bekenntnis Kiels zu Führer und Volk" und die berichtende KNN sah überall nur „zufriedene Menschen, denn das Gespenst der Arbeitslosigkeit [ist] durch den Führer gebannt." Die durch die Aufrüstung bedingten wirtschaftlichen Erfolge auf den Kieler Werften mußten dann auch als regionales Hauptargument für ein „Ja" bei der Abstimmung herhalten. [377] Das zentrale „Argument" für die Zustimmung lautete aber ähnlich wie bei jeder vorangegangenen Abstimmung: „Am 10. April ist das ganze deutsche Volk aufgerufen, durch seine Stimme die Entscheidungstat des Führers zu bestätigen und vor aller Welt Zeugnis abzulegen von der unzerstörbaren Einheit des neu geschaffenen großen Deutschen Reiches."[378] Die Wahl sollte Hitler bestätigen und gleichzeitig dem Ausland zeigen, daß alle Deutschen den Regierungskurs billigten.

Doch Frank beließ es nicht dabei, ließ antisemitische Passagen über die Rassegesetzgebung folgen und sagte laut KNN „unter brausenden Beifall": „Unter Adolf Hitler wurden wir wieder Deutsche und nur Deutsche". Und der Berichterstatter schrieb weiter: „Starker Beifall begleitete seine Ankündigung, daß der Jude für immer aus dem deutschen Volkskörper ausgemerzt werde."[379]

Das zweite größere Ereignis für Kiel war die Vorführung des Tonfilms „Hakenkreuz über Österreich" auf dem Adolf-Hitler-Platz. Zum ersten Mal wurde in Kiel im Freien ein Film gezeigt und dementsprechend groß war das Interesse an filmischen Dokumenten zum Einmarsch in das Alpenland. Am Ende der Vorführung ließ es sich der Kreisleiter Ziegenbein nicht nehmen noch einen Appell an die Anwesenden zu richten: „Unser Dank soll sein, daß am 10. April keiner an der Wahlurne fehlt und daß sie hundertprozentig mit Ja-Stimmen gefüllt ist."[380]

Presseпropaganda und die letzten Großaufmärsche vor der Abstimmung

Auf die Bevölkerung prasselte indes ein propagandistisches Dauerfeuer nieder, bei der sich die gleichgeschaltete bürgerlichen KNN kaum von der NSDAP-Zeitung Nordische Rundschau unterschieden. Nur scheinbar sachlicher befaßte sich ein KNN-Artikel eine Woche vor der Wahl mit einem „Besuch im Wahlamt": Nach einer Beschreibung der Arbeitsbelastung der Mitarbeiter und einer Erklärung zum Karteiplattensystem hieß es unter der Überschrift: „Juden haben rote Reiter. Wir werfen einen Blick in die Karteikästen. Platte neben Platte liegt dort. Einzelne sind besonders gekennzeichnet. Juden sind beispielsweise

---

374 KNN2./3.4.38: „Kundgebung der schleswig-holsteinischen Landeskirche zur Volksabstimmung"; der Präsident des Landeskirchenamtes Dr. Kinder rief sehr deutlich zum „Ja" auf.

375 KNN 29.3.38: „Jeder hört heute abend den Führer", vgl. zum Text: Johe, Hitler in Hamburg, S.149ff und Dok. 37, S.173-185. Zur Propaganda im ganzen Deutschen Reich vgl. Sopade, 5. Jg., 1938, Nr. 4/5, S. 394 ff.

376 KNN 30.3.38:"Heute Wahl-Großkundgebung in Kiel", eine Vorberichterstattung zum Frank-Besuch. KNN 31.3.38: „Wie ein Mann steht das deutsche Volk hinter dem Führer!" und „Die große Kundgebung mit Dr. Frank in der Nordostseehalle".

377 KNN 31.3.38: „Die große Kundgebung...".

378 KNN, ebd.: „Wie ein Mann steht das deutsche Volk hinter dem Führer!"

379 KNN, ebd. Antisemitische Töne lassen sich ansonsten sehr selten in der Presseberichterstattung finden.

380 KNN 2./3.4.38: „Freilicht-Tonfilm auf dem Adolf-Hitler-Platz".

nicht wahlberechtigt. Da aber von früher her noch das Signal 1 in ihre Platte geprägt ist, haben sie jetzt rote Reiter erhalten. Jede Metallplatte, die einen roten Reiter trägt, hat ihr Wahlrecht verloren. Auch solche Volksgenossen, die durch ein strafrechtliches Urteil die Ehre verloren haben oder entmündigt sind usw. haben auf der Metallplatte einen farbigen Reiter sitzen."[381] „Juden", verurteilte Straftäter und Entmündigte waren also gleichermaßen nicht wahlberechtigt und wurden bewußt in einer Aufzählung zusammen genannt.

Ein paar Tage später brachte die Zeitung das Foto einer Autobahn und einen Artikel, indem Hitler quasi persönlich für den wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland verantwortlich gemacht wurde und dessen Überschrift lautete: „Unser ‚Ja´ ist nur die kleine Abtragung einer großen Dankesschuld".[382]

Gauleiter Lohse in Gaarden

Dass das Regime bei der Arbeiterschaft noch grosse Zweifel an deren totaler Zustimmung hegte, zeigt die Berichterstattung über eine Versammlung auf dem Ostufer mit Gauleiter Lohse. Schon der Ort, der Vinetaplatz in der ehemaligen Hochburg der politischen Arbeiterschaft aus SPD und KPD, im einst ‚roten' Gaarden, war bewußt ausgewählt worden: Durch Appelle an die neue Einheit Großdeutschlands, Lobreden auf die Aufbauarbeit der Bevölkerung und die Beschwörung der Volksgemeinschaft sollten die letzten ‚Zweifler' für die Abstimmung gewonnen werden. Der Aufmarsch von 4.000 Menschen aus SA, NSKK, HJ und den Betriebsgefolgschaften der großen Werften lieferte dabei ein zustimmendes Forum für den Hauptredner: „Der Gauleiter erinnerte daran, wie der Nationalsozialismus aufs bitterste bekämpft wurde und wie er dann doch zuletzt siegte und wie gerade dieser Stadtteil Gaarden mehr und mehr zu Adolf Hitler fand", so die KNN.[383] Und die NR zitierte: „Gerade hier in Gaarden war der Kampf am schwersten und war dafür auch der Erfolg am schönsten."

Doch die NSDAP-Zeitung hatte wohl doch einige Zweifel über die wahlberechtigte Gaardener Arbeiterschaft und schrieb über die Versammlung: „Stolzes Bekenntnis der Kieler Waffenschmiede. [...] Konnte es ein schöneres Bild unserer Volkswerdung geben, als diesen Aufmarsch im ehemals roten Gaarden. Schaffende aller Stände versammelten sich hier zu einer friedlichen machtvollen Kundgebung der Gemeinschaft, hier wo einst Verblendung und Haß und wissentlicher Betrug den Klassenkampf gepredigt hatte (...) Nur wer sich aus dieser grossen gemeinsamen Front selbst ausschließt, dem kann die Verachtung gelten, der hat nichts zu suchen in den aufgeschlossenen Reihen des Volkes." Der Artikel gipfelte in folgender Zusammenfassung: „Hier in der großen Schaffenszentrale der Kriegsmarinestadt, der großen Schiffsschmiede, gibt es nur eine einzige Parole, am Sonntag das ‚Ja', das unbedingte ‚Ja'. Die große Wende unseres Volkes hat auch aus Gaarden eine Stätte gemacht, in der nationalsozialistische Weltanschauung alle Zweifel, alle Zwietracht und alle Verhetzung endgültig überwand. Das Ostufer steht bereit. Es wurde aufgerufen, und es wird dem Rufe Folge leisten."[384] Und Gaarden-Ost folgte dem ‚Ruf' und stimmte mit 98,4% für die Abstimmungsfrage.[385]

---

[381]KNN 2./3. April 1938: "Besuch im Wahlamt. Haben Sie ihre Wahlbenachrichtigungskarte?"

[382]KNN 5. April 1938: "Unser `Ja` ist nur die kleine Abtragung einer großen Dankesschuld".

[383]KNN 5. April 1938: "Das Ostufer ein Block der Einheit. Groß-Appell mit Gauleiter Lohse auf dem Vinetaplatz"; Im Artikel wird nicht auf das "rote" Gaarden, sondern auf Not und Elend der Wirtschaftskrise eingegangen und auf das Weimarer Parteiensystem geschimpft.

[384]NR 5.April 1938: "Stolzes Bekenntnis der Kieler Waffenschmiede".

[385] StDR, Band 531, S.56 Vgl. NR vom 11. April 1938, ebenso StaKi 40680. Nach meinen eigenen Berechnungen haben nur acht von zwanzig Stimmbezirken unterdurchschnittliche Ergebnisse (18 bis 55 Gegenstimmen = 1,7% bis 5,2%).

SA-Obergruppenführer Joachim Meyer Quade in der Nordostseehalle

Doch die Kundgebung in Gaarden sollte nicht die letzte sein: der Kieler Polizeipräsident, SA-Obergruppenführer Joachim Meyer-Quade füllte bei seinem Auftritt zwei Tage später die Nordostseehalle und sprach vor „15.000 politischen Soldaten und Volksgenossen“. Mit Propaganda von der „Zerrissenheit des deutschen Volkes“ und Ablehnung des „Versailler Diktats“ sowie unter Berufung auf die außenpolitischen „Erfolge“ von Hitler versuchte Meyer-Quade die Anwesenden auf das Plebiszit einzustimmen und ließ es dabei auch an antisemitischen Redeanteilen nicht fehlen: „Und dabei war es notwendig, einer Schicht den Kampf bis zur Vernichtung anzusagen, jener Schicht, die von der Zersetzung lebte: dem Judentum. Das ging nicht ohne Lärm, verständlicherweise. Denn die Patentdemokraten, die die Menschenrechte erfunden und gepachtet haben, sind stets geneigt, sofort zu zetern, wenn ein Jude nur schief angesehen wird, rührten aber keinen Finger, wenn hunderttausend deutscher Bauern in der Sowjetunion dem Hungertod preisgegeben wurden und vernichtet wurden.“ Abschließend beschwor er die Volksgemeinschaft: „Der Führer braucht unser Bekenntnis! [...] Die Welt soll hören, was wir denken: die Welt soll vernehmen, war wir glauben: Ein Volk, ein Reich, ein Führer.“[386]

Der Tag vor der Wahl

Glaubt man den Presseberichten, so war an vielen Kieler Häusern Flaggenschmuck zu sehen, hatten viele Geschäfte ihre Schaufenster mit Hitlerbildern und NS-Parolen dekoriert und waren an öffentlichen Gebäuden überdimensionale ‚Ja‘s angebracht. Die Hauptpost schmückte sogar ihre Frontseite in der Jensenstraße mit einem riesigen, grünumkränzten Hitlerbild und ließ vor einer Hitlerbüste eine Ehrenwache abhalten.[387] Militärflugzeuge über der Stadt, der Abwurf von Flugblättern, Sirenengeheul, eine zweiminütige Verkehrstille, Betriebsappelle für die Abstimmung und ein früherer Betriebsschluß bereiteten die Bevölkerung auf den Höhepunkt am Vorabend der Wahl vor: einen propagandistischen Sternmarsch der Parteiformationen aus den Stadtteilen zum Adolf-Hitler-Platz vor dem Rathaus. 15.000 Uniformierte aus Partei, Militär und anderen Verbänden und „es mögen weitere 15.000 Volksgenossen gewesen sein“, sollen sich auf dem Platz vor dem hell erleuchteten Rathaus[388] versammelt haben. Die gesamte NS-Politprominenz war ebenfalls zugegen: „Und zu gleicher Zeit, da die Zehntausenden aufmarschierten und herbeieilten, sammelten sich im großen Sitzungssaal des Rathauses die führenden Männer Kiels aus Partei, der Wehrmacht, Behörden und Verbänden, an der Spitze Gauleiter Lohse.“[389] Doch nicht Lohse ergriff das Wort, denn „Heute 20 Uhr hört die Kieler Bevölkerung in gleicher Geschlossenheit auf dem Adolf-Hitler-Platz die Übertragung der Führerrede aus Wien“ so die NR vom 9./10.4.1938. Und es ist nicht nur Propaganda, sondern wahrscheinlich auch echte Begeisterung für und der Wunsch nach Symbiose mit Hitler, den die Berichterstattung wiedergibt: „Bewegungslos und ergriffen stehen die 15.000 dort

---

[386]KNN 7.4.38: „`Die ganze Welt soll unser Bekenntnis hören!`“. Offen antisemitische Passagen wurden bei Lohse oder auch in anderen Artikeln nicht wiedergegeben.

[387]vgl. u.a. KNN 5.4.38, KNN 7.4.38: „Am kommenden Sonnabend: `Tag des Großdeutschen Reiches in Kiel“`, NR 9./10.4.38: "Das Wort gilt: Nordmark voran" und rückblickend auch KNN 11.4.38 und NR 11.4.38 (verschiedene Artikel). Vgl. zum Deutschen Reich: Sopade, 5. Jg., Nr. 4/5, 1938, S.411: „Ganz Deutschland lebte in den letzten vierzehn Tagen geradezu in einem Taumel von Propaganda in einem solchen Ausmaß, wie es noch nie erlebt hat.“ (Bericht aus Baden). Ähnlich: S. 409 (Bericht aus Würtemberg).

[388] StaKi 40679, Vermerk vom 5.4.38, OB / Zentralverwaltung an alle Ämter und Behörden: "Am 9. April 1938, abends, ist die Rathausfront an der Fleethörn mit Kerzen festlich zu beleuchten. In den Fensternischen des Rathauses sollen von 19 Uhr 30 bis 22 Uhr Kerzen brennen."

[389]KNN 11.4.38: "`Herr, mach uns frei`". Die genaue Anwesenheit kann in der NR vom 11.4.38 nachgelesen werden: u.a. Gauleiter Lohse, SA-Obergruppenführer Meyer-Quade, SS-Standartenführer Schulz, der Leiter des Reichspropagandaamtes Schleswig-Holstein, Schierholz, Kreisleiter Otto Ziegenbein, OB Behrens und hohe Militärs aus Marine und Luftwaffe.

unten auf dem Platz, steht Kiels Bevölkerung, die den Platz und die angrenzenden Nebenstraßen säumt, fast zwei Stunden lang im Banne seiner Ausführungen, und uns allen ist es, als stünde der Führer persönlich vor uns“, so die NR weiter; und die Konkurrenz von den KNN schlossen sich mit Heilserwartungen an: „Wie stürmisch schlug von Wien die Begeisterung herüber zu uns nach Kiel. Wir auf dem Adolf-Hitler-Platz in der Kriegsmarinestadt sahen den Führer zwar nicht, aber wir hörten seine Stimme, fühlten seine Nähe, waren mit ihm eins in unzertrennlicher Blutsgemeinschaft.“[390]

Dass ein Dankgebet („Herr, mach uns frei“) und ein Schwur („Ein Volk - ein Reich - ein Führer! Adolf Hitler - heute, morgen, immerdar.“) die Kundgebung abschloß, zeigt, welche an das Christentum angelehnten Rituale die NS-Volksgemeinschaft zelebrierte: Der deutsche ‚Messias‘ wurde dementsprechend mit dem Läuten von Kirchenglocken und durch einen Fackelzug ‚verabschiedet‘.[391] Eine verlängerte Polizeistunde wird das Ihre für die Feiertagsstimmung der „tiefberührten“ Volksgenossen getan haben ... [392]

Der Wahltag

„‘Daß ich diese Wahl noch erleben durfte, ‚íhm‘ für sein letztes großes Werk mein ‚Ja‘ sagen [...]“, soll ein kranker Mann laut KNN am Wahltag gesagt haben.[393]

Am Wahltag selbst zogen Musikkapellen der Partei und des Militärs durch die Stadt, „zum großen Wecken und riefen an die Wahlurne“.[394] Vor den Wahllokalen waren z.T. Uniformierte aufmarschiert und machten mit Bildern („75 Millionen. Ein Ja“) und Fahnen Propaganda für die Abstimmung[395]; in den Wahllokalen taten Parteigenossen ihren Dienst und „der Kreisleiter war selbst am Abend des Abstimmungstages im Wahlamt, um die Herbeischaffung und Zusammenstellung der Abstimmungsergebnisse beizuwohnen“.[396]

Die Presse meldete Schlangen vor den Wahllokalen, eine frühe und hohe Wahlbeteiligung, behauptete einen Stimmungsumschwung eines ehemaligen Sozialdemokraten für Hitler und legte theatralisch einem bettlägerigen Mann im Krankenhaus „ein dreifaches begeistertes ‚Hoch‘ auf Adolf Hitler“ in den Mund, um an anderer Stelle zu resümieren: „immer größer wurde auf den Straßen die Zahl der Männer und Frauen, die bereits die schmucke kleine Medaille mit dem Bilde des Führers trugen, zum Zeichen, daß sie bereits ihr Kreuz gezeichnet hatten.“[397] Nichtwählerinnen und -wähler waren so schon äußerlich erkennbar und konnten dem entstehenden Druck nur durch die Wahlhandlung entgehen, denn zusätzlich waren in der ganzen Stadt wieder sogenannte Wahlschleppdienste der SA aktiv, die diejenigen Wähler und Wählerinnen aufsuchten, die ihrer faktischen Wahlpflicht noch nicht nachgekommen waren. So wurde der Dozent für Psychologie und Philosophie an der Universität Göttingen, Dr.

---

[390]NR 11.4.38: "15.000 Soldaten des Führers zur Stelle", KNN 11.4.38: "´Herr, mach uns frei´". Aus Sicht des Exil-Vorstands der SPD machte die Propaganda auf unpolitische Menschen Eindruck, wohingegen ansonsten konstatiert wurde: „Die Wahlpropaganda war im übrigen so aufdringlich, daß zum Schluß sich überhaupt niemand mehr darum kümmerte.“ Sopade, 5 Jg., Nr. 4/5, 1938, S.409 u. S. 406.

[391]KNN 11.4.38: „`Herr, mach uns frei`“. Die „Verhimmelung“ Hitlers nahm Victor Klemperer noch am Wahltag als die Rückkehr zum „Gottesgnadentum“ wahr. Vgl. Klemperer, Berlin 1995, S.402 (10.4.38).

[392]NR 9./10.4.38: "Polizeistundenverlängerung bis 3 Uhr".

[393] KNN 12.4.38: „Nachklänge zum Wahlsonntag“ über angebliche Stimmen von kranken, alten Menschen.

[394]KNN 11.4.38: „Der Wahlsonntag in Kiel“. Vgl. NR 11.4.38: „Kurze Streiflichter vom Wahlsonntag in Kiel“.

[395]KNN 11.4.38, Foto Innenseite, Kieler Chronik.

[396]StaKi 40678; Stimmungsbericht 13.4.38.

[397]KNN 11.4.38: „Der Wahlsonntag in Kiel“; NR 11.4.38: „Kurze Streiflichter vom Wahlsonntag in Kiel“ Zum Sozialdemokraten s. KNN 12.4.38: „Nachklänge zum Wahlsonntag“. Die Wahlplakette trug das Profil Hitlers und ist abgebildet in den KNN vom 8.4.38 und mit folgendem Text unterlegt: „Die Wahlplakette, die alle stimmberechtigten Deutschen am Sonntag tragen werden. Jeder, der seiner Wahlpflicht genügt hat, erhält dies schöne Erinnerungsstück an den geschichtlichen Tag.“

Eduard Meyer, der am Hindenburgufer in Kiel wohnte, seitens der SA am Wahltag vergebens gesucht. In einem Schriftwechsel mit dem Statistischen und Wahlamt stellte Dr. Meyer dazu am 13. Mai fest, daß ein Mißverständnis vorgelegen habe, weil er umgezogen sei und deshalb in seinem neuen Stimmbezirk 109 gewählt habe. „Ab 13 Uhr war ich selbst als SA-Mann des Sturmes 3/216 zur Benachrichtigung säumiger Wählern kommandiert und habe Dienst bis 19 Uhr (Plakate entfernen) getan. Ich konnte daher von den suchenden SA-Männern des Stimmbezirks 108 nicht gefunden werden."[398]

Dass auch andere Wahlberechtigte anscheinend ähnliche Schwierigkeiten mit der NSDAP bzw. deren Gliederungen und Verbände bekamen oder befürchteten, zeigen die Anfragen an die Stadt Kiel: Wählerinnen und Wähler ließen sich im Nachhinein schriftlich bestätigen, dass sie gewählt hatten.[399]

Ein Schriftwechsel von April bis Juni befaßt sich dagegen mit ganz anders gelagerten Fällen: „Bürogehilfin Erika R., geb. am 16.7.1907, wohnhaft Kieler Kamp 65 (Kronsburg), teilt heute mit, daß sie an der Ausübung des Stimmrechts gehindert worden sei."[400] Frau R. war nicht die einzige, auch die 21jährige Emma F. hatte im selben Wahllokal ein ähnliches Erlebnis gehabt: „Sie hat den Abstimmungsraum um 16 Uhr aufgesucht, also eine Stunde vor Beendigung der Abstimmungszeit und ihre Wahlbenachrichtigungskarte vorgezeigt. Der Abstimmungsvorsteher Becker hat die Wahlbenachrichtigungskarte entgegengenommen, zerrissen und erklärt, die Wahlhandlung sei bereits geschlossen, das Ergebnis ausgezählt und eine Stimmabgabe käme nicht mehr in Frage." Da zwei Zeugen den Vorgang bestätigten, stand Parteigenosse Karl Becker unter Erklärungszwang. Es stellte sich heraus, dass Frau F. und Frau R. fälschlicherweise nicht in die Stimmliste aufgenommen worden waren und der Abstimmungsvorsteher Becker durch den Wahlschleppdienst der SA informiert worden war, dass alle Stimmberechtigten bereits ihre Stimme abgegeben hätten. Becker „schloß" deshalb um 15.20 Uhr die Wahlhandlung, ließ die Stimmen auszählen und wartete im Wahllokal auf das Ende der Abstimmungszeit um 17 Uhr. Die Stadt Kiel schaltete die Kreisleitung der NSDAP ein, die antwortete: „Die Kreisleitung hat keinerlei Anweisungen für eine vorzeitige Beendigung der Wahlhandlung gegeben."[401] Kreisleiter Otto Ziegenbein teilte dann mit, daß Pg. Becker „am 27. Mai [...] auf die Unrichtigkeit der Maßnahme hingewiesen" werden würde. Frau F. und Frau R. wurden von der Stadt daraufhin über diese „Rüge" informiert. Ihr Wahlrecht hatten sie nachträglich nicht mehr ausüben können.[402] Da beide Wählerinnen nicht in der Stimmliste aufgeführt waren, konnte die Nordische Rundschau für Kronsburg im Stimmbezirk 140a vermelden, daß alle 1043 Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben hätten. Nur eine Person wagte es dabei, mit Nein zu stimmen! Das Auftreten des Parteigenossen Becker und die soziale Kontrolle in der überschaubaren Siedlung könnten dafür die Gründe gewesen sein.[403]

---

[398]StaKi 40679; Schriftwechsel vom 13. Mai 1938; In der Akte finden sich zum Wahlschleppdienst noch einige wenige weitere Hinweise.

[399]Vgl. diverse Schreiben in StaKi 40679 und 40680.

[400]StaKi 40679; OB Arbeitsgebiet Statistik, Vermerk vom 11. April 1938. Frau R. wohnte im Stimmbezirk 140a und hätte unter der Nr. 209 wählen dürfen.

[401]StaKi 40679, Schreiben vom 20.5.38.

[402]StaKi 40679, Schreiben vom 10. Juni 1938; Zum Vorgang liegen diverse Schreiben vor: 11. April, 21. April, 25. April, 29. April, 2. Mai, 5. und 6. Mai, 20 Mai und abschließend 10. Juni 1938. Die Nichteintragung von Frau F. und Frau R. in die Stimmliste scheint der Hektik und dem Zeitdruck im Wahlamt geschuldet gewesen zu sein, da beide Frauen schließlich eine Wahlbenachrichtigungskarte erhalten haben. Bewußter Ausschluß von der Wahl ist auszuschließen. In einem anderen dokumentierten Fall hatte das Amt einem Deutschen fälschlicherweise die polnische Staatsangehörigkeit unterstellt, woraufhin sich der Wahlberechtigte beschwerte, auf sein ‚Deutschtum' abhob und einen postiven Bescheid erhielt. (StaKi 40680, Schriftwechsel im März 1938). Außerdem findet sich in der Akte ein handschriftlicher Brief (ohne Ort oder Datum) in dem ein Zeuge Jehovas seine Wahlenthaltung legitimiert! Vgl. dazu Elke Imberger: Widerstand „von unten", S.255f.

[403] Zum Ergebnis siehe: NR 11. April 1938; genauso auch in StAKi 40680.

Deutsch-Österreicher in Kiel

Da nicht nur Reichsdeutsche, sondern auch die „Heim ins Reich“ geholten neuen Bürger wählen sollten, mußten die in Kiel wohnenden Österreicher ausfindig gemacht werden. Bei letzteren handelte es sich entweder um zugewanderte oder aus Österreich (zumeist wegen Aktivitäten für die Nationalsozialisten) ausgebürgerte Menschen.[404] Behördlicherseits ging man von 400 in Kiel lebenden Österreichern aus, die in einem extra dafür eingerichtetem Wahllokal in der Waisenhofstraße 2-4 abstimmen sollten. [405] Für die Wahlkommission benannte der „Hilfsbund der Deutsch-Österreicher“ Parteigenossen aus den eigenen Reihen. Prominentestes Mitglied war der Beisitzer Parteigenosse Professor Weinhandl von der Christian-Albrechts- Universität.[406]

Auch am Wahltag galt ihnen das besondere Interesse der Öffentlichkeit: Die im „Hilfsbund“ organisierten trafen sich laut Presseberichten um acht Uhr morgens vor dem eigens eingerichteten Abstimmungsraum, grüßten den „Führer“ und marschierten nach der Wahl geschlossen zum Ehrenmal für die Gefallenen im Düsternbrooker Gehölz, um dort einen Kranz mit der Inschrift „Die Deutsch-Österreicher in Kiel, 10. April 1938 - Und Ihr habt doch gesiegt“ abzulegen.[407] Mit dem Wahlergebnis war man im Rathaus dann auch dementsprechend zufrieden: „In dem besonders eingerichteten Stimmbezirk für österreichische Stimmberechtigte nahmen 336 österreichische Volksgenossen teil, von denen nur 2 mit Nein stimmten, bei denen es sich wahrscheinlich um Ortsfremde handelt.“[408]

Nach der Wahl

Für Kiel zogen neben dem Gauleiter und Oberpräsidenten Hinrich Lohse, SA-Obergruppenführer und Polizeipräsident Joachim Meyer-Quade und dem stellvertretenden Gauleiter Willhelm Sieh noch mit Wilhelm Struve der Landesbauernführer in den Reichstag ein.[409] Otto Triebel hingegen (Oberstarbeitsführer) verlor sein Mandat, was ungewöhnlich war.[410] Jakob Sporrenberg trat nicht mehr in Kiel an, sondern hatte in Königsberg erfolgreich kandidiert.[411]

---

[404] LAS 309/22674, Briefwechsel und Anordnung aus Berlin bzgl. Bestimmung derjenigen, die als Österreicher gelten (diverse Schreiben, u.a. 29.3.38).

[405] StaKi 40679, Gauleiter Franz Hofer. Beauftragter für die Wahlhandlung der im alten Reichsgebiet wohnhaften Österreicher an den OB, 6.4.38; Vgl. auch "Waschzettel" für den Oberbürgermeister Behrens, 8.4.38.

[406] StaKi 40679; Hilfsbund der Deutsch-Österreicher an OB, 6.4.38. Weinhandl war Mitglied im „Kampfbund für Deutsche Kultur“, dort Leiter der Fachschaft „Bildende Kunst“, bei der Bücherverbrennung aktiv und als Redner dabei und ebenso aktiv im gleichgeschalteten Vorstand des Schleswig-Holsteinischen Kunstvereins. Vgl. Hans-Werner Prahl: Uniformierung des Geistes. Universität Kiel im Nationalsozialismus. Brodersdorf 1995, S.155ff. Das Jubiläum. Schleswig-Holsteinischer Kunstverein 1843 – 1993. Herausgegeben von Hans-Werner Schmidt. Kiel 1993. Darin: Johann Schlich: Der Schleswig-Holsteinische Kunstverein 1843-1970. S.97 und S. 100ff.

[407] KNN 11.4.38, ebenso NR 11.4.38; Zur Marienhalle s. AKAP (Hrsg.): Antifaschistische Stadtführungen. Kiel 1933-1945. Kiel 1998, S.40 (AutorInnen: Peter Meyer-Strüvy/Sabine Hilge).

[408] Die zwei Nein-Stimmen galten als Makel, der auf andere, "ins Außen" abgeschoben werden mußte. StaKi 40678, Stimmungsbericht zur Volksabstimmung und Reichstagswahl am 10.April 1938, ohne Datum, wahrscheinlich am 13.4.38 erstellt.

[409] StDR, Band 531, S.11ff. Der Reichstag war damit eine Versorgungeinrichtung für die Parteiorganisation (PO) geworden, was sich auch in der Mandatsverteilung niederschlug: knapp die Hälfte aller Abgeordneten gehörten der PO an, knapp 1/6 der SA und zwischen 10% (1933) und 22% (1938) der SS. Vgl. Hubert, S.365ff.

[410] In der Regel behielten alle „alten“ Abgeordneten ihr Mandat. Faktisch bestimmte aber bei unbedeutenderen Abgeordneten Reichsinnenminister Wilhelm Frick in seiner Funktion als Fraktionsführer der NSDAP, ob jemand sein Reichstagsmandat erhielt oder nicht. Sämtliche Abgeordneten unterschrieben nämlich blanko (!) ein Formular, das es Frick ermöglichte, für sie das Mandat abzulehnen! Zudem gab es seit 1936 einen einheitlichen Reichswahlvorschlag, was die hinteren Listenplätze faktisch von einem Mandat ausschloß. Vgl. Hubert, S.350ff.

[411] Jakob Sporrenberg war zum SS-Brigadeführer aufgestiegen und nach Königsberg versetzt worden, wo er als Reichstagsabgeordneter kandidierte. (StDR, Band 531, S.19.) Im II. Weltkrieg machte er eine blutige „Karriere“

Die weiteren in Kiel aufgestellten Kandidaten hatten – trotz zum Teil hoher Ränge – keine Chance in den Reichstag zu kommen: Emil Bannemann (Gauobmann der DAF), Eduard Danielsen (SA-Standartenführer), Erich Hasse (SA-Obersturmbannführer), Hubert Meiforth (HJ-Gebietsführer), Günther Pröhl (NSKK-Gruppenführer) und Carsten Volquardsen (SA-Oberführer) erhielten kein Reichstagsmandat.[412]

Auf den Titelseiten wurde natürlich die Volksgemeinschaft und der Sieg der Hitlers gefeiert, wozu eine fast 99%ige Wahlbeteiligung und eine Zustimmung von 98,4% allen Grund bot. Die KNN sah am 11.4.38 „Großdeutschland einmütig hinter dem Führer“ und die NR behauptete „Die Welt ist überrascht: Siegesfahnen künden Großdeutschlands ‚Ja‘“, und man schlug versöhnliche Töne für die „Nein-Sager“, „Abseitsstehenden“ und „kleinen Geister“ an: „So hat sich langsam, aber sicher, der Führer die Herzen aller erobert [...] die zunächst noch abwartend, skeptisch oder zweifelnd dem neuen Deutschland gegenüberstanden.“ Denn gegenüber der klaren Mehrheit würden „ [...] die wenigen Verneiner einfach verschwinden“.[413] Bei den bürgerlichen KNN klang das noch arroganter und selbstgefälliger: „Gegenüber solche(n) Verneiner(n) gab es abends als die Zahlen aus dem Reich sich reihten, nur ein Lächeln des Mitleids.“[414]

Seitens des Gauleiters, Oberpräsident Hinrich Lohse, gab es zwar ein Dankeswort an die Wählerinnen und Wähler, doch schlug er auch andere Töne an und sagte bezogen auf das gute Ergebnis: „Daran können weder die Nein-Stimmen der Ewig-Gestrigen noch die ungültigen Stimmen der letzten Querulanten etwas ändern. Ihnen gilt auch in Zukunft der rücksichtslose Kampf der nationalsozialistischen Bewegung.“[415]

Während also der Gauleiter unverhohlen drohte, äußerte sich die Kieler Stadtverwaltung sehr zufrieden über die Organisation und das Ergebnis der Wahlen und stellte in einem „Stimmungsbericht zur Volksabstimmung und Reichstagswahl am 10. April 1938“ u.a. fest: „Das Interesse an der Volksabstimmung und Reichstagswahl war auch in Kiel außerordentlich rege. Das Statistische und Wahlamt war bemüht, allen Volksgenossen die Teilnahme an der Abstimmung zu ermöglichen. [...] Besonders erfreulich ist das Abstimmungsergebnis auf der Schleuse, wo von 2.281 abgegebenen Stimmen nur 33 Nein-Stimmen gezählt wurden.[...] Das Ergebnis lag bereits um 20 Uhr vor.“[416] Am 13. April wurde dieses dann an den Kreiswahlleiter in Schleswig gesandt und in der Folgezeit nur noch kosmetische Veränderungen an der Zahl der Stimmscheine und zu den Wahlberechtigten vorgenommen.[417]

---

und stieg zum SSPF im Distrikt Lublin auf, (womit er Nachfolger von Odilo Globocnik wurde) und war der Organisator der „Aktion ´Erntefest`“ bei der 42.000 bis 43.000 Juden ermordet wurden. Dafür wurde er 1950 verurteilt und 1952 in Warschau hingerichtet. Vgl. Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. München/Zürich 1993, Band III, S.1361. Christopher Browning: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen. Reinbek 1993, S.182ff.

[412] StDR, Band 531, S.11ff.

[413]NR 11.4.38, "Kiels Bekenntnis zum Führer", "Kurze Streiflichter...".

[414]KNN 11.4.38, "Der Wahlsonntag...".

[415]NR, Titelseite vom 11.4.38, "Ein Dank des Gauleiters".

[416] StaKi 40678, Stimmungsbericht (wahrscheinlich 13.4.38).
Reichsweit gab es in 108 ausländischen Häfen und auf 116 Schiffen insgesamt 57611 Ja-Stimmen von 58.638 abgegebenen Stimmen. Die Auslandsdeutschen stimmten mit 75.681 „Ja“ (bei einer Beteiligung von 76.254). Diese Ergebnisse meldete Gauleiter Bohle (NSDAP-AO) am 28.4.38 an Hitler. Vgl. dazu Hubert, S.51, FN 13.)

[417]vgl. StaKi40679 und 40680. So wurde etwa am 23. Juni 1938 (OB Arbeitsgebiet Statistik) die Anzahl der Stimmscheine noch mit 12.694 angegeben und u.a. festgestellt: "Bei der letzten Abstimmung beteiligten sich 11.438 Auswärtige an der Abstimmung in Kiel", was am 1. Sept. 1938 nochmals korrigiert wurde: 168.467 Wahlberechtigte hieß es nun, Stimmscheine 12452 und vermerkt: "Von den Wahlvorstehern wurden jedoch auf interne Anweisungen der Kreisleitung der NSDAP verschiedene Personen (Kranke, Verzogene) aus den Wahllisten gestrichen, so daß bei dem endgültigen Abstimmungsergebnis laut Liste nur noch 165014 Stimmberechtigte gezählt wurden." Ähnliches geht aus einer Aufstellung des Amtes hervor, indem u.a. die Verzogenen und Verstorbenen gezählt wurden.

Für die Stadt waren aber noch nicht alle Vorgänge um die Abstimmung herum abgeschlossen, was mindestens zwei Menschen zu spüren bekamen: Am 20. Mai stellte die Stadt Kiel Strafanzeige beim Oberstaatsanwalt des Kieler Landgerichts gegen den in der Altstadt wohnenden Kaufmann Albert B. Dieser war 1935 zu fünf Jahren Ehrverlust und damit dem Verlust des Wahlrechts verurteilt worden. Zum Glück für ihn konnte er der Staatsanwaltschaft glaubhaft vermitteln, daß er von der Wirkung des Ehrverlusts auf sein Wahlrecht nichts gewußt hatte, so dass das Verfahren am 15. Juni eingestellt wurde.[418] Wie das Verfahren in einem anderen Fall ausgegangen ist, geht nicht aus der Akte hervor: Am 1. September schrieb die Stadt nochmal an die Staatsanwaltschaft: „Die Ehefrau Fanny K., geborene H., geboren am 5. November 1878 in Kiel, wohnhaft in Kiel, Holstenbrücke 28, hat laut Eintragung des Wahlvorstehers bei der Volksabstimmung und Wahl zum Großdeutschen Reichstag am 10. April 1938 im Wahlbezirk 3 unter der Nr. 295 ihre Stimme abgegeben. Nach den von hier angestellten Ermittlungen ist Frau K. Volljüdin. Aus der beigefügten Geburtsurkunde geht hervor, daß beide Eltern jüdischer Religion waren. [...] Aus diesem Grunde erstatte ich hierdurch Anzeige.“ Da Juden als nicht wahlberechtigt einen Sperrvermerk in den Wahllisten hatten, ist zu vermuten, dass Frau K. einer nachträglichen Denunziation zum Opfer gefallen ist.[419] Über den weiteren juristischen Ablauf ist nichts bekannt und auch über die Familie von Frau K. gibt es nur spärliche Informationen: So war Frau K. evangelisch getauft und lebte mit ihrem Mann in einer sogenannten Mischehe. Die Familie wohnte bis April 1941 in einer Wohnung Holstenbrücke 28, und von Frau K. ist bekannt, dass sie am 17. April 1941 in Flensburg verstarb.[420]

Ob es für die Kieler Nichtwählerinnen und Nichtwähler irgendwelche negativen Konsequenzen gegeben hat, ist nicht bekannt. Für Schleswig-Holstein sind aber einzelne Fälle aus den Akten überliefert worden: so stand die dänische Minderheit unter verschärfter Kontrolle und wurde immer wieder für Wahlenthaltungen und Gegenstimmen verantwortlich gemacht. Für einzelne Gemeinden finden sich sogar Beschreibungen von sehr aggressiven Vorgehen gegen NichtwählerInnen: in Havetoft/Krs. Schleswig wurde ein Plakat mit der Aufschrift „Hier wohnt ein Volksverräter“ ans Haus des Pastors geklebt, und in Reinfeld/Krs. Stormarn zwang eine Menschenmenge unter Rufen wie „Hängt sie auf“ und „Werft sie in den Teich“ Mutter und Tochter der Familie G. zu einem 40minütigen Fußmarsch zum Rathaus. SS-Oberscharführer Wulf hängte dabei der Tochter ein Schild mit dem Schriftzug „Landesverräter“ um. Glücklicherweise für die beiden Frauen konnte die Menschenmenge vor dem Rathaus verstreut werden.[421]

Das Kieler Abstimmungsergebnis und seine bewertende Analyse

Das Ergebnis lautet im Überblick von Kiel, Schleswig-Holstein und dem Reich folgendermaßen: (Tabelle 14)[422]

[418] vgl. den Schriftwechsel in StaKi 40680, einschl. eines Abdrucks des Vorstrafenregisters von Albert B.

[419] StaKi 40680, Schreiben der Stadt Kiel an die Staatsanwaltschaft, 1.Sept. 1938.

[420] IZRG-Datenpool, Dezember 1999, Information von Bettina Goldberg. Laut Frau Goldberg hatte Frau K. vier jüdische Großeltern; zur Strafanzeige bzgl. der Wahlhandlung war nichts bekannt. Nach dem Krieg haben die Kinder keine Restitutionsansprüche gestellt, noch gab es ein Entschädigungsverfahren (Information durch Herrn Erich Koch, IZRG-Datenpool).

[421] Das Verhalten der Mitglieder der dänischen Minderheit (Schleswigscher Verein) wird von versch. Landräten dem Regierungspräsidium gemeldet (Diverse Schreiben, LAS 309/22674). Der Fall aus Havetoft wird im Schreiben des Stormarner Landrates vom 12.4.38 beschrieben und der Reinfelder Vorfall hat eine Untersuchung der Gestapo zur Folge. LAS 309/22674, Schreiben vom 10.4.38 und 26.4.38 (Gestapo).

[422] StDR, Band 531, S.56 (Kiel), S.8 (SH), S.9 (Reich). Vgl. NR 11.4.38 (Kiel, vorläufig), ebenso: StAKi 40680

Tabelle 14

Reichstagswahl und Volksabstimmung am 10. April 1938					
	Wahl-berechtigte	**Wahl-beteiligung**	**Ja-Stimmen**	**Nein-Stimmen**	**Ungültige Stimmen**
Kiel, vorläufiges Endergebnis	176.030	173.741 (98,7%)	170.844 (98,3%)	2.720 (1,6%)	177 (0,1%)
Kiel, amtliches Endergebnis	176.226	174.076 (98,8%)	171.201 (98,4%)	2734 (1,6%)	141 (0,1%)
Schleswig-Holstein*	1.005.352	998.390 (99,3%)	981.736 (98,5%)	14.777 (1,5%)	1.877 (0,2%)
Deutsches Reich	45.150.443	44.964.228 (99,6%)	44.451.401 (98,9%)	442.981 (1,0%)	69.846 (0,2%)

*Die Gebietsveränderung Schleswig-Holsteins aufgrund des Groß-Hamburg Gesetz vom 1. April 1937 sank die Zahl der Wahlberechtigten gegenüber 1936 um fast 132.000.

Fast 99% Zustimmung für den Anschluß Österreichs soll es also gegeben haben, [423] wobei es fast keine Unterschiede mehr zwischen Stadt, Land und Reich zu verzeichnen gibt. Obwohl es in Österreich ähnliche Zustimmungsquoten gab - und dort mit Sicherheit noch nicht von einer durch den NS-Staat kontrollierten Gesellschaft gesprochen werden kann - ist ein solches Ergebnis nicht mehr glaubhaft.

Ähnlich wie 1936 sollen in Kiel nur noch knapp 2.700 bzw. 2.900 Menschen gegen das Regime gestimmt haben. Selbst bei der – wie schon oben erwähnt – sehr unwahrscheinlichen Annahme, dass alle die nicht zur Wahl gingen (2.150 Menschen) und alle, die mit Stimmschein gewählt hatten (knapp 12.500)[424] eigentlich gegen das Regime eingestellt waren, käme man auf maximal 17.500 Gegenstimmen!

Kiel liegt damit mit 98,4% Zustimmung „im Trend“ der Großstädte, denn auch die ehemals „antifaschistischen Hochburgen“ Hamburg (98,2%) und Lübeck (98,8%) wiesen keine besseren Ergebnisse auf. Dies überrascht nicht, denn lediglich „in 14 Gemeinden lagen die Zustimmungsquoten unter 90%“,[425] wobei es sich eben um kleinere Städte handelte. Für Schleswig-Holstein sind lediglich fünf Gemeinden zu verzeichnen, die über 4% Gegenstimmen aufwiesen: das ehemals kommunistische Lägerdorf mit 5,0 % Nein-Stimmen[426] sowie Kellinghusen (4,5%) im Kreis Steinburg, gefolgt von Garstedt (4,9%), Wedel (4,3%) und Pinneberg (4,2%) im Kreis Pinneberg.[427]

Eine Analyse der Kieler Stimmbezirke wird zeigen, dass die mutigen Gegenstimmen in den Wahllokalen 1938 die absolute Ausnahme blieben.

NS-Hochburgen und antifaschistische Gegnerschaften

Ähnlich wie schon für die Reichstagswahl 1936 stellt sich auch für die Abstimmung 1938 das Problem der statistischen Vergleichbarkeit: die letzten freien Wahlen lagen 5 ½ Jahre zurück und in Kiel hatte es weitere Umzüge und Zuwanderungen gegeben. Die Bevölkerung stieg bis

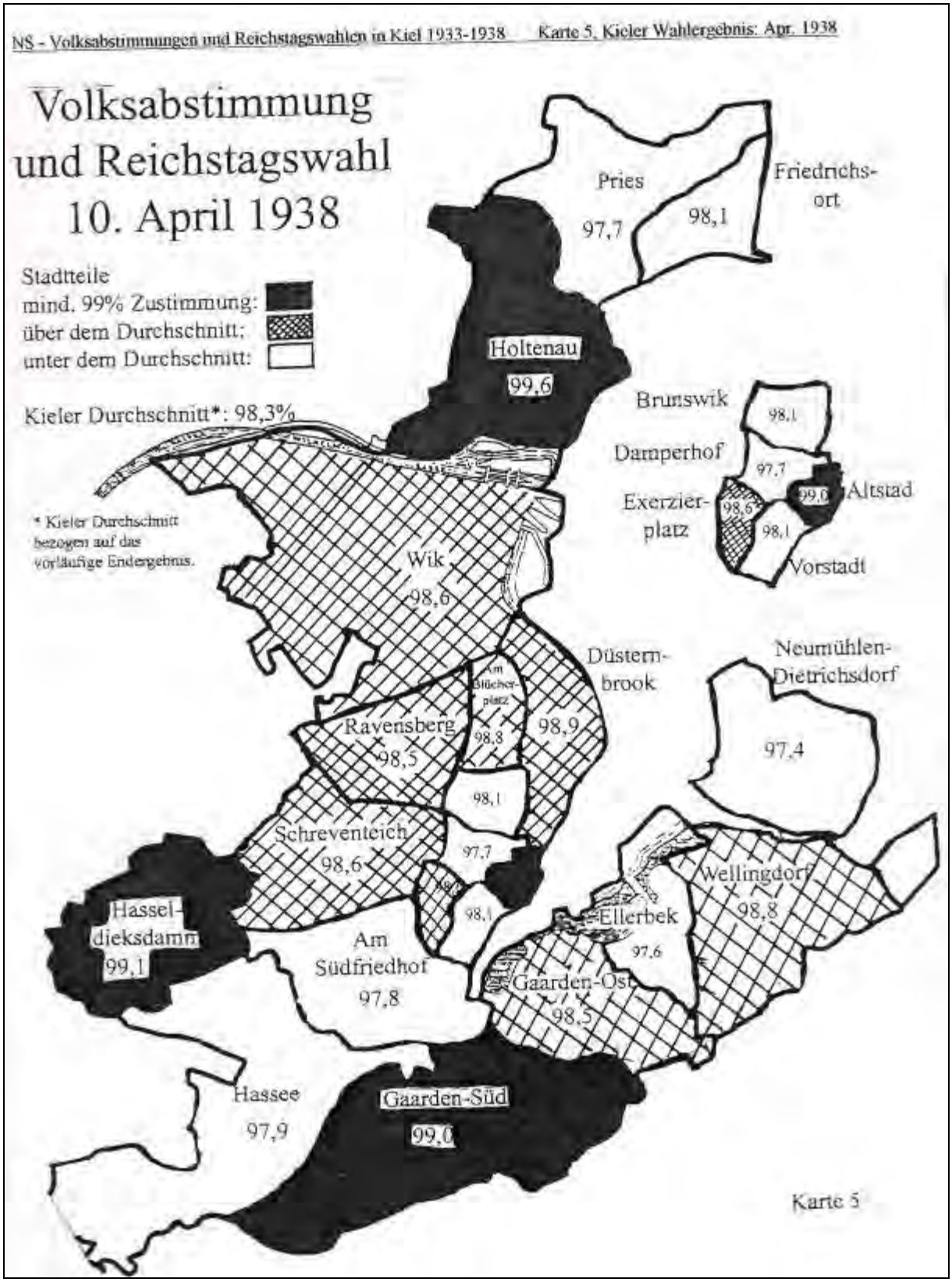
[423] Die Deutsch-Österreicher stimmten mit 326 Ja und zwei Nein-Stimmen ab. StAKi 40680.

[424] StAKi 40679, Volksabstimmung und Großdeutscher Reichstag am 10. April 1938. Meldung über das Wahlergebnis in den Stimmkreisen an den Reichswahlleiter, o.D. (11.169 Stimmscheininhaber von außerhalb). StAKi 40680, Vermerk vom 23. Juni 1938 durch Oberbürgermeister, Arbeitsgebiet Statistik (12.694 Stimmscheine an Kieler Wahlberechtigte ausgegeben).

[425] Vgl. Jung, S.120. (Hausen im Wiesental/Baden verzeichnete 10,4% und Ohlsbach bei Offenburg 8,6% Nein-Stimmen).

[426] Von den 1912 Stimmberechtigten gingen sieben nicht zur Wahl, 94 stimmten mit „Nein“ und 10 machten ihren Stimmzettel ungültig. Vgl. StDR, Band 531, S.57. (Die größte Zustimmung gab es in Reinfeld, wo fünf Menschen nicht an der Wahl teilnahmen und alle anderen 2055 Wahlberechtigten mit „Ja“ stimmten.)

[427] StDR, Band 531, S.56f.


NS - Volksabstimmungen und Reichstagswahlen in Kiel 1933-1938 Karte 5, Kieler Wahlergebnis: Apr. 1938
Volksabstimmung und Reichstagswahl 10. April 1938
Stadtteile
mind. 99% Zustimmung:
über dem Durchschnitt:
unter dem Durchschnitt:
Kieler Durchschnitt*: 98,3%
* Kieler Durchschnitt bezogen auf das vorläufige Endergebnis.
Pries
97,7
98,1
Friedrichs-ort
Holtenau
99,6
Brunswik
98,1
Damperhof
97,7
Exerzier-platz
98,6
99,0
Altstad
98,1
Vorstadt
Wik
98,6
Düstern-brook
Neumühlen-Dietrichsdorf
97,4
Am Blücher-platz
98,8
98,9
Ravensberg
98,5
98,1
Schreventeich
98,6
97,7
98,1
Wellingdorf
98,8
Ellerbek
97,6
Gaarden-Ost
98,5
Hassel-dieksdamm
99,1
Am Südfriedhof
97,8
Hassee
97,9
Gaarden-Süd
99,0
Karte 5

Mitte Mai 1939 auf 261.298 Menschen und weitere knapp 12.500 Militärs und Dienstverpflichtete an.[428] Bei der Abstimmung im April 1938 machte sich das durch neun weitere Stimmbezirke bemerkbar.[429] Zudem hatte sich die soziale Zusammensetzung wegen der Aufrüstungspolitik zugunsten des Arbeiteranteils (55,1% der Erwerbspersonen) in Kiel verschoben, was Zuzüge gerade dieser für die Wahlen entscheidenden Gruppe bedeutet hat.[430] Mangels Alternativen soll versucht werden, die Analyse aus den Stimmbezirken wieder nach dem obigen Schema durchzuführen. Zuerst also ein Überblick zu den Stadtteilen und den dortigen relativen Stimmenverhältnissen (vgl. Karte 5).

Zwölf Stadtteile lagen also über dem Kieler Durchschnitt. Dabei schnitten die Nationalsozialisten in den Stimmbezirken in Holtenau (99,4 – 99,9%), Hasseldieksdamm (99,1%), in der Altstadt (98,7 – 99,1%), Gaarden-Süd (97,6 – 99,9%), Düsternbrook (98,3 – 99,5%), am Blücherplatz (98,0 – 99,8%) und in Wellingdorf (97,7 – 99,5%) am besten ab. Im Gegensatz zur Reichstagswahl 1936 gab es aber nirgends ein 100%iges Ergebnis für die NSDAP, und die Nationalsozialisten mußten sich immer mit mindestens einer Gegenstimme zufrieden geben: So stimmten sowohl in der Siedlung Kronsburg (Sb 140a), wo Pg. Becker Wahlvorsteher war, als auch in Teilen Holtenaus (Sb 147) und von Gaarden-Ost (Sb 125; Häuser um die Gauß-, Gazellen und Hertzstraße, sowie am Germaniaring) 99,9% mit „Ja“.[431]

Die meisten Gegenstimmen gab es in den Stimmbezirken von Neumühlen-Dietrichsdorf (96,3 – 98,3%), Ellerbek (97,1 – 98,3%), Pries (96,8 – 98,1%), Damperhof (96,0 – 98,4%) und dem Südfriedhof (94,0 – 99,8%). Die maximale Abweichung vom Kieler Durchschnitt (98,3%)[432] lag in den Stadtteilen bei 0,9% und in den Stimmbezirken bei 4,3%, wobei in lediglich drei Stimmbezirken die Zustimmung über 3% unter dem Kieler Durchschnitt lag: Dies galt für die Luther – und Melanchthonstraße (Sb 32, Südfriedhof) mit 94,7%, einen Teil der Boninstraße sowie die Deliustraße (Sb 38, Südfriedhof) mit 94,0% und den Stimmbezirk 123, d.h. die Bothwell- und Jachmannstraße in Gaarden-Ost mit 94,7%.[433]

---

[428] StDR, Band 559/7. Gemeindestatistik. Ergebnisse der Volks-, Berufs- und landwirtschaftlichen Betriebszählung 1939, Berlin 1943, S.4. Laut Stat. Monatsberichte, XXX Jg., Nr.4, April, 1949, S.38 hatte Kiel am 1.4.39 insgesamt 271.397 EinwohnerInnen.

[429] Es waren die Stimmbezirke [Auswählen] 9a, 98a, 96a, 95a, 94a ,8a, 46a, 41a, 156a, 154a, 144a, 142a, 141a, 140a, 138a, 133a. Daten auf Stadtteilebene liegen nicht vor.

[430] Laut StDR, Bd. 559/7, S.5 gab es 1939 einerseits folgende Verteilung unter den Erwerbspersonen: Selbständige (7,6%), Mithelfende Familienangehörige (2,3%), Beamte (14%), Angestellte (24%) und Arbeiter (55,1%). Andererseits dominierten in der Bevölkerung mit ihren Angehörigen ohne Hauptberuf (Eheleute, Kinder) die Arbeiter nicht so deutlich: Selbständige (7%), mithelf. Fam. (1,1%), Beamte und Angestellte (34,7%) und Arbeiter (44,2%). Die Differenz ergibt sich wegen des Fehlens der berufslosen Selbständigen. Vgl. AKAP (Hrsg): Kiel im Nationalsozialismus. S.9f.

[431] Der Erkenntniswert der Ergebnisse auf Stimmbezirksebene ist sehr eingeschränkt: so befürworteten die Wahlberechtigten in 105 Stimmbezirken überdurchschnittlich die Abstimmungsfrage und weitere acht Stimmbezirke lagen im Durchschnitt. In 42 Stimmbezirken lag die Zustimmung bei mind. 99,3%: Sb 12 (Vorstadt); 14, 16, 56 (Damperhof); 79, 82, 86, 87 (Brunswik); 107 (Düsternbrook); 94, 94a (Blücherplatz); 95a, 96, 96a, 97 (Wik); 60, 71, 72, 92, 93 (Ravensberg); 41, 42, 43, 47, 48, 49 (Schreveteich); 19, 24, 35 (Südfriedhof); 114, 117, 118, 119, 121, 122, 125, 126, 128, 129 (Gaarden-Ost); 139, 140, 140a (Gaarden-Süd); 136 (Wellingdorf); ganz Holtenau (145, 146, 147).

[432] Hierbei handelt es sich um den Durchschnitt des vorläufigen Endergebnisses aus der Zeitung und nicht um die tatsächlichen 98,4% des Endergebnisses.

[433] Die acht folgenden Stimmbezirke waren Sb 13 (Vorstadt, 95,3%), Sb 69 (Ravensberg, 95,8%), Sb 44 (Schreventeich, 95,9%), Sb 25 und Sb 33 (Südfriedhof, 95,5% und 95,6%), Sb 130 (Ellerbek, 96,2%), Sb 84 (Damperhof, 96%) und Sb 65 in der Brunswik (96,0%). In 40 Stimmbezirken lagen die Ergebnisse maximal 1% unter dem Durchschnitt, in 18 Stimmbezirken bei maximal 2% (bis 96,3%), in acht Stimmbezirken bei maximal 3% (bis 95,3%) und lediglich in drei (!) Stimmbezirken bei über 3%.

Wahlanalyse für die Abstimmung 1938

Trotz methodischer Bedenken sollen wiederum vor dem Hintergrund der Wahlergebnisse von November 1932 die Abstimmungsergebnissen 1938 analysiert werden, wobei die Ausgangslage deutlich besser ist, als bei den vorangegangenen Urnengängen: 1938 sind nämlich nicht nur die üblichen Daten in der Nordischen Rundschau abgedruckt worden, sondern auch die Anzahl der Wahlberechtigten in jedem Stimmbezirk, die Anzahl der ausgegebenen Stimmscheine und die Anzahl der auswärtigen StimmscheininhaberInnen, die in den jeweiligen Wahllokalen gewählt haben. Solche Daten fehlen leider für die anderen Abstimmungen. Für die Analyse sind deshalb auch Vermutungen zum Wahlboykott und zu den WählerInnen möglich, die sich einen Stimmschein haben ausstellen lassen (vgl. Tab. 15 u. 16).

Die größte Zustimmung zum „Anschluß“ gab es in den ehemaligen Hochburgen von DNVP (98,9%) bzw. dort wo die NSDAP 1932 ihre absoluten Mehrheiten geholt hatte (98,7%). Doch selbst in den ehemaligen Hochburgen der illegalen Arbeiterparteien fiel die Zustimmung lediglich etwas geringer aus (98,0%),[434] und die hohen Zustimmungen 1938 können sogar nur durch ehemalige SPD- bzw. KPD-WählerInnen erklärt werden. Insbesondere in Teilen des ehemaligen SPD-Milieu kam es zum Anstieg der Wahlbeteiligung und zu verstärkt positiven Ergebnissen bei der Abstimmung.[435] Während sich über die Milieus aus denen die Gegenstimmen stammten keine so klaren Aussagen machen lassen können, scheint das ehemalige KPD-Milieu das Ungültig machen des Stimmscheins befördert zu haben.; vielleicht weil die Abstimmungsfrage eben keine Ausdifferenzierung für/gegen den „Anschluß“ und für/gegen die Einheitsliste der NSDAP zuließ.

Die Ausgabe von Stimmscheinen korrespondiert fast ausschließlich mit dem DNVP-Milieu, was auf eine höhere Loyalität bzw. besseren sozialen Status hinweist und meines Erachtens aufgrund der nationalistischen Abstimmungsfrage nicht als Wahlboykott zu interpretieren ist.[436]

Abgesehen davon, dass fast nirgends mehr von Gegenstimmung die Rede sein kann, fällt auf, dass selbst im ehemaligen SPD- und KPD-Milieu keine eindeutige Stimmung in die eine oder andere Richtung mehr erkennbar ist. Lediglich für das KPD-Milieu finden sich Hinweise auf einen Rückgang der Wahlbeteiligung und einem Nichtausstellen von Stimmscheinen, was zusammen auf bewußten Wahlboykott deutet.[437]

Interessanterweise läßt sich für das rechte Lager zwar eine sehr positive Stimmung für den „Anschluß“ Österreichs erkennen, doch wurde diese insbesondere durch das rechtskonservative DNVP-Milieu befördert, was wahrscheinlich an deren Zustimmung zum außenpolitischen Kurs lag.

Insgesamt kann man aber für die Abstimmung 1938 konstatieren, dass es über die sozialen ehemaligen parteipolitischen Grenzen hinaus, keine nennenswerte Gegenstimmung mehr gegeben hat, die sich bei dem Urnengang ausdrückte.[438]

---

[434] SPD-Hochburgen: 98,1%; KPD-Hochburgen: 98,4%; SPD/KPD, absolute Mehrheiten: 98,0%.

[435] Die ehem. SPD-Wählerschaft korreliert als einzige positiv bei der Wahlbeteiligung (+0,20), was für sie auch in den ehem. KPD-Hochburgen (+0,50; KPD: - 0,50) und NS-Hochburgen (+0,22; NSDAP: -0,23) gilt.

[436] Insbesondere im DNVP-Milieu wurden Stimmscheine ausgestellt, was sowohl in ihren Hochburgen (+0,9263!) und auch in den NSDAP-Hochburgen (+0,2565; NSDAP: - 0,0746) zu belegen ist. Von den 20 Stimmbezirken mit der höchsten Anzahl ausgegebener Stimmscheine lagen alleine 5 „Am Blücherplatz“ und 3 in „Düsternbrook“, (womit hier sämtliche Wahllokale des Stadtviertels betroffen waren).

[437] In den ehemaligen KPD-Hochburgen gab es sowohl in Bezug auf die Wahlbeteiligung (-0,4964; SPD: +0,5018!), als auch bzgl. der Stimmscheine (-0,2727; SPD: - 0,5289) eindeutig negative Korrelationskoeffizienten. Für die ehemaligen SPD-Hochburgen lauten die Ergebnisse: -0,29 (Stimmscheine) und +0,13 (Wahlbet.).

[438] Die Ergebnisse der nach der sozialen Schichtung ausgewerteten repräsentativen Stimmbezirke weisen keine grossen Unterschiede mehr auf: Ob in Villengegenden (98,9%), in Geschäftsgegenden (98,8%), unter Beamten u. Angestellten (98,5%) oder bei den Arbeitern (98,2%; damit minimal unterdurchschnittlich).

Tabelle 15

Ergebnisse der ausgewerteten 157 Sbe:	**Parteien im November 1932**			
	NSDAP	**DNVP**	**SPD**	**KPD**
RV 1938: Ja-Stimmen	⊙ 41,9% + 0,2053	⊙ 9,6% + 0,2450	⊙ 30,4% - 0,2297	⊙ 13,5% - 0,2235
RV 38: ausgegebene Stimmscheine	⊙ 41,9% + 0,3479	⊙ 9,6% + 0,5082	⊙ 30,4% - 0,4210	⊙ 13,5% - 0,4565
Alle überdurchschnittlichen Stimmbezirke 1938:	**NSDAP**	**DNVP**	**SPD**	**KPD**
RV 38: Ja-Stimmen 88 Sbe, ⊙ 99,2%	⊙ 44,9% - 0,3012	⊙ 11,3% - 0,1433	⊙ 27,2% + 0,2781	⊙ 11,4% + 0,2105
RV 38: Nein-Stimmen 69 Sbe, ⊙ 2,6%	⊙ 37,1 % - 0,1014	⊙ 6,9% - 0,3371	⊙ 35,5% + 0,2500	⊙ 16,8% + 0,0963
Auswahl der besten / schlechtesten Sbe:	**NSDAP**	**DNVP**	**SPD**	**KPD**
RV 38: Ja-Stimmen 35 Sbe, ⊙ 99,6%	⊙ 42,4% -0,3175	⊙ 10,3% - 0,0828	⊙ 30,7% + 0,2538	⊙ 12,0% + 0,1809
RV 38: Nein-Stimmen 28 Sbe, ⊙ 3,4%	⊙ 36,6% +0,0535	⊙ 6,3% - 0,1878	⊙ 37,4% - 0,0126	⊙ 16,3% + 0,0813
RV 38: Ungültige St. 21 Sbe, ⊙ 0,7%	⊙ 42,7% - 0,3757	⊙ 7,7% - 0,4313	⊙ 32,3% - 0,4133	⊙ 12,9% + 0,2869

Lesebeispiel: In den 35 Stimmbezirken, die bei der Reichstagswahl 1938 mind. 1% über dem Durchschnitt stellt sich kein positiver Zusammenhang zum Milieu der NSDAP-WählerInnen von 1932 her, zu dem der SPD hingegen schon.

Tabelle 16

Reichstagswahl und Volksabstimmung am 10. April 1938			
Parteien im Nov. 1932	**RT 1938: Ja-Stimmen**	**RT 1938: Nein-Stimmen**	**RT 1938: Ungültige St.**
NSDAP/DNVP, abs. Mehrheit 80 Sbe;	⊙ 98,6% + 0,3203	⊙ 1,3% - 0,3173	⊙ 0,1% - 0,1173
NSDAP: abs. Mehrheit 46 Sbe, ⊙ 54,9%	⊙ 98,7% + 0,2419	⊙ 1,3% - 0,2441	⊙ 0,1% - 0,0646
DNVP - Hochburgen: 9 Sbe, ⊙ 28,7%	⊙ 98,9% + 0,5523	⊙ 1,0% - 0,5813	⊙ 0,1% - 0,0166
SPD/KPD, abs. Mehrh. 67 Sbe;	⊙ 98,0% + 0,0540	⊙ 1,8% - 0,0461	⊙ 0,1% - 0,3811
SPD-Hochburgen 31 Sbe, ⊙ 46,7%	⊙ 98,1% + 0,0635	⊙ 1,7% - 0,0324	⊙ 0,2% - 0,0951
KPD-Hochburgen 18 Sbe, ⊙ 27,4%	⊙ 98,4% - 0,0927	⊙ 1,6% + 0,0891	⊙ 0,0% -

Lesebeispiel: Dort wo die DNVP 1932 ihre Hochburgen hatte, wurde 1938 mit 98,9% für die Abstimmungsfrage votiert, was zum einen der höchste Wert aller Parteien ist und aufgrund des sehr positiven Korrelationskoeffizienten auf einen Zusammenhang zum konservativen Milieu verweist.

Zusammenfassung für den Urnengang vom April 1938

Die Abstimmung im April 1938 stellte in vielen Punkten den Höhepunkt nationalsozialistischer Propaganda dar, war ganz auf die Bejahung des „Anschlusses“ von Österreich ausgerichtet und als Plebiszit über Hitlers Außenpolitik inszeniert. Zwar kam es - auch wegen des gleichzeitig stattfindenden Wahlkampfes in Österreich - nur zum Wahlkampfauftritt eines eher unbedeutenderen Reichsministers in Kiel, doch belegen dessen antisemitische Äußerungen ebenso wie die des lokalen Redners, dass 1938 ein anderes „Klima“ herrschte als noch 1936. Während aber der rassistische Ausschluß der jüdischen bzw. als „jüdisch“ definierten Wahlbevölkerung belegt ist, war sich das Regime über den Umgang mit Sinti und Roma noch nicht ganz einig geworden und diese durften wählen gehen. Der Wahlkampf selbst war darauf ausgerichtet eine noch höhere Wahlbeteiligung und eine noch höhere Zustimmung zum Regime zu erhalten, als noch durch die Wahlfälschung 1936. Die Mittel dazu waren erprobt: Ausrichtung der Abstimmungsfrage auf ein außenpolitisches Thema und Suggerierung einer Abstimmung über Hitler persönlich, der als nationalsozialistischer „Messias“ gepriesen wurde, in dessen „Schuld“ alle Deutschen standen. Hinzu kamen eingespielte und inszenierte Wahlkampfrituale bis hin zum Wahlkampfabschluß auf dem Adolf-Hitler-Platz mit „Führer“-Rede, Dankgebet und Schwur der Volksgemeinschaft. Am Wahltag machten Wahlschleppdienste, uniformierte Abstimmungsvorstände und die soziale Kontrolle durch die Wahlabzeichen den Wahlberechtigten deutlich, dass sie faktisch einer Wahlpflicht nachzukommen hatten und natürlich nur ihre Zustimmung erwünscht, erwartet und wahrscheinlich zum Teil auch erzwungen wurde. Und um selbst in diesem Punkt keine relative Niederlage erleiden zu müssen, vermied das Regime durch die Verknüpfung zweier Fragen jede Ausdifferenzierung des Wählerwillens: niemand sollte einerseits für/gegen den „Anschluß“ und andererseits für bzw. gegen die NSDAP-Einheitsliste stimmen können.

Aufgrund all dieser Maßnahmen erbrachte die Wahl das erwünschte Ergebnis von höchster Wahlbeteiligung und höchster Zustimmung überhaupt im Nationalsozialismus. Nichtsdestotrotz gab es Drohungen gegenüber den „letzten Querulanten“, die in Kiel lediglich in einem Wahllokal mit 6% Gegenstimmen noch mutig ihre Ablehnung zeigten. Insgesamt ist aber zu konstatieren, dass in Kiel fast keine Unterschiede mehr zwischen den ehemaligen politischen Lagern und deren Zustimmung zur Wahl gegeben hat; ebensowenig wie es Unterschiede in den sozialen Schichten in dieser Frage gab. Trotzdem konnte ein sehr verschiedenes Verhalten nachgewiesen werden: während sich unter den Nationalsozialisten Wahlmüdigkeit breit machte, schlossen sich die Konservativen sehr stark dem außenpolitischen Kurs des Regimes an und beide Gruppen machten wahrscheinlich aus Verbundenheit mit der Regierung von Stimmscheinen Gebrauch. Auf der Seite der Linken erfuhr der „Anschluß“ insbesondere im Milieu der ehemaligen SPD-Wählerschaft starken Zuspruch, was sich auch mit den Ergebnissen der Saarabstimmung 1935 deckt. Im ehemaligen KPD-Milieu finden sich hingegen Hinweise auf Wahlenthaltung und einem bewußten „ungültig“ machen des Stimmzettels, letzteres ein Beleg für die Ablehnung des Wahlvorgangs ansich.[439]

Das fast 100%ige Wahlergebnis hatte aber nicht zur Folge, dass die Einheit der Volksgemeinschaft von eben diesen Volksgenossen konstatiert wurde. Im Gegenteil: die Höhe der Zustimmung förderte selbst unter den Nationalsozialisten die Skepsis gegenüber der Abstimmung an sich. Der Totalitätsanspruch des Regimes kehrte sich in seiner Ideologie des „Höher, schneller, weiter“ bei seinen eigenen Anhängern gegen sich, denn niemand konnte ernsthaft an diese totale Zustimmung zum Kurs der Regierung glauben. So schrieb der Exil-Vorstand der SPD in seinen Berichten zur Wahl: „.Selbst von den Nazis wurde das Wahlergebnis sehr kritisch

439 Einen generellen Zusammenhang zwischen ehemals kommunistischen Hochburgen und einer hohen Ablehnung im NS läßt sich für Kiel nicht konstatieren. Für zwei Dörfer auf Fehmarn findet sich hingegen in den Akten Belege dafür. LAS 309/22674, Landrat Oldenburg i.H. am 11.4.38 an Regierungspräsidenten in Schleswig. Ähnlich zur RT/VA vom November 1933: LAS 309/22574, Reg. Sl an das Gestapa in Berlin, 18.11.33.

betrachtet."[440] Nichtsdestotrotz war die Einschätzung zum Abstimmungsergebnis ganz klar: „Zweifellos war die große Mehrheit des deutschen Volkes bereit, die zur Abstimmung vorgelegte Frage über die ‚Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich' zu bejahen. Aber die Diktatur kann sich nicht mit einer großen Mehrheit begnügen. Nachdem als Ergebnis der letzten Volksabstimmung 98,8% Ja-Stimmen proklamiert worden waren, durften es diesmal nicht weniger, es mußten mehr sein."[441] Die illegale SPD sprach also einerseits von einer grossen Zustimmung seitens der Arbeiterschaft, andererseits bezweifelte sie die Höhe des Ergebnisses an. Der Sicherheitsdienst der SS konstatierte dementsprechend auf Seiten der illegalen Arbeiterparteien zumindest einen Schock über den „Anschluß Österreichs" und meinte ähnliches über die Kirchen sagen zu können. [442] Seitens des NS-Regimes war die Abstimmung ein überwältigender Erfolg gewesen und das Selbstbild spiegelt sich ebenfalls in einem Bericht des SD wieder: „Das Jahr 1938 ist gekennzeichnet durch den Willen zum konzentrierten Einsatz aller publizistischen Mittel für die Schaffung des großdeutschen Reiches. Ziel war es, das Vertrauen des Volkes in die politische Führung und in die eigene Kraft zu stärken und dem Ausland ein Bild eines einheitlichen und zu allem entschlossenen Willens zu vermitteln." [443] Trotz des in dieser Höhe unglaubwürdigen Endergebnisses dürften die Machthaber im NS-Staat - auch wegen dem glaubwürdigeren Ergebnis in Österreich selbst - ihre selbstgesteckten Ziele für 1938 erreicht haben.

---

[440] Sopade, 5. Jg., Nr. 4/5, 1938, S. 426 (Bericht aus Bayern), vgl. Jung, S.118 und 123.

[441] Sopade, 5. Jg., Nr. 4/5, 1938, S.395.

[442] Heinz Boberach (Hrsg.): Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938 – 1945. Bd. 2, 1938 – 10. November 1939. Berlin 1984, S.53, S.32.

[443] Meldungen aus dem Reich. Bd. 2, 1938 – 10. November 1939, S.150.

8. Die Ergänzungswahl zum Reichstag

Die letzte Abstimmung im Nationalsozialismus fand am 4. Dezember 1938 statt. Aufgrund der Beschlüsse der Münchener Konferenz und der darauffolgenden Besetzung der sudetendeutschen Gebiete in der Tschechoslowakei durch die Wehrmacht hatte sich das großdeutsche Reich nochmals vergrößert, und die neuen Reichsbürger wurden an die Urnen gerufen: die „Sudetendeutsche Ergänzungswahl zum Großdeutschen Reichstag“ stand an.[444]

Die wenigen in Kiel lebenden Sudetendeutschen wurden Ende November über die Presse aufgefordert sich „umgehend bei Dr. Franz Theisig, Kiel, Holtenauer Str. 148/III.“ zu melden.[445] Die Nachwahl selbst wurde aber durch ein anderes Großereignis von den Titelseiten verdrängt: Weihnachten stand kurz bevor, und der „Tag der nationalen Solidarität“, an dem „führende Männer und Frauen aus Partei und Staat, Kunst und Wissenschaft [...] für das Winterhilfswerk sammeln werden“, nahte.[446]

Die Kieler Presse brachte auf den Titelseiten die Rede Hitlers an die sudetendeutsche Wählerschaft und druckte im Innenteil der NS-Zeitung einen kleinen Hinweis an diese Minderheit in Kiel: „Achtung Sudetendeutsche Wähler! Nach 20 jährigem Kampfe um die Freiheit der Heimat hat uns der Führer ins großen Deutsche Reich heimgeholt – wir danken dem Führer dadurch, daß wir ihm morgen bei der Wahl unsere ´Ja – Stimme` geben.“[447] Die Hauptnachricht am Montag war dann aber nicht das Wahlergebnis, sondern der „überwältigende“ Erfolg der Sammlung fürs Winterhilfswerk.[448]

Natürlich wurde der Wahlsieg der NSDAP durch öffentliche Beflaggung gefeiert, und in Kiel war man hochzufrieden: alle 279 Wahlberechtigten waren an die Urne im Wahllokal in der Stadtbücherei am Lorentzendamm getreten und alle hatten mit „Ja“ gestimmt.[449] Ähnlich wie die Deutsch-Österreicher zum Territorialplebiszit über Österreich hatten sich auch die in der Diaspora lebenden Sudetendeutschen in Kiel also für den „Anschluß“ entschieden „und damit dem Führer einen Teil des Dankes abgestattet, den sie diesem Manne ihr Leben lang entgegenbringen werden.“, so die Bewertung der NR am Tag nach der Wahl.[450]

Das NS-Regime konnte ebenfalls zufrieden sein: lediglich 790 Gegenstimmen im „Altreich“ - und nur fünf in Schleswig-Holstein - hatten ein fast hundertprozentiges Endergebnis zur Folge.[451]

Weitere Abstimmungen fanden im Nationalsozialismus aufgrund des II. Weltkrieges nicht mehr statt. Der „uniformierte Reichstag“ (Hubert) trat zwar noch einmal am 30. Januar 1939

---

444 RGBl 1938, Teil I, S.1636 (21.11.38, Gesetz über die Wiedervereinigung der sudetendeutschen Gebiete mit dem Reich), RGBl 1938, Teil I, S.1567. Vgl. Hubert, S. 149ff und zur Chronologie: Overesch, S.474ff, S.489.

445 NR 30.11.38: „Sudetendeutsche in Kiel!“

446 NR 2.12.38: „Dankt dem Führer durch euer Opfer“.

447 KNN 3./4.12.38: „Flammender Appell des Führers an die Sudetendeutschen“.
NR 3./4.12.38: „Unser Aufstieg – Sieg der Volksgemeinschaft. Die Rede des Führers in Reichenberg“ und im Innenteil ein Artikel mit obengenannter Überschrift. Die Rede Hitlers wurde auch im Radio übertragen, wofür die NR am 2. Dezember warb: „Der Führer spricht heute um 19.30 Uhr“.

448 KNN 5.12.38: „Großartiger Sieg des deutschen sozialen Gedankens: Die phantastische Summe von über 15 Millionen Mark erreicht“; erst ein kleinerer Artikel gab das Wahlergebnis bekannt:“ Überwältigendes sudetendeutsches Bekenntnis zu Großdeutschland“. In der NR vom 5.12.38 vermischte man beide Ereignisse und ihren „Wert“ in einer Doppelschlagzeile miteinander: „Größte soziale Volksabstimmung der Welt. Sudetendeutsche Wahl ergab 98,9 v.H. Ja-Stimmen“.

449 NR 5.12.38: „Flaggen heraus!“, ebenso KNN 5.12.38. NR 5.12.38: „100 v. H. Ja-Stimmen“; KNN 5.12.38: „Hundertprozentig gaben Kiels Sudetendeutsche ihr `Ja`“. Laut Hubert hatte Reichsinnenminister Frick angeordnet leere Stimmzettel als „Ja“ zu werten. Hubert, S.154.

450 NR, ebd.

451 StDR Band 531, Berlin 1939, S.10. Das genaue Ergebnis lautete: Altreich: 229.527 Ja-Stimmen, 645 Nein und 138 ungültige Stimmen. Für Schleswig-Holstein stimmten 1074 mit Ja, drei mit Nein und zwei Wahlberechtigte machten den Stimmzettel ungültig. In beiden Fällen betrug die Zustimmung 99,7%.

zur berüchtigten außenpolitischen Rede Hitlers zusammen, in der dieser u.a. „‘auf die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa‘“ als Ergebnis eines neuen Weltkriegs abhob.[452] Danach hatte das Regime für den Reichstag und seine Abgeordneten keine sinnvolle Verwendung mehr: die Wahlperiode wurde bis zum 30. Januar 1943 verlängert und dann per Reichsgesetz im Krieg um weitere vier Jahre ausgedehnt. Bis zum Kriegsende trat also weder der Reichstag nochmal zusammen noch gab es weitere Volksabstimmungen bzw. Reichstagswahlen im Nationalsozialismus. Pläne für weitere Reichstagswahlen wurden nicht mehr umgesetzt.[453]

[452] Hubert, S.148. Das Zitat Hitlers stammt aus: Enzyklopädie des Holocaust, S. 615.

[453] Hubert vermutet sehr plausibel, dass das Regime zum 30. Januar 1943 Reichstagswahlen plante, diesen Plan aber wegen des Kriegsverlaufs nicht weiterverfolgte. Vgl. dazu Hubert, S. 197ff, S. 203, S.158f.
Korrektur des Autors, 2005: Der Reichstag trat das letzte Mal am 26. April 1942 zusammen.

9. Schlußbetrachtung
„Ganz Deutschland nationalsozialistisch“ - die Wahlergebnisse als Gradmesser für die Integrationskraft der Volksgemeinschaft?

In den vorangegangenen Kapiteln wurden die Wahlkämpfe und Wahlausgänge detailliert beschrieben und analysiert. Im folgenden sollen im Querschnitt aller fünf Abstimmungen jeweils die Stadtviertel als auch die Stimmbezirke noch einmal betrachtet und zudem Aussagen zur sozialen Zusammensetzung der Wählerschaft der Nationalsozialisten getroffen werden. Abschließend erfolgt eine kurze bewertende Zusammenfassung und ein thesenartiger Ausblick auf das Thema.

Wer wählte wo 1933-1938 die Nationalsozialisten: die Stadtteile

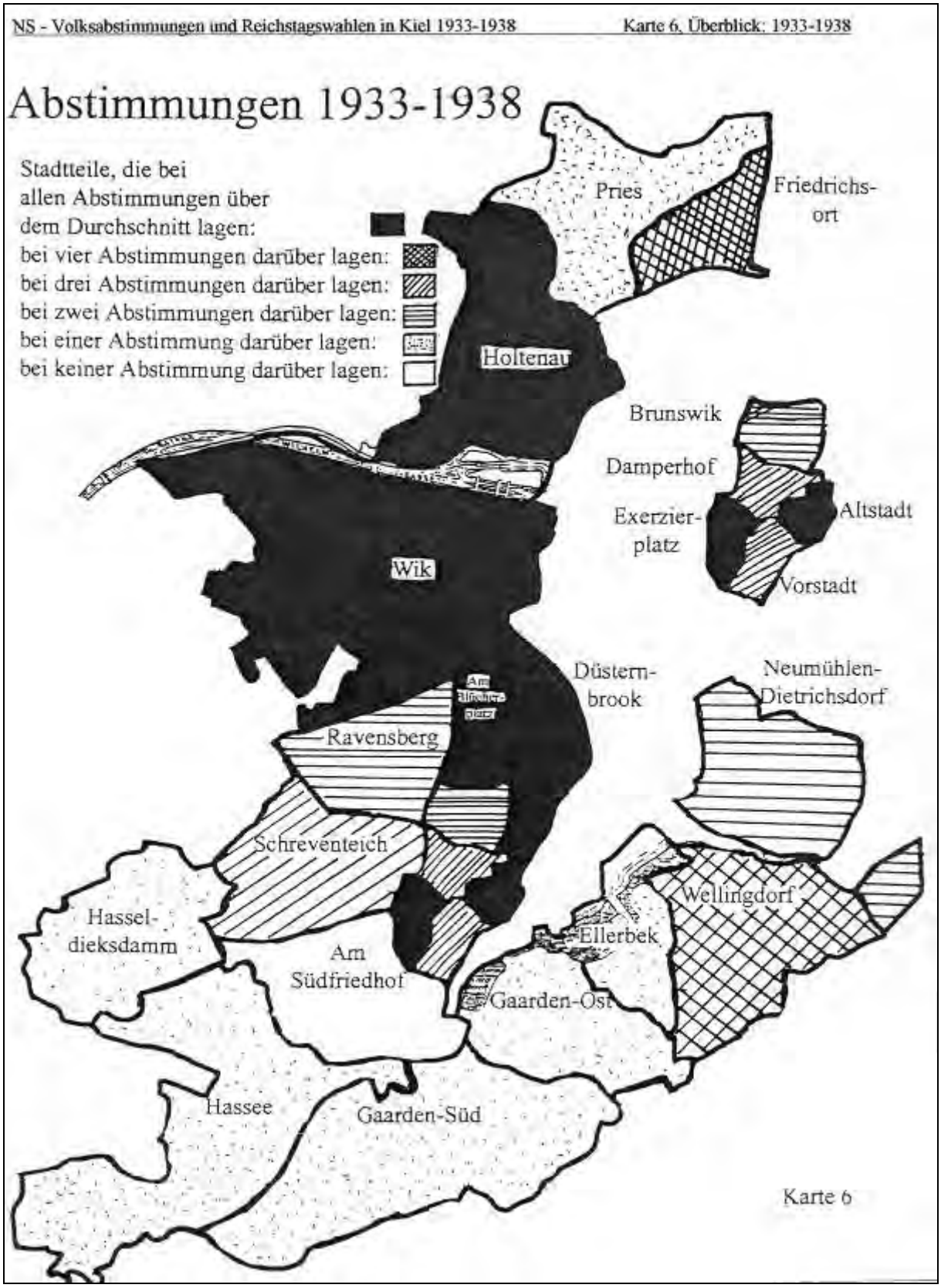
In sechs Stadtvierteln gab es bei allen fünf Abstimmungen immer überdurchschnittliche Ergebnisse: dazu zählen mit „Am Blücherplatz“, der „Altstadt“ und dem „Exerzierplatz“ drei, in denen es vor 1933 schon Mehrheiten für die NSDAP gegeben hatte und mit „Düsternbrook“ und der „Wik“ zwei weitere, in denen die NSDAP zusammen mit der DNVP vor 1933 Mehrheiten holte. Dies waren konservativ-bürgerlich geprägte Stadtviertel mit grosser Verbundenheit zur Marine und überdurchschnittlich vielen Beamten, Angestellten und mittelständischen bis großbürgerlichen Selbständigen. Einzig das ebenfalls bei allen Abstimmungen dazu zählende bevölkerungsarme „Holtenau“ war vor 1933 zwischen beiden politischen Lagern umkämpft gewesen und fällt damit aus dem Rahmen. Als Erklärung könnte der Bevölkerungsanstieg im Zuge des rüstungsbedingten Wirtschaftsaufschwungs dienen, weil in dem kleinen Stadtteil jeder Zuzug große Auswirkungen auf die soziale Zusammensetzung der Einwohnerschaft hatte.

Auf Seiten derjenigen, die 1933-1938 immer unter dem Kieler Durchschnitt lagen, findet sich hingegen nur ein einziger Stadtteil: „Am Südfriedhof“, wo Werftarbeiter und Industriearbeiter das Umfeld prägten. Trotzdem sich hier vor 1933 noch beide Lager in einem Patt gegen überstanden, bestimmte insbesondere die sozialdemokratisch-dominierte Arbeiterbewegung das Milieu und ermöglichte so vermutlich, bei Urnengängen ablehnender zu reagieren als anderswo. Nimmt man nur die Urnengänge bis 1936 als Bezugsrahmen, so finden sich auch der „Ravensberg“, „Gaarden-Ost“ und „-Süd“ und „Hasseldieksdamm“ unter den Stadtteilen wieder, die ablehnender als der Kieler Durchschnitt abstimmten; augenfällig ehemalige Hochburgen der beiden Arbeiterparteien (vgl. Karte 6).

Wer wählte wo 1933-1938 die Nationalsozialisten: die Stimmbezirke

Die Stimmbezirksebene bestätigt das obengesagte: Im Querschnitt aller Urnengänge von 1933 bis 1938 lassen sich 38 Stimmbezirke herausfiltern, die bei allen fünf Abstimmungen überdurchschnittlich viele Ja-Stimmen für das NS-Regime erbracht hatten. Räumlich verteilten sich diese Stimmbezirke fast ausschließlich - mit Ausnahme Holtenaus - auf das bürgerliche Westufer, wobei die Wik, der Blücherplatz und Düsternbrook dominierten und die Arbeitervierteln unterrepräsentiert waren.[454] Die NSDAP und die DNVP konnten hier vor 1933 zu

[454] Altstadt (Sb 3, 4); Vorstadt (Sb 5), Exerzierplatz (Sb 14, 16, 53, 54), Damperhof (Sb 76), Brunswik (Sb 79, 83, 86, 87), Düsternbrook (Sb 107, 109; d.h. zwei von drei Stimmbezirken), Blücherplatz (Sb 100, 101, 104, 105, 106), Wik (Sb 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97), Ravensberg (Sb 71), Schreventeich (Sb 49, 50, 51), Südfriedhof (Sb 26, 27, 39), Gaarden-Ost (Sb 118, 121), Gaarden-Süd (Sb 10), Holtenau (Sb 145, 146; d.h. zwei von drei Stimmbezirken).


NS - Volksabstimmungen und Reichstagswahlen in Kiel 1933-1938
Karte 6, Überblick: 1933-1938
Abstimmungen 1933-1938
Stadtteile, die bei allen Abstimmungen über dem Durchschnitt lagen:
bei vier Abstimmungen darüber lagen:
bei drei Abstimmungen darüber lagen:
bei zwei Abstimmungen darüber lagen:
bei einer Abstimmung darüber lagen:
bei keiner Abstimmung darüber lagen:
Pries
Friedrichs-ort
Holtenau
Brunswik
Damperhof
Exerzier-platz
Altstadt
Vorstadt
Wik
Düstern-brook
Neumühlen-Dietrichsdorf
Ravensberg
Schreventeich
Hassel-dieksdamm
Am Südfriedhof
Wellingdorf
Ellerbek
Gaarden-Ost
Hassee
Gaarden-Süd
Karte 6

sammen fast 67% der Stimmen auf sich vereinen, während das linke Lager gerade einmal auf knapp 27% kam.[455]

Tabelle 17

	Parteien im November 1932						
38 Sbe., alle überdurch – schnittlich:	**NSDAP ⊙ 51,8%**	**DNVP ⊙ 15,0%**	**DVP ⊙ 3,0%**	**DStP (DDP) ⊙ 1,1%**	**Zentrum ⊙ 1,7%**	**SPD ⊙ 20,3%**	**KPD ⊙ 6,6%**
RT 33: Ja-St. (90,7 – 100%) ⊙ 94,0%	+ 0,2068	+ 0,0698	+ 0,2088	+ 0,5668	- 0,0054	- 0,1564	- 0,3730
VA 33: Ja-St. (89,5 - 97,7%) ⊙ 94,5%	+0,2134	+ 0,5365	+ 0,5628	+ 0,5141	+ 0,3084	- 0,5340	- 0,7451
VA 34: Ja-St. (84,3 - 95,3%) ⊙ 89,4%	+ 0,1619	+ 0,4419	+ 0,5683	+ 0,2970	+ 0,0802	- 0,4206	- 0,6095
RT 36: Ja-St. (98,5 – 100%) ⊙ 99,1%	+ 0,1448	+ 0,2024	+ 0,2773	+ 0,0810	- 0,0463	- 0,1656	- 0,4622
RV 38: JaSt. (98,4 – 99,8%) ⊙ 99,1%	- 0,1303	- 0,1163	+ 0,1068	- 0,1626	- 0,3108	+ 0,0405	- 0,0063

Lesebeispiel: Für die Volksabstimmung 1934 gibt es zwischen den Ja-Stimmen in den ausgewählten 38 Stimmbezirken und den ehemaligen DVP – WählerInnen den positivsten Zusammenhang, d.h. das Milieu der ehemaligen DVP-Wählerschaft hat die Wahlentscheidung zugunsten Hitlers sehr zu dessen Gunsten beeinflußt.

Überraschenderweise gibt es im konservativen und (national-) liberalen bürgerlichen Milieu noch vor dem der NSDAP bis 1934 die größten Zusammenhänge zu den überdurchschnittlichen Ja-Stimmenergebnis bei den Abstimmungen. Der Austritt aus dem Völkerbund 1933 fand dabei im gesamten politischen Spektrum jenseits der Arbeiterparteien die größte Zustimmung überhaupt. Am uneindeutigsten sind die Ergebnisse für die Abstimmung 1938: hier gibt es keine so klaren Zusammenhänge zu konstatieren, wobei auffälligerweise ehemalige ZentrumswählerInnen deutlich nicht mit den Ja-Stimmen korrelieren. Diese Haltung spiegelt sich indirekt auch in einem Stimmbericht des Sicherheitsdienstes der SS wieder: „Einen schweren Schlag bedeutete deshalb für die kirchlichen Kreise die Rückgliederung Österreichs an das Reich.“ [456] Ähnlich sah es auf Seiten der ehemaligen Wählerschaft der Arbeiterparteien aus. Die deutlichsten negativen Zusammenhänge zu den Ja-Stimmen im Nationalsozialismus weisen wiederum die Milieus von SPD und KPD auf.

Auf der Gegenseite finden sich bei allen fünf Abstimmungen lediglich 21 Stimmbezirke, in denen es immer eine unterdurchschnittliche Zustimmung bei den Urnengängen gegeben hat,[457] wobei „Am Südfriedhof“ und Teile von „Gaarden-Ost“ diejenigen Stadtviertel waren, wo es die größte kontinuierliche Ablehnung zu verzeichnen gab und Sozialdemokratie und KPD vor 1933 zusammen auf knapp 57% der Stimmen kamen.[458]

---

[455] In 36 der 38 Stimmbezirke hatten im November 1932 die NSDAP und DNVP absolute Mehrheiten erreicht und die NSDAP in 26 alleinige Mehrheiten. Nur in Sb 146 (Holtenau) und Sb 121 (Gaarden-Ost) hatten SPD und KPD Mehrheiten (46%+5,7% bzw. 36,7%+17,1%).

[456] Meldungen aus dem Reich. Bd. 2, 1938/1939, S.32.

[457] Die 21 Stimmbezirke verteilen sich wie folgt auf die Stadtteile: Vorstadt (Sb 13), Damperhof (Sb 85), Brunswik (Sb 58, 65, 80), Ravensberg (Sb 61, 69), Schreventeich (Sb 44), Am Südfriedhof (Sb 23, 29, 32, 33, 34, 37, 38), Hassee (Sb 143), Gaarden-Ost (Sb 111, 116, 123, 124) und Ellerbek (Sb 130).

[458] In 17 der 21 Stimmbezirke hatten im November 1932 KPD und SPD absolute Mehrheiten. Lediglich in vier Stimmbezirke war dies nicht so: Sb 80 (Brunswik, 44,6%), Sb 23 und 32 (Südfriedhof, 40,3% u. 42,9%) und Sb 13 (Vorstadt, 35,4%). Ob hier jeweils die benachbarten – von den Arbeiterparteien dominierten Stimmbezirke – eine Rolle spielten, muß mangels Quellen offen bleiben.

Tabelle 18

	Parteien im November 1932						
21 Sbe., alle überdurch – schnittlich:	**NSDAP ⊙ 34,7%**	**DNVP ⊙ 5,5%**	**DVP ⊙ 0,9%**	**DStP (DDP) ⊙ 0,4%**	**Zentrum ⊙ 1,6%**	**SPD ⊙ 38,2%**	**KPD ⊙ 18,4%**
RT 33: Nein/U. (10,4 – 20.7%) ⊙ 14,3%	- 0,4596	- 0,6361	- 0,3713	+ 0,0621	- 0,1112	+ 0,4655	+ 0,1219
VA 33: Nein/U. (11,0 – 22,7%) ⊙ 15,5%	- 0,5552	- 0,6748	- 0,3570	- 0,1351	- 0,1073	+ 0,4592	+ 0,2668
VA 34: Nein/U. (17,4 – 26,6%) ⊙ 21,8%	- 0,5826	- 0,6966	- 0,2025	- 0,1326	- 0,1634	+ 0,5728	+ 0,1480
RT 36: Nein/U. (1,8 – 5,1%) ⊙ 3,1%	+ 0,0593	- 0,2466	+ 0,0146	- 0,2367	- 0,3763	+ 0,3331	- 0,3308
RV 38: Nein/U. (1,7 – 6,0%) ⊙ 3,4%	+ 0,4112	+ 0,0695	+ 0,2071	+ 0,2994	- 0,1831	- 0,0253	- 0,4300

Lesebeispiel: Zwischen den Gegenstimmen (Nein- bzw. ungültige Stimmen) 1934 in den ausgewählten 21 Stimmbezirken und den ehemaligen SPD-WählerInnen besteht ein sehr grosser Zusammenhang, d.h. in diesen Stimmbezirken hat sich das sozialdemokratische Milieu positiv auf die Gegenstimmung ausgewirkt.

1933 und 1934 sind die Ergebnisse ziemlich eindeutig: die positivsten Zusammenhänge bezogen auf die Gegenstimmen finden sich für das ehemalige SPD-Milieu und - deutlich schwächer - das der KPD. Für die Ablehnung bei der durch Wahlfälschungen geprägten Reichstagswahl 1936 finden sich nur noch Hinweise auf das SPD-Milieu, während 1938 die geringe Ablehnung nicht mal mehr auf dieses zurückzuführen ist. Interessanterweise scheint das ehemalige (national-)liberale Lager aus DStP und DVP eine gewisse Gegenstimmung befördert zu haben. Ob dies daran lag, dass 1938 zwei Fragestellungen unzulässig miteinander verknüpft wurden, soll als Vermutung im Raum stehen bleiben.[459]

Zur sozialen Zusammensetzung der Wählerschaft im Nationalsozialismus

Über die soziale Herkunft der Wählerschaft in der NS-Diktatur läßt sich angesichts der massenhaften Zustimmung nur sehr eingeschränkt etwas differenzierteres sagen. Als Mittel stehen uns dazu zwei Instrumente zur Verfügung: zum einen die schon oben genutzte repräsentative Auswahl Kieler Stimmbezirke von Januar 1933 und zum anderen die durch Schulz/Schneider nach Berufsgruppen ausgezählten Stimmbezirke (Stand: 1930).
Die repräsentative Auswahl durch die Stadt Kiel ergibt folgendes Bild (vgl. Tab. 19): [460]

[459] Verwiesen sei nochmal auf das Zitat von Jochen Klepper im Kapitel 5, FN 328.

[460] Stichtag für die Auswahl ist der Januar 1933 (s.o.), so dass wegen des Bevölkerungsanstiegs (1933: 218.000, 1935: 233.000, 1939: 239.000) und innerstädtischer Umzüge es möglicherweise gerade für 1936 und 1938 zu Fehlinterpretationen kommen kann.

Tabelle 19

	Reichstagswahl 6. Nov. 1932	**VA 1933**	**RT 1933**	**VA 1934**	**RT 1936**	**RV 1938**
Villengegend (Düsternbrook)	NSDAP: *38,9%* DNVP: 34,8%	96,0%	93,0%	92,5%	99,4%	98,9%
Geschäfte (Selbständige)	NSDAP: 52,9% DNVP: 12,5%	91,9%	91,3%	*86,1%*	98,7%	98,8%
Beamte und Angestellte	NSDAP: 50,6% DNVP: 12,8%	92,2%	95,3%	*85,6%** **(88,5%)**	*97,9%** **(98,7%)**	98,5%
Arbeiter	NSDAP: *35,9%* DNVP: *5,9%*	*84,8%*	*86,9%*	*79,7%*	*97,4%*	*98,2%*
Kiel, repräsentativ	NSDAP: 43,5% DNVP: 11,8%	89,2%	90,8%	86,6%	98,0%	98,5%
Kiel, amtlich	NSDAP: 42,0% DNVP: 9,7%	89,4%	90,2%	83,9%	98,2%	98,4%

* inkl. des sozialdemokratisch geprägten Stimmbezirks 41(a). Die Zahl in Klammern zeigt das Ergebnis ohne diesen Stimmbezirk. **Abweichungen nach unten sind *kursiv* gekennzeichnet.**

Hiernach bildete die obere Mittelschicht und Oberschicht Kiels die stabilste und dem NS-Regime zugewandeste Wählerschaft, wobei sie sich meines Erachtens von den außenpolitischen Themensetzungen - der „nationalen" Karte - stark angesprochen fühlte, auch wenn sich 1938 Wahlmüdigkeit breit zu machen scheint.

Interessanterweise folgen anfangs die Beamten und Angestellten, bei denen es 1934 und 1936 zu Abweichungen nach unten kam, die auf einen von sozialdemokratischen Angestellten dominierten Stimmbezirk zurückzuführen sind und ohne diesen deutlich positivere Ergebnisse für den Nationalsozialismus erbringen.[461]

Die (mittelständischen) Selbständigen hatten vor 1933 das größte Wählerpotential für die NSDAP gebildet, und zeigten nach 1933 eine fast ebenso große Zustimmung wie die Beamten und Angestellten, wobei es 1934 zu einer leichten Abweichung nach unten kam.

Einzig in der (Industrie-) Arbeiterschaft gab es vor und nach 1933 unterdurchschnittliche Ergebnisse für die Nationalsozialisten, wobei die Abweichungen im NS-Staat nur zwischen 0,3% (1938) und 6,6% (1934) lagen. Von einer massenhaften - in Wahlen kenntlich gewordenen - öffentlichen Gegenstimmung kann also auch in der Kieler Arbeiterschaft nicht gesprochen werden.

Das zweite Analyseinstrument - die Auszählung von elf Stimmbezirken nach Berufsgruppen durch Schulz/Schneider[462] - ergänzt das obige Bild: In zwei durch Selbständige dominierte Geschäftsviertel Kiels wurde fast immer überdurchschnittlich für die Nationalsozialisten gestimmt, wobei die Ergebnisse zum Teil nur knapp über dem Kieler Durchschnitt lagen.[463] Für

[461] Der Stimmbezirk 41 (Schreventeich) wurde 1936 aufgrund des Bevölkerungsanstiegs in 41 und 41a aufgeteilt. 1934 stimmten hier 25,2% gegen das NS-Regime und 1936 erhielt es in 41a mit 10,6% Gegenstimmen ihr schlechtestes Ergebnis in ganz Kiel. Bei der VA 1933 schlug sich das schlechte Ergebnis von Sb 41 (17,8%!) aber nicht im Gesamtdurchschnitt der Beamten und Angestellten nieder, weil alle anderen Stimmbezirke nur 1,9% bis 6,5% Gegenstimmen auswiesen. Bei der VA 1934 verändert sich das Ergebnis aber deutich, wenn man den Stimmbezirk herausrechnet und liegt dann bei 88,5%, ähnlich sieht die Veränderung 1936 aus (98,7%). Es sei daran erinnert, dass evangelische Angestellte in Großstädten vor 1933 nur sehr unterdurchschnittlich die NSDAP gewählt haben. Vgl. Falter, Hitlers Wähler, S.237 u. 239.

[462] Die Auszählung von Schulz/Schneider bezieht sich auf das Adreßbuch von 1930, so dass aufgrund von Bevölkerungsanstiegen und innerstädtischen Umzügen Verzerrungen auftreten können. Die bis 1938 wegen Bevölkerungszuwächsen aufgeteilten Stimmbezirke 9, 94, 142 und 156 wurden in der Analyse deshalb nur eingeschränkt berücksichtigt.

[463] Die Ergebnisse (RT 33, VA 33, VA 34, RT 36, RV 38) lauteten für den Sb 1, Altstadt: 90,1%/90,4%/84,6%/98,8%/99,0% und für den Sb 86, Brunswik: 94,9%/97,2%/90,1%/99%/99,6%.

die durch mittlere Beamte und Angestellte geprägten zwei weiteren Stimmbezirken gilt hingegen: sie standen eindeutig auf Seiten des Regimes.[464] Ähnlich hohe Zustimmung erfreuten sich die Nationalsozialisten auf Seiten hoher Beamter der Marine und Angehörigen der Oberschicht.[465] Fast durchgängig ablehnender - also unterdurchschnittlich für das NS-Regime stimmend - verhielt sich die der SPD nahestehende Arbeiterschaft bzw. die zur KPD orientierte proletarischere Industriearbeiterschaft, wobei die Ergebnisse ab 1936 differieren.[466]

Die Wahlberechtigten stimmten also im Nationalsozialismus fast unabhängig von ihrer sozialen Schichtung für das Regime und selbst die vor 1933 noch sehr ablehnende (Industrie-) Arbeiterschaft brachte es auf keine sehr große Anzahl an Gegenstimmen. Die Ergebnisse für die Oberschicht, die Beamten, (bürgerliche) Angestellten und Selbständigen überraschen nicht. Interessanterweise gibt es Belege dafür, dass eine sozialdemokratisch geprägte Angestelltenschaft im Nationalsozialismus deutlich überdurchschnittlich gegen das Regime gestimmt hat. Die Arbeiterschaft konnte bis einschließlich 1934 noch im größeren Maße Dissens zeigen,[467] während sich dies danach nicht mehr in diesen Grössenordnungen feststellen läßt. Inwieweit letzteres wirklich ein Anzeichen von Integration in die NS-Volksgemeinschaft ist, ist eine nicht gänzlich zu beantwortende Frage: „Das Fehlen einer grundsätzlich systemoppositionellen Stellung ‚der' Arbeiterschaft, ob nun durch positive Einbindung und Überzeugung oder durch Zwang herbeigeführt, wird indessen nicht als Anzeichen von Integration gelten können."[468]

Schlußbetrachtung aller fünf Abstimmungen im Nationalsozialismus

In der Reichsmarinestadt Kiel gab es bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 insgesamt 82.000 Stimmen für die NSDAP und ihren Koalitionspartner DNVP. Die beiden linken Arbeiterparteien brachten es hingegen nur auf knapp 58.000 Stimmen. Dieses Verhältnis - im Sinne eines Gradmessers des antifaschistischen Wählerpotentials - verschob sich schon bei der ersten unfreien Abstimmung im November 1933 sehr zugunsten der NSDAP, die nun knapp 139.000 Stimmen erhielt und ihre Gegnerschaft auf minimal 19.000 Wahlberechtigte zurückdrängen konnte. Dabei half ihr im Wahlkampf die regionale Presse, der Auftritt Görings und Hitlers, die Personifizierung der Wahlpropaganda auf den „Führer", das Ausspielen der „nationalen Karte" und die Verfolgung bzw. Ausschaltung der linken Arbeiterbewegung. Hinzu kam eine bewußte Änderung in der Stimmenauszählung, die zu einem verbesserten Ergebnis für die Reichstagswahl-Einheitsliste der NSDAP führte.

Der nächste Urnengang - die Volksabstimmung im August 1934 - stand ganz im Zeichen eines sich konsolidierenden diktatorischen Regimes, dass sich während der innenpolitischen Krise nach dem Röhm-Mord der Zustimmung seitens der Bevölkerung und insbesondere der Reichswehr versichern konnte. Nach dem Tod Hindenburgs ging die Reichspräsidentschaft auf den „Führer und Reichskanzler" über, und die folgende Abstimmung wurde als Plebiszit über Hitler persönlich aufgezogen und sollte nach den Wünschen des Regimes eine größere

---

[464] Die Ergebnisse (RT 33, VA 33, VA 34, RT 36, RV 38) lauteten für den Sb 94, Wik: 93,5%/97%/89%/99,2%/ 99,8% und für den Sb 104, Blücherplatz: 96,3%/97,4%/92,6%/99,2%/98,9%.

[465] Die Ergebnisse (RT 33, VA 33, VA 34, RT 36, RV 38) lauteten für den Sb 107, Düsternbrook: 93,3%/ 96,2%/ 92,1%/99,2%/99,5%.

[466] Es handelte sich um die Sb 111 (Gaarden-Ost), Sb 62 (Ravensberg) und Sb 11 (Vorstadt). Der Stimmbezirk 156 (Neumühlen-Dietrichsdorf) wurde 1938 aufgeteilt, der Stimmbezirk 9 (Hassee) wurde 1936 aufgeteilt und der Stimmbezirk 142 (Hassee) ebenfalls 1936. Damit sind die dortigen Ergebnisse nur bis zu den vorherigen Abstimmungen relevant. Für die drei ersten Stimmbezirke lauten die Ergebnisse: Sb 111 (86,8%/ 83,8%/ 76,3%/97,8%/97,6%), Sb 62 (79,1%/73,3%/67,4%/96,1%/99,0%), Sb 11 (88,8%/82,9%/85%/98,4%/ 99,2%).

[467] Dies bestätigt Schneider, der bis einschl. zu den Vertrauensrätewahlen 1935 ein „weit verbreitetes Dissens-Potential in der Arbeiterschaft" meint ausmachen zu können. Schneider, Unterm Hakenkreuz, S.1091.

[468] Schneider, Unterm Hakenkreuz, S.1090.

Zustimmung hervorbringen als noch im November 1933. Die durchdachte Inszenierung der Staatstrauer für den verstorbenen Reichspräsidenten Hindenburg sollte sich dabei positiv für Hitler auswirken, was in der Wahlpraxis nicht reibungslos von statten ging. Der Kieler Wahlkampf konnte durch Rudolf Heß wiederum eine reichsweite Prominenz aufweisen und hatte mit Hitlers Abschlußrede in Hamburg einen regionalen ins Reich ausstrahlenden Höhepunkt. Am Wahltag setzte die NSDAP sogenannte Schleppdienste der SA ein, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen und verzeichnete mit 124.000 Ja-Stimmen bei 20.000 Gegenstimmen und nochmal 3.200 ungültigen Stimmzetteln einen herben Rückschlag für ihren „Führer“ Adolf Hitler. Neben der dies verschleiernden Propaganda nach der Wahl begann das Regime um so wütender über und gegen die mutmaßliche Gegnerschaft zu reden und vermutete diese - zumindest für Kiel nachweislich zu Recht - unter ehemaligen Hindenburg-Anhängern und „Marxisten“. Die persönliche Niederlage Hitlers führte zur faktischen Abschaffung der Volksabstimmungen, so dass beim nächsten Urnengang auf die risikolosere Variante einer Reichstagswahl nach Einheitsliste zurückgegriffen wurde.

Im März 1936 ließ das Regime faktisch über die Außenpolitik - den Einmarsch ins entmilitarisierte Rheinland - abstimmen. Nicht abstimmen durfte zum ersten Mal - trotz Versuchen der NSDAP dies schon 1933 und 1934 durchzusetzen - die als jüdisch definierten und verfolgten Bevölkerungsgruppen, was im Wahlkampf allerdings keine große Rolle spielte. Die Wahlpropaganda war 1936 so massiv wie nie zuvor durch zentrale Presseanweisungen und Planungen aus Berlin geprägt worden und setzte alles darauf, den wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland und das Renomee´ Hitlers für die Wahl zu nutzen. Prominentester Redner vor Ort war diesmal Reichspropagandaminister Goebbels, der seine Rede zwar selbst kritisierte, aber nichtsdestotrotz durch die Presse gefeiert wurde. Obwohl es eine zentrale Anweisung des Reichsinnenministeriums zur Wahlfälschung gab, muß man für die Reichstagswahl 1936 davon ausgehen, dass es auch ohne diese eine massenhafte Zustimmung zum NS-Regime und namentlich Hitlers gab. Offiziell lautete das Ergebnis in Kiel auf 3.000 Gegenstimmen, was vor Ort lautstark bezweifelt und vom Regime durch Verhaftungen in Kieler Betrieben verfolgt wurde. Die wenigen nachzuweisenden Gegenstimmen stammten - ähnlich wie 1933 und 1934 - sehr wahrscheinlich aus den Reihen der einst linken Arbeiterschaft, die aber selbst in ihren Milieus und Stadtteilen in die absolute Minderheitenpostion geriet.

Die letzte Abstimmung im Nationalsozialismus stand wieder unter außenpolitischen Vorzeichen und war faktisch ein Terriorialplebiszit im Sinne des Versailler Vertrages über den „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich. Abgesehen von Wahlmüdigkeit lief der Propagandaapparrat auch diesmal perfekt, und mit dem NS-Juristen Hans Frank war wieder Politprominenz in Kiel, wobei diesmal auch antisemitische Töne zu hören waren. Die Abschlußkundgebungen in Kiel waren bis ins kleinste Detail durchinszeniert worden und endeten mit der reichsweiten Übertragung der Hitler-Rede aus dem besetzten Wien. Etwas anderes als eine noch größere Zustimmung als 1936 wollte das Regime nicht zulassen, und mit Hilfe des frühzeitig einsetzenden Wahlschlepperdienst, nationalistischer Propaganda und einer Verquickung zwischen Reichstagswahl und Anschluss-Abstimmung sollte die Wahlbeteiligung noch mal erhöht und die Einheit von „Führer“ und „Geführten“ in der Volksgemeinschaft demonstriert werden. 171.000 „Ja“-Stimmen und 2.900 Gegenstimmen waren aber ähnlich unglaubwürdig wie schon die für 1936 propagierte Zustimmung und selbst unter Nationalsozialisten umstritten. Trotzdem kann man davon ausgehen, dass das NS-Regime im April 1938 mit Sicherheit einen seiner Höhepunkte in der Verankerung unter der Bevölkerung erreicht hatte und sich trotz anderer Rhetorik nicht um die letzten „Meckerer“ und „Nörgler“ sorgen mußte: die Assimilation bzw. die Integration der überwältigenden Mehrheit der Kielerinnen und Kieler und natürlich auch der reichsweiten Bevölkerung in den NS-Staat war ihm im April 1938 gelungen. Die Mehrheit hatte sich mit dem Regime abgefunden, sich im NS-Staat eingerichtet bzw. befürwortete diesen sogar.

10 Thesen zu den Ergebnissen der nationalsozialistischen Volksabstimmungen und Reichstagswahlen

1. Im Nationalsozialismus wurde das gesetzliche Wahlrecht zur faktischen Wahlpflicht jedes Volksgenossen und jeder Volksgenossin, die für beide immer nur ein „Ja“ bei Abstimmungen zulassen sollte.

Das NS-Regime behielt das Wahlrecht der Weimarer Republik im Kern bei, schloss erst 1936 die „jüdische“ Bevölkerung davon aus und liess politischen Schutzhäftlingen bis einschließlich 1936 das Wahlrecht, um eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu erreichen. Den Wahlberechtigten wurde durch die Wahlpropaganda, die soziale Kontrolle durch den Wahlschleppdienst der SA und die Wahlabzeichen deutlich vor Augen geführt, dass ihre Wahlbeteiligung obligatorisch war. Die Angst vor der Denunziation als nichtwählender „Landesverräter“ und Gerüchte über die Reidentifizierung der NichtwählerInnen anhand der Wählerverzeichnisse waren ebenfalls Gründe für die sehr hohe Wahlbeteiligung im Nationalsozialismus.

2. Die NSDAP und ihre Organisationen übernahmen bis 1938 - auch aufgrund der Tatsache, dass sie keine machtvolle Staatspartei wurde und ihr damit eine Aufgabe fehlte - sämtliche Funktionen im Wahlkampf und in den Wahllokalen.

So durfte im Wahlkampf neben der NSDAP und ihren Gliederungen und Verbänden nur ausnahmsweise eine nichtnationalsozialistische Organisation - bspw. der „Stahlhelm“ - auftreten. Jede Wahlveranstaltung wurde durch die Staatspartei inszeniert und durchgeführt und lediglich die Polizei und die Reichsmarine spielten eine eigenständige Rolle.

Der Wahltag war durch die Parteiorganisation bestimmt: der NSKK übernahm die Krankentransporte, die HJ machten mit Musikkapellen Wahlpropaganda, die SA sorgte durch den Wahlschleppdienst für eine hohe Wahlbeteiligung und in den Wahllokalen wurden die Abstimmungsvorstände Zug um Zug durch Parteigenossen ersetzt bzw. die Partei bestimmt. Die Auszählung fand im Laufe der Zeit unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit und der Aufsicht der NSDAP statt, die so nicht nur Wahlfälschung betreiben, sondern auch anhand der Wählerverzeichnisse und Stimmscheinlisten die möglichen Wahlboykotteure identifizieren konnte.

3. Die Propaganda für die Abstimmungen wurde bis 1938 so perfektioniert, dass eine genau durchdachte Inszenierung des Wahlkampfes stattfand, bei der in Kiel immer sowohl die regionale als auch die überregionale Parteiprominenz auftrat.

Während im November 1933 sowohl die Presse als auch die NSDAP noch gleichsam „spontan“ auf die kurzfristig angesetzten Urnengänge reagierten, wurde bei den nachfolgenden Abstimmungen immer verstärkter auf zentrale Presseanweisungen aus Berlin reagiert und der Wahlkampf nahm immer „professionellere“ Züge an: die Presse druckte sich ähnelnde wiederkehrende Parolen und Artikel ab, berichtete über den regionalen und überregionalen Wahlkampf und überschlug sich in Ergebenheitsadressen an den „Führer“. Das Kieler Stadtbild wurde durch öffentliche und private Spruchbänder, wahlpropangandistische Installationen und (überdimensionale) Abbildungen Hitlers bestimmt, und der Wahlkampfabschluß trug mit Sternmärschen zum Adolf-Hitler-Platz, der Übertragung von Hitler-Reden, einem Dankgebet und dem abschließenden Schwur auf „Führer, Volk und Vaterland“ pseudoreligiöse Züge.

4. Bei jeder Abstimmung fand eine Personifizierung des Wahlkampfes auf Adolf Hitler statt, so dass jeder Urnengang gleichzeitig zu einer propagierten Akklamation für den „Führer“ umfunktioniert wurde.

Die NSDAP und die Reichsregierung setzten bei allen Abstimmungen auf die Person Adolf Hitlers und dessen Zustimmung bei der Bevölkerung. Hitler wurde pseudoreligiös als „Messias“ der Deutschen verehrt und inszeniert, so dass jede Abstimmungsfrage zu einer „abzutragenden Dankesschuld“ für dessen Einsatz für Deutschland stilisiert werden konnte. Die Wahlberechtigten sollten so nicht mehr für oder gegen eine bestimmte Sachfrage bzw. die NSDAP stimmen können, sondern für oder gegen den „Führer“ persönlich, womit eine zusätzliche psychologische Hemmschwelle für Gegenstimmen aufgebaut werden sollte.

5. Eine aktive Wahlfälschung - im Sinne einer Zählung von Nein-Stimmen als Ja-Stimmen - läßt sich mit den ausgewerteten schriftlichen Quellen für Kiel nicht nachweisen. Tatsächlich aber gab es reichsweit Umdeutungen des Wählerwillens, die 1933 als Wählertäuschung und 1936 als bewußte Wahlfälschung durch das Regime zu werten sind und mit Sicherheit auch in Kiel angewendet wurden.

Während sich die Wahlmanipulation im November 1933 relativ gut mit 1,7% bzw. 3.800 weggefallenen Stimmen benennen läßt, können für die Wahlfälschung 1936 keine Vermutungen über die Grössenordnung geäußert werden. Mangels Quellen muß es ebenso offen bleiben, wieviele Gegenstimmen im Wahllokal manipuliert wurden und wieviele Wahlberechtigte aufgrund der sozialen Kontrolle und aus Angst vor möglichen Repressalien keine Gegenstimme abgaben.

6. Bei fast allen Abstimmungen läßt sich ein statistischer Zusammenhang zwischen hoher Ablehnung und ehemals sozialdemokratischen bzw. - deutlich schwächer – kommuistischen WählerInnen-Milieus belegen. Die Ablehnung wurde insbesondere durch das sozialdemokratische Milieu gestärkt und ist wahrscheinlich der dortigen Arbeiterschaft zu verdanken.

Die Verwurzelung in Gewerkschaft, Partei und Netzwerken wie dem Konsumverein oder dem Arbeitersport prägten das sozialdemokratische Milieu in der Arbeiterschaft und erhöhten nach 1933 die Möglichkeiten der RegimegegnerInnen mit „Nein“ zu stimmen. Im Gegensatz dazu hatte es die radikalere ehemalige kommunistische Wählerschaft deutlich schwerer: einerseits fehlten ihr die netzwerkartigen Strukturen der Sozialdemokratie, andererseits war sie sowohl gegenüber dem neuen Regime wie auch gegenüber der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung isoliert. Diese - z.T. selbst verursachte (Stichwort: Sozialfaschismus-These) - Isolation könnte eine Erklärung dafür sein, dass es ehemaligen KPD-WählerInnen im Gegensatz zu sozialdemokratischen WählerInnen weniger gelang, mit „Nein“ zu stimmen und sie sich eher auf Methoden des Wahlboykotts (Wahlenthaltung bzw. Abgabe ungültiger Stimmzettel) konzentrierten.

7. Das nationalkonservative Wähler-Milieu - im Sinne der ehemaligen DNVP-WählerInnen - hat sich einerseits verstärkt einzelnen Abstimmungen entzogen (1934 und 1938), andererseits wenn sie dann zur Wahl ging, eine ähnlich grosse - und z.T. grössere - Zustimmung befördert, wie die NSDAP-StammwählerInnen.

Das konservative Bürgertum Kiels stimmte insbesondere dem nationalistischen außenpolitischen Kurs der Reichsregierung zu und entzog ihr lediglich partiell die Zustimmung, wobei meines Erachtens die Wahlenthaltungen und die Abgabe von ungültigen Stimmzetteln keine

generelle Gegnerschaft zum NS-Regime belegen, sondern vielmehr einen Unmut über die Details des politischen Kurses der Nationalsozialisten.

8. Die Wahlberechtigten, die bei den Abstimmungen im Nationalsozialismus mit „Nein“ stimmten, setzten sich einem hohen persönlichen Risiko aus. Sie handelten dabei politisch, öffentlich und gegen das NS-Regime gerichtet, was als defensivern politischer Widerstand zu werten ist.

Im Gegensatz zur Weimarer Republik erforderte es persönlichen Mut sich in der NS-Diktatur - mit dem Unwissen darüber, ob Gegenstimmen zurückverfolgt und das Wahlgeheimnis gebrochen werden würde - im Wahllokal mit „Nein“ zu stimmen oder einen ungültigen Stimmzettel abzugeben. Das Fehlen dieses Mutes ist aber nicht zwangsläufig als Zustimmung zum NS-Regime zu werten, wohingegen eine Gegenstimme durch Veröffentlichung in der Presse ein deutliches Zeichen setzte und - wie die Propaganda der Nationalsozialisten zeigte - auch so wahrgenommen wurde. Ebenso war es möglich, sich durch Ausstellen eines Stimmscheins der sozialen Kontrolle vor Ort zu entziehen bzw. mutig - trotz Wahlschleppdienstes der SA - gar nicht zur Wahl zu gehen.

Die Gegenstimmen bei nationalsozialistischen Volksabstimmungen und Reichstagswahlen sollten deshalb auch als quantitative Grösse in die (lokale) Widerstandsgeschichte aufgenommen werden.

9. Der sehr schnelle Rückgang der Gegenstimmen im Nationalsozialismus beruhte meiner Meinung nach auf einer Mischung aus verstärkter sozialer Kontrolle, der Angst vor möglichen Repressalien, geglückter (nationalistischer) Wahlpropaganda, der im Laufe der Zeit zunehmenden massenhaften Zufriedenheit über den aufrüstungsbedingten Wirtschaftsaufschwung und der hohen Integrationskraft der NS-Volksgemeinschaft.

Jede Abstimmung im Nationalsozialismus wurde unter grossem Zeitdruck und in der Regel zusammenhängend mit einem außenpolitischen „Erfolg“ durchgeführt, so dass letzterer den Wahlkampf bestimmte und sich davon das NS-Regime für den Wahltag eine besonders grosse Zustimmung erhoffte. Die nationalistische Außenpolitik erfreute sich über die sozialen und politischen Grenzen hinaus grosser Beliebtheit und auch ein Teil der sonst linken Arbeiterschaft war nationalistisch eingestellt, was zusammen mit den obengenannten Faktoren eine hinreichende Erklärung für den Erfolg der Nationalsozialisten bei den meisten Abstimmungen sein könnte. Zudem war für die Mehrheit der „Volksgenossen“ die NS-Volksgemeinschaft eine Erfolgs-Gemeinschaft, was sich eben auch in der Zustimmung bei den Urnengängen widerspiegelt.

10. Die Abstimmungsergebnisse sind - trotz der Art und Weise ihres Zustandekommens - ein Zeichen für die große Zustimmung der Bevölkerung zum Kurs des NS-Regimes, und meiner Meinung nach wäre jeder Urnengang in der NS-Diktatur auch unter „freieren“ Umständen zugunsten der NSDAP bzw. Hitlers ausgegangen.

In Kiel entschieden sich - aus welchen Motivationen auch immer - zwischen 125.000 (1934) und 171.000 (1938) Wahlberechtigte für den Kurs des NS-Regimes und maximal 24.000 Wahlberechtigte (1934) und minimal knapp 3.000 Wahlberechtigte (1936 u. 1938) dagegen. Die hohe Zustimmung bei den Urnengängen ist dabei nicht nur auf Wahlmanipulationen und -fälschungen zurückzuführen, denn schließlich kam es in anderen Städten und Gemeinden zu einer deutlich höheren Anzahl von Gegenstimmen als in Kiel, und es gibt eine Reihe von Belegen dafür, dass mutige Wahlberechtigte Wege fanden, ihren Unwillen zur Diktatur auszudrücken.

Zumindest am Vorabend des II. Weltkriegs hatte sich die Kieler - und reichsdeutsche - Wahlbevölkerung fast kollektiv hinter Adolf Hitler und seinem Regime versammelt, was meines Erachtens auch eine indirekte Verantwortung der „Geführten“ für das Handeln ihres „Führers“ einschließt, der sich schließlich bei allem was er tat, durch das Volk legitimiert sehen konnte.

Schlussbemerkung des Verfassers, 2006

Es ist eher die Regel, denn die Ausnahme, dass sich Forschungsergebnisse im Laufe der Zeit überholen bzw. Bewertungen sich aufgrund neuerer Erkenntnisse relativeren. Aufgrund meiner weiteren Recherchen zu Schleswig-Holstein, der Auswertung zusätzlicher Quellen im Landes- und Bundesarchiv sowie einer Kooperation mit dem historischen Wahlforscher Dr. Dirk Hänisch, Bonn, stellte sich einiges von dem, was ich für Kiel herausfand in der Folge anders dar, als noch im August 2001.

Neben kleineren Befunden – bspw. zur Bewertung des „Wahlkampfes“ im August 1934 – war der wichtigste, eine Veränderung in der zentralen Bewertung der widerständigsten Wählergruppe: Entgegen meiner Vermutungen stellte sich heraus, dass es nicht die ehemalige SPD-Klientel, sondern diejenige der KPD war, die am häufigsten gegen das NS-Regime gestimmt hatte. Aufgrund von methodischen Schwächen der einfachen Korrelationskoeffizienten-Berechnung kam es zu der in der Kieler Studie dargestellten Fehlannahme, dass es mehr die ehemalige SPD-Wählerschaft gewesen war, die sich besonders resistent bei den Kieler Abstimmungen gezeigt hätte.

Neuere Wahlforschungen mit Hilfe des Logit-Modells, das Schätzungen zu Wählerwanderungen und zur Wählerherkunft – auch von Berufsgruppen – erlaubt, kamen zum umgekehrten Befund. Der Verfasser geht deshalb davon aus, dass auch in Kiel, die ehemalige KPD-Wählerschaft, gefolgt von der der SPD, sich am häufigsten gegen das NS-Regime bei Abstimmungen gestellt hat.

Die weiteren Ergebnisse der abgeschlossenen Studie zu Schleswig-Holstein sowie Befunde aus reichsweiten Erhebungen sollen hier nicht vorweggenommen werden. Der Verfasser möchte hingegen auf entsprechende neuere Veröffentlichungen verweisen:

Frank Omland, „Du wählst mi nich Hitler!“ Reichstagswahlen und Volksabstimmungen in Schleswig-Holstein 1933-1938. Hamburg 2006.

Frank Omland, „Jeder Deutscher stimmt mit Ja!“ Die erste Reichstagswahl und Volksabstimmung im Nationalsozialismus am 12. November 1933. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 131 (2006), S. 133-175. [Schwerpunkt: Lübeck]

Frank Omland, Wahlkampf, Wahlzwang, Wahlfälschung. Nationalsozialistische Volksabstimmungen und Reichstagswahlen in Kiel 1933-1938. Teil 1: Die Reichstagswahl und Volksabstimmung vom 12.11.1933, die Volksabstimmung vom 19.8.1934. In: Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Band 80, Heft 6, Kiel 2002, S. 241-294. [Methodisch überholt].

Frank Omland, „Unser aller ‚Ja‘ dem Führer!“ Zur Geschichte der ersten nationalsozialistischen Reichstagswahl und Volksabstimmung vom 12. November 1933 in Schleswig-Holstein. In: Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte 39 (2001), S. 3-50. [Methodisch und forschungstechnisch überholt].

Hamburg, Herbst 2006

Literatur- und Quellenverzeichnis

Bundesarchiv Berlin (BAB)
R 1501 (Reichsministerium des Innern)

Landesarchiv Schleswig-Holstein (LAS)
Abt. 358 Nr. 7928, 7946, 7950, 7961, 7940, 7867, 7870, 7947, 8182, 8164, 8211, 8158, 8164 und 4305. (Sondergerichtsakten)
Abt. 309 Nr. 22573, 22574, 22737, 22738, 22660, 22674, 22753, 23082.
(Akten über Reichstagswahlen und Volksabstimmungen)

Stadtarchiv Kiel (StAKi)
48681, 48684, 48686, 48687 (Promotionsvorhaben Horst Peters)
40679, 40678, 40680, 40683 (Abstimmung 1938)
33127

Kieler Neuesten Nachrichten (KNN)
Kieler Zeitung (KiZ)
Nordische Rundschau (NR)
Schleswig-Holsteinische Volkszeitung (SHVZ)
Schleswig-Holsteinische Tageszeitung (SHTZ)
Nordfriesiche Rundschau

Statistische Monatsberichte der Stadt Kiel
XVIII Jg., Nr. 1, Kiel 1927
Jg. XV, Nr. 1, Januar 1933
Jg. XXV, Nr.3, März 1933
Jg. XXV., Nr. 11, November 1933
Jg. 16, Nr. 7, Juli 1934
Jg. XXVI, Nr. 8, August 1934
Jg. 17, Nr. 12, Dezember 1935
XXX Jg., Nr.4, April, 1949

Quellensammlungen und zeitgenössische Veröffentlichungen

Heinz Boberach (Hrsg.): Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938 – 1945. Bd. 2, 1938 – 10. November 1939. Berlin 1984

Die Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 14 November 1945 – 1. Oktober 1946. Veröffentlicht in Nürnberg, Deutschland, 1948. Nachdruck in 23 Bänden. München/Zürich 1984

Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934-1940, Prag. Frankfurt a.M. 1980 (Jahrgänge 1934 bis 1938)

Fröhlich, Elke (Hrsg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Teil 1, Aufzeichnungen 1924 – 1941. Band 2, 1.1.1931 – 31.12.1936. München 1987.

Nationalsozialistische Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation. Herausgegeben von Hans Bohrmann, Gabriele Toepser-Ziegert u.a. Institut für Zeitungsforschung Stadt Dortmund. München 1984, 1985, 1993 und 1998. (Editierte Jahrgänge: 1933 – 1937).

Reichsgesetzblatt (RGBl), Jahrgänge 1924, 1933, 1934, 1936, 1938.

Statistik des Deutschen Reiches. Herausgegeben vom Statistischen Reichsamt, Berlin. Bd. 434, 449, 455, 497, 531, 559.

Verwaltungsberichte der Stadt Kiel, 1. Januar 1933 bis 31. März 1938. Redaktionell bearbeitet vom städtischen Informationsdienst, Kiel 1938.

Literatur

Arbeitskreis Asche-Prozeß (Hrsg.): Kiel im Nationalsozialismus. Materialien und Dokumente, Kiel 1994.

Arbeitskreis Asche Prozeß (Hrsg.): Antifaschistische Stadtführungen. Kiel 1933-1945. Stationen zur Geschichte des Nationalsozialismus in Kiel. Kiel 1998.

Atteslander, Peter: Methoden empirischer Sozialforschung. Berlin, New York 1991.

Benz, Wolfgang: Konsolidierung und Konsens 1934 – 1939. In: Das Dritte Reich im Überblick. Chronik. Ereignisse. Zusammenhänge. Herausgegeben von Martin Broszat/ Norbert Frei, München 1989.

Bohn, Robert /Uwe Danker: „Standgericht der inneren Front“. Das Sondergericht Altona/Kiel 1932 – 1945. IZRG-Schriftenreihe Band 3, Hamburg 1998.

Browning, Christopher: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen. Reinbek 1993.

Broszat, Martin: Der Staat Hitlers, München 1983. (1. Auflage 1969).

Martin Broszat/ Norbert Frei (Hrsg.): Das Dritte Reich im Überblick. Chronik. Ereignisse. Zusammenhänge. München 1989.

Colmorgen, Eckhard: Das schleswig-holsteinische Sondergericht Altona/Kiel, 1932 – 1945. Ein Aktenerschließungsprojekt. IZRG-Heft 3, Kiel 1995.

Eiber, Ludwig: Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Hansestadt Hamburg in den Jahren 1929 bis 1939. Werftarbeiter, Hafenarbeiter und Seeleute: Konformität, Opposition, Widerstand. Frankfurt am Main 2000.

Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. München/Zürich 1993.

Falter, Jürgen W.: Hitlers Wähler, München 1991.

Imberger, Elke: Widerstand von „unten". Widerstand und Dissens aus den Reihen der Arbeiterbewegung und den Zeugen Jehovas in Lübeck und Schleswig-Holstein 1933-1945. Neumünster 1991.

Johe, Werner: Hitler in Hamburg. Ein besonderes Verhältnis. Hamburg 1996.

Jung, Otmar: Plebiszit und Diktatur: die Volksabstimmungen der Nationalsozialisten. Die Fälle „Austritt aus dem Völkerbund" (1933), „Staatsoberhaupt" (1934) und „Anschluß Österreichs" (1938). Tübingen 1995.

Goldberg, Bettina: „... und vieles bleibt ungesagt." Die Israelitische Gemeinde in Kiel vor und nach 1933. Versuch einer Annäherung. In: Gerhard Paul/Miriam Gillis-Carlebach (Hrsg.): Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona (1918 – 1998). Neumünster 1998.

Göhring, Mario: Von Zeitungsverboten, Gleichschaltung und dem `Kampf um die Leserschaft`. Methoden der `Nazifizierung` der Presse zwischen 1930 und 1934 am Beispiel ausgewählter Zeitungen aus Kiel, Lübeck und Flensburg. Unv. Magisterarbeit, Kiel 1994.

Hädicke, Elli: Kiel - eine stadtgeographische Untersuchung. Kiel 1931, in: MKStG, Bd. 36, Kiel 1931.

Haese, Ute / Torsten Prawitt: „Dem Leser ein Halt in schwerer Zeit" Schleswig-Holsteinische Pressegeschichte 1945-1955. Hamburg 1994.

Hauschildtt, Dietrich: Die Juden in Kiel im Dritten Reich. Kiel 1980, S.89. Kiel 1980.

Herbst, Ludolf: Das nationalsozialistische Deutschland 1933 – 1945. Frankfurt a.M. 1996.

Hubert, Peter: Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933-1945. Düsseldorf 1992 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 97).

Landeshauptstadt Kiel. Amt für Organisation und Verwaltungsreform. Abteilung Statistik: Straßenverzeichnis Kiel und Umland. Stand: 1. Februar 1996. Kiel 1996.

Klaffke, Thomas: Die Kieler Sozialdemokratie in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Organisation, Ideologie und Politik. Kiel 1973. Unv. Abschlußarbeit.

Klepper, Jochen: Unter dem Schatten Deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932 – 1942. Stuttgart 1956

Klemperer, Victor: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1941. Herausgegeben von Walter Nowojski unter Mitarbeit von Hadwig Klemperer. Berlin 1995.

Overesch, Manfred u.a.: Das Dritte Reich 1933-1939. Eine Tageschronik der Politik, Wirtschaft, Kultur. Augsburg 1991.

Paul, Gerhard: Staatlicher Terror und gesellschaftliche Verrohung. Die Gestapo in Schleswig-Holstein. Hamburg 1996.

Prahl, Hans-Werner (Hrsg.): Uniformierung des Geistes. Universität Kiel im Nationalsozialismus. Brodersdorf 1995.

Schartl, Matthias: Rote Fahnen über Flensburg. KPD, linksradikale Milieus und Widerstand im nördlichen Schleswig-Holstein 1919 – 1945. Schriftenreihe der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte e.V., Band 55, Flensburg 1999.

Schlich, Johann: Der Schleswig-Holsteinische Kunstverein 1843-1970. In: Das Jubiläum. Schleswig-Holsteinischer Kunstverein 1843 – 1993. Herausgegeben von Hans-Werner Schmidt. Kiel 1993.

Schneider, Michael: Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939. Bonn 1999.

Schulz, Wolfram / Torsten Schneider: „Die Wählerschaft der NSDAP in Kiel", in: Demokratische Geschichte, Jahrbuch zur Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein, Band II, Kiel 1987.

Stahmer-Wusterbarth, Sabine: Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Kiel während der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Maßnahmen der Kieler Stadtverwaltung. Unv. Diss., Kiel 1996.

Wendt, Bernd Jürgen: Deutschland. 1933-1945. Das Dritte Reich. Handbuch zur Geschichte. Hannover 1995.

Wulf, Peter: Die Stadt in der nationalsozialistischen Zeit (1933-1945). In: Geschichte der Stadt Kiel. Herausgegeben von Jürgen Jensen und Peter Wulf. Kiel 1991.

Zollitisch, Wolfgang: Die Vertrauensratswahlen von 1934 und 1935. Zum Stellenwert von Abstimmungen im `Dritten Reich` am Beispiel Krupp. In: Gesellschaft und Geschichte 15, 1989.

Anhang 1
Die Zuordnung der Stimmbezirke zu den statistischen Bezirken

Wie in der Einführung angekündigt, sollen im folgenden die Kriterien für die Zuordnung der Stimmbezirke zu den statistischen Bezirken offengelegt werden, um eine spätere Revision oder Kritik daran zu ermöglichen. Da historisch gesehen, die Stimmbezirke nicht den Statistischen Bezirken (also den Stadtteilen) zugeordnet waren - dies geschah erst im Zuge einer Reform in den 70er Jahren - muß jede Zuordnung aus heutiger Sicht willkürlich bleiben. Die Zuordnung der 157 bis 172 Stimmbezirke zu den jeweiligen Stadtteilen, fällt aber im Einzelfall nicht leicht, da u.a. Straßenzüge genannt werden, die durch zwei Stadtteile führen oder mehrere Straßen genannt werden, die in jeweils angrenzenden Stadtteilen verlaufen. Die beiden einzigen Hilfsmittel für diese Aufgabe sind eine Karte mit kurzen Erläuterungen zu den Grenzen der Statistischen Bezirke sowie die in der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung im September 1930 veröffentlichte Liste mit den einzelnen Stimmbezirken und ihren dazugehörigen Straßen(zügen). Für 1938 gibt es zudem einen Aktenfund, der die aktuellere Zuordnung - insbesondere der neuaufgeteilten 15 Stimmbezirke - ermöglicht.[469]

Der Autor hat folgende Zuordnung vorgenommen:
(Nummer des Stadtteils / Stadtteilbezeichnung / Stimmbezirksnummer)

I.	Altstadt:	1, 2, 3, 4
II.	Vorstadt:	5, 6, 7, 11, 12, 13
III.	Exerzierplatz:	14, 15, 16, 17, 36, 52 bis 57
IV.	Damperhof:	73 bis 78, 84, 85
V.	Brunswik:	58, 64 bis 67, 79 bis 83, 86, 87, 88
VI.	Düsternbrook:	107, 108, 109
VII.	Blücherplatz:	89, 90, 91, 94, 94a, 101 bis 106
VIII.	Wik:	95, 95a, 96, 96a, 97, 98, 98a, 99, 100
IX.	Ravensberg:	59 bis 63, 68 bis 72, 92, 93
X.	Schreventeich:	41 bis 51 (einschl. 41a, 46a)
XI.	Südfriedhof:	18 bis 35, 37, 38, 39
XII.	Gaarden-Ost:	110 bis 129
XIII.	Gaarden-Süd:	8, 8a, 10, 139, 140, 140a, 141, 141a
XIV.	Hassee:	9, 9a, 142, 142a, 143, 144, 144a
XV.	Hasseldieksdamm:	40
XVI.	Ellerbek:	130 bis 135 (einschl. 133a)
XVII.	Wellingdorf:	136 bis 138, 138a
XVIII.	Holtenau:	145, 146, 147
XIX.	Pries:	148, 149, 150
XX.	Neumühlen-D.:	152 bis 156, (einschl. 154a, 156a)

Probleme in der Zuordnung gab es bei den folgenden Stimmbezirken:
Sb 5 (II. oder I.?), 6 (II ?), 7 (II oder XI ?), 16 und 17 (III ?, II), 56-58 (Knooper Weg!, III?, V?, IX?), 77 und 78 (V?, IV), 89 und 90 (VII oder VI) und 101 und 102 (VII oder VIII).

469 Die Zuordnung der Straßenzüge und Wahllokale zu den Stimmbezirken ist abgedruckt in: SHVZ 9.9.1930 („Die Wahl zum Reichstage“) bzw. StaKi 40679 für das Jahr 1938. Die Einteilung der statistischen Bezirke findet sich in: Statistische Monatsberichte Nr. 1, XVIII Jg., Kiel 1927, S. 9 und S. 12. Die von Schulz/Schneider vorgenommene Zuordnung ist dem Autoren unbekannt. Herr Fink vom „Bürgeramt – Allgemeine Angelegenheiten, Wahlen und Abstimmungen“ sowie Herr Scholz von den Statistikern haben dankeswerterweise meine Einteilung überprüft.

Ein Beispiel verdeutlicht die Schwierigkeiten der damaligen Einteilung für die heutigen Fragen: Der Stimmbezirk 90 umfaßte u.a. die „Weserfahrt“ und auch die „Düppelstraße“. Erstere liegt eindeutig in „Düsternbrook“ (VI.). Der Hauptteil der Düppelstraße und die gesamte Wrangelstraße dagegen „Am Blücherplatz“ (VII.), was für die Stadtteilzuordnung Probleme bereitete: Aufgrund der Tatsache, daß der Hauptteil der Düppelstraße in VII. lag, fiel die Entscheidung zugunsten von „VII. Am Blücherplatz“.

Die Einzelentscheidungen richteten sich nach der Lage der genannten Straßenzüge, der Bevölkerungsgrösse der betroffenen Stadtteile sowie dem Ort der Wahllokale (zumeist in Schul- und anderen städtischen Gebäuden) und fielen folgendermaßen aus:

Stimmbezirk 5 (Eisenbahndamm, Fabrikstraße, Hafenstraße, Hohe Straße, Jensenstraße, Kurze Straße, Mühlenbach, Sartorikai, Schevenbrücke, Wall, Seeleute auf Schiffen) habe ich der Vorstadt (II.) zugeordnet, weil die Altstadt (I.) schon vier Sb umfaßte und nur knapp 4.700 Menschen dort lebten und die Lage des Wahllokals ebenfalls dafür spricht.[470]

Stimmbezirk 6 (Augustenburger Platz, Auguste-Viktoria-Str., Bahnhofplatz, Gaardener Str., Gablenzstr., Hafengasse, Kaistr., Lagerhofstr., Marthastr., Schlachthofstr., Sophienblatt 1-85, Südstr., Viehhofstr., Werftbahnstr.) umfaßte sowohl Straßen aus der Vorstadt (II.) und „Am Südfriedhof“ (XI.). Wegen der Bevölkerungsgröße der Vorstadt zugeordnet, was aber umstritten bleiben muß.[471]

Stimmbezirk 7 (Klinke, Sophienblatt 2-100, Thaulowstraße) umfaßt ebenfalls Straßen aus der Vorstadt (II.) und „Am Südfriedhof“ (XI.) ohne das hier eine Gewichtung klar wird. Wegen der Größe der Vorstadt und der Tatsache, dass alle drei Straßen zumindest dort beginnen, habe ich diesen Stimmbezirk der Vorstadt zugeordnet.

Stimmbezirk 16 (Sandkuhle, Schülperbaum, Walkerdamm, Weberstraße, Ziegelteich) und 17 (Herzog-Friedrich-Straße) wurden ebenfalls der Vorstadt (II.) zugeordnet, weil die Straßen entweder dort begannen oder mehrheitlich dort lagen.[472]

Stimmbezirk 56 u. 57 (Knooper Weg 2-110 und 23-189) müssen umstritten bleiben, die Zuordnung ist mehr oder weniger willkürlich und fiel zugunsten vom Exerzierplatz (III.) aus.

Stimmbezirk 58 (Knooper Weg 116-194) wurde aufgrund der Höhe der Hausnummern der Brunswik (V.) zugeordnet.[473]

Stimmbezirk 77 (Brunswiker Str., Dahlmannstr., Fleckenstr., Philosophengang) und 78 (Blocksberg, Hospitalstraße) kamen zur Brunswik (V.) wegen der Straßen, dem Ort des Wahllokals und der Gesamtgröße des Stadtviertels gegenüber dem Damperhof (IV.).[474]

Stimmbezirk 89 (Beselerallee, Reventlowallee) und 90 (Düppelstraße, Weserfahrt, Wrangelstraße 27-61) wurden „Am Blücherplatz“ (VII.) statt „Düsternbrook“ (VI.) zugeordnet, weil letzterer Stadtteil nur wenige EinwohnerInnen umfaßte und weil die Straßen mehrheitlich in VII. lagen.

Stimmbezirk 101 (Gerhardtstr. 1-97) u. 102 (Gefionstr., Gerhardtstr. 2-106) fielen ebenfalls dem Blücherplatz (VII.) zu, weil dies die Größe gegenüber der Wik (VIII.) widerspiegelt.[475]

---

[470] Vgl. StaKi 40680, „Verzeichnis der Abstimmungsräume im Stadtgebiet Kiel“.

[471] StaKi 40680. Laut „Verzeichnis“ lag das Wahllokal in der Herzog-Friedrich-Str.41 und umfaßte die Sb 6,7,17.

[472] Horst Peters hat im Rahmen seines Promotionsvorhabens den Schülperbaum und Walkerdamm den Stadtteilen II+III bzw. II zugeordnet. Vgl. StaKi 48686, Blatt 40.

[473] Peters nennt alleine sechs Stadtteile, die den Knooper Weg berühren und das „Verzeichnis“ hilft ebenfalls nicht weiter. (StaKi 48686, Bl.40; StaKi 40680).

[474] Vgl. StaKi 40680. Das Wahllokal lag im Philosophengang 9 und umfaßte die Sb 77,78,79, 81 und 82.

[475] Peters ordnet die Gerhardstr. den Stadtteilen V.+VII zu. Vgl. StaKi 48686, Bl.40. Das „Verzeichnis nennt als Wahllokal die Gerhardstr. 8-12 (Sb 66,67, 80, 101,102).

Eine Überprüfung anhand heutiger statistischer Zuordnungen zu den Stadtteilen ergab, dass sich bei den historischen Stimmbezirken nicht immer eine eindeutige Zuordnung ergeben kann.[476]

Anhang 2:
Tabellen

Der Tabellenanhang umfaßt einerseits alle Wahlergebnisse in den Stimmbezirken bei den Reichstagswahlen und Volksabstimmungen von April 1932 bis April 1938, andererseits die Ergebnisse der repräsentativen Auswahl von 30 Kieler Stimmbezirken vom Januar 1933 sowie die durch Schulz/Schneider vorgenommene Auswahl von elf Stimmbezirken anhand des Adreßbuches von 1930.

Im einzelnen sind das

1. Ergebnisse der preußischen Landtagswahl vom 24. April 1932
2. Ergebnisse der Reichstagswahl vom 31. Juli 19332
3. Ergebnisse der Reichstagswahl vom 6. November 1932
4. Ergebnisse der Reichstagswahl bzw. der Volksabstimmung vom 12. November 1933
5. Ergebnisse der Volksabstimmung vom 19. August 1934
6. Ergebnisse der Reichstagswahl vom 29. März 1936
7. Ergebnisse der Volksabstimmung und Wahl zum Großdeutschen Reichstag vom 10. April 1938
8. Ergebnisse der repräsentativen Auswahl 30 Kieler Stimmbezirke für die preußischen Landtagswahlen vom 24. April 1932
9. Ergebnisse der repräsentativen Auswahl 30 Kieler Stimmbezirke für die Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932
10. Ergebnisse der repräsentativen Auswahl 30 Kieler Stimmbezirke für die Reichstagswahlen vom 6. November 1932
11. Ergebnisse der repräsentativen Auswahl 30 Kieler Stimmbezirke für die Reichstagswahl und Volksabstimmung vom 12. November 1932
12. Ergebnisse der repräsentativen Auswahl 30 Kieler Stimmbezirke für die Volksabstimmung vom 19. August 1934
13. Ergebnisse der repräsentativen Auswahl 30 Kieler Stimmbezirke für die Reichstagswahl vom 29. März 1936
14. Ergebnisse der repräsentativen Auswahl 30 Kieler Stimmbezirke für die Volksabstimmung und Wahl zum Großdeutschen Reichstag vom 10. April 1938
15. Ergebnisse der Auswahl von Stimmbezirken durch Schulz/Schneiders übertragen auf die fünf Abstimmungen im Nationalsozialismus

Anmerkung: Der Tabellenanhang wurde nicht in das PDF eingefügt.

[476] Vgl. Landeshauptstadt Kiel. Amt für Organisation und Verwaltungsreform. Abteilung Statistik: Straßenverzeichnis Kiel und Umland. Stand: 1. Februar 1996. Kiel 1996.